INDES
ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND GESELLSCHAFT

Herausgegeben von Franz Walter

Redaktion:
David Bebnowski, Felix Butzlaff, Lars Geiges, Johannes Habenbacher, Andrea Hanna Hünniger, Michael Lühmann, Torben Lütjen, Stine Marg, Frauke Schulz

Redaktionsleitung:
Katharina Rahlf (verantw. i. S. des niedersächs. Pressegesetzes), Matthias Micus.

Redaktionsanschrift:
Redaktion INDES
Weender Landstraße 14, 37073 Göttingen,
redaktion@indes-online.de

Anfragen und Manuskriptangebote schicken Sie bitte an diese Adresse, möglichst per E-Mail. – Die Rücksendung oder Besprechung unverlangt eingesandter Bücher kann nicht gewährleistet werden.

INDES erscheint viermal jährlich. Bestellung durch jede Buchhandlung oder beim Verlag. Jahresbezugspreis € 60,– D / € 61,70 A / SFr 84,90; ermäßigter Preis für Studierende/Auszubildende (gegen Bescheinigung, befristet auf drei Jahre) € 36,90 D / € 38,– A / SFr 52,90; Einzelheftpreis € 16,90 D / € 17,40 A / SFr 24,90. Inst.-Preis € 120.- D / € 123,40 A / SFr 169,80. Jeweils zzgl. Versandkosten. Preisänderungen vorbehalten. Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn nicht eine Abbestellung bis zum 1.10. erfolgt.

Verlag:
Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG,
Theaterstr. 13, D-37073 Göttingen.

Anzeigenverkauf: Anja Kütemeyer
E-Mail: v-r@intime-media-services.de (für Bestellungen und Abonnementverwaltung)

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.

© 2011
Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen / Vandenhoeck & Ruprecht LLC, Oakville, CT, U. S. A.
www.v-r.de

Gestaltung, Satz und Lithografie:
SchwabScantechnik, Göttingen

Druck und Bindung:
Göttinger Tageblatt Mediengruppe, Druckhaus Göttingen

Printed in Germany

Liebe Leserinnen und Leser,

die V&R-Zeitschriftenfamilie hat Zuwachs bekommen: INDES. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft. Ein Journal, das neuen kommunikativen Methoden folgt und das Politik, Geschichte und Soziologie verbindet. Das Periodikum für politische Aufklärung richtet sich fundiert, pointiert und originell sowohl an die wissenschaftliche wie an die breitere, interessierte Öffentlichkeit und will die Barrieren zwischen wissenschaftlichen Experten und politisch bewussten Bürgern abbauen helfen.

INDES ist die erste politikwissenschaftliche Zeitschrift in unserem Verlag. Wir ergänzen damit unser geisteswissenschaftliches Programm um ein richtungweisendes Debattenforum, das Raum für aktuelle, engagierte und spannende Analysen und Beiträge bietet und Kommunikation fördert. Konzept, Ausrichtung und Zielsetzung von INDES werden Ihnen von Katharina Rahlf und Franz Walter in ihrem Editorial auf den folgenden Seiten vorgestellt.

Überzeugt Sie dieses Heft? Dann lesen Sie doch einfach mehr! Ein Jahr lang zahlen Sie nur die Hälfe des normalen Abonnementpreises. Und als Dankeschön für Ihre Neugierde schenken wir Ihnen einen aktuellen Titel aus unserem Sachbuchprogramm. Mehr Informationen zu diesem Angebot finden Sie in der Mitte des Heftes.

Wir freuen uns, Ihnen hiermit die neue Zeitschrift INDES vorstellen zu dürfen, und wünschen eine spannende und anregende Lektüre.

Ihre

Dr. Martina Kayser
Verlagsbereich Geisteswissenschaften

INHALT

5 **Katharina Rahlf / Franz Walter** EDITORIAL

SCHWERPUNKT: WO SIND DIE VORDENKER?

ANALYSE

12 **Jens Hacke** SEISMOGRAFEN DES WANDELS
19 **Thomas Assheuer** POPULÄR-PHILOSOPHEN
24 **Marcus M. Payk** BALANCEAKT ZWISCHEN DEN ZEITEN
31 **Franz Walter** »MORALANWÄLTE« UND »STÖRUNGSFAKTOREN«
40 **Alexander Košenina** DOMESTIZIERTE DENKER
44 **Detlef Lehnert** DIE EIGENMÄCHTIGKEIT DER GEDANKEN
58 **Robert Lorenz** DIE TRAGÖDIE DES POLITISCHEN PROMETHEUS
64 **Sibylle Tönnies** LAISSEZ FAIRE, LAISSEZ ALLER
69 **Tim B. Müller** DIE INTELLEKTUELLEN UND DER KRIEG
75 **Torben Lütjen** DIE LETZTE FESTUNG DER MODERNE

KONTROVERSE: INTELLEKTUELLE IN DER POLITIK

51 **Paul Nolte** UNENTBEHRLICHE ANALYTIKER DER LAGE
54 **Konrad Paul Liessmann** MORALISTEN, SCHWEIGT!

INSPEKTION

82 **Robert Misik** ABGESANG AUF DIE KAFFEEHAUS-KULTUR
87 **Michael Schlieben** VERMITTELN, VERKAUFEN, VERSCHWEIGEN

INTERVIEW

95 **Interview mit Stefan Münker** »IDEEN ENTSTEHEN NICHT DURCH SCHWARMINTELLIGENZ«

PORTRAIT

105 **Stine Marg / Franz Walter** INTELLEKTUELLE EHEPAARE
115 **Oliver Nachtwey** DER RASENDE THEORETIKER

WIEDERGELESEN

120 **Katharina Rahlf** DENKERFRUST, DENKERLUST

PERSPEKTIVEN

KONZEPT

126 **Lawrence M. Mead** REFORMIERT DIE POLITIKWISSENSCHAFT!

STUDIE

138 **Tim Spier** BLEIBT ALLES ANDERS?

GELESEN

144 **Matthias Micus** PATIENT VOLKSPARTEI?

INDES, Herbst 2011, S. 2–3, © Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen, 2011, ISSN 2191-995X

12 SCHWERPUNKT:
WO SIND DIE VORDENKER?

126 PERSPEKTIVEN

EDITORIAL

Ξ Katharina Rahlf / Franz Walter

Feuilletonpolitologie. Das kam im Herbst 2005 als Vorwurf gegen einige Göttinger Politikwissenschaftler auf. In Göttingen gab es eine längere Tradition unter Politologen, nicht nur für die eigenen Fachkollegen zu schreiben, sondern mit den Büchern und Aufsätzen auch ein größeres, sicher interessiertes, gewiss gebildetes, aber nicht unbedingt fachwissenschaftlich geschultes Publikum zu erreichen. Das begann mit Christian von Krockow, setzte sich mit Claus Leggewie fort, fand mit Bassam Tibi zur Zeit des ersten Golfkrieges einen gewissen publizistischen Höhepunkt. Und in diese Reihe fügten sich dann auch die Göttinger Parteienforscher ein. Damit bewegte man sich nicht in der Mitte der Sozialwissenschaft in Deutschland. Und deshalb zirkulierte plötzlich die fraglos schmähend gemeinte Etikettierung *Feuilletonpolitologie*. »Feuilleton« – das bedeutete in der Sozialwissenschaft hierzulande das schlimmste Verdikt; das verhieß Nachwuchswissenschaftlern die berufliche Guillotine. Wer als Feuilletonist galt, überlebte in der Universität nicht lange.

In Frankreich dagegen war jemand wie Raymond Aron immer auch Zeitungskolumnist, ebenso wie in Italien der Turiner Universitätsphilosoph Norberto Bobbio. Die britischen Historiker Timothy Garton Ash und Tony Judt sind bzw. waren ganz selbstverständlich gefragte Kommentatoren in der öffentlichen Auseinandersetzung. Und der große englische Historiker Eric Hobsbawm hat stets darauf gepocht, dass man als Sozialwissenschaftler und Historiker nicht nur für seinesgleichen schreiben dürfe. Auch Max Weber hatte sich als engagierter öffentlicher Intellektueller verstanden, der die *Frankfurter Zeitung* als Podium für seine politischen Interventionen nutzte. Vergleichbares konnte man Jahrzehnte später von Ralf Dahrendorf, Kurt Sontheimer, Theodor Eschenburg sagen. Aber hatte man sie im Zentrum ihrer Zunft jemals anerkennend akzeptiert? Der französische Philosoph und Nobelpreisträger Henri-Louis Bergson hat demgegenüber sehr eindringlich darauf bestanden, dass es keine noch so subtile philosophische Idee gebe, »die man nicht in einer jedermann verständlichen Sprache ausdrücken« könne – weshalb man dies auch versuchen müsse.

Nun denn: Hier, mit diesem Heft, liegt die erste Ausgabe des neuen Journals aus Politologie, Soziologie, Geschichte und – dies keineswegs zuletzt – dem anspruchsvollen Feuilleton vor. Wenden wir also die stigmatisierte Begrifflichkeit ins Positive: Mit der Zeitschrift verfolgen wir die Absicht,

nicht allein oder auch nur in erster Linie die eigene Zunft zu bedienen. Das neue Periodikum möchte mehr und andere Adressaten erreichen, auch solche, die – und das mit einigem Recht – nie darauf kämen, eine streng politikwissenschaftliche Zeitschrift in die Hand zu nehmen. INDES wendet sich an Professionelle der Politik und der politischen Deutung, vom Abgeordneten über den Persönlichen Referenten bis zum Journalisten, aber auch an diejenigen, die montags das Magazin mit in den ICE nehmen, donnerstags die Wochenzeitungen auf dem Wohnzimmertisch ausbreiten und überhaupt an alle, deren kluge Köpfe wo auch immer stecken mögen, sei es selbst vor dem Bildschirm.

Die Autoren dieser Zeitschrift sollen, wenn irgend möglich und ohne krampfhafte Selbstkasteiung, auf überflüssigen Fachjargon verzichten. Sie sollen sich nicht hinter starren Methoden verstecken, sich nicht irgendwelchen Ansätzen subordinieren, nicht aus riegelfesten Theoriegehäusen Aussagen ableiten. Urteilsfreudigkeit ist durchaus erwünscht, Anschaulichkeit gern gesehen. Der Unterwürfigkeit gegenüber Systemkategorien wollen wir hingegen entgegenwirken. »Konfigurationen«, »Implementierung«, »Determiniertheit«, »Mehrebenensystem« – Retortengeschwurbel dieser Art versuchen wir zu meiden. Niemand soll hier »clustern«, »Leuchttürme« errichten oder »Synergieeffekte« stiften, um »Kreativitäten« zu »fokussieren«.

Denn das Schlimme ist: Wer mit solchen semantischen Barbareien schwungvoll zu jonglieren vermag, kann immer noch in der sozialwissenschaftlichen Zuwendungslandschaft in kürzester Zeit und höchst erfolgreich alle möglichen, als höchste Wissenschaft drapierten Projekte durchsetzen. Die meisten Forschungsanträge und erst recht all die traurig öden Forschungsberichte sind in einem formelhaften, nuancenarmen, erfahrungsleeren Deutsch verfasst. Der Spiegelstrich ist das bevorzugte Ausdrucksvehikel. In den Beiträgen für nachgerade geheimbündlerisch exklusiv referierte Zeitschriften »generiert« man, was die PC-Bausteine mit schnellem Zugriff zu bieten haben. Ludger Helms, ein höchst produktiver Politwissenschaftler aus der Mitte des Fachs und daher erfahrungsgesättigter Autor von »Peer Review Journals«, urteilte unlängst kritisch und fraglos mit Recht: »Die heute international üblichen Kriterien zur Bewertung der Qualität wissenschaftlicher Forschung begünstigen in gewisser Weise sogar eher eine ›Abkapselung‹ der Wissenschaft vom öffentlichen Diskurs über die Demokratie. Besonders hoch bewertet werden heute Beiträge in spezialisierten referierten Fachzeitschriften, mit Blick auf die selbst die darin vertretenen Autoren gelegentlich scherzen, dass sie selbst und die anonymen Gutachter in vielen Fällen die einzigen Leser ihres Beitrages seien.«[1]

1 Helms, Ludger: Politische Führung in der Demokratie, in: Zeitschrift für Politik, H. 4/2009, S. 394.

Die Politikwissenschaft in Deutschland – weniger die Soziologie und sicher am wenigsten noch die Geschichtswissenschaft[2] – hat sich durch ihr verengtes Vokabular, durch ihre Devotion gegenüber wissenschaftlichen Standards, durch ihren Dogmatismus des verbindlichen »Forschungsstands« derart hermetisch verpuppt, dass sie überwiegend im öffentlich intellektuellen Raum keine Rolle mehr spielt. »Wieso wissenschaftliche Sprache so schwach und ausdrucksarm sein muss, aseptisch gegenüber Leid, Schmerz wie Glück und Hochgefühl, kaum fähig, bürgerliche Erfahrungen wiederzugeben«[3], ist in der Tat weder einsichtig noch fatalistisch hinzunehmen. Mit dieser Zeitschrift – die gerade zu Beginn bedauerlicherweise gewiss noch genügend Spuren des hier beklagten Elends aufweisen dürfte – soll daher versucht werden, eine neue Generation von Forschern und Autoren anders zu prägen. Es ist nicht gleichgültig, wie man als Forscher des Politischen schreibt. Es mindert nicht die Wissenschaftlichkeit, wenn die Zahl der Leser sich vermehrt. Es verringert nicht den Erkenntnisraum, wenn man neugierig schauend ins gesellschaftliche Feld geht, ohne stets ein vorab bereits festes Analyseraster im Gepäck mitzuführen. Es kann frei machen, wenn man sich um »Anschlussfähigkeiten« an »herrschende Lehren« nicht schert. Und: Erkenntnisgewinn lässt sich nicht allein aus der Empirie seriell gewonnener Zahlenreihen ziehen. Hier jedenfalls soll auch neugierig schweifend assoziiert werden. Hier bekommen die Volkskundler der politischen und gesellschaftlichen Stämme Raum für ihre ethnologischen Reportagen. Hier soll auch nach Mentalitätsströmen in den Untergründen des gesellschaftlichen Fortgangs gesucht werden, die man oft nur ahnen, ungefähr beschreiben, plausibel vermuten, nicht jedoch bereits final beweisen kann.

Unerwartete, eben nicht automatisch dem journalistischen oder wissenschaftlichen »Mainstream« nacheifernde Interpretationen – die »originelle Alternative« – und Kontroversen finden ebenfalls hier ihren Platz – wie schon der Titel ankündigt. Denn auch um Einwände, um Widersprüche und Gegensätze soll es INDES gehen. Insofern liegt es nahe, sich in der ersten Ausgabe denjenigen Personen zu widmen, die eben dies taten, die Neues dachten, die vor-, nach- und querdachten, manchmal unbequem, manchmal auch anstrengend waren (oder sind), die nicht selten einen elitären Habitus an den Tag legten, auch nicht immer und ausschließlich »Gutes« bewirkten, die aber – mit hohem Sendungsbewusstsein ausgestattet – zweifellos eine ungeheure Faszinationskraft ausstrahlten: den Intellektuellen. »Wo sind die Vordenker?« – diese Frage wollen wir, zumindest in Teilen, beantworten. Allerorts vernimmt man Klagen über den desaströsen Zustand der Politik, über die politische Ideenlosigkeit, über das Fehlen genialer Einfälle. Ist diese

2 Vgl. etwa Heinrich August Winkler in einem Interview mit dem *Spiegel*: »Ich versuche in meinen Lehrveranstaltungen den Studierenden klarzumachen, dass sie stets so formulieren sollten, dass sie auch von Laien verstanden werden, und dass sie eines scheuen müssen wie der Teufel das Weihwasser, und das ist der Fachjargon […] Im Übrigen beweisen uns angelsächsische, französische und italienische Historiker durch ihre Veröffentlichungen, dass Lesbarkeit in keiner Weise den Tiefgang einer Darstellung gefährden muss. Im Gegenteil, ich glaube, dass die Verständlichkeit der Darstellung eher dafür spricht, dass ein Autor versucht hat, ein Problem zu Ende zu denken«, einzusehen unter http://www.spiegel.de/unispiegel/wunderbar/0,1518,751563,00.html.

3 Wilhelm Hennis, Zur Begründung der Fragestellung, in: Wilhelm Hennis u. a.(Hrsg.): Regierbarkeit. Studien zu ihrer Problematisierung, Stuttgart 1977, S. 9–21, hier S. 12.

pessimistische Diagnose aber tatsächlich zutreffend oder mehr einem verklärten Vergangenheitsbild geschuldet, gibt es nicht doch auch heute noch Intellektuelle, die Wichtiges zu sagen haben? Wenn nein, warum nicht; und wenn ja, wo findet man sie, wie haben sich diese Figuren möglicherweise verändert? Wir richten auch den Blick zurück, auf einstige Orte intellektuellen Wirkens, auf historische Konstellationen, die sich für Vordenker als besonders günstig erwiesen. Ziel ist dabei keineswegs, den zahllosen bereits existierenden Definitionen des »Intellektuellen« eine neue hinzuzufügen; auch hegen wir nicht den Anspruch, eine komplette Intellektuellengeschichte zu präsentieren. So finden sich auf den nächsten Seiten viele Beiträge, die sich nicht zwangsläufig zu einem perfekten Puzzle ineinanderfügen, sondern vielmehr insgesamt ein buntes Mosaik ergeben.

Das Thema jedenfalls ist voller Ambivalenzen und Paradoxien. Wie verträgt sich z.B. die lautstarke Klage über den vermeintlichen Mangel an Vordenkern in der Politik mit dem Boom der Beraterbranche, der zunehmenden Auslagerung von Parteiaufgaben an externe Profis und dem Bedeutungsgewinn politischer Think Tanks? Ist es überhaupt wünschenswert, dass sich mehr Intellektuelle in der Politik engagieren, oder wäre dies eher ein Fluch denn ein Segen? Wie populär dürfen Intellektuelle sein, um weiterhin als Intellektuelle zu gelten und nicht als Küchenphilosophen bespöttelt oder der oberflächlichen Medienversessenheit geziehen zu werden? Und, ganz konkret: Wie verhielten sich Intellektuelle in wichtigen Krisenmomenten der deutschen Geschichte, welche Rolle spielten sie für den Beginn und Verlauf von Kriegen?

Überhaupt bleibt der Typus des »Intellektuellen« oft nebulös – wer verleiht ihm diesen Status überhaupt, wie kommt der Vordenker zu genialen Ideen, und hat man ihn sich als vergeistigten Schreibtischdenker oder als eifrigen Aktivisten vorzustellen?

In Analysen, Portraits, Interviews und »Inspektionen« sowie Kontroversen sollen diese und andere Fragen beantwortet, sollen mit originellen Deutungen und unkonventionellen Sichtweisen diese rätselhaften Figuren und ihr Wirken ergründet werden.

Die Fotografien schließen sich unmittelbar hier an. Ursprünglich veröffentlicht unter dem Ausstellungstitel »hanging around« im Rahmen des Projektes »Ruhr.2010 – Kulturhauptstadt Europas«, dreht sich bei diesen Bildern alles ums »Rumhängen«. Der Verein artscenico e.V. unter der Leitung vom Rolf Dennemann fragte: »Was machen die Menschen eigentlich wirklich, wenn sie nicht arbeiten (im herkömmlichen Sinne)? Wenn sie nicht morgens um 7:30 ihre Karte in die Stechuhr schieben, wenn sie nicht um halb vier in der Backstube stehen, nicht um 8 Uhr ihre Arbeitskluft überziehen?«[4], kurzum,

4 Vgl. http://www.hangingaround.de/?language=de

es ging um die »Zeit des kreativen Nichtstuns«[5]. All das, das scheinbar untätige Herumsitzen, das stoische Sinnieren – wenngleich die Aufnahmen vielleicht nicht dem gängigen Stereotyp eines »klassischen Intellektuellen« entsprechen – all das passt auch zur Pose des Vordenkers.

Unter den Rubriken findet sich – neben Bekanntem und Bewährtem – auch die »Inspektion«. Nicht zuletzt mit diesen reportageartigen Erkundungen wollen wir die Brücke schlagen zwischen Feuilleton und Politologie. Und auch bei der Auswahl der Autorinnen und Autoren streben wir eine möglichst große Vielfalt an, um eben *auch*, aber nicht nur, eine Zeitschrift von Politologen für Politologen zu sein. So schreiben im ersten Heft Historiker, Germanisten, natürlich Politikwissenschaftler, auch Philosophen und Journalisten. Variierende Darstellungsformen und unterschiedliche Herkunftsmetiers – damit hoffen wir, auf Dauer eine abwechslungsreiche und lebendige Kultur des Schreibens zu begründen.

Das »Perspektiven« schließlich bleiben »freien« Texten vorbehalten; so wollen wir eine (gewisse) Spontaneität wahren, möchten aktuelle Forschungsergebnisse publik machen, wollen interessante Beiträge, die sich nicht oder nur künstlich einem Oberthema zuordnen lassen, veröffentlichen. »Reformiert die Politikwissenschaft!« lautet der Appell des US-amerikanischen Politologen Lawrence M. Mead. Der Blick in die Vereinigten Staaten zeigt: Auch dort ist eine Diskussion um das Fach, um politikwissenschaftliches Sein und Sollen entbrannt. Mead schreibt u. a. für die Zeitschrift *Perspectives on Politics*, deren Ideal ebenfalls in einer Kombination aus lebendigem Schreiben, origineller Erkenntnis zu relevanten Themen und der Anbindung fachinterner Debatten an eine breitere Öffentlichkeit besteht. Die *Perspectives on Politics* wiederum entstand aus der sogenannten »Perestroika-Bewegung«, die in den USA für eine öffentlichkeitswirksamere Politikwissenschaft eintrat und die Selbstabkapselung der Politologie verurteilte.

An Vorbildern, auch Idealismus mangelt es also nicht. Allerdings ist eine solche Zeitschriftengründung kein einfaches Unterfangen, kostet Zeit und Nerven. Vieles wird sich erst noch finden. Doch wir sind und bleiben ein klein wenig optimistisch – und wünschen eine anregende Lektüre.

5 http://www.hangingaround.de/?language=de.

SCHWERPUNKT:

WO SIND DIE VORDENKER?

SEISMOGRAFEN DES WANDELS

WARUM DER INTELLEKTUELLE KEIN AUSLAUFMODELL IST

Ξ Jens Hacke

Es ist schwierig, die Stichhaltigkeit gewisser Begriffsmoden abzuschätzen. Das gilt insbesondere für den Terminus Intellektuelle, scheint uns doch die Rede vom Intellektuellen mittlerweile seltsam altertümlich. Gerade in Deutschland fällt es schwer, das Verhältnis von Intellektuellen und Politik adäquat und vor allem zeitgemäß zu beschreiben. Dies hat vielleicht damit zu tun, dass man die Intellektuellen am heroischen Maßstab ferner Vorbilder misst oder ihnen politisch ohnehin nicht mehr viel zutraut. Während Helmut Schelsky in den 1970er Jahren noch das Schreckensbild einer Priesterherrschaft der Intellektuellen zeichnete oder Kurt Sontheimer deren »Elend« beklagte[1], hat sich heute die Furcht vor einem Regiment der Intellektuellen verflüchtigt. Die Klage darüber, dass der Einfluss der Intellektuellen im Schwinden begriffen sei, unterstreicht mittlerweile unsere Gewohnheit, den Intellektuellen im Niedergang zu sehen.[2] Allenthalben stößt man deswegen auf Reanimationsversuche des politischen Intellektuellen, dessen Orientierungshilfe als notwendige moralische Instanz die Gesellschaft nun anscheinend besonders bedarf. So lässt sich das fast schon tragisch zu nennende Schicksal des Intellektuellen darin begreifen, dass sein Platz nie gesichert scheint: Nimmt er Einfluss, fällt er zur Last und weckt Ressentiments als praxisferner Wichtigtuer; bleibt er unauffällig, so kommt er seiner Rolle als kritischer Mahner nicht nach, und die Klage wird erhoben, dass es niemanden mehr gebe, der sich ums große Ganze kümmere.

Das Dilemma des öffentlichen Intellektuellen steht im unmittelbaren Zusammenhang mit seinem – notwendigerweise – maßlosen Anspruch. Es waren stets die Apologeten des »Fachmenschentums« (Max Weber) und die Befürworter einer technokratischen Staatsauffassung, die das Rollen-

1 Vgl. Helmut Schelsky, Die Arbeit tun die anderen. Klassenkampf und Priesterherrschaft der Intellektuellen, Opladen 1975; Kurt Sontheimer, Das Elend unserer Intellektuellen. Linke Theorie in der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg 1976.

2 Vgl. jüngst Dietz Bering, Die Epoche der Intellektuellen 1898–2001. Geburt – Begriff – Grabmal, Berlin 2010.

INDES, Herbst 2011, S. 12–18, © Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen, 2011, ISSN 2191-995X

verständnis des Intellektuellen als moralische Anmaßung disqualifizierten. Sie schrieben damit weiter am Kapitel des bürgerlichen Selbsthasses, mit dem sie konsequenterweise auch die eigene Glaubwürdigkeit unterminierten. Bei Niklas Luhmann beispielsweise lässt sich eine solche Haltung in ironisch-distanzierter Form erkennen: Der Intellektuelle kann nur noch die Einsicht in unbeeinflussbare Sach- und Systemzwänge ermöglichen und jeden politisch-moralischen Gestaltungsversuch zu einem naiv-folgenlosen Aufbegehren erklären.

Eine liberale Gesellschaft muss diese intellektuelle Autodestruktion ablehnen. Für die Konzeption des Staatsbürgers als mündiges Individuum, das seine Auffassungen und Interessen artikuliert und im Rahmen eines geteilten Wertehorizonts wahrnimmt, ohne Toleranz- und Freiheitsgebote der anderen zu verletzen, bleibt der öffentliche Intellektuelle eine maßgebliche Institution – nämlich eine repräsentative Figur, die als Bürger für andere im Sinne des Gemeinwohls spricht, weil sie zur Artikulation der Meinung in besonderer Weise befähigt ist. Insofern verbindet der Intellektuelle stets demokratisch-egalitären Anspruch mit einem notwendig elitären Habitus. Den öffentlichen Intellektuellen verstehen wir als einen herausgehobenen Akteur. Ihn oder sie zeichnet aus, dass er als Anwalt des Allgemeinen interveniert, sich mit seiner Meinung in einer öffentlichen Debatte exponiert und im Streit für seine Sache wirbt. Intellektuelle, so formulierte es jüngst noch einmal Jürgen Habermas, »lassen sich aus gegebenem Anlaß dazu provozieren, ungefragt, also ohne Auftrag und Abstimmung, von ihrem beruflichen Wissen jenseits ihrer Profession einen öffentlichen Gebrauch machen«. Dabei sind sie »auf eine resonanzfähige, wache und informierte Öffentlichkeit angewiesen«.[3] Die Bedingungen intellektuellen Engagements, so dürfen wir Habermas verstehen, sind ebenso wichtig wie die moralische und geistige Qualität des Intellektuellen selbst. In dieser Sichtweise steckt natürlich eine kaum verhüllte Selbstprivilegierung des progressiven Intellektuellen, welche gegenwärtig nicht mehr so selbstverständlich wie im Zeitalter ideologischer Polarisierungen erscheint. In einer pluralistischen Medienöffentlichkeit muss der republikanisch engagierte Intellektuelle auch die Anwesenheit des skeptischen oder konservativen Gegenintellektuellen aushalten.

Die Auffassung von Habermas reiht sich selbstverständlich in die Tradition der bekannten Intellektuellensoziologien des 20. Jahrhunderts ein; der Ökonom Joseph Schumpeter sprach vom »Fehlen einer direkten Verantwortlichkeit für praktische Dinge«, Karl Mannheim popularisierte das Verständnis vom »freischwebenden Intellektuellen«, und M. Rainer Lepsius schließlich betonte dessen »Beruf zur inkompetenten Kritik«. Habermas präzisiert aber seine

3 Jürgen Habermas, Ein avantgardistischer Spürsinn für Relevanzen. Was den Intellektuellen auszeichnet, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 5/2006, S. 551–557.

Bedingungen für das Wirksamwerden intellektueller Kritik in der liberalen Demokratie: Sie ist nicht nur auf die Urteilsfähigkeit, die Redlichkeit und die gesellschaftspolitische Verantwortung des praktizierenden Intellektuellen angewiesen, sondern auf die kommunikativen und institutionellen Umstände, in denen dieser seinem »Beruf« nachgehen kann. Dementsprechend nützt es wenig, eine Krise der Intellektuellen zu personalisieren, sondern es gilt, die Veränderungen innerhalb des öffentlichen Diskurses, welche die intellektuelle Interventionspraxis, die Resonanz und überhaupt das Umfeld für Intellektuelle insgesamt bestimmen, in den Blick zu nehmen.

Seit der Geburt des modernen Intellektuellen, die zumeist 1898 mit Emile Zolas berühmtem »J'accuse« datiert wird, hat sich der Intellektuelle in seinem Wirkungsraum auf vielfältige Weise verwandelt und neuen Gegebenheiten angepasst. Wertet man den Einsatz der Intellektuellen im Lichte der Demokratisierungs- und Emanzipationserfolge seither, so lässt sich sicherlich eine fortwährende Entdramatisierung und eine damit einhergehende Risikoverminderung intellektuellen Engagements diagnostizieren. Der extrainstitutionelle Status des Intellektuellen, der sich aus seiner oppositionellen Rolle und meist aus seinem Beruf zur progressiv und moralisch inspirierten Herrschaftskritik herleitete, hat seinen Nimbus verloren. Davon abgesehen, dass in liberalen Gesellschaften der öffentliche Intellektuelle nicht mehr in natürlicher Weise dem linken politischen Spektrum zuzuordnen ist, haben die Mechaniken der modernen Mediengesellschaft auch dafür gesorgt, intellektuelle Kritik zu domestizieren: Der Intellektuelle wurde vom widerstandswilligen Ruhestörer zum begehrten öffentlichen Meinungsträger, von den Zeitungen verschiedener politischer Couleur oft gleichermaßen umworben. Konnte Thomas Mann noch für die Zwischenkriegszeit feststellen, dass die Broschüre, also die kleine akzentuierte Einzelschrift, die Signatur seiner Epoche sei[4], so ist der Intellektuelle heute bemüht, seine Intervention entweder mithilfe einer medialen Kampagne zu platzieren oder sogar von der Presse per Anfrage auf dem Meinungsmarkt lancieren zu lassen. Die relative Risikolosigkeit intellektuellen Engagements erklärt sich einerseits aus der fortgeschrittenen Einebnung des politischen Spektrums, innerhalb dessen die Tabus des Konsensliberalismus nur noch selten gebrochen werden. Andererseits haben sich die Muster medialer Konfliktinszenierung so eingeschliffen, dass die streitauslösende rhetorische Provokation häufig durchschaubaren Routinen folgt.

Man muss eine Veralltäglichung intellektueller Praxen nicht negativ bewerten. Im Grunde ist darin eine notwendige Demokratisierung des Intellektuellen nach seiner heroischen Epoche zu erkennen. Trotzdem bleibt es angebracht, sich den gesellschaftspolitischen Wandel vor Augen zu führen,

4 Thomas Mann, Tagebücher 1933–1934, hg. v. Peter de Mendelssohn, Frankfurt a. M. 1977, S. 194.

der den Status und die Rolle des Intellektuellen verändert hat. Die normative Positionsbestimmung intellektuellen Engagements fällt heute zwar schwerer, aber sie behält ihre Dringlichkeit in einer liberalen Demokratie, die nach wie vor die Öffentlichkeit jeder politischen Diskussion vorsieht, Entscheidungen öffentlich zu legitimieren hat und auf öffentliche Kritik angewiesen ist. Dabei ist daran zu erinnern, dass die Themen des Intellektuellen von jeher eher der moralisch-kulturellen Selbstverständigung dienen als politischen Sachfragen. Das Register nationaler Identitätsvergewisserung hat sich nicht nur gewandelt, sondern ist spätestens nach der Wiedervereinigung im Jahr 1990 um europäische, wenn nicht globale Komponenten deutlich erweitert worden.

Mit Blick auf die Bundesrepublik lässt sich ein nicht unerheblicher Themenwechsel diagnostizieren. In der Bonner Republik gab es zwei Latenzthemen, die immer wieder für Streit sorgen konnten: zum einen den Umgang mit der NS-Vergangenheit, zum anderen die vor dem Hintergrund des ideologischen Konflikts im Kalten Krieg geschürte Angst vor einem politischen Linksdrift. Fast jede öffentliche Debatte, die zum Engagement von Intellektuellen führte, lässt sich entweder aus geschichtspolitischen oder ideologischen Motiven begreifen – vom Protest gegen die atomare Bewaffnung in den 1950ern bis hin zur Nachrüstungsdebatte der 1980er, von der *Spiegel*-Affäre über den Streit um die Ostpolitik bis zur deutschen Einigung, von den Auschwitzprozessen über den Historikerstreit bis hin zur Wehrmachtsausstellung. Intellektuelle rangen in diesen Meinungskämpfen um das Selbstverständnis der Bundesrepublik. Diese Fragen haben nach der Wiedervereinigung, nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und auch mit dem absehbaren Aussterben der Zeitzeugengeneration, die den Nationalsozialismus erlebt hat, an Bedeutung verloren.

Damit geht einher der unvermeidliche Abschied von einer lange Zeit dominierenden Intellektuellengeneration, nämlich von der sogenannten »skeptischen Generation« der Flakhelfer. Zu ihnen gehören die öffentlichen Dominatoren intellektueller Debatten der letzten 45 Jahre – Ralf Dahrendorf, Jürgen Habermas, Wilhelm Hennis, Hans-Ulrich Wehler, Hermann Lübbe, Günter Grass, Martin Walser, Karl-Heinz Bohrer und viele andere. Warum diese Generation so erfolgreich und so prägend war, ist oft beschrieben worden:[5] Sie waren die ersten Nutznießer von Westernisierung und Liberalisierung in den 1950er Jahren, sie rückten in die Positionen der durch den Krieg arg dezimierten älteren Generation ein, sie profitierten vom raschen Ausbau des Bildungswesens. Sie waren aber nicht nur Modernisierungsgewinner, sondern hatten in ihren Reihen offenkundig einige außergewöhnliche intellektuelle Begabungen. Und sie hatten nicht zuletzt einen relativ kompakten gemeinsamen Erfahrungshintergrund, nämlich die Jugend im »Dritten Reich« und

5 Siehe Helmut Schelsky, Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend, Düsseldorf 1957; Heinz Bude, Deutsche Karrieren, Lebenskonstruktionen sozialer Aufsteiger aus der Flakhelfer-Generation, Frankfurt a. M. 1987; A. Dirk Moses, German Intellektuals and the Nazi Past, Cambridge 2007.

das Kriegsende. Für diese Generation besaßen die Etablierung einer liberalen Demokratie und deren Verteidigung unbedingte Priorität, die Einmischung in die öffentlichen Fragen des Politischen war ihr eine Selbstverständlichkeit. Die Nachfolge-Generation, die 68er, hat diesen existentiellen Ernst vermissen lassen und daher auch keine dementsprechende Autorität in Fragen des Gemeinwohls ausbilden können. Als Funktionsträger und Intellektuelle zeichnen sie sich vor allem durch Selbstrevision und Positionswechsel aus. Dies zeigen beispielhaft die Abnutzung eines dezidiert linksintellektuellen Habitus und der hohe Anteil von »Renegaten« wie dem Ex-Sponti und heutigen Herausgeber von Springers *Welt*, Thomas Schmid, dem Journalisten und Historiker Götz Aly oder dem Philosophen Peter Sloterdijk, die mit unermüdlicher Energie die Irrungen der eigenen Vergangenheit bekämpfen.

Es zeichnet sich schon ab, dass eine lange praktizierte und für Orientierung sorgende ideologische und vergangenheitspolitische Standortbestimmung des Intellektuellen für jüngere Generationen nicht mehr verfängt. Die Bezugsysteme des Politischen sind komplexer geworden. Im Zeitalter der Globalisierung sind die klassischen Probleme der Politik vielfach überlagert von Menschheitsfragen jenseits des nationalstaatlichen Diskursraums. Das hat sich schon in den 1970/80er Jahren angedeutet, als die Einsicht in die Grenzen des Wachstums, die Umweltverschmutzung und die Frage der Kernenergie zu öffentlichen Themen wurden. Globale, weltökonomische und klimatische Probleme sind für den klassischen Intellektuellen nur bedingt engagementfähig, denn sie sind eigentlich erkenntnismäßig kaum umstritten; sie finden nur nicht genügend Aufmerksamkeit, weil sie durch Lebensstilbequemlichkeit verdrängt werden. Der Intellektuelle schlüpft hier in die eher undankbare Rolle des Wanderpredigers, ohne eigentlich Kontroversen anzetteln zu können. Das macht auch die Suche nach den gesamteuropäischen Intellektuellen so schwierig.

Zudem scheint die Arbeit an Zukunftsfragen, die »Geistesarbeit« insgesamt, immer mehr zu einer kollektiv ausgeübten Tätigkeit zu werden. Dabei haben die »Player« im intellektuellen Feld zugenommen, und sie treten organisiert auf. Die Begründung und Verteidigung von bestimmten Standpunkten erfolgt seltener durch einzelne Großintellektuelle, sondern vielmehr durch Kollektivakteure, die im Sinne der Arbeitsteilung ihre Ergebnisse überindividuell zu objektivieren versuchen. Gesellschaftsrelevante Fragen werden dann als Auftragsforschung publikumswirksam vorgestellt. Das führt dazu, dass die Werbung für bestimmte politische Reformen beispielsweise in Bildung, Gesundheitswesen, Sozialpolitik eher auf Sachzwanglogiken zurückgreift, als dass sich ein gesellschaftliches Wollen auf normative Gründe beruft. Es

hat sich eine Vielfalt von Organisationen, Lobbygruppen, Stiftungen, Think Tanks und Netzwerken gebildet, die vorgeben, im Dienste des Gemeinwohls zu handeln, und die durch clevere Marketingstrategien die Verschleierung des ökonomischen Interesses perfektioniert haben. In diesen Kontext gehört beispielsweise die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.

Aber auch die Stiftungen der Großkonzerne wie Thyssen, Vodafone, Volkswagen, Quandt oder Bertelsmann entwickeln ebenso wie zahlreiche Verbände und Netzwerke gesellschaftliche Initiativen, die versuchen, intellektuelles Potential an sich zu binden, um gesellschaftspolitisch tätig zu werden und auf sich aufmerksam zu machen. Darüber hinaus ist eine ganz neue, boomende Branche des Polit-Consulting entstanden, die Anschluss an Berliner Kreise sucht, nach Art von gehobeneren Werbeagenturen und Stichwortlieferanten, im Dienste des Lobbyismus und der Promotion. Hintergrundgespräche für sogenannte Entscheider werden oft unter Einbeziehung intellektueller Kapazitäten arrangiert, die durchaus politikfern, also potentielle Intellektuelle sind.

Die Dominanz dieser Akteure verstärkt den Trend, Intellektuelle gleichsam vor der selbstständigen Intervention einzufangen oder – um es neutraler auszudrücken – einzubinden und zu organisieren. Viele Politikwissenschaftler, Soziologen, Historiker, Philosophen sind heutzutage schon in so viele Aktivitäten von Netzwerkorganisationen integriert, dass kaum mehr Raum für die Entfaltung einer individuellen öffentlichen Intervention bleibt. Das zieht sich übrigens bis weit in die Politik hinein. Hier scheint sich der Trend durchzusetzen, nicht lediglich diskrete Beratung in Anspruch zu nehmen, sondern Beratung öffentlich zu machen und damit Politik zu legitimieren. Die Institution des Ethikrats ist ein herausgehobenes Beispiel für eine solche Entwicklung. Damit einher geht das Interesse der Umworbenen, ihren Ratgeberstatus selbst zu annoncieren, um den eigenen Marktwert zu steigern, auch auf Kosten geistiger Unabhängigkeit.

Diese Tendenzen darf man nicht überzeichnen, denn sobald solche Praktiken offensichtlich werden, regt sich Widerstand und gegenläufige Mechanismen setzen ein. Gegen jeden Versuch, Intellektuelle zur Legitimation von vermeintlichen Sachzwangexekutionen heranzuziehen, sollten liberale Gesellschaften den Sinn für die Stärkung individueller Kritikpotentiale wach halten. Auch wenn er es schwerer hat als früher, bleibt die Figur des öffentlichen Intellektuellen die Verkörperung republikanischer Tugenden – er oder sie zeigt den Mut zum Engagement, braucht die Fähigkeit zur Komplexitätsreduktion und leistet die notwendige Theoretisierung bzw. Einordnung des Gegenwartsgeschehens. Intellektuelle sind und bleiben Medien bürgerschaftlicher Selbstverständigung.

Öffentliche Intellektualität ist exponierte Individualität. Das scheint sie für die neuen Kommunikationsbedingungen des Internets zu prädestinieren. Doch dies ist wohl ein Kurzschluss. Kommunikationsmöglichkeit allein hilft hier erst einmal wenig. Anders als die revolutionäre Rolle, die Facebook oder Twitter angesichts der Information und Koordination großer Massenbewegungen eingenommen haben, ist Technologie für das Engagement des Intellektuellen noch kein Mehrwert. Verdichtung und Egalitarismus der Netzkommunikation sorgen eher dafür, dass das Argument oder der Gedanke des Einzelnen in der Masse der verfügbaren Information untergeht. Der Intellektuelle aber braucht Privilegierung, die durch Qualität gedeckt ist. Sein »avantgardistischer Spürsinn für Relevanzen«, wie Habermas es genannt hat, bedarf der medialen Verstärkung. Wir müssen die intellektuelle Stimme in einem bestimmten Kontext vernehmen, den wir respektieren und der uns eine Qualitätskontrolle garantiert, wie das in der Hochzeit des Intellektuellen die Zeitungen und Verlage übernommen haben. Der Anarchismus von Blogs und privaten Websites kann dies auf absehbare Zeit nicht ersetzen.

Auch deshalb wird es – aus meiner Sicht – um eine Weiterentwicklung des Bewährten gehen. Von undisziplinierter, formloser oder ausufernder Meinungsäußerung, wie sie im Netz anarchisch praktiziert wird, lässt sich kein Ersatz für eine gehaltvolle intellektuelle Intervention erwarten. Es ist eine Geschmacksfrage, ob man den Publikumserfolg eines Thilo Sarrazin als intellektuelle Intervention im Sinne gemeinwohlorientierter Normativität gelten lassen will. Die Debatte um seine deutschen Selbstabschaffungsängste zeigt aber an, dass die liberale Demokratie auf öffentliche Selbstverständigungsdiskurse, die von einzelnen – eben von Intellektuellen, nach formaler Definition – jenseits des parteiendominierten Politikalltags geführt werden, nicht verzichten kann.[6] Solche Notwendigkeiten nehmen der Furcht vor einem Ende des Intellektuellen ihren Stachel.

6 Vgl. Thilo Sarrazin, Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen, München 2010; sowie die kämpferische Entgegnung von Patrick Bahners, Die Panikmacher. Die deutsche Angst vor dem Islam. Eine Streitschrift, München 2011.

Dr. Jens Hacke, geb. 1973, arbeitet als Politikwissenschaftler am Hamburger Institut für Sozialforschung. Seine jüngste Buchveröffentlichung: Die Bundesrepublik als Idee. Zur Legitimationsbedürftigkeit politischer Ordnung, Hamburg 2009.

POPULÄR-PHILOSOPHEN

IDENTITÄTSHOFLIEFERANTEN IN ZEITEN DER SINNSUCHE

Ξ Thomas Assheuer

Wer alle guten Vorsätze fahren lässt und gelegentlich die Filiale einer Buchhandelskette betritt, der macht eine interessante Entdeckung: Die Regale für akademische Studien werden immer schmaler, während die Bestände populärwissenschaftlicher Bücher wachsen und wachsen. Großer Beliebtheit erfreuen sich Abhandlungen über das Gute und das Böse, gern genommen werden auch Einführungen in die »Lebenswissenschaften«, vor allem Aufklärungsfibeln über die spektakulären Erfolge der Hirnforschung (»Wer ist der Käpt'n im Kopf?«). Doch an der Spitze der Bewegung steht uneinholbar die Phalanx populärphilosophischer Bestseller. Während Habermas' »Diskurs der Moderne« oder Luhmanns »Die Gesellschaft der Gesellschaft« wie verblichene Reliquien im akademischen Sakralbezirk versteckt werden, stapeln sich Bücher wie »Wer bin ich – und wenn ja viele?« in dorischen Säulen triumphierend bis unter die Decke.

Gewiss, das ist bloße Alltagsempirie, aber sie sagt viel über den Einfluss einer neuen geistigen Klasse – der Klasse des popularisierenden Intellektuellen. Dieser neue Typ operiert im Grenzgebiet zwischen dem System Wissenschaft und einem breiten, an Orientierung interessierten Publikum. Weder Journalist noch exklusives Mitglied der *scientific community* ist der popularisierende Intellektuelle ein Diplomat im öffentlichen Dienst: Er macht Unverständliches verständlich, übersetzt Fachchinesisch in Alltagsdeutsch und versiegelt sein Werk mit einer starken persönlichen Meinung. Es ist überflüssig, hier Namen zu nennen, aber wer unbedingt welche hören will: Rüdiger Safranski ist ein Experte für die Verallgemeinerung von Bildungswissen, und ein Bestsellerautor wie Richard David Precht arbeitet ermüdungsfrei im kleinen Grenzverkehr zwischen Naturwissenschaften und Philosophie. Wer will, mag beim Stichwort »populäre Intellektuelle« auch an Wilhelm Schmid oder an die studierte Philosophin Thea Dorn denken, die als zeitgeistsensible Welterklärerin multimedial ihren Auftritt sucht. Noch einmal anders verhält es sich mit der Islamkritikerin und promovierten Soziologin Necla Kelek. Auch sie schätzt den Graubereich zwischen Feuilleton und Wissenschaft und löst dabei fortlaufend Kontroversen aus, die anschließend von ihr selbst kontrovers kommentiert werden.

INDES, Herbst 2011, S. 19–23, © Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen, 2011, ISSN 2191-995X

Kein Zweifel, der neue Typus des popularisierenden Intellektuellen ist zunächst eine Reaktion auf akademische Esoterik, auf die (unabdingbare) Spezialisierung der Fachwissenschaften. Es sind ja nicht nur *Bild*-Leser, die Wissenschaftler als eine exotische Spezies betrachten, die untereinander ein Stammesidiom sprechen, das sie zuweilen selbst nicht verstehen. Wissenschaftler, so heißt es, erklären die vertraute Alltagswelt so lange so kompliziert, bis sich normale Menschen darin so fremd fühlen wie Außerirdische nach der Landung. Man muss sich nur an den Fall des kurzzeitigen Verteidigungsministers und ehemaligen Doktors zu Guttenberg erinnern. Wer genau hinhörte, der erkannte in dem Affekt, mit der die Fangemeinde ihren Erlösungspolitiker gegen die elitären »Korinthenkacker« der Wissenschaft verteidigte, nicht nur die landesübliche Wut auf das Schwierige, sondern auch das Ressentiment derer, die sich von den Expertenkulturen verstoßen und von deren Erkenntnissen ausgeschlossen fühlten.

Und es stimmt ja auch. In der Wissenschaft sprechen, um es mit Niklas Luhmann zu sagen, Wissenschaftler zu Wissenschaftlern, und wenn der Laie davon etwas versteht, dann ist es Zufall. Wissenschaftler bearbeiten fachintern erzeugte Probleme, die bei der erfolgreichen Lösung anderer Probleme entstanden waren. Sie sitzen als Experten in Ethikkommissionen und bewerten die Folgen von Hochrisikotechnologien, von denen sie zweifelsfrei wissen, dass sich deren Risiken nicht abschätzen lassen. Andere Wissenschaftler streiten ergebnisoffen über Grenzfragen des Lebens, nachdem – Stichwort Gentechnik und Sterbehilfe – sein Anfang und sein Ende durch die Anwendung von medizinischem Wissen opak geworden ist.

Der popularisierende Intellektuelle erklärt dem Publikum aber nicht nur die akademisch verkapselten Expertenkulturen; er tummelt sich auch auf jenen Bühnen, die früher den »Großintellektuellen« vorbehalten waren. Platz ist genug. Denn anders als in Frankreich sind in Deutschland die Wortmeldungen von akademischen »Meisterdenkern« rar geworden – also die öffentliche Einmischung von Wissenschaftlern, die mit der Autorität ihrer akademisch erworbenen Reputation als Intellektuelle in der *res publica* Stellung beziehen. Für diesen Rückzug gibt es durchaus Gründe. Nicht nur, dass die Problemlagen komplizierter geworden sind und sich immer häufiger einer rhetorischen Zuspitzung entziehen. Viele Wissenschaftler fürchten auch, als eine Art Superstar in die Manege gezerrt, zu Zwecken des kulturellen Distinktionsgewinns missbraucht und anschließend von ihren Kollegen nicht mehr ernst genommen zu werden. Andere wiederum schrecken vor dem gewachsenen Popularisierungsdruck zurück und meiden das profund »Unwissenschaftliche« von Printmedien, auf denen schon am nächsten Tag

schamlos die Kartoffeln geschält werden. Wieder andere Wissenschaftler tun sich schwer mit dem Wechsel des Codes und dem Schreiben für ein anonymes Publikum, und tatsächlich lesen sich ihre Texte dann so, als seien sie unter großen grammatischen Schmerzen zur Welt gekommen.

Aber nicht nur die Spezialisierung der Spezialisten und das Verschwinden der Meisterdenker befördern den Aufstieg des popularisierenden Intellektuellen – auch die mediale Revolution des Internets trägt ihren Teil dazu bei. Die alte, von einer Handvoll Printmedien beherrschte Zentralöffentlichkeit mitsamt der Drei-Stände-Gesellschaft aus Journalisten, Publizisten und öffentlich engagierten Wissenschaftlern hat durch digitale Segmentkulturen und Partialöffentlichkeiten massiv Konkurrenz bekommen. In dieser unübersichtlichen Gemengelage, im aufregenden *inbetween* von Print und Internet, bewegt sich der popularisierende Intellektuelle erst recht wie ein Fisch im Wasser: Wo der »Meisterdenker« lauthals schweigt, erfüllt er noch einmal den Wunsch nach einem kantigen Weltbild und übersichtlichen Frontverlauf. Und wo die Wissenschaft hermetisch murmelt, befriedigt er leicht verständlich die Nachfrage nach praktischem »Anwendungswissen« und metaphysischer »Gesamtdeutung«. Auf diesem Feld scheint der popularisierende Intellektuelle sogar die Philosophie ersetzen zu wollen. Denn nolens volens ist auch sie zur Fachwissenschaft ernüchtert und liefert ihren Lesern kein spekulatives Heils-, sondern lediglich ein professionelles Erkenntniswissen. Mutmaßungen über das »Große und Ganze« oder Spekulationen über »Sinn« und »Leben« bearbeiten allein noch Theologen – oder eben die popularisierenden Intellektuellen. Sie füllen die Weltbildlücke der Philosophie und avancieren zu »Lebensgesamtratgebern« in einer intellektuell ausgehungerten Öffentlichkeit, die auf nichts anderes zu warten scheint als darauf, dass semantische Dienstleister ihr den Sinn des Daseins verraten beziehungsweise sinnvoll erklären, warum es diesen Sinn nicht gibt.

Zum Missfallen vieler Geisteswissenschaftler beziehen popularisierende Intellektuelle ihre Lebenserklärungsangebote immer häufiger aus den Naturwissenschaften. Anscheinend können deren Theorieangebote lebensweltliche Phänomene besser erklären als beispielsweise die affirmationsbereite Bielefelder Systemtheorie, die den unberatenen Leser mit hinreißend nüchternen Anti-Narrationen konfrontiert, mit dem kühlen Charme von »Zufall« und »Kontingenz«. Nicht nur die Soziobiologie, etwa das Werk von Edgar M. Wilson, hat in der Lebensberatungsliteratur Karriere gemacht; auch die Hirnforschung ist darin ausgesprochen populär und wird nach Kräften »ausgeweidet«. Überhaupt scheint die Hirnforschung genau das zu leisten, woran andere scheitern: dem Zeitgenossen im »Ego-Tunnel« (Thomas Metzinger)

das Leiden an der Freiheit plausibel zu machen – all die psychodynamischen Komplikationen, die auftreten, wenn sich verantwortliche Subjekte in einer chaotischen Welt zurechtfinden müssen.

Eines allerdings sollte man dabei nicht übersehen. Wenn popularisierende Intellektuelle dem Publikum die neuesten Erkenntnisse der Naturwissenschaften nahebringen und Überlegungen über das zeitlose »Wesen des Menschen« anstellen; wenn sie das Schlagwort vom »Egoismus der Gene« (Richard Dawkins) zum Motto der Konkurrenzgesellschaft veredeln oder in einer Art Supernaturalismus die Gesellschaft mit einem Organismus gleichsetzen, der dann am besten funktioniere, wenn sich alle Teile widerspruchsfrei dem Ganzen unterordnen – dann handelt es sich dabei nicht bloß um harmlose populärwissenschaftliche Aufklärung, sondern um eine handfeste politische Intervention.

Diesen politischen Effekt kann man sich am Beispiel der Hirnforschung gut vor Augen führen. Grob verkürzt lautet ihr Forschungsbefund bekanntlich, die menschliche Freiheit sei eine Illusion und das Gefühl subjektiver Autonomie nichts anderes als eine mentale Kulisse, eine Vorspiegelung falscher Tatsachen. Für postdisziplinäre Kreativgesellschaften, in denen sich die Bürger als flexible Selbstunternehmer (»Erfinde Dich selbst!«) verstehen müssen, ist dies eine beruhigende Nachricht. Denn sobald die Erkenntnisse der Hirnforscher auf dem Umweg über Welterklärungsliteratur in die Gesellschaft einsickern, suggerieren sie dem Einzelnen eine prinzipielle »Unverantwortlichkeit« – sie trösten ihn damit, dass er gar nicht Schuld an seiner Lage sein kann, weil das schuldfähige Subjekt nachweislich gar nicht existiert. »Ich war es nicht.« Nicht das freie »Selbst« der Selbstverwirklichung, so heißt dies, hat entschieden und trägt Verantwortung, sondern die numinose Macht des Hirns – jener universal verzeihende Gott, der die Insassen der säkularen Konkurrenzgesellschaft von ihrer Schuld erlöst, gesellschaftlich und vor sich selbst versagt zu haben. Politisch prekär an dieser Botschaft ist nicht der Umstand, dass der Hirnforschung die Rolle einer Kompensations- und Entlastungswissenschaft zugeschrieben wird. Prekär ist, dass eine naturalisierte Perspektive nicht nur individuelle, sondern auch kollektive Entscheidungsprozesse anonymisiert. Die Gesellschaft erscheint nicht mehr als imaginäre Einheit verantwortlich handelnder Subjekte, sondern, zugespitzt gesagt, als biologische Schicksalsgemeinschaft aus naturgemäß »Unverantwortlichen«, die von Sachzwang zu Sachzwang durch die Weltgeschichte treiben.

Gibt es also doch Grund, nervös zu werden? Gibt es im Kampf um mediale Aufmerksamkeit Grenzen der Popularisierung? Nun, auf der einen Seite gilt das, was auch bei Dieter Bohlen gilt: Wer gar nicht singen kann, der fällt

durch, und damit ist auch der argumentativen Selbstausdünnung popularisierender Intellektueller eine natürliche Grenze gesetzt. Problematisch allerdings ist der fahrlässige Umgang mit Konsistenzansprüchen oder eine wissenschaftlich »angemalte« Übertreibungsrhetorik, die – wie im Fall Sarrazins geschehen – an der semantischen Bürgerkriegsfront Posten bezieht und sich zurecht den Titel »Desintegrationspublizistik« (Klaus Bade) eingehandelt hat. Aber auch wenn sich popularisierende Intellektuelle das Federkleid des wissenschaftlich abgesicherten Sinnstifters überstreifen, wenn sie nur noch als Weltbildverstärker und Identitätshoflieferanten auftreten, kurz: wenn strategische Übervereinfachung zum publizistischen Geschäftsmodell wird, dann hat dies Folgen für die Kommunikation zwischen esoterischer Wissenschaft und exoterischem Publikum. Denn damit werden die Wissenschaften zwar populär »geöffnet«, zugleich aber durch *terrible simplification* wieder »verschlossen«. Oder um Heideggers berüchtigte Parole abzuwandeln: Der popularisierende Intellektuelle »verdunkelt alles« und gibt »das so Verdeckte als das Bekannte und jedem Zugängliche aus.«[1]

Wenn das geschieht, wenn sich popularisierende Intellektuelle gar zu Lohnsklaven einer nivellierenden Medienlogik machen, dann gibt es nur eine Community, die ihnen öffentlich entgegentreten und auf Einhaltung argumentativer Standards dringen kann: die Wissenschaftler selbst. Wer will, mag also auf eine heilsame »Dialektik der Aufklärung« hoffen. Denn wer als Wissenschaftler der falschen Popularisierung komplexer Einsichten öffentlich widerspricht, der muss wieder eine Rolle einnehmen, der er sich doch aus vielen Gründen entledigt hatte – er muss wieder als Intellektueller auftreten.

1 Martin Heidegger, Sein und Zeit, Tübingen 1927, S. 127

Thomas Assheuer, geb. 1955, ist Redakteur im Feuilleton der Wochenzeitung *Die Zeit*.

BALANCEAKT ZWISCHEN DEN ZEITEN

ANMERKUNGEN ZUR GENERATION DER »FÜNFUNDVIERZIGER«

Ξ Marcus M. Payk

Die Fünfundvierziger sind zurück. Ein gutes Jahrzehnt, nachdem sich diese Generation aus dem öffentlichen Leben und den politischen Tageskonflikten zurückgezogen hatte, ist sie als zentrale Akteurin in der Geschichtsschreibung zur Bundesrepublik wieder aufgetaucht. Es handele sich um »vermutlich die prägendste und einflussreichste Alterskohorte des 20. Jahrhunderts«[1], so heißt

1 Ulrich Herbert, Liberalisierung als Lernprozeß. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte, in: ders. (Hg.), Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980, Göttingen 2002, S. 7–49, hier S. 44. Daneben vgl. A. Dirk Moses, German Intellectuals and the Nazi Past, Cambridge 2007, S. 55 ff.

INDES, Herbst 2011, S. 24–30, © Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen, 2011, ISSN 2191-995X

es beispielsweise, welche insbesondere die »für den Verwestlichungs- und Liberalisierungsprozess der Bundesrepublik wohl wichtigste Altergruppe«[2] darstelle. Als Kern der Fünfundvierziger werden jene dominanten »intellektuellen Wortführer«[3] identifiziert, denen es als »strategische Clique«[4] gelungen sei, in der Bundesrepublik eine zuvor und danach nicht mehr erreichte publizistische und wissenschaftliche Deutungsmacht zu erlangen.

Natürlich folgen die meisten Untersuchungen einer differenzierteren Argumentation, und auch die Kritik an einer allzu banalen Verwendung dieser Generationsformel fällt meist deutlich aus. Die vorliegende Abhandlung stellt es sich gleichwohl zur Aufgabe, die in der Geschichtsschreibung inzwischen gängige Verwendung des Fünfundvierziger-Begriffs nochmals mit dessen Entstehung als publizistischem Selbstbildnis zu konfrontieren, um von hier aus einige Überlegungen zu den historischen Rahmenbedingungen sowie zu den Blindstellen dieses Konstrukts zu entwickeln.

In der jüngeren Forschungsliteratur werden mit dem Schlagwort der »Fünfundvierziger« gemeinhin jene Jahrgänge zu einer Generation zusammengefasst, die einerseits noch im Nationalsozialismus sozialisiert wurden, andererseits aber jung genug waren, um unbelastet in die junge westdeutsche Republik hineinzuwachsen. Als Kern gelten die Geburtenjahrgänge von ungefähr 1926 bis 1932, wenngleich noch eine ganze Reihe anderer, von 1921 bis 1941 reichende Jahrgangsgrenzen kursieren. Allerdings verfehlt eine pedantische Unterscheidung einzelner Geburtsjahre, hinter der sich zuweilen auch ein Beharren auf generationeller Exklusivität verbirgt,[5] die Einsicht, dass sich Generationen nicht aus dem Abzählen von Jahrgängen ergeben. Sie vermitteln vielmehr ein diskursives Identitätsangebot, für dessen Wahrnehmung die ungefähre Altersentsprechung zwar eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung darstellt. Daher wird meist argumentiert, dass das verbindende Merkmal der Fünfundvierziger in dem gemeinsamen – und namensgebenden – Bezug auf die Kriegsniederlage 1945 besteht. Aus der Desillusionierung über den Zusammenbruch des Nationalsozialismus, aber auch aus dem Gefühl der eigenen Verantwortungsfreiheit hätte sich eine betont unideologische und pragmatische Prägung ergeben, stellenweise aber auch schon ein demokratischer Handlungsauftrag. Beides habe die intellektuelle Signatur der Bundesrepublik wesentlich mitbestimmt.[6]

Demgegenüber lässt sich einwenden, dass sich allein aus der Erfahrung des Kriegsendes und angesichts der weiten Streuung der realen Erlebnisse und ihrer individuellen Verarbeitung kaum schematisierte Kategorien ableiten lassen, allzumal zahllose weitere Faktoren – Geschlecht und sozialer Status, familiäre Prägung, Bildungsstand, religiöse Einstellung usw. – in Rechnung

2 Eckart Conze, Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart, München 2009, S. 277.

3 Franz-Werner Kersting u. a., Aufbrüche und Umbrüche, in: dies. (Hg.), Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Generationswechsel und intellektuelle Wortergreifungen in den späten 1950er und den 1960er Jahren, Stuttgart 2009, S. 7–18, hier S. 13.

4 Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 1: Bundesrepublik Deutschland und DDR 1949–1990, München 2008, S. 189.

5 Vgl. Stephan Schlak u. Wilhelm Hennis, Szenen einer Ideengeschichte der Bundesrepublik, München 2008, S. 22-30.

6 Neben der oben genannten Literatur vgl. auch Rolf Schörken, Die Niederlage als Generationserfahrung. Jugendliche nach dem Zusammenbruch der NS-Herrschaft, Weinheim 2004, S. 19; Christina v. Hodenberg, Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945–1973, Göttingen 2006, S. 448 ff.

zu stellen sind.[7] Wenn also die Rede von den Fünfundvierzigern einen Sinn haben soll, dann nur mit dem Vorbehalt, dass es sich hier um eine »gefühlte« und eine »Erzählgemeinschaft« handelt. Dafür spricht bereits ein flüchtiger Blick auf die Personen, die gängigerweise als Fünfundvierziger bezeichnet werden. Bei allen Differenzen lassen sich durchaus die Konturen einer distinkten Gemeinschaft erkennen, nämlich die Gemeinschaft jener publizistisch-akademischen, meist sozial- und geisteswissenschaftlich orientierten und nahezu ausschließlich männlichen Elite, welche das intellektuelle Leben der Bundesrepublik von den 1960er bis zu den 1990er Jahren maßgeblich geprägt hat. Es dürfte schwer sein, Fünfundvierziger mit einem vergleichbar exklusiven Gruppenbewusstsein abseits dieser Intellektuellenmilieus nachzuweisen, auch wenn ihr generationelles Identifikationsangebot fraglos in weite Bereiche der Gesellschaft ausstrahlen sollte.

Gemeinschaften definieren sich über Bezeichnungen, und somit ist die Geschichte der Fünfundvierziger immer auch eine Begriffsgeschichte. Die Prägung und Popularisierung der Formel von den »45ern« geht zurück auf den Musik- und Literaturkritiker Joachim Kaiser (Jg. 1929), der in seinen Zeitungsartikeln und -kolumnen seit den 1970er Jahren wiederholt von der »45er-Generation« oder sogar den »45er-Demokraten« sprach.[8] In seiner Altersgruppe fand er damit beträchtliche Resonanz, und binnen Kurzem bündelte sich in diesem Begriff ein generationelles Selbstverständnis, wonach die jugendliche Erfahrung des Kriegsendes 1945 als lebenslange Verpflichtung zu Demokratie, Westbindung und kritischem intellektuellem Engagement auszulegen sei.[9]

Eine solche Verknüpfung von Zäsurerfahrung, antitotalitärer Immunisierung und pro-demokratischer Orientierung konnte zwar auf den Deutungen des Soziologen Helmut Schelsky aufbauen, der diese Altersgruppe schon in den 1950er Jahren als »skeptische Generation« bezeichnet hatte. Doch Schelsky hatte bekanntlich eher die unpolitische Wohlstandsorientierung der von ihm untersuchten Arbeiterjugend im Sinn gehabt, weniger die demokratische, gar westlich-liberale Grundprägung der nachwachsenden intellektuellen Elite. Auch wenn die Fünfundvierziger die Vorstellung einer skeptischen Verhaltenheit später als wichtigen Referenzpunkt aufgriffen, so lässt sich doch für die 1950er und frühen 1960er Jahre eine spezifische Generationenidentität kaum erkennen. Im Gegenteil, durch den Aufschwung des »Wirtschaftswunders« und der kriegsbedingten Schwäche der Vorgängergenerationen, bald auch durch die Expansion der öffentlichen Institutionen (vor allem der Rundfunkanstalten und Universitäten), fand gerade diese Altersgruppe eine überaus günstige Ausgangslage vor, die weder eine konfliktreiche Abgrenzung von

7 Zum Problem der Differenzierung siehe auch Moses, German Intellectuals, S. 57.

8 Vgl. Joachim Kaiser, Wie einst die Gruppe 47, in: Die Zeit, 16.5.1969; sowie ders., Erlebte Literatur. Vom »Doktor Faustus« zum »Fettfleck«, München 1988, S. 75 u. 424.

9 So paradigmatisch Joachim Fest, Vorstellung bei der Akademie [1982], in: ders., Fremdheit und Nähe. Von der Gegenwart des Gewesenen, Stuttgart 1996, S. 13–18, hier S. 16.

den älteren Jahrgängen noch eine Selbsterfindung als distinkte Generation unmittelbar notwendig machte. Zahlreiche Angehörige der 1920er Jahrgänge konnten rasch in Führungspositionen aufrücken, und dabei spielte die exklusive Verknüpfung von Demokratie und Generationalität zunächst weder in der Selbst- noch in der Fremdwahrnehmung eine erhebliche Rolle.[10]

Diese privilegierte Positionierung in der Gesellschaft wurde erst von den Studentenunruhen zum Ende der 1960er Jahre irritiert. Zwar ist es richtig, dass der emphatische Demokratisierungsbegriff der nachwachsenden Generationen auch bei den Fünfundvierzigern auf Sympathie stoßen konnte. Entscheidend ist aber, dass die Studentenbewegung gerade in der Altersgruppe der in den 1920er und frühen 1930er Jahre geborenen Intellektuellen als Angriff nicht nur auf die westdeutsche Institutionenordnung, sondern mehrheitlich auch auf die eigenen reformerischen Ambitionen und Arrangements verstanden wurde. Man mag darüber spekulieren, inwieweit der von vielen Fünfundvierzigern vorgebrachte Vorwurf einer totalitären Ideologisierung der jüngeren Generation eine nachgetragene Verarbeitung des eigenen jugendlichen NS-Idealismus war. Unbestreitbar ist in jedem Fall, dass die Fünfundvierziger ihre Kritik an den protestierenden Studenten immer wieder mit Hinweisen auf den idealistischen Furor des Nationalsozialismus anreicherten und damit, wenigstens implizit, einen biografischen Erfahrungsvorsprung geltend machten. Viel zitiert worden sind die Warnungen von Jürgen Habermas (Jg. 1929) vor einem »linken Faschismus« oder das legendäre Dutschke-Interview von Günter Gaus (Jg. 1929), aber auch die Spekulationen über die Wesensähnlichkeit zwischen den Weimarer Rechtsintellektuellen und den westdeutschen Neuen Linken gehören in diesen Kontext.[11]

In diesen viel beschrieben Konflikten ist fraglos ein nachhaltiger Impuls für die Identitätsbegründung der Fünfundvierziger zu sehen.[12] Allerdings erfolgte diese generationelle Selbstfindung auffällig verzögert, zumindest nicht unmittelbar während der Studentenunruhen. Während die (Alt-) Achtundsechziger schon in den 1970er Jahren zu selbstverständlichen Figuren der westdeutschen Erinnerungslandschaft wurden, blieben ihre Gegenspieler zunächst namenlos; offenkundig fehlte es noch an wesentlichen Voraussetzungen, um sich als distinkte Generation zu empfinden und zu erfinden.

Demgegenüber hatte sich in den 1980er Jahren die Situation so weit verändert, dass sich in dem von Joachim Kaiser gegebenen Stichwort der Fünfundvierziger ein klar umrissenes generationelles Selbstbildnis auskristallisieren konnte. Verschiedene Aspekte wirkten dabei zusammen, etwa die einsetzende Erinnerungskonkurrenz mit der Studentenbewegung, auf deren historisches

10 Vgl. Marcus M. Payk, »… die Herren fügen sich nicht; sie sind schwierig.« Gemeinschaftsdenken, Generationenkonflikte und die Dynamisierung des Politischen in der konservativen Presse der 1950er und 1960er Jahre, in: Kersting, Intellektuelle Gründung, S. 43–67.

11 Auch als explizite generationelle Positionierung dazu: Erwin Scheuch u. a., Der Überdruß an der Demokratie. Die alte Rechte und die Neue Linke, Köln 1970.

12 Vgl. Moses, German Intellectuals, S. 69 u. 186 ff.; sowie Riccardo Bavaj, »68er« versus »45er«. Anmerkungen zu einer »Generationsrevolte«, in: Heike Hartung u. a. (Hg.), Graue Theorie. Die Kategorien Alter und Geschlecht im kulturellen Diskurs, Köln 2007, S. 53–76; sowie demnächst die Dissertation von Nikolai Wehrs (Potsdam) über Generationalität im Umfeld des »Bund Freiheit der Wissenschaft«.

Konto die Demokratisierung und Liberalisierung der Bundesrepublik eigentlich gebucht werden sollten, oder auch der sogenannte Historikerstreit des Jahres 1987, in dem die seit den 1960er Jahren schwelende Rivalität zwischen eher (liberal-) konservativen und linksliberalen Fünfundvierzigern offen ausgetragen wurde.[13]

Vor allem aber bedurfte das Konstrukt der Fünfundvierziger-Generation einer zunehmenden Historisierung der bundesdeutschen Vor- und Frühgeschichte. Mit der beginnenden historischen Erforschung der Nachkriegszeit setzte ein Prozess der geschichtlichen Selbstanerkennung ein, der in den 1980er Jahren nicht nur den endgültigen »Abschied vom Provisorium« (Andreas Wirsching) einläutete, sondern auch die bundesdeutsche Demokratie als gefestigten Normalzustand begriff. Standen bislang das Jahr 1933 und das Scheitern der Weimarer Republik im Mittelpunkt des öffentlichen Geschichtsbewusstseins, so verlagerte sich der historische Sinnhorizont nun auf das Jahr 1945. Die bekannten Worte Richard von Weizsäckers aus dem Jahr 1985, wonach die Kriegsniederlage zugleich eine Befreiung war, fasst diesen Bedeutungsumschwung bündig zusammen. Auch die zunehmende Auseinandersetzung mit dem Holocaust machte es unabwendbar, im Kriegsende nicht mehr allein die deutsche Niederlage zu sehen, sondern zugleich das Ende und die Aufdeckung eines unvorstellbaren »Zivilisationsbruchs«. Es war kaum ein Zufall, dass Jürgen Habermas im Rahmen des Historikerstreites nicht nur Auschwitz zur »Signatur eines ganzen Zeitalters« erklärte, sondern auch 1945 als zentrales historiographisches Bezugsjahr der Bundesrepublik definierte.[14]

Das Jahr 1945 avancierte mithin zum Nullpunkt der Gegenwart. Es besiegelte das Ende unmenschlicher Schrecken und markierte den Startpunkt der westdeutschen Erfolgsgeschichte. Die bis dahin üblichen Verlust- und Zerstörungsnarrative wichen einer nach hinten verriegelten, nach vorne aber offenen Erzählung, welche die Bundesrepublik als Ergebnis eines erfolgreichen Lernprozesses begriff. Zwar wurde in der historischen Forschung zeitgleich die Idee einer »Stunde Null« entmystifiziert und erkannt, dass das Kriegsende wenigstens in sozialgeschichtlicher Hinsicht keine eindeutige Zäsur darstellte; späterhin rückten auch die Karrierekontinuitäten vom NS-Regime in die Bundesrepublik in den Blick. Gleichwohl bildete das Jahr 1945 nun nicht mehr den katastrophischen Endpunkt der deutschen Geschichte, sondern den Beginn der Gegenwart und insofern die Voraussetzung der demokratischen Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik.

In diesem historisierenden Deutungsprozess erhielt die eigene Lebensgeschichte für viele der in den 1920er und frühen 1930er Jahren geborenen Intellektuellen, Publizisten und Wissenschaftler eine neue Sinnfälligkeit, die

13 Vgl. Ulrich Herbert, Der Historikerstreit. Politische, wissenschaftliche, biographische Aspekte, in: Martin Sabrow u. a. (Hg.), Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945, München 2003, S. 94–113, hier S. 105 ff. Zur Konkurrenzsituation siehe auch Jens Hacke, Philosophie der Bürgerlichkeit. Die liberalkonservative Begründung der Bundesrepublik, Göttingen 2006, S. 27–45.

14 Vgl. Jürgen Habermas, Geschichtsbewusstsein und posttraditionale Identität. Die Westorientierung der Bundesrepublik [1987], in: ders., Die Moderne. Ein unvollendetes Projekt. Philosophisch-politische Aufsätze 1977–1992, Leipzig 1992, S. 157–179, hier S. 161 f.

sich in der (Selbst-)Bezeichnung als Fünfundvierziger kongenial ausdrückte. Inzwischen meist im fünften, oft auch schon im sechsten Lebensjahrzehnt, mischte sich im Rückblick Stolz über das Erreichte – namentlich über die Stabilität der Bundesrepublik – mit der Apologie eines Bruches von 1945. Aus dem Erlebnis des Kriegsendes wurde nunmehr ein entscheidender Wendepunkt, der eine lebenslange Disposition zur freiheitlichen Demokratie und zum intellektuellen Engagement begründet habe. Vor diesem Hintergrund war es sekundär, ob man das Kriegsende als Frontsoldat, Luftwaffenhelfer oder HJ-Mitglied erlebt hatte. Wichtig war allein, dass das Erlebnis von 1945 als exklusive Prägung gelten konnte, welche den eigenen Werdegang in der Bundesrepublik wie auch die dabei eingenommenen intellektuellen Positionen mit einer besonderen Dignität und einer Legitimation eigener Art versah.

Der Preis für die staatstragende Parallelisierung von eigener Biografie und westdeutscher Erfolgsgeschichte war indes hoch. Nicht nur, dass die Bundesrepublik eine teleologische Qualität erhielt, der gegenüber jegliche Alternative nur als falsche Lehre aus 1945 gelten konnte.[15] Problematischer ist, dass mit der Ineinssetzung von Lebens- und Republikgeschichte gerade die eigene Biografie verschwand. »Wir Fünfundvierziger« lautet der immer wieder zitierte Ausspruch von Joachim Kaiser, und darin drückt sich eine Überordnung der kollektiven über die individuelle Identität aus. Aus einzelnen, ganz disparaten Erlebnissen entstanden generationelle Topoi, die als stilisierte Leitbilder den politisch-ideellen Diskurs der Bundesrepublik wesentlich mitbestimmten – von einem in den letzten Kriegswirren geschulten nüchternen Realitätsdenken und Pragmatismus bis zur ersten Begegnung mit dem amerikanischen *Way of Life*, sei es als Kriegsgefangener, als Austauschstudent oder Jazz-Hörer.

Dass es auch eine Dimension der eigenen Lebensgeschichte geben mochte, die nicht in solchen überindividuellen Generalisierungen aufgehen konnte, trat demgegenüber in den Hintergrund. Die häufig bemühte Selbstvergewisserung, man sei durch die eigene Jugendlichkeit vor aller Verantwortung für das geschützt, was vor 1945 geschah, begünstigte zwar das selbstbewusste Auftreten als eigentliche Gründungsgeneration der Bundesrepublik. Zugleich handelte es sich hier um einen nur rationalen Sicherheitsabstand, der es schwer machte, emotional hinter das Diktatur- und Kriegsende zurückzugehen. Trotz aller ostentativen, entschieden kritischen Vergangenheitsaufarbeitung blieben im Umgang mit der (eigenen) Geschichte zahlreiche Blindstellen bestehen.[16] Gerade die Festlegung auf 1945 als positiv konnotierte Wendemarke machte es schwierig, solche Vorbelastungen und uneindeutigen Erfahrungen zu artikulieren, die sich nicht in das Narrativ eines unbelasteten, pragmatischen Aufbruchs fügten. »Er schwieg, als ob es das alles nicht ge-

15 Dies provoziert die Frage nach einem generationellen Vergleich mit der DDR. Ein entsprechendes Forschungsprojekt bearbeitet Franka Maubach (Göttingen). Vgl. vorerst Thomas Ahbe, Deutsche Generationen nach 1945, in: APuZ H.3/2007, S. 38–46.

16 Als pointierte, in den Konflikten um '68 wurzelnde Sicht vgl. Sibylle Hübner-Funk, Hitlers Garanten der Zukunft. Biographische Brüche, historische Lektionen, Potsdam 2005.

geben hätte, das Land, seine Familie, die Flucht«, schreibt etwa die Tochter von Joachim Kaiser über ihren Vater und dessen Kindheit in Ostpreußen, wohingegen dieser den Mai 1945 einzig als »Moment phantastischer, glückseliger Befreiung« gelten lassen wollte.[17]

Erst seit den späten 1990er Jahren begannen sich diese Schemata teilweise zu verflüssigen. Ein Beispiel ist Martin Walser (Jg. 1927), der 1998 mit seinem Roman »Ein springender Brunnen« die eigene Kindheit im Nationalsozialismus bewusst unbefangen darstellen wollte, durch diesen mehr emotionalen als rationalen Rückgriff hinter die Epochenschwelle von 1945 aber auch einen veritablen Skandal auslöste. Noch schwerer war es freilich, mit einer einstmaligen jugendlichen Begeisterung für den Nationalsozialismus umzugehen, wie es an der quälenden Debatte um Günter Grass (Jg. 1927) und seine spät eingestandene Mitgliedschaft in der Waffen-SS erkennbar wurde.

Die generationelle Selbsterfindung als Fünfundvierziger stieß und stößt in diesen Debatten an ihre Grenzen. Denkt man zudem an die Diskussion über die unbekannten, unbewussten oder verdrängten NSDAP-Mitgliedschaften von zahlreichen Angehörigen dieser Jahrgänge – darunter Martin Broszat oder Walter Jens, Dieter Wellershoff oder Martin Walser –, so wird deutlich, dass die öffentliche Auseinandersetzung über den Nationalsozialismus inzwischen kaum mehr mit Blick auf die Festigung der westdeutschen Demokratie geführt wird. In dem Maße, wie die »alte« Bundesrepublik und ihre intellektuellen Milieus in die Vergangenheit entrücken, verschieben sich die historischen Horizonte. Dass das Interesse an den politischen Wandlungsprozessen der deutschen Gesellschaft zunehmend von einer moralisch aufgeladenen Konzentration auf die Nach- und Verarbeitungsgeschichte des Nationalsozialismus überlagert wird, mag mit guten Gründen skeptisch beurteilt werden.[18] Entscheidend ist gleichwohl, dass das Jahr 1945 seine spezifische Demarkationskraft schleichend verliert. Und vor diesem Hintergrund ist es nicht unwahrscheinlich, dass aus der scheinbar gesicherten Stellung der Fünfundvierziger als Protagonisten der bundesdeutschen Erfolgsgeschichte noch ein ebenso unerwarteter wie heikler Balanceakt zwischen den Epochen und Zeiten wird.

17 Henriette Kaiser u. Joachim Kaiser, Ich bin der letzte der Mohikaner, Berlin 2008, S. 38 u. 68.

18 Vgl. Aleida Assmann, Geschichte im Gedächtnis. Von der individuellen Erfahrung zur öffentlichen Inszenierung, München 2007, S. 39.

Dr. Marcus M. Payk, geb. 1973, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin und Dilthey-Fellow der Volkswagen-Stiftung. Forschungsschwerpunkte u. a. in der Intellektuellengeschichte der Bundesrepublik Deutschland.

»MORALANWÄLTE« UND »STÖRUNGSFAKTOREN«

DIE SOZIALDEMOKRATIE UND IHRE INTELLEKTUELLEN

Ξ Franz Walter

Die Zeugnisse, die den Sozialdemokraten seit einigen Jahren europaweit ausgestellt werden, verheißen keine strahlende Zukunft. Der italienische Linguist und Kulturphilosoph Raffaele Simone etwa macht den »spektakulären intellektuellen Niedergang ihrer Führungsschicht«[1] für die gewaltige Depression der demokratisch-sozialistischen Linken verantwortlich. In dem

1 Raffaele Simone, »Die Linke hat keine Kraft mehr«, in: die tageszeitung, 6.5.2009.

Maße, in dem der intellektuelle Diskurs der Sozialdemokratie erschlaffe, in dem Maße lösten sich auch das »Volk« und die Klassensolidarität der Linken auf. Denn ein Kollektiv, so zuletzt der französische Soziologie Bruno Latour, trete nur dann handelnd in Aktion, wenn es für die drängenden Probleme »die richtige Metapher« verfügbar habe, eine »aide pensée« gewissermaßen.[2]

In der Tat findet man das Beziehungsgeflecht von Klassenbildung, historischem Selbstbewusstsein und intellektuellen Deutungsofferten bereits in der Konstituierungsphase von Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie. Zumindest waren drei glänzende Theoretiker der Intellektuellenanalyse aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, der Ökonom Joseph A. Schumpeter, der Soziologe Alfred Meusel und der Sozialwissenschaftler Robert Michels, trotz unterschiedlicher Zugänge darin einig, dass die Geburt der sozialistischen Arbeiterbewegung ohne die Hebammendienste und Erziehungsleistungen der Intellektuellen nicht hinreichend zu begreifen sei. Dabei billigte Schumpeter der Arbeiterbewegung zu, als autonomes Produkt der kapitalistischen Entwicklung entstanden zu sein. Aber ihre spezifische Gestalt, ihre eigentümliche Gesinnung, ihre besonderen Formeln, ihre prononcierten Postulate und Ziele verdankte sie, in einer Art zweiten Sequenz des Entstehungsakts, den kapitalismuskritischen Intellektuellen. Deren »Bedeutung für das Schicksal der sozialen Bewegung im allgemeinen und für den Sozialismus im besonderen« war nach Auffassung von Alfred Meusel »ungeheuer: Sie haben dem gewaltigen Emanzipationskampf der Arbeiterklasse die *Sprache* gegeben.«[3] Durch ihren ideologischen Überschuss allerdings hätten sie, so das kritisch unterlegte Urteil von Schumpeter, die Arbeiterbewegung, insbesondere in Deutschland und Österreich, erst – und darin gewissermaßen widernatürlich – radikalisiert. Schumpeter charakterisierte die modernen Intellektuellen daher generell als »Störungsfaktoren« im gesellschaftlichen Prozess.[4]

Robert Michels sah den Wirkungszusammenhang zwischen der neuen Klasse der Industriearbeiter und den bürgerlichen Intellektuellen ähnlich, doch fiel seine Bewertung dieses Konnexes positiver aus. Denn Michels traute der Masse als solcher nicht viel zu. Zu einer zielgerichteten Bewegung sei sie ohne die Sekundanz der Überläufer aus der Bourgeoisie nicht fähig. Erst existierte die sozialistische Theorie der außenseiterischen Nationalökonomen, Philosophen, Soziologen und Historiker; dann verband sich das im nächsten Schritt mit dem richtungslosen Leid der jungen Arbeiterschicht zur Arbeiterbewegung. In dieser Funktion des intellektuellen Propheten lag zumindest für Michels mehr Segen als Fluch. Denn die Intellektuellen fungierten in der Arbeiterbewegung als »Moral-Anwälte«. Während die Kader

2 Vgl. Désirée Waibel, Es bleibe, wie es ist, in: Süddeutsche Zeitung, 4.6.2011.

3 Alfred Meusel, Die Abtrünnigen, in: Kölner Vierteljahresheft für Soziologie Jg. 3 (1923/24), S. 152 ff., hier S. 152.

4 Joseph A. Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Tübingen 2005, S. 235.

der Arbeiterschaft die Organisationen des Sozialismus bevorzugt als »Klassenerhöhungsmaschinen« nutzten, um die je eigenen Sonderinteressen an höheren Löhnen, privilegierter Stellung, sozialem Aufstieg zu befriedigen, zielten die intellektuellen Renegaten des Bürgertums auf die Transzendierung des Lohnstandpunkts, des Branchenegoismus, des Parvenüstrebens.[5]

Jedenfalls: Am Anfang der sozialistischen Handarbeiterbewegungen standen deutend, orientierend und belehrend die Kopf- und Wortmenschen. Die Intellektuellen drängten in den Jahrzehnten zwischen 1830 und 1940 zu den Ausgebeuteten, Entrechteten, Verfolgten der unteren Schichten. Für diese schrieben sie ihre Pamphlete und Manifeste. Für diese nahmen sie den Hass und die Ächtung ihrer primären Herkunftsgruppe auf sich. Denn sie hofften, Teil einer großen historischen Mission zu sein, mit der Klasse der Zukunft zu kollaborieren, schließlich: an der Befreiung und Erlösung des Menschengeschlechts gewichtig teilzuhaben. Weniger durfte es nicht sein. Das Gros der ehrgeizigen revolutionären Intellektuellen interessierte sich nicht sonderlich für die Alltagsnöte und Problemlösungen der unteren Schichten. Die authentische Volks- und Arbeiterkultur, mit ihren derben Sitten, oft brutalen Umgangsformen, alkoholgeschwängert, schmutzig, zotig, bereitete ihnen vielmehr Unbehagen, ja: Ekel. Die Intellektuellen dachten, wenn sie die geschichtliche Rolle der Massen priesen, an den lesenden, bildungsbeflissenen, disziplinierten Arbeiter der Bildungsvereine. Dieser rezipierte, was jene formulierten; der Arbeiter sollte die Richtung einschlagen, die ihm die Intellektuellen wiesen.

Denn der parteiensozialistische Intellektuelle wollte den Pfad der Erneuerung, der Umkehr, der Erlösung vorgeben. Aber der praktische Gang fiel ihm schwer. Denn er war nun mal ein Mann der Gedanken und Ideen, nicht der Erfahrung und Praxis. Zog es den Intellektuellen in die Politik, dann wurde er in der Regel unglücklich. Er zauderte, wenn zupackende Tatkraft gefragt war. Und stets versuchte er die Vielzahl an Ereignissen und Informationen mühsam in sein theoretisches System einzugliedern und zu bändigen. Er übersah dabei, im Korsett seiner konzise zurechtgeschnittenen Lehren, regelmäßig politische Handlungsräume, war schier unfähig zur taktischen, raffinierten Rochade. Er konnte nicht schmeicheln, nicht täuschen, nicht camouflieren. Denn all das wäre Verrat an Weltanschauung und Endziel gewesen. Der parteisozialistische Intellektuelle, zumal der Renegat, war ein einsamer Mensch und sehnte sich nach Bindung wie Geborgenheit. Aber er, der genuine Individualist, konnte sich in die Kollektivität großer Parteien doch nie recht einfügen, denn das bedeutete Kompromiss, Mediokrität und Distinktionslosigkeit.

5 Vgl. Robert Michels, Soziologie des Parteiwesens, Stuttgart 1989, S. 222 ff.

Indes: Die grausamste Zeit des Intellektuellen kam immer dann, wenn die Bewegung, der er sich verschrieben hatte, Erfolge bilanzierte, wenn sie peu à peu die sozialen Bedingungen verbesserte, Wohlstand auch für die unteren Schichten erkämpfte, soziale Aufstiegsmöglichkeiten durchsetzte. Spätestens dann trennten sich die Wege. Der Intellektuelle brauchte die gewaltige Spannung, den fundamentalen Gegensatz, die tief empfundene Empörung – nur dann hatte und verschaffte der flammende Appell, die revolutionäre Pose oder das romantische Pathos Sinn. Der praktische Reformismus jedoch entzog dem kritischen Intellektuellen aus der frühen Arbeiterbewegung Zug um Zug den Boden.

Mit Marx fing es an. Dabei war dieser schon ein reichlich seltsamer Demiurg einer Handarbeiterbewegung. Er, der jüdische Exilant in London, unfähig zu einer einträglichen Erwerbsarbeit, im Grunde ein denkbar unpraktischer, ohne Ehefrau Jenny kaum lebenstüchtiger Mann, pflegte Tag für Tag, Stunde um Stunde in der Bibliothek des British Museum zu hocken, um dort auch noch die entlegensten Bücher zu durchforschen. Marx' Lesewut fand nie einen Schluss. Der nagende Zahn des Zweifels – auch und gerade an sich selbst – war ihm wohl Elixier, aber ebenso nicht minder Plage wie Paralyse. Das Opus, das er schaffen wollte, sollte vollendet sein, im höchsten Glanz erscheinen, noch nach Jahrzehnten Bestand und Gültigkeit beanspruchen dürfen. Solche Ambitionen spornen anfangs wohl an, aber sie lähmen mit der Zeit, umso mehr, je näher der Termin der Werkvollendung ansteht. Meist floh Marx, wenn es mit den Abgabeterminen ernst wurde, in Krankheiten.[6]

Weit leichter gingen Marx hingegen seine zahllosen Pamphlete von der Hand, in denen er seine ebenso unzähligen Gegner »vernichtete«. Sarkasmus – darüber verfügte Marx überreichlich. In der Art, wie er seine Widersacher intellektuell niederstreckte, blieben ihm die späteren Epigonen des Marxismus treu. Man sah das schon im berühmten Revisionismusstreit der deutschen Sozialdemokratie in den fünf Jahren zwischen 1898 und 1903. Die Sprache war rüde, die Toleranz gering, Rechthaberei schien als Tugend zu gelten, das Autodafé breitete sich aus. Der unversöhnliche Streit im Sozialismus der Zwischenkriegszeit, auch die Deformationen und Pervertierungen in den folgenden staatssozialistischen Episoden – bei Marx hatten sie ihren Ursprung; die Sozialdemokratie transportierte das eine lange Zwischenzeit weiter.

Die Negation war jedenfalls die stärkste Seite von Karl Marx. Er bestach durch seine Kritiken, an Hegel, an Feuerbach, an der Ökonomie des Kapitalismus, am Programm von Gotha der jungen deutschen Sozialdemokratie. Immer konnte Marx messerscharf sezieren, wo die Aporien lagen, wo Texte

6 Vgl. vor allem Arnold Künzli, Karl Marx. Eine Psychographie, Wien 1966; auch Fritz J. Raddatz, Karl Marx. Eine politische Biographie, Hamburg 1975.

ins Phrasenhafte abrutschten. Ein konstruktiver Theoretiker hingegen war er nicht. Er dachte nicht über präzise Alternativen, über Wege, Techniken und Instrumente des Anderen nach. Auch gewann man nicht den Eindruck, dass da jemand mit dem Subjekt seiner Geschichtsphilosophie, dem Proletariat, mitlitt.

Sehr viel anders war es auch nicht bei Ferdinand Lassalle, dem Parteigründer und Tribunen der frühen deutschen Sozialdemokratie. Lassalle litt an seiner Stigmatisierung als Jude und Außenseiter, zog daraus aber auch seine beträchtlichen Energien, wollte es allen beweisen, etwas ganz Neues schaffen, ganz gewiss: Ruhm ernten. Der Drang nach Anerkennung war charakteristisch für ihn. Auf diese Weise hatte Lassalle die Arbeiter entdeckt. Er interessierte sich nicht wirklich für das soziale Los der Proletarier, kümmerte sich kaum um Fabrik- und Wohnverhältnisse der unteren Schichten. Es ging Lassalle nicht um die soziale Frage; es ging ihm um die große, geschichtswendende politische Aktion. Die Arbeiter figurierten allein als Fundament für seine Führungsambitionen.

Es war die Mischung aus Religionsersatz und Wissenschaftsanspruch, die seinerzeit gerade auf die Elite der sozialdemokratischen Facharbeiter Faszination ausübte. Die lernbegierigen Facharbeiter dieser Zeit begeisterten sich für die Naturwissenschaften, sie lasen dazu allerlei bildende Traktate, verschlangen vor allem Charles Darwin. Darüber fanden sie zu den popularisierten Formen des Marxismus, gelangten zu den Broschüren des Parteitheoretikers Karl Kautsky. Denn hier, in den Schriften Kautskys, verband sich Heilsversprechen mit wissenschaftlichem Anspruch, stand die Prognose des kapitalistischen Niedergangs im Rang eines mathematischen Gesetzes. Der Sozialismus war, so gesehen, keine pure Wunschvorstellung, sondern zwingendes Resultat einer der Natur ähnlichen objektiven gesellschaftlichen *Entwicklung*. Man durfte guten Gewissens als Fatalist die Dinge stoisch betrachten und sich dabei doch als Revolutionär fühlen.

Nun fand man bei Marx zumindest Feuer und Dynamik. Auch Lassalle, der Dichter, Romantiker und kühne Redner, bewegte die Fantasie der kleinen Leute. Aber die Epigonen, die darauf folgten? Karl Kautsky und Eduard Bernstein? Originelle und kreative Köpfe waren sie schon kaum mehr. Sie übersetzten und vereinfachten, was ihre Götter der Theorie vorgefasst hatten. Sie waren mehr vermittelnde Lehrer als inspirierende Intellektuelle. Kautsky insbesondere fertigte aus zuweilen genialen Analysen seiner Meister hermetische Deutungsgefängnisse. Er war ein redlicher Mann, in späten Jahren ungebrochener Verfechter der parlamentarischen Demokratie, als der Nachwuchs im Sozialismus sich in großen Teilen von der bolschewistischen

Diktatur blenden und locken ließ. Da konnte Kautsky nicht mithalten. Er war zu sehr Pedant, zu sehr staubtrockener Exeget des sozialistischen Schrifttums, zu wenig ein Mann der herzhaften Aktion, zu wenig ein Held der couragierten Tat. Ein »Kautskyanismus«, der noch weiter in die Zukunft reichte, konnte sich so nie herausbilden.

Auch ein »Bernsteinianismus« nicht. Zwar war Eduard Bernstein, der frühere gute Freund Kautskys, dann dessen erbitterter Gegner im Revisionismusstreit der Jahrhundertwende, offener für gesellschaftliche Veränderungen und korrigierende Signale der Empirie.[7] Als er nach zwanzig Jahren Verbannung aus seinem englischen Exil wieder in den Schoß der sozialdemokratischen Mutterpartei in Deutschland zurückkehrte, hofften viele, einen kraftvollen Leitwolf einer erneuerten, bekennend reformistischen Partei auf revisionistischer Programmbasis zu bekommen. Doch die Enttäuschung fiel schlimm aus: Die führungs- und chronisch kopflosen Reformisten begegneten einem denkbar unpraktischen Menschen, dem oratorische Gaben partout nicht gegeben waren. Bernstein formulierte zögerlich, unsicher, in abgehackten brüchigen Sätzen. Aber auch seine Schriften verpufften wirkungslos. Sie waren einfach zu spröde, zu langatmig, wie bei Kautsky: zu oberlehrerhaft verfasst.[8]

Vieles galt ebenso für den unumstrittenen Parteitheoretiker der Weimarer Jahre, Rudolf Hilferding.[9] Wahrscheinlich war Hilferding im Vergleich zu Kautsky oder auch zu Bernstein der originellere, der kreativere Kopf. Hilferdings Hauptwerk »Das Finanzkapital« aus dem Jahr 1910 wurde schließlich allgemein bewundert, eine Zeit lang gar als Fortführung des Marx'schen »Kapitals« gelobt. Dabei war Hilferding lediglich Autodidakt, geboren in Wien, als Spross einer jüdischen Mittelschichtfamilie aufgewachsen, hatte dort Medizin studiert und zunächst als Kinderarzt praktiziert. Neben seinem Medizinstudium saß er im mittlerweile mythenumwobenen Seminar »Volkswirtschaftliche Übungen« des berühmten Eugen von Böhm-Bawerk, in dem sich die Jungstars der Wiener Diskursszene, darunter Otto Bauer, Joseph A. Schumpeter und Emil Lederer, trafen und in der Debatte die Klingen kreuzten.[10] Die Studien der Politischen Ökonomie hatte Hilfering mehr oder weniger als Steckenpferd betrieben, nicht professionell. Im Übrigen liebte Hilferding die Kaffeehäuser, anfangs das Café Central in Wien, dann nach seinem Umzug das Café Josty in Berlin. Dagegen fiel es ihm denkbar schwer, auf Parteiversammlungen nach seinen langen Vorträgen noch unter den anwesenden Arbeitern zu verweilen.

Die deutschen Sozialdemokraten machten Hilferding zweimal zum Reichsfinanzminister, 1923 und 1928. Doch eine Erfolgsstory schrieb er weder in dem einen noch dem anderen Fall. Hilferding war wahrscheinlich einer der

7 Vgl. hierzu auch Thomas Meyer, Eduard Bernstein (1850–1932), in: Walter Euchner (Hg.), Klassiker des Sozialismus I, München 1991, S. 203 ff.

8 Vgl. Teresa Löwe, Der Politiker Eduard Bernstein. Eine Untersuchung zu seinem politischen Wirken in der Frühphase der Weimarer Republik (1918–1924), Bonn 2000, S. 149.

9 Hierzu auch Gangolf Hübinger, Gelehrte, Politik und Öffentlichkeit. Eine Intellektuellengeschichte, Göttingen 2006, S. 200 ff.

10 Vgl. Ernst Hanisch, Der große Illusionist. Otto Bauer (1881–1938), Wien 2011, S. 69 ff.

unpraktischsten Menschen in der Führung der Weimarer SPD überhaupt. Er war durchaus jederzeit in der Lage, die gesellschaftlichen Prozesse gedanklich zu durchmustern, die politischen Konstellationen in analytischen Kategorien zu sortieren, dem marxistischen Erklärungssystem zugeordnete Begriffe zu finden, auch neue zu prägen. Aber er war unfähig, Politik gegen Widerstände durchzusetzen, im eigenen Ministerium für Ordnung zu sorgen, störrische Beamte zu disziplinieren. Hilferding war wie so viele bildungsbürgerliche Theoretiker, die sich dem Sozialismus verschrieben hatten, eher ein Melancholiker und ein Fatalist. Er legitimierte mit zweifellos geistreichen, oft argumentativ bestechend formulierten Interpretationen die Inaktivität der Sozialdemokraten, ihre Ratlosigkeit und ihren Entwicklungsdeterminismus. Für wirtschaftspolitische Experimentierfreude à la Keynes jedenfalls hatte er nicht den geringsten Sinn.

Marx, Lassalle, Bernstein, Hilferding – sie alle waren jüdischer Herkunft. Die jahrhundertelange Ächtung hatte gerade jüdische Bildungsbürger höchst empfindsam gemacht für soziale Randlagen und politische Stigmatisierungen. Und deshalb trafen sich Arbeiterbewegung und jüdische Intellektualität. Auch der Rekurs auf das Auserwähltsein, manche alttestamentarische Metaphorik, der Gestus der Prophetie bleiben ohne die Berücksichtigung des großen Anteils jüdischer Außenseiter im Ideenkorps des Sozialismus weitgehend unverständlich. Aber mit dem Nationalsozialismus, mit dem Holocaust war dieser Traditionsstrang brutal abgetrennt. Der Typus des jüdischen Intellektuellen, der große Erklärungsbögen spannte, der historischen Aufgaben und Aufträgen nachspürte, der die ethische Dimension der Emanzipation über den profanen »Lohnstandpunkt« stellte, der in Symbolik und Ritus die Ziele der Arbeiterbewegung gerne in transzendentale Höhen verlegte, dieser Typus kam in der SPD nach 1945 nicht mehr vor.

Wer unter den Schriftstellern und Dichtern überlebt hatte und nach 1945/49 im Westen Deutschlands zu Hause war, der hielt sich zunächst aus den Niederungen der Parteipolitik heraus. Die früheren politischen Extreme, ob völkisch oder kommunistisch begründet, denen die Sympathien gerade von Intellektuellen zugeflogen waren, hatten sich gründlich diskreditiert. Politik stand infolgedessen nicht hoch im Kurs bei den Denkern in der deutschen Gesellschaft. Anfang der 1960er Jahre jedoch mehrte sich deren Kritik an der Kanzlerschaft Adenauers, an der »Politik der Restauration«. Und aus der Distanz zur strukturellen Staatspartei ergab sich schrittchenweise Nähe zur chronischen Oppositionspartei, zu den Sozialdemokraten also.

Schließlich schwärmte das linksliberale urbane Bürgertum dann für Willy Brandt. Nie fühlten sich die Intellektuellen politisch in der Bundesrepublik

so sehr heimisch wie damals, als Brandt, der Emigrant und aktive Gegner Hitlers, Kanzler wurde. Nie wieder waren sie so fest davon überzeugt, auf der richtigen Seite zu stehen, bei den politischen Kräften der Entspannung, Völkerverständigung und Abrüstung, der Demokratie, Gerechtigkeit und Solidarität. Kurz: Nie wieder rückten parteipolitisch im Prinzip nicht gebundene Intellektuelle so nahe – und in so großer Zahl – an eine politische Partei heran wie zwischen 1969 und 1972 an die SPD. Von einer Symbiose zwischen Geist und Macht sprach man schon in jener Pfingstzeit des frühen Sozialliberalismus.

Vor allem Günter Grass hätte dies beides, hätte Geist und Macht gern stärker verklammert gesehen. Tatsächlich war Grass, waren Intellektuelle wichtig für die Aura der Ära Brandt, für das Flair des Kanzlers selbst, für den Kult, der um ihn, noch Jahre nach seinem Abtritt, herrschte. Was von dieser Regierungszeit neben der Ostpolitik übrig blieb, waren gewissermaßen semantisch gefasste Ansprüche. Einige Jahrgänge sind geprägt worden durch die Leitmaxime »Mehr Demokratie wagen«, das Zentralmotiv in der Regierungserklärung Brandts von 1969. Aber der eigentliche Urheber dieser politischen Ankündigung war doch Günter Grass.[11] Brandt hatte sich dessen Formulierungskunst und Inspirationskraft bedient, hatte damit einen epocheprägenden Begriff für sich und seinen politischen Stil entlehnen und verwenden können. Brandt war darin empfindsamer als beispielsweise Herbert Wehner, dem die Metaphorik der Intellektuellen nichts sagte, der das als exaltierte Spinnerei abtat, der also nicht sah, wie sich durch den Diskurs der Intellektuellen das geistige Klima verändern, die kulturellen Unterströmungen verschieben, mithin also auch die Voraussetzungen des Politischen neu ordnen konnten. Grass mochte und bewunderte Brandt, aber er litt darunter, dass sein Held diese Bewunderung nicht gleichermaßen innig zurückgab. Schließlich ging er Anfang 1973 in der Fernsehsendung *Panorama* auf Distanz. 1973 zerbrachen eben viele Fundamente der Kanzlerschaft Brandts, der Sozialdemokratie insgesamt – auch die intellektuellen.

Seither ist den Sozialdemokraten der Typus des Intellektuellen, des begrifflich scharf formulierenden Analytikers mehr und mehr abhanden gekommen. Ersatzlos fort sind sowieso die in den Aufstiegsjahrzehnten des Sozialismus noch so vielfältigen, fundamental gesellschaftskritischen Intellektuellen und Parteitheoretiker. Es gab nach 1945 noch Willi Eichler, der das »Godesberger Programm« vorantrieb, später dann Erhard Eppler, der viel zum »Berliner Programm« von 1989 beitrug. Aber Eichler war mehr noch als Kautsky und Bernstein Schüler seines bewunderten Meisters, hier des Göttinger Philosophen Leonard Nelson. Und Eppler blieb immer Studienrat, achtete in den

11 Klaus Harpprecht, Im Kanzleramt: Tagebuch der Jahre mit Willy Brandt. Januar 1973–Mai 1974, Reinbek bei Hamburg, S. 10.

heterogenen Grundwerte- und Programmkommissionen streng auf Ausdruck, Syntax, Grammatik und Sprachmelodie. Auch fand er durchaus pointierte Sentenzen für seine Botschaften, die früh Umbrüche in der Gesellschaft spiegelten, nicht jedoch intellektuell originär antizipierten. Aber nach Eppler – und den im Vergleich zu ihm allerdings weniger wirksamen Richard Löwenthal, Peter von Oertzen und Peter Glotz – war dann Schluss.

Der Verlust an Intellektualität und Begründungsfähigkeit hat in der Generation nach Brandt und Eppler unzweifelhaft eine geistig-politische Ortlosigkeit geschaffen. Auch deshalb büßten die Sozialdemokraten während der letzten dreißig Jahre Vorstellungen von ihrem genuinen Lebensinhalt ein, so dass sie sich stattdessen allein in flüchtigen Episoden politisch darstellten. Und sie borgten sich, gerade im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts, programmatische Versatzstücke aus dem Arsenal der »Gegner«. Geistig scheint der »Demokratische Sozialismus« kaum mehr als »kalte Asche«[12] zu sein. Niemand schaut noch auf die Arbeiterklasse als ein »historisches Subjekt«. Niemand vertraut auf mächtige sozialistische Staatsorgane, die Produktion, Verteilung, Konsumtion planvoll in weiten Zukunftsdimensionen rationell zu dirigieren vermögen. Nicht einmal der bloße »Lohnstandpunkt« der gewerkschaftlich geprägten Arbeiterbewegung, über den sich linkssozialistische Theoretiker als »Moral-Anwälte« (Michels) und »Störungsfaktoren« (Schumpeter) stets erregten, spielt in der Sozialdemokratie heute noch eine Rolle. Ziel ist lediglich, möglichst alle Erwerbsfähigen in die Arbeit zu schicken – also in die »Lohnsklaverei«, wie es die Intellektuellen im ganz frühen Sozialismus der deutschen Sozialgeschichte noch hart anklagend ausgedrückt hatten. Aber zugleich sind die Intellektuellen, soweit es sie überhaupt noch gibt, nicht minder ratlos. Auch ihnen fehlt das Subjekt der großen Hoffnungen, das Telos der Geschichte, der Erzählstrang für die nachindustrielle, die nachsozialdemokratische Gesellschaft.

12 Vgl. Fritz Vilmar, »…nur noch ein Haufen kalter Asche«, in: UTOPIE kreativ, Bd. 151 (2003), S. 415 ff.

Prof. Dr. Franz Walter, geb. 1956, ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Göttingen.

DOMESTIZIERTE DENKER

FÜHRT DIE UNIVERSITÄTSREFORM ZUM ENDE DES »FREIEN INTELLEKTUELLEN«?

Ξ Alexander Košenina

Intellektuelle sind in den meisten Staaten ziemlich unbeliebt. Sie gelten als schwer regierbar, beanspruchen zu jedem Thema das letzte Wort und verstoßen gegen ein Grundprinzip aller Politik – die Einfachheit. Wer auf Genauigkeit und Wahrheit pocht, verleiht Sachverhalten eine Komplexität, die rasche Entscheidungen behindern und verzögern muss. Seit Platon stehen solche Leute unter Verdacht, im harmlosesten Fall weltfremd und umständlich zu sein – gefährlich aber im schlimmsten. Als zweiten Vorbehalt führt Platon die Kommerzialisierung der Wissensvermittlung in die Diskussion ein. Seine Kritik richtet sich gegen die Sophisten, eine Gruppe öffentlicher Lehrer, die sich ihre Leistung bezahlen ließ, statt den selbstlosen Dienst an der Seele des Menschen in den Mittelpunkt zu rücken. Die Bedeutung von Idealismus wird wohl nirgends greifbarer als in eben diesem Vorbild des reinen Denkers um der Sache willen, dem jede materielle Entschädigung für seine Aufwendung als Sakrileg erscheint.

Den Begriff des »freien Intellektuellen« gibt es zwar nicht, doch bestünde Freiheit nach Platons Vorschlag in völliger finanzieller und institutioneller Unabhängigkeit. Eine Analogie zum »freien Schriftsteller« existiere deshalb gerade nicht, befreit sich dieser Stand in der Aufklärung doch gerade aus anderen höfischen oder pädagogischen Gnaden zum autonomen Beruf mit steigenden Honorarforderungen. Heute ist die zynisch wirkende Frage nicht ohne Reiz, ob hungernde Privatdozenten und andere ungebundene Gelehrte freier denken dürfen als fest bestallte Mitarbeiter an Akademien, Forschungsinstituten oder Universitäten. Etwas zugespitzt gefragt: Besteht ein Zusammenhang zwischen dem allgemein wahrgenommenen Verschwinden des öffentlichen Intellektuellen – jenes unbequemen, kantigen, streitlustigen Charakters – und der galoppierenden institutionellen Graduiertenvernetzung, Forschungsbündlerei und Exzellenzverschulung? Hat der Individualdenker abseits der Cluster und Großanträge, der bestenfalls irgendein Bücherquartett im Fernsehen dirigieren darf, überhaupt noch eine Chance?

Vielleicht lohnt sich zunächst noch ein weiterer Blick in die Vergangenheit: Im Jahr der Französischen Revolution hält in Jena ein akademischer

INDES, Herbst 2011, S. 40–43, © Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen, 2011, ISSN 2191-995X

Außenseiter eine bemerkenswerte Rede als Geschichtsprofessor. Der Mann ist eigentlich Dichter, genießt in universitären Gefilden also eine gewisse Narrenfreiheit. Mit scharfen Worten attackiert er all jene in seinem studentischen Publikum, die – oft »durch schädliche Lehren und Muster« dazu verführt – »im Reiche der vollkommensten Freyheit eine Sclavenseele mit sich herum« tragen. Solche Köpfe nennt er »Brodgelehrte«: Brav sammelnd, ihre Disziplin abgrenzend, versehen sie in vorhersehbaren, geordneten Bahnen ihren Dienst. Ganz anders wirkt dagegen der »philosophische Kopf«: Er überschreitet abgezirkelte Grenzen, setzt sich über alle Konventionen hinweg, strebt neugierig und ungeduldig in Regionen des Unbekannten.[1] Sicher, die Überlegung strotzt von poetischem und rhetorischem Übermut, wie man sie von Friedrich Schiller als ihres Verfassers auch nicht anders erwartet, zumal im Zeitalter der Schwärmer und Genies. Gleichwohl trifft sie einen sensiblen und zeitlos gültigen Kern allen Denkens überhaupt: Wer – mit Kants Worten von 1784 gesprochen – den Mut nicht aufbringt oder durch andere Umstände daran gehindert wird, sich seines »eigenen Verstandes zu bedienen«,[2] kann kein Intellektueller sein.

Im Zeitalter des aufgeklärten Absolutismus sind solche Aufrufe zur Denkfreiheit naturgemäß besonders zahlreich. Heute wären die demokratischen Rahmenbedingungen dafür weitaus günstiger, doch die zunehmende Regulierung und Standardisierung des akademischen Betriebes drohen der geistigen Trägheit die Vormacht über das unbequeme Selbstdenken zu verschaffen. Wenn Lessing schon 1777 festhält, dass der bloße Besitz von Wissen und Wahrheit den Menschen »ruhig, träge und stolz« werden lässt, wo doch allein »die aufrichtige Mühe, die er angewandt hat, hinter die Wahrheit zu kommen«, seinen eigentlichen Wert ausmacht, dann ist eine modernere Position kaum denkbar.[3] Heute stellt sie nicht allein eine politische verfügte und technokratisch umgesetzte Studienreform in Frage. Denn das routinierte Klappern im schmal eingehegten Handwerkskanon und das bloße Gieren nach Punkten – selbst in den Geisteswissenschaft allzu häufig in unkreativen Klausuren und anderen mechanischen Wissensabfragen gefordert – beginnt auch die Haltung von Forschern zu beugen. »Das Paradigma Universität ist dem der Schule gewichen« – klagt Jürgen Mittelstraß im Namen vieler in einem öffentlichen Aufruf: Denn wenn aus »Bildung durch Wissenschaft« »Ausbildung im Schatten der Wissenschaft« wird, dann ist eine an der Forschung orientierte und diese wiederum befördernde Lehre preisgegeben, das Modell Humboldt verraten.[4] Insofern ist die Empörung über die geistige Verflachung im Zeitalter Bolognas nicht zu trennen vom langsamen Verschwinden des Intellektuellen.

1 Friedrich Schiller, Was heißt und zu welchem Ende studiert man Universalgeschichte?, in: Schillers Werke, Nationalausgabe, Bd. 17, Weimar 1970, S. 359–376.

2 Immanuel Kant, Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?, in: Werke in sechs Bänden, Bd. 6, Darmstadt 1983, S. 53.

3 Gotthold Ephraim Lessing, Eine Duplik (1778), in: Lessings sämtliche Schriften, Bd. 13, Leipzig 1897, S. 23 f.

4 Jürgen Mittelstraß, Wie die Lust an der Wissenschaft ausgetrieben wird, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.8.2009, S. 6.

Heute werden Forscher ganz ähnlich bewertet, wie sie ihre eigenen Studenten zensieren. Besonders in Großbritannien, wo der Turnus der landesweiten »Research Assessments« das akademische Leben dirigiert, wagt niemand mehr ein ganz eigenes Thema zu bearbeiten, das vermeintlich geringere Wertschätzung in den Augen der Kontrolleure – einer gefürchteten Kommission für jedes Fach – finden könnte. Dass die eingesandten Bücher dann nach vielen Monaten oft unberührt – gleichsam eingeschweißt in ihrer Frischhaltefolie – zurückkommen, kann das feste Vertrauen britischer Kollegen nicht erschüttern, das göttliche »Panel of Peers« habe alles, aber auch wirklich alles Zeile für Zeile gelesen. Und so fahren sie fort nur das zu denken, was als forschungsopportun und marktgängig gilt – ähnlich wie britische Studenten, deren erste und oft einzige Frage lautet: Was muss ich tun, um eine möglichst gute Note zu erhalten?

Hierzulande wird die Forschungsfreiheit noch nicht so unverblümt verabschiedet. Evaluierungen finden noch nicht so regelmäßig, staatlich verordnet und flächendeckend statt wie in Großbritannien. An Exzellenzwettbewerben kann sich eine Universität schließlich aus freien Stücken beteiligen, wobei ihre einzelnen Mitglieder sich schwerlich ausnehmen dürfen. Dabei die stimulierende Kraft von Konkurrenz und Wettkampf in Abrede zu stellen, wäre töricht. Nach den fetten und damit trägen siebziger Jahren haben solche Reize sicher viel Gutes bewirkt. Doch seit Wissenschaftsmanager die Kontrolle übernommen haben, geht es nicht mehr um den Sieg bester Argumente und scharfsinnigster Einsichten, sondern um das Sammeln von Punkten, Messen von Drittmitteln und die Erhebung von Außenwirkungen. »Ranking«, »Citation Index«, »Impact Factor«, »Quality Assurance« sind längst keine Fremdwörter mehr, vielmehr sind es die griffigen Hebel der neuen »Controller« in den Dekanaten und Präsidien oder der mächtigen Weichensteller bei der DFG. Heute lautet das Mantra der Wissenschaft: Projektantrag.

In der Regel steckt dahinter nicht der Typus des Individualgelehrten, sondern das Kollektiv. Soll ein Hut aber auf viele Köpfe passen, muss dieser weich und biegsam sein, vielen angenehm in Form und Farbe, von durchschnittlicher Größe und ohne störende Kanten. Deshalb ist der Sinn von Forschungsprojekten, Clustern oder auch Graduiertenschulen nicht grundsätzlich in Frage zu stellen. Auch in den Geisteswissenschaften gibt es Gegenstände, die nur durch vernetzte Groß- oder Grundlagenforschung zu bewältigen sind. Vieles spricht sogar dafür, Unternehmen des 19. Jahrhunderts wie den altphilologischen Thesaurus »Linguae Latinae« oder das germanistische »Grimmsche Wörterbuch« als Vorläufer der heute geforderten »Big Science« oder »Large-Scale Science« zu betrachten. Dass sie in Deutschland viel eher

einen Ursprung und eine Heimat hat als in Amerika oder England, ist ein bemerkenswerter aktueller Befund.[5] Die Frage ist aber, ob forciert inter- oder transdisziplinäre Verbünde sich nicht auch der Gefahr aussetzen, vagen Analogien und Assoziationen eher zu folgen als eindringlichen Fachanalysen. Beurteilen kann man das nur von Fall zu Fall, am wichtigsten bleibt aber die Entscheidungshoheit der Wissenschaft – ausschließlich orientiert an den Gegenständen statt an politischen Exzellenzstrategien.

Um ein Entweder-Oder kann es dabei nicht gehen. Die gegenwärtig sich abzeichnenden Weichenstellungen könnten jedoch zu einer eklatanten Verarmung an geistiger Vielfalt führen. Wenn Interessen zunehmend aufgegeben und ausgeschlossen werden, die zur Projekt- und Antragsbetriebsamkeit nicht passen (wollen), mithin als »nicht anschlussfähig« gebrandmarkt werden (ein hässliches Wort!), dann steuert man auf eine Zentralverwaltungswissenschaft zu. Innovative Einfälle lassen sich aber nicht so einfach steuern, erzwingen, forcieren – sie ereignen sich eher zufällig und im Abseits, keinesfalls aber unter Aufsicht. Und noch etwas geht unter der Ägide des Managements verloren: die Demut vor den Gegenständen der Wissenschaft. Ihnen hat das primäre Interesse des Forschers zu gelten, nicht ihrer sekundären Anwendbarkeit, Marktgefälligkeit, Aussicht auf Antragsbewilligung. Fast will es scheinen, als habe Leibniz all das schon vor 300 Jahren geahnt. Entsprechend energisch gebot er der Aufzählungs- und Gedächtniskunst des alten Enzyklopädismus Einhalt und forderte dagegen eine neue »Ars Combinatoria« und »Ars Invenendi« im Rahmen einer »Scientia Generalis«. Dass Freiheit, Erfindung und Kreativität und nicht buchhalterisches Sammeln, Zählen und Messen den Intellektuellen im Kern ausmachen, beginnt man inzwischen wieder zu vergessen.

Deutsche Wissenschaft genießt international noch immer ein hohes Ansehen, doch Dichter und Denker – philosophische Köpfe, nicht Brotgelehrte – sind keine gesicherte Naturressource. Hervorzubringen sind sie nur durch ein universitäres Bildungs- statt ein verschultes Ausbildungsprogramm, das von selbstständig denkenden und forschenden Geistern statt drangsalierenden Modultechnokraten lebendig gehalten wird. Und in Graduiertenschulen oder Forschungsnetzwerken müssen die Nachwuchstalente ihren eigenen Kopf durchsetzen dürfen, müssen ihre eigene Sprache statt den Jargon des jüngsten »turns« sprechen, also im besten Sinne individualistisch, exzentrisch, souverän sein. Die besten unter ihnen werden sich als öffentliche Intellektuelle qualifizieren und dafür die Institutionen bei Bedarf verlassen, falls sie ihnen Denkfreiheit verweigert. Nur dann ist mit originellen, innovativen Ergebnissen zu rechnen.

5 Carlos Spoerhase, Big humanities: Größe und Großforschung als Kategorien geisteswissenschaftlicher Selbstbeobachtung, in: Geschichte der Germanistik. Mitteilungen, Bd. 37/38 (2010), S. 9–27.

Prof. Dr. Alexander Košenina, geb. 1963, wechselte 2008 von einer Professur für Deutsche Literatur in Bristol an die Leibniz Universität Hannover. Er publiziert zur Literatur- und Kulturgeschichte des 17. bis 20. Jahrhunderts und ist regelmäßiger Autor der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.

DIE EIGENMÄCHTIGKEIT DER GEDANKEN

HERKUNFT DER INTELLEKTUELLEN EINFLÜSSE AUF DIE POLITIK

Ξ Detlef Lehnert

Intellektuelle treibt eine innere Berufung zum Schreiben und zu öffentlichen Wortmeldungen. Mit »Kritik als Beruf« hat der Soziologe Lepsius ihre gesellschaftliche Rolle gekennzeichnet.[1] Diese siedelte häufig in Freiräumen zwischen »Wissenschaft als Beruf« und »Politik als Beruf« im Doppelsinne Max Webers: Berufsarbeit und zugleich innerer »Beruf« zu solcher Tätigkeit. »La protestation des intellectuels« wurde 1898 zum – sozial abgrenzenden – Stichwort in der französischen Dreyfus-Krise.[2] Die Unterschriften von circa 2.000 Persönlichkeiten des geistig-kulturellen, akademischen und politischen Lebens richteten sich gegen eine offenbar antisemitisch motivierte Strafverhängung. Kurz zuvor hatte der Schriftsteller Emile Zola mit seiner öffentlichen Anklage einen Justizskandal gebrandmarkt. Dieses Vorbild inspirierte unter anderem Heinrich Mann, rief jedoch auch dessen Bruder Thomas mit seinen »Betrachtungen eines Unpolitischen« (1918) zur wortreichen Abwehr. Dort wurde noch das künstlerische Schaffen des Schriftstellers gegen das politisierende Literatentum ausgespielt. Der Gesinnungswandel eines Kulturtraditionalisten wie Thomas Mann zum öffentlichen Bekenntnis zugunsten der Weimarer Republik ist ein Symbol der Epochengrenze. Allerdings konnte im Schatten des Versailler Vertrags der allzu sehr französisch geprägte Begriff des Intellektuellen noch nicht gedeihen. Das änderte sich erst nach 1945, als man die Stichworte zur geistigen Situation der Zeit auch im gewollten Abstand zu deutschen Erblasten suchte.

Zuvor war die Kennzeichnung »geistiger« Profile weitaus gebräuchlicher als deren »intellektuelle« Verortung. Die Nähe des Geistigen zum Geistlichen bestand ursprünglich nicht allein im Wortklang: Etliche klassische Gelehrte des Kaiserreichs entstammten protestantischen Pfarrhäusern. Dies galt etwa für den Historiker Theodor Mommsen, ein Literatur-Nobelpreisträger wie später Gerhard Hauptmann und Thomas Mann. Wenn die Dreyfus-Krise mit dem Berliner Antisemitismusstreit verglichen wird, den Theodor Mommsen und sein Historiker-Kollege Heinrich v. Treitschke in Zeitungen und Zeitschriften ausgefochten haben, zeigen sich vor allem Unterschiede.

1 M. Rainer Lepsius, Kritik als Beruf. Zur Soziologie der Intellektuellen, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Jg. 16 (1964), S. 75–91.

2 Vgl. George R. Whyte, Die Dreyfus-Affäre. Die Macht des Vorurteils, Frankfurt a. M. 2010.

INDES, Herbst 2011, S. 44–50, © Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen, 2011, ISSN 2191-995X

Treitschke hatte 1879 eine längere Zeitbetrachtung für die »Preußischen Jahrbücher« in den viel zierten Schlusssatz ausklingen lassen: »Bis in die Kreise der höchsten Bildung hinauf […] ertönt es heute wie aus einem Munde: die Juden sind unser Unglück!« Als sich die verhetzenden Konsequenzen der von Treitschke aufgegriffenen Ressentiments offenbarten, entschloss sich ein Jahr darauf Mommsen mit anderen zu einer scharfen Kritik: Es werde so »der Rassenhass und der Fanatismus des Mittelalters wieder ins Leben gerufen und gegen unsere jüdischen Mitbürger gerichtet«.[3] Diese »Notabelnerklärung« wurde von 75 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unterzeichnet, so auch vom Historiker-Kollegen Droysen, dem Juristen Gneist und dem Mediziner Virchow. Den Erstentwurf hatte der Berliner Stadtschulrat geliefert und der Oberbürgermeister Forckenbeck mit unterschrieben. Das sprach für die liberale Dominanz in der Hauptstadt, doch auch für deren Ansiedlung noch in der traditionellen Honoratiorenpolitik. In Berlin profitierten zunächst eher die »christlich-sozial« neuformierten Konservativen um den Hofprediger Stoecker von der antisemitischen Mobilisierung der veröffentlichten Meinung im beginnenden Zeitalter der Massenpolitik: In den 1880er Jahren gab es in der preußisch-deutschen Hauptstadt jeweils 28 Prozent konservative Stimmen bei Reichstagwahlen, davor und danach nur maximal 14 Prozent. Hingegen festigte die Dreyfus-Krise, trotz starker katholisch-konservativer Gegenkräfte, letztlich die französische Synthese von Nation, Republik und Laizismus. Die geschmähten Intellektuellen wurden dort mehrheitsfähig.

Für deutsche Versäumnisse des zwischen Sozialdemokratie und radikalisierten Konservativen eingeklemmten liberalen Milieus ist es symptomatisch, dass erst mehr als ein Jahrzehnt nach dem Ursprungskonflikt ein »Verein für die Abwehr des Antisemitismus« gegründet wurde.[4] Dessen führender Kopf war nun Theodor Barth, der mit seiner bis 1907 erscheinenden Wochenschrift *Die Nation* schon im Kaiserreich gewissermaßen eine »*Weltbühne*« für geistig-kulturelle und politische Debatten geschaffen hatte. Mommsen, der im »Verein« wie in der *Nation* mitwirkte, war noch ein politischer Professor bzw. in den Amtsperioden als Abgeordneter ein deutscher Gelehrtenpolitiker alter Schule.

Der heute nahezu vergessene Barth[5] steht aber, obschon mehr angelsächsisch denn französisch orientiert, nicht nur für »liberalen Revisionismus« in Annäherung an den sozialdemokratischen, vielmehr auch für neues Selbstbewusstsein des intellektuellen Berufs. Nachdem sich die Liberalen beider Strömungen 1907 mit den Konservativen verbündet und im Reichsvereinsgesetz 1908 andere Fortschritte mit Zugeständnissen in Prinzipienfragen erkauft hatten, gründete Barth die erfolglos bleibende »Demokratische Vereinigung«

3 Zit. nach Peter G. J. Pulzer, Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867–1914, Göttingen 2004, S. 262 u. 341.

4 Dessen Zeitschrift ist komplett einsehbar: http://periodika.digitale-sammlungen.de/abwehr/start.html.

5 Vgl. Konstanze Wegner, Theodor Barth und die Freisinnige Vereinigung, Tübingen 1968.

(DV). Hugo Preuß, der intensiv an Barths *Nation* mitarbeitete und seine Ansichten teilte, aber politische Mentalitäten und Kräfteverhältnisse treffsicherer analysierte, kommentierte die Parteigründung mit freundschaftlicher Ironie: »Guter Stahl« könne im »feuchten Lehm« statt auf »Feuerstein« niemals »Funken« schlagen.[6]

Schon zuvor war Friedrich Naumanns »Nationalsozialer Verein« als Wahlpartei gescheitert, woraufhin er sich vorübergehend in einer der zahlreichen, kurzlebigen linksliberalen Gruppierungen des Kaiserreiches zusammen mit Barth politisch engagierte. Als einziger nationalsozialer Reichstagsabgeordneter war Hellmut v. Gerlach dann auch ein führender Publizist der DV. Gewiss hat Theodor Wolff spätestens in der *Daily Telegraph*-Krise 1908 (ein außenpolitisch törichtes Interview von Kaiser Wilhelm II.) und zumal während der Weimarer Republik das Profil des Berufspublizisten wesentlich geprägt. Doch nicht zufällig übernahm Gerlach 1932 vorübergehend die Leitung der *Weltbühne*, als der auch ursprünglich aus den Barth'schen Demokraten hervorgegangene Carl v. Ossietzky wegen seines pazifistischen Engagements eine Gefängnisstrafe abzusitzen hatte. Wie zuvor Barth 1908 sich vom etablierten Linksliberalismus enttäuscht verabschiedete, sind Gerlach 1922 und Wolff 1926 aus der »Deutschen Demokratischen Partei« (DDP) ausgetreten. Die im November 1930 gegründete »Radikaldemokratische Partei« Gerlachs und des Friedensnobelpreisträgers Ludwig Quidde war aber sogar erfolgloser als 1912 die mandatslos bleibende DV.[7] Letztere hatte zumindest noch als Talentschmiede zum Beispiel für kritische Sozialdemokraten wie den führenden Außenpolitiker der Reichstagsfraktion Breitscheid und den Vorsitzenden der Angestelltengewerkschaft Aufhäuser gedient.

Umgekehrt war es vor allem Tucholsky, der neben satirisch zugespitzter Kritik an der Weimarer Republik – unter dem Motto »Wir Negativen«[8] – dann Ende der 1920er Jahre auch die Nähe zur kommunistischen Presse nicht scheute.[9] Der Unterschied in der Generationserfahrung war ausschlaggebend: Für enttäuschte Linksliberale des Kaiserreichs blieb die Weimarer SPD eine neue Option. Doch Ossietzky und Tucholsky, beide erst im Winterhalbjahr 1889/90 geboren, hatten in der Jugendzeit eine damals oppositionelle SPD favorisiert. So wurde der enttäuschte Tucholsky zum USPD-Mitglied (1920–22). Von 1920 bis 1924 hatte Ossietzky für die liberaldemokratische *Berliner Volks-Zeitung* des Mosse-Verlags gearbeitet, in der auch das weltberühmte *Berliner Tageblatt* Wolffs erschien; dann auch für das *Tage-Buch* Schwarzschilds von politisch ähnlicher, jedoch mehr kulturell-intellektueller Ausrichtung. Ossietzky war ein linksbürgerlicher Pazifist und darin radikaler als Gerlach und Quidde, doch kein »Salonbolschewist«. Es wird heute zuwei-

6 Hugo Preuß, Gesammelte Schriften, Bd. 1, Tübingen 2007, S. 371.

7 Wie 1907 im Reichskanzler Bülow-Block mit den Konservativen war 1930 Anlass für linksliberale Verstimmung gegeben: Die DDP fusionierte mit dem teils antisemitisch und antiparlamentarisch eingefärbten »Jungdeutschen Orden«.

8 Die Weltbühne, 15. Jg, 13.3.1919, S. 279.

9 Zur Mitarbeit Tucholskys an der aus Moskau mitfinanzierten Münzenberg-Presse der KPD vgl. Riccardo Bavaj, »Revolutionierung der Augen«: Politische Massenmobilisierung in der Weimarer Republik und der Münzenberg-Konzern, in: Ute Daniel u. a., Politische Kultur und Medienwirklichkeiten in den 1920er Jahren, München 2010, S. 93–98.

len als »halbkommunistisch« abgestempelt, was tatsächlich die Zustimmung der republikanisch aktivierbaren Hälfte der Wahlbevölkerung fand, wie zum Beispiel der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926, den auch die DDP-nahe linksliberale Qualitätspresse unterstützte.

Gerlach hat eine beachtliche Analyse des modernen Parlamentarismus hinterlassen. Darin betätigt sich der publizistische Intellektuelle zugleich als Vermittler zwischen den sich zunehmend entfremdenden wissenschaftlichen und politischen Wirkungskreisen: »Viele Gelehrte haben sich derart in ihr Fach eingesponnen, daß sie völlig die Fähigkeit verloren haben, den Politikern gerecht zu werden, d. h. den Leuten, deren Lebensinhalt eine gewisse Universalität und damit verbunden allerdings in der Regel auch Oberflächlichkeit voraussetzt.« Als teilnehmender Beobachter, nach vier Jahren als Reichstagsabgeordneter, formulierte Gerlach ein damals noch ungewöhnlich klares Plädoyer für die Anerkennung einer unvermeidlichen Entwicklungstendenz zum Berufsparlamentarier: »Wer an den Plenar-, Fraktions- und Kommissionssitzungen regelmäßig teilnimmt, die täglich ausgegebenen amtlichen Drucksachen auch nur oberflächlich durchmustert und ein paar Gegenstände als Referent oder Redner gründlicher studiert, dem bleiben noch nicht zwei Stunden für seinen Beruf.«[10] In solchen zwei Stunden konnten Journalisten einen Artikel schreiben, aber Gelehrte nicht die Forschungen zum nächsten Werk betreiben.

Die Anforderungen an »Parlamentarismus als Beruf« begünstigten die hauptamtlichen Funktionsträger von Parteien und Verbänden. So realistisch und modern wie seine Stichworte zum Generalismus der Berufspolitiker und dem Bedarf an Berufsparlamentariern waren auch Gerlachs Gedanken zum Sinn der Parlamentsdebatten: »Wenn Parlamentsreden die Beschlüsse des Parlamentes nicht beeinflussen können, so können sie um so stärker das Ergebnis der nächsten Wahl beeinflussen.«[11] Das Publikum moderner Parlamentsrhetorik war eben nicht der kleine Kreis der Abgeordneten, die entweder Ansichten des Redners ohnehin teilten oder sie ablehnten, sondern die große Masse der Stimmbürger, vermittelt über die Berichterstattung vor allem in der Tagespresse. Die Parlamentarismuskritik eines Carl Schmitt blieb insofern vordemokratischen Zuständen elitärer Debattierkammern verhaftet. Das hinderte manche linksintellektuellen Parlamentarismuskritiker später aber nicht, solchem Rückfall hinter die politikwissenschaftliche Aufklärung schon des späten Kaiserreichs nachzulaufen.

»Weimar« steht – als Republik – für die Zeit der »klassischen Moderne« in einer »Atmosphäre soziokultureller Neuerungen«.[12] Sie wird zumeist mit den Stilformen der »Neuen Sachlichkeit« verbunden. Dieser Epochenbegriff

10 Hellmut von Gerlach, Das Parlament, Frankfurt a. M. 1907, S. 19 u. 26 f.

11 Ebd., S. 75.

12 Vgl. Detlev J. K. Peukert, Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne, Frankfurt a. M. 1987, S. 11. Wenn die klassische Moderne auf die ersten drei Dekaden des 20. Jh. datiert wird, ist Umbruch der passendere Begriff als Krise, die zum problematischen Weimar-Klischee wurde. Vgl. dazu Moritz Föllmer u. Rüdiger Graf (Hg.), Die »Krise« der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters, Frankfurt a. M. 2005.

bezieht aber kaum die für politische Kultur viel wichtigere Medienlandschaft ein. Nie zuvor oder danach bestand eine solche Vielfalt und Verbreitung unterschiedlichster Druckerzeugnisse. Nachdem schon die Inflationskrise 1923 das Ende mancher Publikationsorgane bedeutet hatte, brachte die Weltwirtschaftskrise nach 1929 einen weiteren Rückschlag gegenüber der publizistisch tatsächlich als die »Goldenen Zwanziger« zu bezeichnenden Zwischenphase. Am Ende der Weimarer Republik und erst recht im »Dritten Reich« trat Bebilderung und Beschallung des politischen Raums an die Stelle vormaliger Dominanz der Textbotschaften. Damit war der Zenit von – im weitesten Sinne – intellektuellen Einflussmöglichkeiten unter demokratischen Bedingungen überschritten. Es bestand ein plausibler Zusammenhang von einer damals noch politisierenden Wirkung der Massenpresse zur steigenden Wahlbeteiligung im späten Kaiserreich. Diese lag bei Reichstagswahlen bis 1884 um sechzig Prozent, dann bis 1903 fast immer über siebzig und zuletzt 1907 wie 1912 bei knapp 85 Prozent. Das blieb, entgegen dem Mythos von der zusätzlichen Massenmobilisierung der Unpolitischen für Hitler, in freien Wahlen der Weimarer Republik (vor den nur mehr halbfreien im März 1933) unübertroffen.

Vieles spricht aber dafür, die Kernperiode einer Politik der klassischen Moderne auf die Eckdaten von 1907 bis 1930 einzugrenzen: Bei den »Hottentotten«-Reichstagswahlen Anfang 1907 funktionierte noch einmal der konservativ-liberale Sammlungseffekt gegen sozialdemokratische und zentrumskatholische »Reichsfeinde«. Das Präsidialkabinett Brüning eröffnete dann 1930 mit der vorzeitigen Auflösung eines unbotmäßigen Reichstags die Serie von destruktiven Neuwahlen zwecks fortschreitender Parlamentsausschaltung. Übrigens hatte Gerlach 1928 Einfluss als intellektueller Stichwortgeber genommen, indem er ursprünglich die Parole »Kinderspeisung statt Panzerkreuzer« ausgab, deren Übernahme der SPD dann ihr bestes Wahlresultat seit den Revolutionswahlen im Januar 1919 brachte. Bei dem zur Erklärung der NS-Wahlerfolge im Zeichen der Weltwirtschaftskrise bemühten »Schützengrabengeist« wird vergessen, dass es in der Weimarer Republik das Frauenstimmrecht gab und die NSDAP 1928 vor Krisenbeginn mit 2,6 Prozent noch eine Sekte war. In Hitlers Geburtsland Österreich hatten die »Roten« und »Schwarzen« die Integrationsmilieus, mit ihren jeweiligen »integralen« Parteiintellektuellen, weithin intakt gehalten. Dort hat die NSDAP auch Ende 1930 noch keinen einzigen Nationalratssitz erobert.

Der Hinweis auf Gerlachs Urheberschaft einer SPD-Wahlparole 1928, so wie Preuß 1918/19 dem sozialdemokratischen Revolutionskabinett einen Verfassungsentwurf lieferte, sollte jedenfalls dem Generalverdacht intellektueller

Einflusslosigkeit vorbeugen. Im Parteigründungseifer kamen zwar manche geistigen Individualisten zuweilen dem »Ideal« nahe, einzig mit einer politischen Organisation stets übereinstimmen zu können, die (fast) nur aus ihnen selbst bestand. Die Kandidaturen waren aber stets dermaßen erfolglos, dass sie etablierten Parteien nicht ersichtlich schadeten. Im Gegenteil erwiesen sich jedenfalls die Naumann'schen Nationalsozialen und die Barth'schen Demokraten als Talentschmieden vom späten Kaiserreich zur Weimarer Republik. Publizisten vom Range eines Gerlach, Ossietzky oder Wolff hätten wohl gern kontinuierlich eine linksbürgerliche Partei unterstützt. Doch weil es sie dann immer weniger gab, haben Gerlach schon zuvor und Wolff 1930 der SPD mit geholfen, in Krisenzeiten nicht gar zu sehr einzuschrumpfen.[13] Auch vom Linkskatholiken Dirks, der nach 1945 die *Frankfurter Hefte* gründete und sie zuletzt mit der *Neuen Gesellschaft* fusionierte, ist überliefert, dass er aus republiktreu-pazifistischen Motiven schon zu Weimarer Zeiten die SPD unterstützte.[14] Das war in Österreich nicht anders, wo es aber keine der DDP vergleichbare Partei mit Mandatschance gab und das Wirtschaftsbürgertum dann »schwarz«, das Kulturbürgertum zumeist gemäßigt »rot« stimmte. Als sich eine christlichsozial-deutschnationale Einheitsliste und die Sozialdemokratie 1927 gegenüberstanden, traten 39 Intellektuelle, von namhaften Schriftstellern wie Musil, Polgar und Werfel über den Verfassungsvater Kelsen bis zum Psychoanalytiker Freud, sogar mit einem Wahlaufruf zugunsten der SDAP hervor.

Mit dem *Generalanzeiger für Dortmund und das rheinisch-westfälische Industriegebiet*, damals auflagenstärkste Tageszeitung außerhalb Berlins, hatten Brückenbauer von den pazifistisch-linksrepublikanischen »Realos« zur SPD in jenem Wahlkampf 1928 sogar ein Massenblatt zur Verfügung. Tiefschürfende Analyse und hohe Auflage standen damals noch keineswegs in unvermeidlichem Widerstreit. Die Weimarer Sozialdemokratie war auch weniger »verkalkt«, als jugendbewegtes Funktionärsgerede ihr nachsagte. Vielmehr blieb ihr Presse- und Zeitschriften-Bestand bis hin zur *Gesellschaft* Hilferdings durchaus lebendig. In dieser Theoriezeitschrift haben vom späteren Neo-Pluralisten und »68er«-Gegner Fraenkel bis zum neomarxistischen Pluralismus-Kritiker und »68er«-Idol Marcuse viele Parteiintellektuelle geschrieben. Sogar die Hauptexponenten einer Godesberger Erneuerung der SPD hatten in der Krise von Weimar und im Widerstand aktivistischen Kleingruppen wie SAP (Brandt), ISK (Eichler) und »Neu Beginnen« (Erler und v. Knoeringen) angehört. Zuvor schon konnte die DDP-Gründung in der Novemberrevolution 1918 zunächst fast als Wiedergeburt des Barth'schen Demokratenvereins von 1908 und seine Weiterentwicklung zur Massenpartei

13 Theodor Wolff gab am 14.9.1930 im Berliner Tageblatt die »Parole: links!« aus, das bedeutete im Kontext: SPD zu wählen.

14 Vgl. Detlef Lehnert, Von der politisch-kulturellen Fragmentierung zur demokratischen Sammlung. Der »Volksblock« des »Reichsbannerlagers« und die katholischen Republikaner, in: ders. u. Klaus Megerle, Pluralismus als Verfassungs- und Gesellschaftsmodell, Opladen 1993, S. 77–29, hier S. 123 f. Dort auch Hinweise zur Zeitschrift *Deutsche Republik*.

anmuten. *Die Weltbühne* schrieb den Impuls wesentlich Preuß und Wolff zu, bereits am Tag nach Abdankung des Kaisers hinsichtlich »der Begründung einer republikanisch-demokratischen Partei einig geworden« zu sein.[15] Der DDP gelang im demokratischen Aufbruch sozusagen ein »Projekt 18« (nämlich 18,5 Prozent der Stimmen zur Nationalversammlung am 19.1.1919); sie zählte, allerdings mit Unterstützung von Interessenverbänden, sogar bis zu 900.000 Mitglieder.

Dass Politik erstens, zweitens und drittens immer mit Macht zu tun habe, lehrte der Historiker Treitschke – und wurde darüber vom Nationalliberalen zum Nationalkonservativen. Zur Eigenmächtigkeit der Gedanken bekannte sich der vormalige Bremer Handelskammer-Syndikus Barth mit Gründung einer Zeitschrift, die auch Treitschkes Kontrahenten Mommsen häufig zu Wort kommen ließ. Barth wurde schließlich im regen Austausch mit dem zeitgenössischen Geistesleben vom Nationalliberalen zum sozialliberalen Demokraten.

Einem französisch vorgeprägten Verständnis der Intellektuellen entsprachen in Deutschland die bedeutenden Berufspublizisten wie Barth und Wolff, Gerlach und Ossietzky. Zu den Theoretikern und Publikationen vor allem des sozialdemokratischen und linksliberalen Spektrums bestanden Verbindungen. In der Republikzeit trat der Linkskatholizismus hinzu, der mit seiner Zeitschrift *Deutsche Republik* sogar eine gemeinsame Plattform für die Weimarer Koalitionsparteien schuf, also die Vordenker der Massenorganisation Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold vereinigte. Getrennt und individuell zu argumentieren, jedoch vereint ähnlich den französischen Linksrepublikanern eine Mehrheit des Wahlvolkes zu erreichen, war bei vielen durchaus beabsichtigt. Diese publizistischen Intellektuellen verdienen es, mit ihrer demokratischen Grundhaltung und den zeitgenössischen Argumenten dem Vergessen entrissen zu werden.

15 Johannes Fischart, Politiker und Publizisten XLIX, in: Die Weltbühne, 15. Jg., 30.1.1919, S. 132.

Prof. Dr. Detlef Lehnert, geb. 1955, ist Professor für Politikwissenschaft und Historiker in Berlin.

KONTROVERSE

INTELLEKTUELLE IN DER POLITIK

UNENTBEHRLICHE ANALYTIKER DER LAGE

Ξ Paul Nolte

Intellektuelle in der Politik – da steigen in der bundesrepublikanischen Erinnerung unweigerlich Bilder der späten sechziger und frühen siebziger Jahre auf: Hat es nicht damals, quer durch die Parteien, brillante intellektuelle Köpfe gegeben, die Schreibtisch und Denksessel des Professors hinter sich ließen, um sich in das politische Getümmel zu stürzen, und die trotzdem originell und widerborstig blieben? Schwarzweiß und wie im Weichzeichner sieht man Horst Ehmke vor sich, der für Willy Brandt das Kanzleramt in eine moderne Managementzentrale verwandelte; Werner Maihofer, den kunstsinnigen Strafrechtler als Innenminister; und Kurt Biedenkopf, der nach brillanter akademischer Frühkarriere Helmut Kohl half, die CDU der siebziger Jahre an veränderte Realitäten heranzuführen. Sicher neigt der Blick in die Vergangenheit oft zur Verklärung. Kann man diese drei zum Zeitpunkt ihres Seitenwechsels bereits als »Intellektuelle« bezeichnen – oder handelte es sich nicht eher um Professoren, die ihre strahlende intellektuelle Aura erst im Laufe vieler Jahrzehnte, gestählt durch unzählige Podiumsdiskussionen, Op-Ed-Beiträge und fortgesetztes Grenzgängertum erwarben?

Wie viel hat sich also wirklich verändert – ist die Distanz der Intellektuellen zur Politik größer geworden? Man könnte etwa meinen, inzwischen wechselten weniger Intellektuelle, Akademiker und Professoren in die Politik, weil die Politiker mehr Wert auf ihre eigenen akademischen Titel legen. Aber die Probleme liegen tiefer – und sind doch, gerade im deutschen Fall, auch nicht so dramatisch, wie ein Blick auf die amerikanische politische Kultur, auf die Rolle von Intellektuellen in der Politik der USA zeigt.

Im Grunde haben sich die Intellektuellen der Politik in den letzten zwei, drei Jahrzehnten sogar eher angenähert: Sie schweben nicht mehr in einer getrennten Sphäre, die ihnen freilich von manchen Politikern früher auch gerne zugewiesen wurde, und sei es als das Strauß'sche Gehege der Ratten und Schmeißfliegen. Sie stellen nicht immer gleich von links die Systemfrage, oder erklären sich von rechts im Gestus des Anti-Intellektuellen, wie ihn Helmut Schelsky kunstvoll kultivierte, für inkompetent. Sie sind in der parlamentarischen Demokratie vollständig angekommen, nicht nur im Sinne des großen Bekenntnisses, sondern auch des Verständnisses für den mit ihr verbundenen Kleinkram, die alltäglichen Probleme und Reibungsverluste. Sie sind, so könnte man pointiert sagen, inzwischen weder »Dissidenz-Intellektuelle« (Ost) noch »romantische Utopiker« (West). Aber bleibt dabei nicht die Kritik auf der Strecke, die M. Rainer Lepsius vor einem halben Jahrhundert als Kern des »Berufs« von Intellektuellen erkannt hat? Lepsius selber gehörte zu einer Generation, den jetzt oft so genannten »45ern«, die mit ihrem Bekenntnis zur liberalen Demokratie des Westens dieser Ankunft in der Realität, dieser Überbrückung des

alten deutschen Gegensatzes von Macht und Geist, entscheidend vorgearbeitet hatten.

Danach entstand gelegentlich wieder ein anderer Eindruck: Teile der 68er-Generation schienen sich in der Bundesrepublik dezidiert unwohl zu fühlen; und die wenigen Konservativen derselben Jahrgänge kultivierten eine überpolitische Blasiertheit wie Botho Strauß. Unter diesem Eindruck mussten die wiederum Jüngeren neu lernen, dass das berühmte »J'accuse« von Emile Zola sich auf die Anprangerung eines konkreten Missstands beziehen konnte, nicht darauf, die Demokratie in den Anklagestand zu versetzen. Aber nicht nur das – es geht inzwischen auch in anderer Hinsicht um einen anderen Angeklagten. Früher waren das zweifellos die Obrigkeit, der Staat, die für ihn handelnden Politiker. Die Erfahrung der Diktaturen im 20. Jahrhundert hat diese aus dem 19. Jahrhundert, von Heinrich Heine bis Zola, kommende Prägung noch verstärkt; nur allzu verständlich. Im Grunde ist darin aber ein obrigkeitsstaatlicher Gestus enthalten geblieben: dem Aufbegehren des Volkes gegen die da oben eloquenten Ausdruck zu verleihen – der in der Demokratie weiterhin notwendig ist, aber nur eine Seite der Medaille bildet.

Die andere, schwerer zu lernende Seite – und Aufgabe der Intellektuellen – jedoch ist es, dem Volk selber den Spiegel seiner eigenen Ignoranz, seiner Vorurteile, seiner Kleinkariertheiten vorzuhalten. Man könnte das die Rolle des Eulenspiegel-Intellektuellen nennen, wenn das nicht zu sehr nach Narrheit und Schelmerei klänge. Warum sollten Intellektuelle heute automatisch auf der Seite der Gegner von »Stuttgart 21« stehen? Haben die Protestierer das Gemeinwohl gepachtet, das ihnen eine böse Obrigkeit vorenthalten will? Oder ist es die Aufgabe der Intellektuellen, darauf hinzuweisen, dass die Dinge eben etwas komplizierter liegen? Die Menschen treten für ihre Interessen ein, oder für das, was sie so wahrnehmen. Genauso soll Demokratie, im pluralistischen Modell, auch sein. Aber nicht mit jeder St.-Florians-Position müssen sich Intellektuelle identifizieren, weil sie sich gegen die bösen Buben da oben richtet. Es kann geradezu ihre Aufgabe sein, die Demokratie zu verteidigen gegen den populistischen Defätismus ihrer Verächter. Unrealistisch, übertrieben? Genau solche Intellektuelle gab es in der Weimarer Republik zu wenig. Im Dauerbetrieb der Demokratie können die Intellektuellen daher kritisch und affirmativ zugleich sein.

So sind Intellektuelle in Deutschland »der Politik« nähergekommen, ohne notwendig selber die Seite wechseln zu müssen. Das ist längst nicht überall so. In den USA etwa herrscht ein weit größerer Abstand zwischen Intellektuellen und Politik, zumal zwischen den Universitäten und der politischen Klasse. In der »Berliner Republik« sind die beiden Sphären einander hautnah auf die Pelle gerückt. In Amerika hingegen ist die alte Tradition des Anti-Intellektualismus nicht verschwunden, sondern hat sich im kleinbürgerlichen Konservatismus, oft unter evangelikalem Einfluss und angesichts eines scharfen Stadt-Land-Unterschiedes, sogar wieder verstärkt. Vielleicht als Reaktion darauf scheinen auch die Intellektuellen etwas von ihrem Pragmatismus verloren zu haben; sie reagieren zunehmend zynischer auf die Politik, oder frustriert wie Tony Judt in seinem letzten Buch über den misslichen Zustand des eigenen Landes und der eigenen Politik: »Ill Fares the Land«. Eine Links-Rechts-Lagermentalität hat sich auch bei den Intellektuellen tief eingegraben, in der die Anhänger der gegnerischen Partei buchstäblich für verrückt erklärt werden. Und die akademischen Ostküsteneliten haben von ihrer Leitfunktion für die Politik nicht nur bei den Republikanern ein erhebliches Stück verloren. Aber es gibt sie

auch weiterhin, die klassischen Wissenschaftler-Intellektuellen mit politischem Engagement oder sogar Kontakten zu Präsidenten. Der allgemeine Topos vom Ende des Intellektuellen stimmt nicht einmal hier. Meist verbirgt sich dahinter nur ein perspektivischer Irrtum der Älteren, die nach ihrer eigenen heroischen Geistesgröße nichts anderes mehr anerkennen wollen.

Während also eine doppelte Polarisierung: zwischen Macht und Geist, zwischen links und rechts, die amerikanische Situation relativ klar konturiert, ist das Bild in Deutschland diffuser geworden. Die neue Unübersichtlichkeit hat viele Dimensionen und Ursachen. Die Abgrenzung zwischen Intellektuellen und Experten etwa ist schwieriger geworden. Die Nachfrage der Politik nach Expertise ist gestiegen, und nicht immer ist klar, ob sich die Erwartung auf die Lieferung empirischen Materials richtet, von möglichst unwiderlegbaren Statistiken, oder auf Interpretationen und Richtungsangaben, weil Zahlenmaterial auch innerhalb der Ministerialbürokratie generiert werden kann. Wissenschaft und Forschung sind betriebsförmiger geworden, während gleichzeitig Think Tanks, in Deutschland häufig in Gestalt von Stiftungen, eine wichtigere Rolle in der Politikberatung und als »Stichwortgeber« spielen. Mit der Szientifizierung der Sozialwissenschaften ist die Position des *armchair intellectual* unter Legitimationsdruck geraten: »Woher wissen Sie das denn? Meine Zahlen zeigen aber …« – da kann der Intellektuelle nur den Kürzeren ziehen, weil seine Rolle damit missverstanden ist.

Doch die »neue Unübersichtlichkeit«, wie Jürgen Habermas sie Mitte der 1980er Jahre beschrieben hat (Woher wusste er das eigentlich? Quantitative Inhaltsanalysen?), meinte ja nicht zuletzt die Verwischung herkömmlicher politisch-ideologischer Grenzen: Warum waren Linke auf einmal nicht mehr für die Aufklärung und das »Projekt Moderne«? Auch diese Konstellation hat die politische Positionierung von Intellektuellen nicht einfacher – im Grunde aber interessanter – gemacht. Ein neues Spannungsverhältnis zwischen einem Engagement, das auch parteilich ist, und der kritischen Unabhängigkeit und Überparteilichkeit ist entstanden. Die Eindeutigkeit des politischen Bekenntnisses ist für die Nach-68er-Generationen ohnehin schwieriger geworden; mit dem Parteibuch geboren wird man schon lange nicht mehr, und man identifiziert sich nicht mehr automatisch mit der SPD als Lehre aus der jüngsten deutschen Geschichte. Wer würde heute noch wie Peter Glotz die Rolle eines Parteiintellektuellen spielen wollen oder sich parteibiografisch auch nur so festlegen wie Günter Grass? Wenn Politiker sich für Intellektuelle interessieren, müssen sie deshalb andere Kriterien entwickeln, weil die alte Kontrollfrage nach dem Parteibuch nicht mehr funktioniert.

Intellektuelle in der Politik? Für bestimmte Traumkonstellationen, an die man bei dieser Frage gerne denkt, ist gegenwärtig nicht der historische Moment. Geremek, Havel: die polnischen und tschechischen Intellektuellen der achtziger Jahre als maßgebliche Gestalter ihrer neuen Demokratien – so hoch sollten wir lieber nicht greifen, und ein bisschen davon haben wir in Deutschland ja auch gehabt, mit Wolfgang Thierse, Richard Schröder, Jens Reich und anderen. Im Großen und Ganzen sind wir in einer Normalphase der Demokratie, und es gibt Schlimmeres. Das ist kein Grund für Intellektuelle, sich aus der Politik zu verabschieden, oder für die Politik, sich nicht mehr für Intellektuelle zu interessieren. Letzteres ist wahrscheinlich sogar weniger der Fall – die Sehnsucht nach Deutungen und Außenansichten ist groß in einem immer hektischer getakteten Politikbetrieb. Also müssen sich die Wissenschaftler und Künstler fragen, wie sie in diffuserer Situation dennoch

Position beziehen können. Übrigens nicht zuletzt: Wissenschaftlerinnen, Künstlerinnen, denn es muss endlich Schluss sein mit der Intellektualität als Männerberuf. Für Wissenschaftler bedeutet das in erster Linie, sich nicht hinter die Schutzmauer des Expertentums zurückzuziehen, die auf bequeme Weise unangreifbar macht, aber auch einen fatalen Fehlschluss nahelegt: Aus vermeintlich objektiv geronnener Erkenntnis ließen sich noch nie politische Richtungsentscheidungen deduzieren. Der Alltagsbetrieb der Demokratie braucht keine Philosophenkönige, aber er braucht Analytiker der Lage, Wächter der Macht und Kritiker des Volkes.

Prof. Dr. Paul Nolte, geb. 1963, ist Professor für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte an der Freien Universität Berlin. Im Frühjahr 2012 erscheint ein Buch über die Geschichte und Gegenwart der Demokratie.

MORALISTEN, SCHWEIGT!

Ξ Konrad Paul Liessmann

Die Rolle der Intellektuellen in der Öffentlichkeit ist von einer seltsamen Ambivalenz gekennzeichnet. Wie immer sich der Intellektuelle hier positioniert, er macht es sicher falsch. Sind angesichts von politischen Krisen, Finanzskandalen, Naturkatastrophen, Islamfeindlichkeit und den drohenden Gefahren der neuesten Technik keine Stimmen der Dichter und Denker, Künstler und Wissenschaftler zu vernehmen, lässt der Vorwurf nicht lange auf sich warten: Warum schweigen die Intellektuellen? Schweigen diese aber nicht, mischen sie sich ein, warnen sie, fordern sie, geben sie gar Empfehlungen für moralische oder militärische Interventionen, heißt es gleich: Warum können sie nicht schweigen? Mit anderen Worten: Entweder schweigen die Intellektuellen, obwohl sie sich doch einmischen sollten; oder sie mischen sich ein, dabei sollten sie doch schweigen.

Solche Uneindeutigkeit hat ihre Gründe. Denn weder weiß man genau, was unter einem Intellektuellen zu verstehen ist, noch, was es heißt, sich als Intellektueller in was auch immer einzumischen. Einfacher, als den Intellektuellen und sein Engagement zu definieren, ist es wahrscheinlich, einmal festzuhalten, was ein Intellektueller nicht ist. Ein Wissenschaftler, der auf seinem Gebiet forscht, ist noch kein Intellektueller, auch dann nicht, wenn er hin und wieder von der Politik um Rat gefragt wird und in der einen oder anderen Ethikkommission sitzt. Ein Dichter, der Gedichte schreibt, ist auch noch kein Intellektueller, auch dann nicht, wenn er sich hin und wieder im Feuilleton zum Verschwinden gedruckter Gedichte äußert; ein Künstler, der Bilder malt, ist auch noch kein Intellektueller, auch dann nicht, wenn seine Bilder anklagen, provozieren oder verstören; ein Philosoph, der philoso-

INDES, Herbst 2011, S. 54–57, © Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen, 2011, ISSN 2191-995X

phiert, ist auch noch kein Intellektueller, auch dann nicht, wenn er über Gerechtigkeit in der Postdemokratie nachdenkt und zu diesem Thema gerne von Studierendenvertretungen eingeladen wird.

Umgekehrt gilt aber auch: Wer weder forscht, noch schreibt, noch dichtet, noch malt, noch philosophiert, kann erst recht kein Intellektueller sein. Sich nur einzumischen, ist auch zu wenig. Es sind schon die Dichter und Denker, die Künstler und Kulturschaffenden, die zu einem Intellektuellen werden können – dann nämlich, wenn sie ihr Tätigkeitsfeld verlassen und mit dem Renommee, das sie in diesem Feld erworben haben, in einer politischen und moralischen Frage mahnend, protestierend, empört oder fordernd ihre Stimme erheben. Was aber bedeutet dies?

Der französische Soziologe Pierre Bourdieu hat aus guten Gründen zwei Voraussetzungen genannt, die ein Intellektueller erfüllen muss, um Intellektueller zu sein: Er muss einem relativ autonomen, das heißt von der Ökonomie und Politik unabhängigen Feld des Wissens oder der Kultur angehören und dessen Gesetze akzeptieren; und er muss in eine politische Situation jene Kompetenz einbringen, die er in diesem Feld erworben hat. Intellektualität ist so wohl an Öffentlichkeit gebunden, nicht aber an eine moralische Position oder an die Parteinahme für eine politische Bewegung oder eine Bevölkerungsgruppe. Nur allzu leicht wird dies verwechselt.

Seit über die Position des Intellektuellen im deutschsprachigen Raum diskutiert wird, lassen sich deshalb grob zwei Argumentationslinien verfolgen: Eine, die den Weg zu diesem Eingreifen nur in einer konsequenten Parteilichkeit des Intellektuellen garantiert sehen will und deshalb im Engagement, in der Unterwerfung unter die Politik nicht eine zusätzliche Geste, sondern eine Bedingung intellektueller Tätigkeit sieht; ob dieses Engagement der Arbeiterklasse oder den Frauen, der Volksgemeinschaft oder der Nation, den Obdachlosen oder den Asylsuchenden, den Migranten oder den Homosexuellen, den Bosniern oder den Libyern gehört, tut für die grundsätzliche Bestimmung nichts zur Sache. Die andere Argumentationslinie will die Fähigkeit des Intellektuellen zu kritischer Reflexion gerade in seiner relativen Distanz zu den Sphären der Politik und Ökonomie sehen, will in seiner relativen Autonomie vom Politischen die Bedingung für die Produktion unbestechlichen Wissens verankern. Noch die Idee der Unabhängigkeit und Autonomie der Universitäten, den einstigen Produktionsstätten von Intellektualität, zehrte bis in die Organisationsstruktur lange von diesem Gedanken. Seit Universitäten zu Unternehmen mutierten, die deren betriebswirtschaftlicher Logik unterworfen sind, haben sie allerdings aufgehört, ein genuiner Ort einer Intellektualität zu sein, die diesen Namen verdient. Damit ist der Weg frei für den rezenten Typ des Intellektuellen: den politisch engagierten Moralisten.

An die Stelle einer intellektuellen Analyse und Kritik der Gesellschaft ist nun ein moralischer Diskurs getreten, der wieder ganz auf die Unterscheidung zwischen Gut und Böse setzt – Hirnforschung hin oder her. Ein Indiz dafür mag etwa sein, dass die komplexe Hegel'sche Dialektik von Herr und Knecht, die Generationen deutscher, französischer und amerikanischer Intellektueller inspiriert hatte, nun ersetzt worden ist durch die starre, asymmetrische und moralisch hochkonnotierte Dualität von Täter und Opfer. Die Analyse der komplexen Beziehungen zwischen Herr und Knecht, die von Hegel über Marx bis zu Kojève und Foucault die avancierten Theorien der Macht auszeichnete, kann nun substituiert werden durch die Bestimmung der Täter und ihrer Opfer. Alles Weitere ist dann klar: Die Täter können verurteilt

werden und die Opfer beweint. Empörung stellt sich ein – und Betroffenheit. Der Intellektuelle der Gegenwart zeichnet sich dadurch aus, dass er das Deutungsmonopol beansprucht, wer Täter und wer Opfer ist. Das gibt ihm die aktuelle Macht im medialen Diskurs.

Ob diese moralische Urteilskraft, die heute als das einzig gültige Zeichen akzeptierter Intellektualität gilt, allerdings aus der Doppelung von fachlicher Kompetenz und öffentlicher Wirksamkeit erwächst – und nur dies würde die Einheit von Moral und Intellektualität legitimieren – scheint fraglich. Seit Emile Zolas »Ich klage an« gehört das Bild vom Schriftsteller, der das Gewissen einer Nation repräsentiert, zu den liebgewordenen Wunschvorstellungen einer Öffentlichkeit, die selbst offensichtlich gewissenlos genug ist, um immer jemanden als personifiziertes Gewissen zu gebrauchen. Es gehört zu den großen Mythen der Gegenwart, dass Intellektuelle, Künstler und Schriftsteller eine besondere Verantwortung gegenüber der Welt hätten. Diese teilen sie aber lediglich mit allen Menschen, die guten Willens sind. Keine Frage also, dass dort, wo Unrecht geschieht, Intellektuelle wie andere auch

ihre Stimme erheben können; keine Frage, dass auch prominente Intellektuelle – andere sind ohnehin nicht erwünscht – ihren Namen dazu hergeben können, Hilfsaktionen und Kampagnen aller Art zu unterstützen, wenn es denn schon nicht ohne medienwirksames Namedropping geht. Dabei haben Intellektuelle aber oft nicht mehr Kompetenz als siegreiche Sportler, ökologisch gewendete Firmenbosse, Politiker mit hohen Sympathiewerten oder zu frühem Ruhm gelangte Fernsehstars.

Unerträglich aber wird es, wenn nicht die intellektuelle Kompetenz den öffentlichen Eingriff fundiert, sondern der moralisierende Zeigefinger die intellektuelle oder künstlerische Kompetenz ersetzt. Dass es in den letzten Jahren nicht immer erstklassigen Schriftstellern, Musikern und Entertainern gelungen ist, sich selbst als Intellektuelle darzustellen, und die große moralische Geste als Inbegriff einer intellektuellen Tugend medienwirksam zu präsentieren, hat zu einer Situation geführt, in der nur mehr verurteilt statt geurteilt wird, in der Bekenntnisse statt Analysen gegeben werden, in der pausenlos irgendjemand sich entrüstet, empört oder schämt, jemanden anderen auffordert, sich zu entrüsten, zu empören, zu schämen oder zurückzutreten, und in der Denken, das eigentliche Metier des Intellektuellen, zur unerwünschten Tätigkeit geworden ist.

In den »Minima Moralia« hatte Theodor W. Adorno einmal bemerkt, dass man es den Intellektuellen nie verzeihen werde, dass sie den Anspruch hatten, sich die Hände nicht schmutzig zu machen – das galt zumindest für jene Zeiten, in denen Intellektuelle noch im Elfenbeinturm saßen. Anstatt aber daraus den Schluss zu ziehen, dass es auch für andere günstig sein könnte, die Finger aus dem Dreck zu ziehen, setzten die vermeintlichen Intellektuellen nun alles daran, mitzumachen und sich mit dem Morast der Geschichte und dem Dreck der Macht zu besudeln. Denn niemand ist durch Macht so leicht verführbar wie der Intellektuelle – weil er sie nicht hat und nicht haben kann. Die kurze Zeit eine enthusiasmierte Öffentlichkeit erregende Karriere von Schriftstellern und Wissenschaftlern in manchen osteuropäischen Staatskanzleien war zwar nur ein kurzes Zwischenspiel in den Jahren nach 1989; solche Karrieren zeigten aber auch, dass es der Struktur von Macht letztlich doch widerspricht, wenn sie mit jener Position gefüllt wird, die sie einmal von außen kritisierte. Kritik lässt sich nicht in Macht transformieren. Der Philosoph, der zum Politikberater wird und sich rühmt, durch das eine oder andere Telefonat den einen oder anderen militärischen Schlag initiiert zu haben, demonstriert damit weniger seinen politischen Sachverstand als vielmehr die Korrumpiertheit seines Geistes. Stark müsste derjenige Intellektuelle genannt werden, der den Verführungen der Praxis widersteht, jener analen Lust, die sich sehr wohl die Hände schmutzig machen will, und die Adorno übersehen hat. In Zeiten, in dem allerdings schon jedem Erstsemestrigen unmissverständlich klargemacht wird, dass entscheidend allein das Praktikum ist, hat die Idee von Intellektualität als institutionalisierter Praxisferne ohnehin ausgedient. Was bleibt, sind penetrante Moralisten und von Medien akklamierte Selbstdarsteller, die sich in der Rolle des Intellektuellen gefallen, ohne den Text, den sie angeblich spielen, je verstanden zu haben. Diese zumindest könnten auch schweigen.

Prof. Dr. Konrad Paul Liessmann, geb. 1953, ist Professor für Philosophie an der Universität Wien, Essayist, Literaturkritiker und Kulturpublizist.

DIE TRAGÖDIE DES POLITISCHEN PROMETHEUS

NATURWISSENSCHAFTLICHE INTELLEKTUELLE UND POLITIK

Ξ Robert Lorenz

Radioaktive Teilchen »erreichen die Erdoberfläche in Gestalt tödlichen Staubes oder Regens«, ein »Landstrich von der Größe des Ruhrgebietes« ist ausgelöscht, die »größten Städte wie London, New York und Moskau dem Erdboden« gleichgemacht. Dieses beklemmende Szenario schilderten unzählige Atomwissenschaftler in den 1950er Jahren wieder und wieder mit drastischen Worten, anschaulichen Beispielen und in »tiefer Sorge«. Sie taten dies in Vorträgen, Interviews, Appellen und Manifesten, mit denen sie sich an die Öffentlichkeit wandten. Wären die Nationen nicht bereit, »freiwillig auf die Gewalt als letztes Mittel der Politik zu verzichten«, so lautete ihre Prognose, dann würden sie unweigerlich »aufhören zu existieren«.[1] Diese Position vertraten die Nuklearforscher unter anderem öffentlich in der Mainauer Kundgebung (1955), dem Russell-Einstein-Manifest (1955) oder der Göttinger Erklärung (1957). Sie legten sie aber auch in Stellungnahmen wie dem Franck- (1945) oder dem Acheson-Lilienthal-Report (1946) hochrangigen Politikern vor.

Die auffällige Öffentlichkeitspräsenz und Politiknähe von Kernphysikern zu jener Zeit ist kurios. Schließlich verkörperten die Atomwissenschaftler, die in den 1940er und 1950er Jahren lehrten und forschten, den stereotypen Inbegriff des selbstvergessenen, vergeistigten, wirren Genies, das zurückgezogen in der einsamen Denkstube in mathematische Formeln vertieft ist und für das die Außenwelt ein unwegsames Terrain darstellt – allen voran Einstein, der prominente Archetyp dieses Klischees. Weshalb also wagten sie sich aus dem sinnbildlichen Elfenbeinturm heraus, adressierten mit ihrer politischen Intervention sogleich die Staatsmänner und Bürger fast aller Länder des Globus, schwangen sich zu politischen Meinungsmachern auf?

1 Dieses und die vorangegangenen Zitate stammen aus: Deutsche Version des Russell-Einstein-Manifests, online verfügbar unter: http://www.pugwash.de/rem.pdf [eingesehen am 23.05.2011]; Göttinger Erklärung vom 12. April 1957, u. a. abgedruckt in: Carl Friedrich von Weizsäcker, Bewußtseinswandel, München 1988, S. 384 ff.; Mainauer Kundgebung vom 15. Juli 1955, abgedruckt in: Elisabeth Kraus, Von der Uranspaltung zur Göttinger Erklärung. Otto Hahn, Werner Heisenberg, Carl Friedrich von Weizsäcker und die Verantwortung des Wissenschaftlers, Würzburg 2001, S. 162.

INDES, Herbst 2011, S. 58–63, © Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen, 2011, ISSN 2191-995X

Alamogordo in New Mexico ist der Verständnisschlüssel. Dort, in den entlegenen Weiten des Südwestens der USA, zündeten Wissenschaftler im Juli 1945 zu Testzwecken die erste Atombombe. Den Zeugen dieses Ereignisses war dies ein unvergesslicher Moment. Wenn auch aus der Distanz, so beobachteten sie doch eine gigantische Explosion, die ihnen schlagartig bewusst machte, welch zerstörerische Waffe sie mit der Kraft ihres Intellekts, ihrem Wissen um das Atom und filigranen Technikern soeben geschaffen hatten. Sie waren erleichtert und erschrocken zugleich. Zwar war die Bombe noch rechtzeitig im Krieg in die Hand der Alliierten, nicht der Deutschen oder anderer Mächte geraten. Doch wussten die Wissenschaftler, dass sie in Sekundenschnelle Metropolen hinwegfegen und todbringende Radioaktivität zurücklassen konnte. Sie ahnten, dass sie der Weltgeschichte eine Wendung gegeben, der Menschheit eine große Herausforderung aufgebürdet hatten.

Diese traumatische Politisierung durch die Atombombe ist die erste Voraussetzung für das Aufkommen der nuklearwissenschaftlichen Intellektuellen. In ihr lag die Ursache für das spätere politische Handeln der Atomwissenschaftler begründet, von denen die meisten ihrem Selbstverständnis nach eigentlich unpolitisch waren. J. Robert Oppenheimer, der das amerikanische Atomwaffenprojekt geleitet hatte und seither als »Vater der Atombombe« weltbekannt ist, suchte gemeinsam mit einigen Kollegen verzweifelt nach Wegen, den Staatslenkern begreiflich zu machen, dass die Existenz der Atombombe moralisch verbiete, weitere Kriege zu entfachen. Denn zu groß war das Risiko, dass diese in einem Atomkrieg kulminierten und die gesamte Menschheit in den Abgrund rissen. Der US-Präsident Harry S. Truman hatte ja erst kurz zuvor, im August 1945, die politische Bereitschaft zum rücksichtslosen Einsatz dieser Massenvernichtungswaffe bewiesen, indem er mit einem einzigen Befehl die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki vernichten ließ. Zwei Flugzeuge und zwei Bomben hatten ausgereicht, um dieses tödliche Werk zu vollbringen. Auch in Deutschland machten sich Nuklearforscher fieberhaft Gedanken, wie die Gefahr eines Atomkriegs zu bannen sei. Die Nobelpreisträger Max Born und Otto Hahn hatten mit ihren Experimenten und quantenphysikalischen Berechnungen viel zur Entwicklung der Atombombe beigetragen. Gemeinsam mit dem politisch ambitionierten Physiker Carl Friedrich von Weizsäcker traten sie dafür ein, dass sich die junge Bundesrepublik tunlichst von Nuklearwaffen fernhielt.

Ob nun in den Vereinigten Staaten oder Westdeutschland: Allerorten fanden sich plötzlich Physiker, die politische Ideen entwarfen, eine konkrete Vorstellung vom zukünftigen Leben mit der Bombe hatten. Anfangs schlugen sie vor, dass die Großmächte ihre Befugnisse über die Atomtechnolo-

gie einem internationalen Gremium übertragen sollten, das fortan über die ausschließlich friedliche Verwendung zu wachen hätte – ohne dass dabei Regierungen ein Einspruchsrecht eingeräumt bekämen. In diesem Konzept lag der Glaube, die Welt ausschließlich die »segensreichen« Seiten der Atomkraft genießen lassen zu können, sobald die Kontrolle darüber der Politik entrissen und der internationalen Wissenschaftlergemeinde überantwortet sein würde. Die Menschen sollten nicht im atomaren Feuer verbrennen und an der Strahlenkrankheit krepieren, sondern durch Nuklearmedizin von schlimmen Krankheiten geheilt und durch Atomenergie mit Strom versorgt werden. Die Forscher misstrauten der Politik zutiefst. Dies war für sie eine naheliegende Lehre aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg, dem »Dritten Reich« und dem militärischen Einsatz der Atombombe. Die Konzepte, die sie entwarfen, sollten den zukünftigen Einsatz von Atomkraft regulieren und auf den zivilen, friedlichen Bereich beschränken. Dies trauten sie nur sich selbst zu, da ihrem Eindruck nach die internationale Gemeinschaft der Atomforscher jener der Staaten weit überlegen war.

Zweitens waren die Kernphysiker mit politischen Konzepten wie der besagten Weltatomkommission, verbunden mit ihrem Sachverstand, außergewöhnliche Inhaber einer politisch bedeutsamen Expertise. Im Unterschied zu vielen Militärs und Staatsmännern, aber auch den Bürgern wüssten Naturwissenschaftler, so beispielsweise Oppenheimer, genauestens über die Atombombe Bescheid, wüssten insbesondere, dass sie keine konventionelle Waffe war; diese Expertise bürde ihnen eine ethische Verantwortung auf, die sie wiederum zu politischer Intervention verpflichte. Aufgrund dieses Expertenwissens müssten sie schleunigst auf einen Bewusstseinswandel der Menschen hinwirken, auf die Einsicht, dass sich die Bereitschaft zu Krieg, die Beziehungen zwischen den Ländern radikal zu wandeln hätten – so dachten sie damals.

Drittens hatten sich die meisten von ihnen Mitte der 1950er Jahre bereits aus der kernphysikalischen Forschung zurückgezogen, hatten ihren wissenschaftlichen Zenit überschritten oder suchten als Pensionäre eine erfüllende Tätigkeit. Weil sie sich nicht mehr tagtäglich in Fachkontroversen behaupten und minutiös den Forschungsstand verfolgen mussten, hatten sie Zeit für Politik. Oppenheimer saß in diversen Gremien, von Weizsäcker widmete sich der Lektüre der großen Philosophen, Hahn war als Präsident der Max-Planck-Gesellschaft nurmehr mit repräsentativen Pflichten beladen und Max Born befand sich im Ruhestand.

Ferner bezogen sie – viertens – aus ihrem Herkunftsbereich, der Physik, politiktaugliche Eigenschaften und Kompetenzen. So verfügten sie über eine

hochtrainierte Konfliktfähigkeit, die sie sich in den 1920er und 1930er Jahren, einer ausgesprochen streitbaren Phase der Physik, angeeignet hatten, in harten Konkurrenzkämpfen und hitzigen Debatten um das Wesen der Quantenphysik, die tage- und nächtelang andauern konnten – manches Mal duellierten sich die großen Geister der Physik noch am Krankenbett ihres Kontrahenten, nachdem dieser bereits ob der Anstrengungen zusammengebrochen war. Außerdem galt die Physik als eine wissenschaftliche Disziplin, die generelles Verständnis für sämtliche Phänomene der Natur verhieß. Physiker vermögen selbst die kleinste Einheit der Materie zu beschreiben und zu erklären. Ihre Untersuchungsgegenstände sind Themen und Objekte, die jedermann betreffen und potenziell interessieren. Dieser Umstand verlieh den Meistern des Fachs in den 1950er Jahren eine besondere Autorität, die Aura desjenigen, der ein respektgebietendes Wissen beherrscht, das tiefer nicht sein könnte. Die Protagonisten dieses Forschungsgebiets waren seinerzeit Pioniere einer vielversprechenden Epoche, galten ihren Zeitgenossen als prometheische Menschen, mit deren Arbeit sich die Hoffnung auf ewigen Wohlstand und endlosen Fortschritt verband und denen im Gegensatz zu anderen Professionen zugetraut wurde, so etwas wie den »Stein der Weisen« zu finden oder die Reise zu fernen Galaxien mit entlegenen Planeten zu ermöglichen, wenn nicht gar den Verlauf des Universums zu lenken. Sodann geboten die intellektuellen Atomforscher als Nobelpreisträger über große Prominenz, Popularität und einen unzweifelhaften Status als beschlagene Experten ihres Fachs. Hinzu kam ein glaubwürdiges Schicksal, inszenierten sie sich doch als Wissenschaftler, die in den turbulenten Kriegszeiten mit dem Bau der Atombombe einen schwerwiegenden Fehler begangen hatten, sich nun aber reumütig und mit viel Courage um dessen Korrektur bemühten. Sodann profitierten sie von einer vorurteilsbeladenen Kontrastfolie: In den Augen der Öffentlichkeit standen auf der einen Seite Politiker und Militärs, die ein zerstörerischer Machttrieb und unzureichendes Wissen um die Gefahren eines Atomkriegs kennzeichneten, die die Tragweite ihres Handelns leichtfertig unterschätzten und nichts weniger als das Ende der Welt, den Rückschritt in ein prähistorisches Stadium der Erde riskierten. Und auf der anderen Seite waren die Wissenschaftler, denen man ein detailliertes, unbestechliches Wissen zuschrieb, von denen man sich präzise Aussagen und zuverlässige Urteile versprach. Im Gegensatz zu Politikern schienen sie eben *nicht* machtversessen, fachlich inkompetent, jederzeit zur opportunen Täuschung und Lüge bereit zu sein.

Besonders stark aber lebte das atomwissenschaftliche Intellektuellentum zudem von einem zeitgenössischen Bedarf irritierter Menschen nach Erklä-

rung, Orientierung und politischer Alternative, der im unlängst hereingebrochenen Atomzeitalter vorherrschte. Dies machte den wissenschaftlich-intellektuellen Expertenrat, die Vorschläge für das erträgliche Leben mit der Bombe, anschlussfähig an politische Prozesse. Kernphysiker empfahlen sich als vermeintliche Lieferanten einer eindeutigen Entscheidung in einer mehrdeutigen Situation, indem sie auf ihren naturwissenschaftlichen Sachverstand zurückgriffen und daraus »Sachzwänge« ableiteten. Die Existenz der Atombombe, so lautete ihre Maxime, gestatte keine Kriege mehr, sondern erfordere den Weltfrieden, da man nicht auf die moralische Reife der Politiker vertrauen, ein Atomkrieg somit jederzeit den Untergang des Menschengeschlechts bedeuten könne. Die Atomphysiker drangen in politisch brisanten Jahrzehnten in die Öffentlichkeit, in denen naturwissenschaftliche Forschung urplötzlich den Zustand der Welt verändert hatte und die erstmals in der Geschichte gegebene Möglichkeit zur Selbstvernichtung der menschlichen Spezies ein neues Bewusstsein nötig machte. In diesem historischen Moment kamen verschiedene Faktoren zusammen, aus denen sich das Charisma der Atomphysiker, die Möglichkeit zum naturwissenschaftlichen Intellektuellen speiste, und mit denen sich politische Macht gewinnen ließ.

Politisch scheiterten sie jedoch – an Politikern, Generälen und Wirtschaftskapitänen, von denen niemand das Wissen über die Geheimnisse des Atoms preisgeben wollte, bot dieses lukrative Monopol doch Macht, Geld und Sicherheit. Vergebens hatten die intellektuellen Physiker ihre Wissenschaft von der Fremdbestimmung durch die Regierung und das Militär emanzipieren wollen. Für ihre Niederlage lassen sich zwei wesentliche Gründe finden: Zum einen hatten die Physiker versucht, Politik in Unkenntnis politischer Verfahrensweisen zu machen. Ihnen mangelte es schlichtweg an politischem Methodenwissen, um Mehrheiten zu organisieren und Entscheidungen zu erzwingen. Die kernphysikalischen Genies waren nicht darin geübt, Kompromisse zu finden, ihnen fehlte die Routine, Interessen jenseits von Fakten gegen verschiedene andere durchzusetzen. Koryphäen wie Oppenheimer, Niels Bohr oder Werner Heisenberg wurde ihre Gewohnheit zum Verhängnis, vermittels stichhaltiger und logischer Argumentation unumstrittene Autorität zu gewinnen. Ihnen misslang der Versuch, jenen Rang in die Politik zu übertragen, den sie in der Welt der Physik einnahmen. Oppenheimer war in Los Alamos als wissenschaftlicher Leiter des Atomwaffenprojekts nahezu ein Guru gewesen. In den Zonen der Politik galt er hingegen als ein weltfremder Kopf, der mit seinen Ideen den Kommunisten in Moskau in die Hände spiele. Ähnlich Heisenberg: In seinem Forschungsfeld machte er mit seinem Geni-

us eine unanfechtbare Führungsposition geltend, untermauert von seinem Nobelpreis, seinem Weltruhm, seiner Gedankenkraft. Er trachtete danach, seine Vorschläge politisch unverfälscht jenseits demokratischer Verfahren umzusetzen, erstrebte einen »Forschungsrat«, in dem Wissenschaftler ganz allein über die Verwendung staatlicher Gelder entscheiden sollten. Niemand war freilich dazu in Bonn bereit. Und Bohr war es gewohnt, jederzeit seine Gedanken vorbringen zu können; also suchte er 1943 in Washington mit einer fast unverschämt wirkenden Selbstverständlichkeit hochrangige Amts- und Würdenträger auf, um ihnen seine Ansichten zum Umgang mit der Atomwaffe darzulegen. Fortan hielten ihn viele Politiker für naiv.

Zum anderen überschätzten die Physiker die Vernunft der wahlberechtigten Bürger in den westlichen Demokratien. Auf deren Handeln hatten sich ihre letzten Hoffnungen konzentriert. Sie hielten es für möglich, dass der aufgeklärte Bürger mit seiner Stimme an der Wahlurne für eine atomwaffenfreie Politik votieren würde. Doch die politische Situation der 1950er Jahre war hierfür ein nachteiliges Umfeld. In jenen Jahren grassierte die Angst vor einem neuerlichen Weltkrieg: Krise am Suez-Kanal, Aufstand in Ungarn – wann würden die Panzer der Roten Armee gen Westen rollen? Die Mentalität der kriegsmüden Bevölkerungen Europas und der USA war geprägt von einem großen Sicherheitsverlangen und einer Freude am fortschreitenden Wohlstand. Daher überwog am Ende die manifeste Angst vor sowjetischem Imperialismus, vor Kosaken und Kommissaren, das latente Unbehagen vor einem drohenden Atomkrieg.

Was aber bleibt von dem intellektuellen Impuls der Naturwissenschaftler? Einerseits erhielten die Bürger andere Sichtweisen auf ein beträchtliches Problem, wurden mit Informationen versorgt und mit politischen Alternativen konfrontiert. Andererseits vertiefte sich die Kluft zwischen Politik und Wissenschaft, vergrößerte sich die einander entgegengebrachte Skepsis. Politische Haudegen wie Konrad Adenauer sahen in Wissenschaftlern weltfremde Gelehrte, naive Utopisten, unfähige Politiker. Die Atomforscher fühlten sich hingegen in ihrem Vorurteil bestätigt, bei Politikern handle es sich um waghalsige Machtmenschen, die Risiken unterschätzten und bereit wären, leichtfertig das menschliche Dasein aufs Spiel zu setzen und militärischen Massenmord in Kauf zu nehmen. Politikvorschläge, die auf wissenschaftlicher Autorität gründeten, hatten es somit nicht einmal in einer Zeit leicht, die der universellen Erklärungskraft der Physik huldigte und vom enthusiastischen Glauben an die technologische Lösung sämtlicher Zivilisationsprobleme durch die Wissenschaft beseelt war.

Dr. Robert Lorenz, geb. 1983, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

LAISSEZ FAIRE, LAISSEZ ALLER

NIKLAS LUHMANNS SYSTEMTHEORIE UND DER KOLLAPS DES FINANZSYSTEMS

Ξ Sibylle Tönnies

Als vor einigen Jahren der Finanzmarkt kollabierte, sahen sich die westlichen Staaten gezwungen, den Banken riesige Summen aus Steuermitteln zur Verfügung zu stellen, um von der Allgemeinheit einen unabsehbaren Schaden abzuwenden. Der Kollaps des Finanzmarkts war vorhersehbar gewesen und auch vorhergesehen worden. Wenn die westlichen Staaten der Finanzwirtschaft trotzdem so vollständig die Zügel überlassen hatten, lag dem ein breiter Trend des Zeitgeistes zugrunde. Hier soll gezeigt werden, dass dieser Trend seinen theoretischen Ausdruck in Niklas Luhmanns Systemtheorie gefunden hat.

Diese Theorie hat die Lockerung, die man als Wendung zum Ultraliberalismus bezeichnet, schon Jahrzehnte zuvor geistig vorbereitet. Sie hat die Gemüter weichgemacht fürs *laissez faire, laissez aller*; sie hat sie dazu verführt, das Allgemeinwohl als Richtschnur für staatliches Handeln aufzugeben und den Staat zu einem nebengeordneten Teilsystem zu degradieren. Sie hat die herkömmliche und vernünftige Vorstellung, dass über dem Tummelplatz der wirtschaftlichen Interessen eine Instanz stehen muss, die das Allgemeinwohl vertritt – der Staat – über Bord geworfen. Sie hat das Hegel'sche Konzept, dass es ein »Allgemeines« geben muss, das, im Unterschied zum »Besonderen«, nicht von Eigennutz, sondern von der Vernunft regiert wird, aus den Köpfen beseitigt.

In der Systemtheorie wurde der Begriff des Allgemeinwohls aus dem Sprachgebrauch entfernt; man nutzte die Tatsache, dass er veraltet klang, und setzte keinen neuen an seine Stelle. Dabei wurde das traditionelle Konzept, in dem die Wahrung des Allgemeinwohls der objektive Staatszweck ist, eher still an die Seite gedrängt, denn offen bekämpft. Vielmehr stellte man es in verfremdeten Begriffshüllen und auf unangemessen hoher Abstraktionsebene – gemeinsam mit jeder Art von zielgerichteter Ausrichtung – in Frage. Das Konzept von einem objektiven Staatszweck wurde in der generellen Überzeugung, dass nichts in der Welt Sinn und Zweck habe, leise ertränkt.

Überhaupt, mit dem Verwerfen des Konzepts des Sinnes zerstörte Luhmann »die alte Erwartung, dass es so etwas wie letzte Gründe der Ordnung menschlichen Zusammenlebens geben müsse – Sinnstiftungen, die man

INDES, Herbst 2011, S. 64–68, © Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen, 2011, ISSN 2191-995X

früher als kosmische Ordnung vorzufinden meinte oder auch als Gesellschaftsvertrag konstruiert hatte.«[1] Oder: »Jene sinnbildenden Prozesse, denen man früher letzte Weltauslegungen zuschrieb, werden heute gar nicht mehr auf der Ebene der Gesamtgesellschaft institutionalisiert. Sie sind an relativ gut profilierte Teilsysteme delegiert und dort im Interesse höherer Leistung funktional spezifiziert worden.«[2] Oder: »Die wichtigsten, die klassischen Reduktionsleistungen, die dem Verhalten in der Gesellschaft Struktur geben, werden heute nicht mehr als Natur der Gesellschaft und damit als ethisches Gebot, sondern als Leistung gesellschaftlicher Teilsysteme institutionalisiert.«[3]

Zu den Raffinessen der Systemtheorie gehörte zudem, dass normative Äußerungen auch stilistisch vermieden und Zustände, die eingefordert wurden, deskriptiv als das bezeichnet wurden, was »heute« bereits der Fall sei. So verbarg sich hinter den scheinbar beschreibenden Formulierungen der erbitterte Kampf gegen den regulierenden Staat, bis hin zu seiner rücksichtslosen Verdrängung durch die ethisch ungebundenen »Teilsysteme«. Sollte der Leser andere Zustände als wünschenswert erachten, musste er sich als ein Stück des alten Eisens fühlen, zu dem auch das traditionelle Staatskonzept geworfen wurde. Auf diese Weise wurden Staat und Wirtschaft in immer neuen Begrifflichkeiten solange miteinander verwurstet, bis ihr prinzipieller Unterschied unerkennbar war.

Schon die Forderung nach einer allgemeinen Deregulierung des Wirtschaftsverkehrs war hinter Luhmanns Beschreibung des Spiels der Teilsysteme kaum zu erkennen – die Forderung, speziell den Geldverkehr zu deregulieren, war noch weniger auszumachen. Nur in einem ganz frühen Luhmann'schen Text finden wir die ungehemmte, bodenlose Kreditvergabe als gefährlichen, kribbelnden – und dennoch erstrebenswerten – Zustand beschrieben, den Luhmann sich nicht scheut, »Transzendenz« zu nennen:

»Dass Banken mehr Geld ausgeben können, als sie einlösen können, dass man Autorität für Äußerungen in Anspruch nimmt, die man nicht voll und ganz beweisen kann – dieses Leben auf Kredit ist Grundlage gesteigerten Erfolges und gesteigerter Gefährdung zugleich. Diese Übersteigerungen funktionieren auch dann, wenn sie durchschaut werden, sofern man darauf vertrauen kann, dass niemand die Konsequenz aus dem Durchschauen zieht, weil jeder weiß, dass sie trotzdem funktionieren. Mit unserer alten substantiellen Tugendmoral der Ehrlichkeit oder des ›Mehr Sein als Scheinen‹ kann man sozialen Kunstbauten dieser Art kaum gerecht werden. Vielleicht kündigt sich in ihnen eine Art von ›Transzendenz‹ an, die wir in der Philosophie der ontologischen Transzendenz vergeblich suchen.«[4]

1 Niklas Luhmann, Moderne Systemtheorien als Form gesamtgesellschaftlicher Analyse, in: Theodor W. Adorno (Hg.), Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft? Verhandlungen des 16. Deutschen Soziologentages in Frankfurt a. M. 1968, Stuttgart 1969, S. 253–266, hier S. 259.

2 Ebd., S. 260.

3 Ebd., S. 261.

4 Niklas Luhmann, Grundrechte als Institution. Ein Beitrag zur politischen Soziologie, Berlin 1965, S. 118.

Komplexität, Kontingenz, Autopoiesis – diese Begriffe verwendete Luhmann zur Begründung der Unmöglichkeit oder Schädlichkeit von vernünftiger Regulierung. Bei ersterem ging es nicht um die Einsicht in die Kompliziertheit der Verhältnisse. Denn diese Einsicht ist trivial und würde dazu motivieren, die Gegebenheiten zu vereinfachen und ihre Komplexität so weit zu reduzieren, dass sie durchschaubar und regulierbar würden. Es ging bei der Betonung der Komplexität der Verhältnisse darum, sie so zu verstehen, dass sie *zu* komplex seien, als dass man sie durchschauen könnte; es ging darum, sie als hyperkomplex anzusehen – und damit als unregulierbar.

Gegenüber sehr hoher Komplexität – und sie wurde überall konstatiert – gelte es, die normativ-ethisch gegründeten Festlegungen aufzugeben und stattdessen auf alles gefasst zu sein, was die Verhältnisse aus sich heraus von selbst produzieren. Auf hohe Komplexität, so drückte sich Luhmann aus, werde »besser durch Lernprozesse als durch kontrafaktisches Festhaltenwollen vorgegebener Erwartungen reagiert.«[5] Er bekämpfte jede Haltung, die bestimmte Vorstellungen davon hat, wie die Verhältnisse sein sollten (zum Beispiel: wirtschaftlich stabil) – jede Haltung, die zu wissen meinte, dass gewisse Zustände besser seien als andere, statt sich lernbereit auf das einzurichten, was gerade kommt.

In seinem scheinbar deskriptiven Stil behauptete er so den bereits erfolgten » ›Führungswechsel‹ zwischen zwei Erwartungstypen«: »daß […] nicht mehr Normen […] die Vorauswahl des zu Erkennenden steuern, sondern daß umgekehrt das Problem lernender Anpassung den strukturellen Primat gewinnt.«[6] In diesem Fahrwasser fanden sich viele Nachfolger. Karl-Heinz Ladeur schrieb eine »Ethik der Komplexität«, die tatsächlich die Verabschiedung der Ethik war.[7] Sie richtete sich gegen »*eine*, an einer einheitlichen Vernunft orientierten Ethik«[8]; Ladeur ersetzte sie durch eine » ›transversale‹, heterogene Vernunft […], die mehr Optionen bereithält, die mit pluralen Rationalitätstypen, Handlungsfeldern, Institutionen operiert, die Blockierungen vermeidet, produktive Relationierungen zwischen und innerhalb von Handlungsnetzen modelliert.«[9] Er pries eine „ ›experimentelle Gesellschaft‹, die mit selbstgeschaffener Komplexität operiert» und „mehr Möglichkeiten entwickelt, um die paradoxe Erwartung des Unerwarteten durch Flexibilität und Anpassungsfähigkeit zu ermöglichen.«[10]

Mit dem Begriff der Kontingenz suggerierte Luhmann, dass alles, was geschehe, auch anders geschehen könne, dass alles dem blinden Zufall und keiner planbaren Kausalität unterworfen sei – und auch deshalb unregulierbar. Er hatte dabei Anschluss an viele Strömungen, die gerade in Mode waren und auf dieselbe Botschaft hinaus liefen. Ein großer Teil der Philosophie hatte

5 Ders., Soziologische Aufklärung 2. Aufsätze zur Theorie der Gesellschaft, Opladen 1975, S. 63.

6 Ebd.

7 Karl-Heinz Ladeur, Ethik der Komplexität und gesellschaftliche Institutionen, in: Ethik und Sozialwissenschaften, Jg. 1 (1990) H. 1, S. 74–76.

8 Ebd., S. 76, Hervorhebung im Original.

9 Ebd.

10 Ebd.

sich in den letzten zwanzig Jahren vor dem Millenium die Aufgabe gestellt, das abendländische, aristotelisch geprägte Denken zu unterminieren, das von regulärer Kausalität und der Planbarkeit der Verhältnisse ausgeht. Immer wieder wurde dabei die Quantenphysik herangezogen: Unter Berufung auf die zufällige, nicht determinierte Bewegung kleinster Teilchen im Molekül wurde dem Denken der Boden für jede vernünftige Zielsetzung unter den Füßen weggezogen. Man begeisterte sich für Chaos – und Spieltheorien, in denen das Planbare keine Grundlage mehr hatte. (Schlichter, aber in dieselbe Richtung gehend, trat Ulrich Beck mit seiner Propagierung der »Risikogesellschaft« auf.)

Um den Begriff der »Autopoiesis« – der »Selbst-Setzung« – wurde viel Wind gemacht. Dabei ist er nur eine Neufassung der alten aristotelischen Abgrenzung des Organisch-Lebendigen vom Artifiziellen. Die Fähigkeit des Organischen, seine Elemente selbst herzustellen, wurde in der neuen Begriffsbildung über das Lebendige hinaus als Eigenschaft der gesellschaftlichen Teilsysteme ausgegeben. Auf diese Weise wurde die hohe Legitimität des Lebendigen, das heilige »O rühret nicht daran!« auf gesellschaftliche Einrichtungen übertragen, die durchaus artifiziell und damit fragwürdig sind. Hätte man statt »autopoietisch« das Wort »organisch« verwendet, hätten viele warnende Glocken geläutet. Denn dieser Begriff ist in den Gesellschaftstheorien schon zu oft missbraucht worden.

Mit dem Begriff der Autopoiesis jedenfalls konnte Luhmann behaupten, dass die Intaktheit der Verhältnisse nicht das Resultat des Handeln bewusster Akteure sei, sondern sich aus dem blinden Selbsterhaltungsstreben der Teilsysteme automatisch ergebe. Viele Begriffe, die mit dem Wörtchen »selbst« anfangen, wurden dazu eingesetzt. Alles, was sich als selbsttätig, selbstreferent und selbstreguliert bezeichnen ließ, kam zu Ansehen. In Luhmanns Fahrwasser wurden unzählige Beschreibungen von Teilsystemen, die sich selbst in den Schwanz bissen, angefertigt. Da Selbstbezug jedoch schnell in seltsame Schleifen führt, wurde die Beschäftigung mit Paradoxien als intelligent angesehen, während alle Versuche, die gesellschaftlichen Verhältnisse durch vernünftige Planung zu verbessern, als unbelehrt und naiv hingestellt wurden.

Allerdings: Es lässt sich nicht von der Hand weisen, dass es in der Gesellschaft tatsächlich Kräfte gibt, die am besten »von alleine« funktionieren, Kräfte, deren bewusstloses Zusammenspiel nicht gestört werden darf. Ihre Selbstregulierung wurde von Adam Smith als Lenkung einer »unsichtbaren Hand« bezeichnet. Diese Kräfte sorgen dafür, dass die materiellen Grundbedürfnisse einer Gesellschaft befriedigt werden, ohne dass dazu eine staatliche

Planung nötig wäre. Dafür sorgt das freie Zusammenspiel der Teilsysteme, deren Selbstsucht erwünscht ist, weil sie durch das Wirken der Konkurrenz ausgeglichen wird.

Die Tradition des klassischen Liberalismus wurde von Luhmann jedoch eher gemieden. Nur so konnte die Tatsache im Nebel bleiben, dass er die erstaunlichen Leistungen der unsichtbaren Hand unzulässiger Weise von der Wirtschaft auf die anderen »Teilsysteme« übertrug und auch den staatlichen Funktionen eine Selbstreguliertheit zuschrieb, von der im klassischen Liberalismus nie die Rede war. Nach Luhmanns Ansicht verträgt nicht nur die Wirtschaft, sondern auch kein anderes Teilsystem die Herrschaft starrer, womöglich auf Stabilität gerichteter Maximen. Auch nicht das Teilsystem Staat.

Komplexität, Kontingenz, Autopoiesis – mit diesen Begriffen haben sich die Intellektuellen in den achtziger Jahren ihre Verbesserungsabsichten nehmen lassen. Als sie ihre fundamentalistischen Umsturzbestrebungen gescheitert sahen, ließen sie sich gern davon überzeugen, dass die Welt zu komplex sei, als dass man sie verstehen könnte, dass die Vorgänge zu kontingent und die Verhältnisse zu sehr auf sich selbst bezogen seien, als dass sie ein Eingreifen vertrügen. »Let the flow flow!« wurde die neue Devise. Die zynische Verachtung aller Weltverbesserungspläne war die Pose, in der sie ihr gestörtes Selbstbewusstsein wieder finden konnten.

Mit seiner prinzipiellen Staatsablehnung rannte Luhmann bei den Linken ohnehin offene Türen ein. Nach sozialistischer Ansicht war diese ungeliebte Institution zum Absterben verurteilt; in einer durch und durch gerechten Gesellschaft sollte der Staat seine Funktion verlieren. Luhmann lehrte, dass sich dieser Gedanke auch auf eine ungerechte Gesellschaft übertragen ließ. Denn diese normative Unterscheidung wurde zum alten Eisen geworfen.

Dr. Sibylle Tönnies, geb. 1944, ist Juristin, Soziologin und Publizistin. Sie arbeitet als Lehrbeauftragte für Soziologie an der Universität Potsdam.

DIE INTELLEKTUELLEN UND DER KRIEG

EINE VERTEIDIGUNG DES LIBERALEN EXPERTEN

Ξ Tim B. Müller

Intellektuelle rufen wieder nach Krieg. Was 1914 keinen überraschte, ist beinahe hundert Jahre später zur unerhörten Begebenheit geworden. Eine doppelte Merkwürdigkeit fällt dabei auf: Intellektuellengeschichtlich ist es erstaunlich genug, dass öffentliche Symbolfiguren aus der nach 1945 zwangspazifizierten intellektuellen Szene des Westens eine militärische Intervention in einem Bürgerkrieg auch dann verlangen, wenn sie weder die lokalen Kräfte noch

die Gesellschaftsstrukturen noch die Konsequenzen einschätzen können. Verblüffender noch ist der publizistisch sorgsam gehegte und gepflegte Glaube, es seien die intellektuellen Wortführer, die Staatenlenker dazu bringen, von militärischen Doktrinen geleitete, von taktischen und strategischen Notwendigkeiten beherrschte, finanziell höchst kostspielige Großorganisationen in Bewegung zu setzen. Dem, der es glauben und verkünden wollte, wurde die intellektuelle Selbstinszenierung zur außenpolitischen Wahrheit.

Dass es auch ganz andere als intellektuellengeschichtliche Erklärungen für den Libyen-Einsatz gab, ist scharfsichtigen politischen Beobachtern schnell aufgefallen – und ebenso, dass auch Intellektuelle andere (und vielleicht vor sich selbst verborgene) Antriebe für ihre Kriegsbegeisterung hegen können als die öffentlich vorgetragenen.[1] Umgekehrt hat so mancher intellektuelle Interventionsfreund in seinem Bemühen, den Vorbildern aus Washington und Paris nachzueifern, noch vor nicht allzu langer Zeit über Vorschläge gespottet, mit »gemäßigten« Taliban in Afghanistan zu verhandeln – als wäre das nicht die älteste und erfolgreichste aller *counterinsurgency*-Strategien: den Gegner zu spalten, und als hätten die amerikanischen Streitkräfte da nicht längst, den Blicken der Interventionisten entzogen, genau diese Strategie eingeleitet. Es gibt gute Gründe für und gegen eine Intervention in Libyen; darum geht es hier nicht. Es geht um das schlichte Faktum, dass Intellektuelle, gemäßigt linke und liberale Mainstream-Intellektuelle, nach Kriegen rufen, auch wenn die Sachlage nicht so eindeutig ist wie in Ruanda oder Srebrenica. Der Krieg ist wieder eine intellektuelle Option geworden.

Der Krieg ist da, er umgibt uns in vielen Teilen der Welt. Doch ob es den klassischen Intellektuellen noch gibt, oder ob er nicht zum Techniker der kulturellen Hegemonie degradiert wurde oder seine Einsätze ein Effekt der massenmedialen Marktmechanismen sind, ist eine andere Frage, auf die unterschiedliche Antworten gegeben werden können.[2] Das Schicksal der amerikanischen Neokonservativen sollte jedoch Skepsis gegenüber intellektueller Euphorie wecken. Was zudem niemand in der Hand hat, selbst wenn man für einen Augenblick allen zynisch anmutenden historischen Realismus ausklammert, das sind die berühmten *facts on the ground*, die Friktionen und unvorhergesehenen Konsequenzen, die jedes militärische Eingreifen mit sich bringt. Von den Ideen zur Tat ist es ein weiter und verschlungener Weg, dessen Enden nicht absehbar sind. Historisch offenkundig ist, dass andere Kalküle zumeist stärker sind: Im Gefecht gebiert die Tat die nächste Tat; die situative Logik setzt den Menschenrechtsidealismus außer Kraft, welche Rolle auch immer er zuvor gespielt hat.

1 Vgl. etwa Nils Minkmar, Der Resolutionsführer, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 20.3.2011, S. 24; ders. u. Jürg Altwegg, Duett zweier Egomanen, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.3.2011, S. 27.

2 Vgl. für die Zeit seit den siebziger Jahren Daniel T. Rodgers, Age of Fracture, Cambridge 2011.

Dass zwischen den bellizistischen Intellektuellen von 1914, die in ihrem Nationalismus und ihrer Kriegsverherrlichung ihre Völker noch weit überboten,[3] und den intellektuellen Vorkämpfern für humanitäre Interventionen heute ein fundamentaler Unterschied besteht, ist unbestritten. Die verfochtenen Werte könnten nicht verschiedenartiger sein; die Muster der Einmischung jedoch nicht unbedingt. Es gab allerdings auch eine lange Phase des 20. Jahrhunderts, in der linke und liberale und selbst etliche konservative Intellektuelle des – mit einem ideenpolitischen Vorlauf seit der Aufklärung – nach dem Zweiten Weltkrieg politisch geformten Westens ihre Pflicht darin sahen, in der Öffentlichkeit die militärische Machtentfaltung ihrer Staaten kritisch zu diskutieren und sie hinter verschlossenen Türen zu bremsen oder zu kanalisieren. Wer etwas über Intellektuelle und den Krieg lernen will, das über das simple Spiel von Kriegsgeschrei einerseits und Pazifismus andererseits hinausgeht, wird in der Jahrhundertmitte fündig – historisch vielleicht ein Ausnahmefall.

Während heute die Zerfaserung der »Verwissenschaftlichung des Sozialen«[4] zu erleben ist, jede Seite ihre Wissensdienstleister bezahlt, auf jeden Experten ein Gegenexperte und auf jedes Wissenschaftskartell ein Schwarm von Bloggern kommt, war die Jahrhundertmitte vom Höhepunkt des Expertenwesens gekennzeichnet. Die Verwissenschaftlichung des politischen Handelns hatte zwei Kernelemente: den Sozial-Liberalismus und den Elitismus; der Sozial-Liberalismus mit seinen Modernisierungs- und Reformvisionen war das normative Zentrum, der Elitismus der Produktions- und Verbreitungsmechanismus des wissenschaftlichen Expertenwissens. Diesen Strukturen entstammen zwei berühmte Zitate zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik. John Maynard Keynes, selbst einer der größten dieser Experten, erklärte: »The ideas of economists and political philosophers, both when they are right and when they are wrong, are more powerful than is commonly understood. Indeed the world is ruled by little else. Practical men, who believe themselves to be quite exempt from any intellectual influence, are usually the slaves of some defunct economist. Madmen in authority, who hear voices in the air, are distilling their frenzy from some academic scribbler of a few years back.«[5] Raymond Aron qualifizierte die Art des für politisch-strategische Probleme im Kalten Krieg gefragten Wissens: »Only a sociologist using the historical method could become Adviser to the Prince.«[6]

Nun sollte man nicht den Fehler machen, die Experten der Jahrhundertmitte zu verklären. Doch die Frage bleibt, warum so viel intellektuelle Energie, kritische Energie, in Strukturen des Expertenwissens geflossen ist – und dies zugleich eine Epoche erstaunlicher intellektueller Friedfertigkeit war.

3 Vgl. Kurt Flasch, Die geistige Mobilmachung. Die deutschen Intellektuellen und der Erste Weltkrieg. Ein Versuch, Berlin 2000; Jeffrey Verhey, Der »Geist von 1914« und die Erfindung der Volksgemeinschaft, Hamburg 2000.

4 Lutz Raphael, Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptionelle Herausforderung für eine Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, in: Geschichte und Gesellschaft, Jg. 22 (1996) H. 2, S. 165–193.

5 John Maynard Keynes, The General Theory of Employment, Interest and Money, London 1936, S. 383.

6 Raymond Aron, Conflict and War from the Viewpoint of Historical Sociology, in: International Sociological Association (Hg.), The Nature of Conflict. Studies on the Sociological Aspects of International Tensions, Paris 1957, S. 177–203, hier S. 203.

Zwar stimmt diese Behauptung nur sehr bedingt. Es gab Scharen von Wissenschaftlern, die ihr Wissen als Experten explizit militärischen Apparaten zur Verfügung stellten, und dabei ist auch vieles produziert worden, was zur Verschärfung des Kalten Krieges beitragen konnte.[7] Allerdings heißt die Nähe zu militärischen Apparaten noch lange nicht Bellizismus. Im Gegenteil, waren es doch insbesondere die öffentlichen Intellektuellen wie Arthur Koestler, die Atombombenabwürfe forderten,[8] während die Gegnerforscher und Sowjetexperten in den Gremien für Koexistenz und Entspannung warben. Das ist ein intellektuelles Faszinosum dieser Epoche: Nicht öffentliche Einmischung, sondern Experteneinsatz führte zu Einfluss. Wissen und Sachkenntnis zählten mehr als das Spiel mit den Medien. Dabei werden allerdings unsere vertrauten Deutungsmuster auf den Kopf gestellt. Der politische Auftrag erzeugte differenziertes Wissen, denn der strategische Zwang, den Gegner und seine Schwachstellen genau zu erkunden, führte zu komplexen Analysen. Das Expertenwissen der Sowjetforscher zeigte mehrheitlich, dass der Feind im Osten der eigenen Existenzform gar nicht so unähnlich war. Wissen legte politische Zurückhaltung nahe, suchte die Annäherung und den Ausgleich.[9]

Das ist auch eine erste, aber nicht hinreichende Antwort auf die Frage, wie es dazu kam, dass diese Strukturen intellektuelles Potential derart stark anzogen, warum so viele aus akademischen und intellektuellen Zusammenhängen bekannte liberale und linke Denker, von Talcott Parsons bis Herbert Marcuse, in sie eingebunden waren. Die zynische Antwort würde allein auf Forschungsgelder und Karrierechancen verweisen. Doch die Natur des in den Apparaten produzierten Wissens, seine Entspannungstendenz, lässt ihre politisch offene Struktur, ihre liberale Fundierung erkennen. Das galt in etwa bis zur Zeit des Vietnamkrieges, als ausgerechnet eine sozial-liberale Regierung in ihrem antikommunistisch verblendeten Versuch, mit einem Krieg den Wohlfahrtsstaat zu retten, das Wissen ihrer außenpolitischen Experten systematisch ignorierte. Danach fand sich kaum noch ein linker Intellektueller in Regierungsapparaten. Zuvor jedoch gab es eine heute weitgehend vergessene Konvergenz von intellektuellem und Experteneinsatz, ideenpolitisch getragen von liberalen Modernisierungskonzepten. Und während einige Modernisierungstheoretiker schließlich nach militärischen Interventionen zu progressiven Zwecken riefen, verfocht die Mehrheit von ihnen friedsam-vorsichtig politisch pluralisierende und ökonomisch egalisierende sozial-liberale Reformen und hielt die Vision einer postkapitalistischen Gesellschaft am Leben.[10]

Auf dieser Grundlage wurde intellektueller Einsatz in Regierungsapparaten denkbar, was wiederum zur Produktion von Expertenwissen führte, das seine Kategorien an der Wirklichkeit schärfte und das nach innen Liberalisie-

7 Vgl. Bruce Kuklick, Blind Oracles. Intellectuals and War from Kennan to Kissinger, Princeton 2007; Ron Robin, The Making of the Cold War Enemy. Culture and Politics in the Military-Intellectual Complex, Princeton 2001.

8 Vgl. Michael Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen, München 1998, S. 205 f.

9 Vgl. David C. Engerman, Know Your Enemy. The Rise and Fall of America's Soviet Experts, Oxford 2009; auch Tim B. Müller, Krieger und Gelehrte. Herbert Marcuse und die Denksysteme im Kalten Krieg, Hamburg 2010.

10 Vgl. Howard Brick, Transcending Capitalism. Visions of a New Society in Modern American Thought, Ithaca 2006; Nils Gilman, Mandarins of the Future. Modernization Theory in Cold War America, Baltimore 2003; David Milne, America's Rasputin. Walt Rostow and the Vietnam War, New York 2008; Michael Bernstein, A Perilous Progress. Economists and Public Purpose in Twentieth-Century America, Princeton 2001, S. 148–156.

rung und nach außen Entspannung vorantrieb. Auf eine ähnliche Spur führt die intellektuelle Selbstreflexion eines amerikanischen Gegnerforschers und deutsch-jüdischen Emigranten, eines Universitätsgelehrten und Experten für strategische Feindanalysen. Franz Neumann wies auf die historische Bedingtheit einer intellektuell pazifizierenden Erfahrung hin. Ihm zufolge machte die Entdeckung des Sozial-Liberalismus in Gestalt des amerikanischen »New Deal« mit seiner Nutzung der Sozialwissenschaften diese Entwicklung überhaupt erst möglich, während der Krieg sie fortsetzte und die amerikanische Hegemonie nach dem Zweiten Weltkrieg für ihre Weiterführung in Westeuropa sorgte. Mit der politischen Ordnung wandelten sich die Bedingungen intellektueller Aktivität. Zum Inbegriff des Intellektuellen erklärte Neumann nun den sozialwissenschaftlichen »politischen Gelehrten«. Seine Rolle war nicht mehr die Kritik von außen. In der amerikanischen Gesellschaft der dreißiger und vierziger Jahre wurde die Rolle des internen Kritikers für den Intellektuellen plausibel: Zum einen konnten im Zeitalter der Sozialwissenschaften in Amerika kritische Wissenschaft und Gesellschaftskritik unter den Bedingungen der Jahrhundertmitte gar nicht getrennt gedacht werden. Es waren die »Möglichkeiten der Sozialwissenschaften, die Welt zu verändern«, die den Experten zum Intellektuellen machten. Zum anderen rekrutierte das sozialliberale Amerika des gigantischen »Roosevelt-Experiments«, eine soziale und militant-antitotalitäre Demokratie, Sozialwissenschaftler als Experten, die dort den Versuch wagen konnten, ihre Gesellschaftskritik in Gesellschaftsreform umzusetzen. »Nur hier, in den Vereinigten Staaten, ist Max Weber lebendig geworden«, womit Neumann die politische »Verantwortung des Wissenschaftlers« für die »Reformierung von Politik und Gesellschaft« meinte. In anderen Worten: Wer sich in den dreißiger, vierziger und fünfziger Jahre dem Einsatz als gesellschaftsreformerischer Experte (und damit interner Kritiker) verweigerte, versagte vor seiner Verantwortung als kritischer Intellektueller.[11]

Und der Elitismus dieses Sozial-Liberalismus? Der autoritäre Habitus der Experten, der so oft betont wird?[12] Die Intellektuellengeschichte des 20. Jahrhunderts ist voller Ambivalenzen. Natürlich lenkten staatliche und staatsnahe Eliten die Modernisierungsprozesse, so eingeschränkt sie dazu in der Lage waren; doch ihren kulturell wie politisch pluralistischen normativen Horizont sollte man nicht völlig außer Acht lassen. Zugespitzt formuliert: Welche Epoche könnte wohl eher als Zeitalter der sozial-liberalen gesellschaftlichen Reform gelten als der Kalte Krieg (mit strukturellen Kontinuitäten zur Zwischenkriegszeit im Amerika des »New Deal«, in Neuseeland oder in Schweden)? Systemdenken und integrative Sozialwissenschaften, die Suche nach Ordnung und Universaltheorien, die überragende Bedeutung sozialer Integration, die Betonung von

11 Franz Neumann, Intellektuelle Emigration und Sozialwissenschaft, in: ders., Wirtschaft, Staat, Demokratie. Aufsätze 1930–1954, hg. v. Alfons Söllner, Frankfurt a. M. 1978, S. 402–423; zur Rolle des internen Kritikers und zur Unterscheidung von »external« und »connected critic« vgl. Michael Walzer, Interpretation and Social Criticism, Cambridge 1987; ders., The Company of Critics. Social Criticism and Political Commitment in the Twentieth Century, New York 1988.

12 Vgl. James C. Scott, Seeing Like a State. How Certain Schemes to Improve the Human Condition Have Failed, New Haven 1998; Thomas Etzemüller (Hg.), Die Ordnung der Moderne. Social Engineering im 20. Jahrhundert, Bielefeld 2009.

bürokratischen Strukturen und Prozessen für die moderne Gesellschaft, die zunehmende, im »New Deal« und Zweiten Weltkrieg bereits ausgebildete Nähe von Staat und Wissenschaft, Technokratie und »Expertenherrschaft« gehörten zu den Grundzügen dieses Zeitabschnitts. Untrennbar mit diesen Merkmalen verbunden waren allerdings »korporatistische« soziale Kompromisse, die »keynesianische« Steuerung der Wirtschaft, der Ausbau des Sozialstaats, der Abbau von Klassen- und Rassenschranken und andere Reformen, die in der Überzeugung verwurzelt waren, die gegenwärtige Gesellschaft enthalte bereits die Möglichkeit einer besseren Gesellschaft, die nicht mehr dem Diktat der kapitalistischen Konkurrenz und des ökonomischen Individualismus unterworfen sei und die ohne gewaltsame Umwälzungen – sondern durch kluge, auf Wissen und Vernunft gestützte Reform – herbeigeführt werden könne. Unter der amerikanischen Hegemonie wurden nach 1945 nicht die radikalsten Varianten fortgeführt, doch auch dann prägten noch der Sozial-Liberalismus und die sozialreformerische Tradition des »New Deal« sowie ihre lokalen Äquivalente – mit ihrer Balance von Markt und Wohlfahrtsstaat, von parlamentarischer Demokratie und Parteienstaat, von Individualismus und Gemeinwohl – die politische Kultur der USA und ihrer westlichen Verbündeten.[13] Man wird also Staatszentrierung sowie Fortschritts-, Wohlstands-, Planungs- und Ordnungswillen beobachten, aber nicht jede historische Erzählung der Jahrhundertmitte dystopisch in autoritärem »Social Engineering«, gewaltsamer Standardisierung und Bellifizierung des Wissens enden lassen können.

Für historische Lektionen sind Historiker nicht zu haben. Zudem stößt mittlerweile auf breiten Konsens, dass wir es seit etwa den siebziger Jahren mit einer neuen historischen Grundkonstellation zu tun haben. Aber dass intellektuelle Einmischung, wenn sie nicht auf öffentliche Pose setzte, sondern sich auf fundiertes Wissen stützte und mit kritischer Selbstreflexion der eigenen Rolle die realistische Perspektive des Expertentums einnahm, zur Verminderung von Blutvergießen (und Verhinderung von Atomkriegen) und zugleich zu einer immer weitergehenden gesellschaftlichen Liberalisierung beigetragen hat – die schließlich auch ihr eigenes modernisierungstheoretisches Fundament aufgelöst hat –, zumindest das steht außer Frage. Und nicht zuletzt sind es diese kriegsscheuen intellektuellen Experten und sachkundigen Intellektuellen, bei denen sich Reformpotentiale wiederentdecken lassen, die über die intellektuellen Grenzen der gegenwärtigen Debatten hinausgehen, ohne die liberale Ordnung zu verlassen. Schaut man sich das Verhältnis von Intellektuellen zum Krieg in der Mitte des 20. Jahrhunderts an, lässt sich vielleicht doch etwas von gesellschaftlicher Relevanz lernen, was noch über die Frage von Krieg und Frieden hinausreicht.

13 Vgl. Brick, Transcending Capitalism; Charles S. Maier, Recasting Bourgeois Europe. Stabilization in France, Germany, and Italy in the Decade after World War I, Princeton 1988; Anselm Doering-Manteuffel u. Lutz Raphael, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2010; Ulrich Herbert, Europe in High Modernity. Reflections on a Theory of the 20th Century, in: Journal of Modern European History, Jg. 5 (2007) H. 1, S. 5–20, hier S. 18.

Dr. Tim B. Müller, geb. 1978, ist Historiker und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hamburger Institut für Sozialforschung. 2010 erschien »Krieger und Gelehrte. Herbert Marcuse und die Denksysteme im Kalten Krieg« (Hamburger Edition).

DIE LETZTE FESTUNG DER MODERNE

ZUR GESELLSCHAFTLICHEN ROLLE DES ÖKONOMEN

Ξ Torben Lütjen

»Funeral by Funeral, Economics does make progress«[1]

Wenn die Bedeutung einer Wissenschaft nach der Genauigkeit und Treffsicherheit ihrer Voraussagen beurteilt werden würde, dann dürfte die Volkswirtschaftslehre keine große Rolle spielen, weder hier noch in irgendeinem anderen Land. Doch so ist es natürlich nicht. In den Jahren nach dem Ausbruch der Finanzkrise hat man zwar immer und immer wieder und mit einiger Schadenfreude die unzähligen Fehlprognosen zitiert, die auch und gerade den vielen internationalen Koryphäen unter den Wirtschaftswissenschaftlern unterlaufen sind: dass fast niemand von ihnen den Zusammenbruch hat kommen sehen; dass nur wenige überhaupt die globale Ansteckungsgefahr durch die amerikanische Immobilienkrise richtig eingeschätzt haben; dass schließlich die Anhänger einer reinen Lehre unter den Ökonomen der amerikanischen Regierung empfahlen, die Bank Lehman Brothers einfach pleitegehen zu lassen – was dann schließlich eine Schockwelle durch die Märkte schickte, die bis heute nicht gebrochen ist.[2]

Und doch sind die Ökonomen weiterhin eine wichtige Stimme im öffentlichen Diskurs geblieben. Man kann ihnen nicht einmal vorwerfen, sie würden sich ungefragt ins Rampenlicht drängeln. Als sei nichts geschehen, werden sie nach wie vor um ihre Prognosen gebeten, erbittet man ihren Rat zur Lösung schwieriger Probleme und bietet ihnen reichlich publizistischen Freiraum, um den Bürgern die Krise zu erklären oder auch untereinander zu streiten. So besichtigen wir eine Wissensdisziplin, die sich von der Frage nach der praktischen Relevanz ihres »Wissens« in beneidenswerter Weise unabhängig gemacht hat. Obgleich der Irrtum institutionalisiert erscheint, firmieren die wirtschaftswissenschaftlichen Ratgeber der Bundesregierung weiterhin als die »Fünf Weisen« – das ist schon eine erstaunliche Leistung.

Kurz gesagt: Vom angeblichen Bedeutungsverlust der professionellen Gesellschaftsinterpreten und Produzenten von Sinnzusammenhängen – den Intellektuellen also – kann bei den Ökonomen nicht wirklich die Rede sein. Allein: Sind Ökonomen überhaupt Intellektuelle?

1 Vgl. Paul A. Samuelson, Credo of a Lucky Textbook Author, in: Journal of Economic Perspectives, H. 2/1997, hier S. 159.

2 Vgl. exemplarisch für viele andere Kritiken das Schwerpunktheft des *Economist* über den Zustand der Disziplin vom 16. Juli 2009.

Das klingt ketzerischer, als es gemeint ist. Von Karl Marx über Joseph A. Schumpeter und John Maynard Keynes zu Milton Friedmann und Friedrich August von Hayek: Seit dem 19. und verstärkt dann im 20. Jahrhundert gehörten die Ökonomen gewiss zu jenen, die in besonderer Weise das Zeitalter der Ideologien mit ihren Ideen beeinflusst haben und deren Theorien buchstäblich Weltgeschichte geschrieben haben. Wie wäre die Geschichte der Arbeiterbewegung wohl ohne Marx' Kapitalismusanalyse verlaufen? Hätte es ohne Keynes' Vorarbeiten zu seiner »General Theory« den »New Deal« gegeben? Wären die neoliberalen Reformer Margaret Thatcher und Ronald Reagan ohne das intellektuelle Fundament von Friedman und Hayek ans Ziel gekommen?

Und doch bleibt da ein intuitives Zögern, und das hängt wahrscheinlich damit zusammen, dass man sich den Typus des modernen Ökonomen habituell nicht so richtig in den rauchgeschwängerten Kaffeehäusern Londons im 18. Jahrhundert vorstellen kann und so recht auch nicht im französischen Rokoko-Salon, jenen Orten also, die man gemeinhin für die Keimzelle intellektuellen Lebens der europäischen Moderne hält.[3] Der Intellektuelle hat schließlich ein wenig die Aura der Subversion, auch der Radikalität, wenngleich manche von ihnen der Macht später dann sehr nahe gekommen sind. Der Ökonom aber ist in unserem heutigen Verständnis eher etwas anderes: Er ist Experte. Anders als der Intellektuelle muss der Experte nicht von außerhalb des Establishments intervenieren; das Establishment ruft ihn und betraut ihn mit einer bestimmten Aufgabe. Der Experte fühlt sich weniger für das »große Ganze« zuständig. Er ist vielmehr Spezialist, verfügt über Kenntnisse, die er sich durch eine besondere Ausbildung angeeignet hat.

Es ist aber genau dieses Pendeln zwischen Experten- und Intellektuellentum, das dafür gesorgt hat, dass den Ökonomen die »Krise der Intellektuellen« wenig betroffen hat. Im Gegenteil: Es ist wohl erst die Krise anderer Sinnvermittler und Ideenproduzenten, die seinen Aufstieg ermöglicht hat. Der Ökonom hat nämlich eine der folgenreichsten Wendungen in der Intellektuellengeschichte niemals mitgemacht: Er ist und war nie postmodern. Als viele Intellektuelle selbst zu dem Entschluss kamen, es gäbe ohnehin keine privilegierte gesellschaftliche Beobachterposition mehr, alles hinge vom jeweiligen Ort der Betrachtung ab, determiniert von den jeweiligen sozialen, kulturellen und historischen Prägungen und Perspektiven, da begann ihr Rückzug als gesellschaftliche, politische und moralische Normensetzer. Und da der Geist der Postmoderne mit seiner Methode des spielerischen Changierens zwischen verschiedenen Teilperspektiven, die alle für sich ihre eigene diskursive Gültigkeit besitzen, fast sämtliche Sozial- und Geisteswissenschaften gründlich

3 Vgl. Lewis Coser. Men of Ideas. A Sociologist's View, New York 1969.

umkrempelte, schrumpfte das Reservoir an deutungsfreudigen, markant argumentierenden Intellektuellen.

Dass die Ökonomen diesen Weg in die Postmoderne nicht mitgegangen sind, hat gewiss viele Gründe. Vor allem aber hat die Disziplin früh eine andere Entwicklung genommen als die übrigen Sozial- und Geisteswissenschaften. Zunächst einmal entstand die Ökonomik relativ spät. Natürlich hat auch sie ihre Vorläufer. Doch als eine Wissenschaft, der es um die Effizienz des richtigen Wirtschaftens geht, um die Frage, wie Wohlstand entsteht, begann die Ökonomik wohl tatsächlich erst im Zeitalter der Aufklärung mit ihrem Glauben daran, dass die Funktionsweise menschlicher Gesellschaften ebenso studiert und verstanden werden kann wie die Naturgesetze.[4] Als Adam Smith 1776 in »The Wealth of Nations« die Verfolgung des eigenen Interesses als wohlstandsschaffendes Prinzip entdeckte, da begann sich – vom Autor gewiss nicht beabsichtigt – die Sphäre der Ökonomie von überkommenen moralischen Vorstellungen zu lösen und als eigenes Fach mit eigenen Regeln zu konstituieren. Das erlaubte es, Modelle zu konstruieren, die menschliches Verhalten ganz ohne Aussage über ihre normative Richtigkeit erklären, berechnen oder voraussagen sollten. Funktionieren konnte so etwas jedoch nur, wenn man einige zentrale Annahmen festlegte: Der Mensch war ein rationaler Nutzenmaximierer; im freien Austausch mit anderen handelte er im Großen und Ganzen stets rational; und deswegen war auch der Markt selbst insgesamt eine rationale Veranstaltung.

Doch auch lange nach Adam Smith blieb die Ökonomik vorerst noch eine Sozial- und Geisteswissenschaft unter anderen, die mit ihren Nachbardisziplinen in einem engen Austausch stand. Etwas anderes musste noch hinzukommen, um sie in jene deutungsmächtige Rolle schlüpfen zu lassen, die sie letztlich bis heute innehat – und das war die Mathematisierung der Wissenschaft, die erst im 20. Jahrhundert einsetzte, sich nach 1945 jedoch rasant beschleunigte. Als die Ökonomen begannen, ihre Erkenntnisse in komplizierte mathematische Formeln zu verpacken und dann auch noch die neuen Methoden der statistischen Datensammlung für sich entdeckten, da veränderte sich etwas im Kern dieser Wissensdisziplin. Im Selbstverständnis vieler Ökonomen entwickelte man sich ab dieser Zeit in Richtung der »harten« Wissenschaften: der Naturwissenschaften oder der Mechanik, deren Sprache ja schließlich ebenfalls die Mathematik war. Das trennte die Ökonomik fortan nicht nur von den Geisteswissenschaften, deren Kind sie doch ursprünglich gewesen war, sondern führte auch zu massiven Verständnisproblemen seitens der Politik, der doch eigentlich die Aufgabe zufiel, diese Erkenntnisse zu verarbeiten. Das war der Grund dafür, dass die Ökonomik – vor allem nach

4 Eine schöne Einführung für Nicht-Ökonomen leistet auch weiterhin der »Klassiker« von Robert L. Heilbronner, The Worldly Philosophers. The Lives, Times and Ideas of the Great Economic Thinkers, New York 1999.

1945 – zur dominierenden Beratungswissenschaft aufstieg, dass es bald in allen westlichen Demokratien Sachverständigenräte gab und Ökonomen in großer Zahl in staatlichen Bürokratien ihr Auskommen finden konnten.[5] Denn welcher Nicht-Spezialist und Nicht-Experte sollte sich auf die Fachsprache der Ökonomen noch einen Reim machen?

Verständlich also, dass die Ökonomen angesichts solch glänzender Perspektiven den postmodernen Relativitäts-Limbo nicht mittanzen mochten. Ganz im Gegenteil: Als man anderswo begann, den Universalperspektiven der Vergangenheit abzuschwören, fingen die Ökonomen mit ihrer ganz eigenen Vermessung der Welt erst richtig an. Statt des flotten und jederzeitigen Perspektivwechsels betrachteten sie die Welt dabei stets von derselben Warte aus und immer durch die gleiche Brille. Ihnen war der archimedische Punkt nie verloren gegangen: Die ganze Welt funktionierte wie ein gigantischer Markt, in dem rationale Individuen tagtäglich bei ihren Entscheidungen den Nutzen einer Sache gegen deren Kosten kalkulierten. Das klingt simpel – aber die Wirkungen waren gewaltig. Und am deutlichsten wird das vielleicht, wenn man einmal nicht die Arbeiten auf dem Gebiet der Konjunkturforschung betrachtet, sondern stattdessen jene Spielarten der Disziplin analysiert, die ganz andere gesellschaftliche Bereiche ins Blickfeld nehmen. Der Chicagoer Ökonom Gary Becker war einer der Ersten, welche die Gesetze und Modelle der Wirtschaftswissenschaften auf fast jeden sozialen Tatbestand angewandt haben: Suizid, Heiratsverhalten, Drogenkonsum und so weiter und so fort – Becker hat buchstäblich vor nichts halt gemacht und seit den 1960er Jahren so ziemlich jeden gesellschaftlich relevanten Tatbestand rigoros durchanalysiert[6]; 1991 wurde er dafür mit dem Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften ausgezeichnet. Bekommen haben muss er ihn für die Eleganz seiner Modelle, kaum für die empirische Relevanz seiner Arbeiten. Neben vielem anderen befürwortete der Republikaner Becker auch die Todesstrafe, da sie nach seinen Modellen eine eindeutig abschreckende Wirkung auf zukünftige Straftäter zeigen sollte. Dass man diese Theorie im Hinblick auf die Mordrate in den USA zumindest fragwürdig finden kann, hat ihn dabei nicht besonders irritiert. Und trotz alledem kann kein Zweifel an dem Einfluss bestehen, den Beckers Theorien und die seiner Nachfolger auf manche Nachbarwissenschaften ausübten: Seit dem Siegeszug der Wirtschaftswissenschaften dominieren etwa auch in der Politikwissenschaft die traurigen, ganz und gar menschenleeren Reduktionsmodelle der Ökonomen. Als »imperialistische Wissenschaft« hat daher der britische Philosoph John Dupré die Wirtschaftswissenschaften bezeichnet, weil ihr Rationalitätsdogma nicht nur in andere Wissensbereiche diffundiere, sondern generell den Anspruch erhebe, konkurrierenden Me-

5 Vgl. für Deutschland Tim Schanetzky, Die große Ernüchterung. Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966 bis 1982, Berlin 2007.

6 Vgl. Gary Becker, The Economic Approach to Human Behavior, Chicago 1978.

thoden und Theorien überlegen und dabei auch noch universell einsetzbar zu sein, ohne Rücksicht auf kulturelle oder historische Kontexte. Eben: eine der letzten Universaltheorien unserer Zeit.[7]

Nun mag man gegen all dies einwenden, dass die Volkswirtschaftslehre keinesfalls eine so monolithische Wissenschaft ist, wie hier dargestellt. Natürlich gibt es Ökonomen, die schon vor längerer Zeit das Dogma vom rationalen *homo oeconomicus* in Frage gestellt haben – und ebenso die Annahme, auf einem offenen Markt herrsche stets perfekte Information und Transparenz. Und schon eine oberflächliche Lektüre der Tagespresse reicht aus, um zu wissen, dass seit Ausbruch der Finanzkrise die Friktionen zwischen den verschiedenen Lehrmeinungen innerhalb des Faches außerordentlich zugenommen haben, besonders in den USA. Doch interessant dabei ist, dass nur wenige Ökonomen deswegen die Wirksamkeit ökonomischer Makro-Modelle insgesamt in Frage stellen und fordern, man sollte sich – wie es einmal die »historische Schule« in Deutschland getan hatte – auf die Analyse überschaubarer Einzelereignisse konzentrieren und stärker die jeweiligen kulturellen, politischen und historischen Kontexte mit einbeziehen. Stattdessen dreht man weiter am ganz großen Rad, wird noch immer an die große Katharsis geglaubt, an den Erkenntnisfortschritt der eigenen Disziplin, durch den die Fehler im System ausgemerzt werden, um dann beim nächsten Mal zuverlässiger zu sein. Erhalten geblieben ist den Ökonomen also ein ziemlich linearer Fortschrittsglaube, der davon ausgeht, dass die Wissenschaft am Ende aller Irrwege doch einmal zu den letzten Wahrheiten vorstoßen werde. Eben das ist der Sinn des Zitats von Robert Samuelson zu Beginn dieses Textes: »Funeral by Funeral, Economics does make progress« – selbst da, wo es zu Rückschlägen kommt, schreiten die Ökonomen auf ihrem Weg zur großen Erkenntnis weiter voran.

Und so haben sie bisher noch jeden Fehlschlag weggesteckt. Wer die Entwicklung der jeweils herrschenden Lehrmeinungen in der Ökonomik in den letzten hundert Jahren betrachtet, der wird zwar feststellen können, dass die Wirtschaftswissenschaften in der Tat immer wieder mit Theorieadaptionen auf das Scheitern einer bestimmten, dominierenden Wirtschaftspolitik reagiert haben. Interessanter dabei ist aber, mit welcher Vehemenz dann oft das gesamte Fach die Richtung wechselte, so dass es zur Herausbildung neuer »Orthodoxien« kam. Als 1929 die große Weltwirtschaftskrise begann, schwörten die Ökonomen noch fast überall auf den Wirtschaftsliberalismus und glaubten nicht im Traum daran, dass Märkte dauerhaft aus dem Gleichgewicht geraten könnten. Da sich diese Annahme im Verlauf der Depression als Trugschluss erwies, gewannen bisherige Minderheitenpositionen für eine aktive Konjunkturpolitik an Zulauf und der Wind drehte sich rasch.

7 Vgl. John Dupré, Human Nature and the Limits of Science, Oxford 2003.

In den 1950 und 1960er Jahren dominierten dann keynesianische Ansätze. Die Keynesianer wiederum reagierten paralysiert auf die in den 1970er Jahren auftauchende sogenannte »Stagflation«, also die Kombination aus wirtschaftlicher Stagnation bei gleichzeitiger Geldentwertung – was nach ihren Modellen gar nicht hätte passieren dürfen. Nach einigen Jahren der Grabenkämpfe folgte schließlich die Wende zum »Monetarismus«, für den die Chicagoer Schule um Milton Friedman stand. Etwa zu Beginn der 1980er Jahre hatte sich diese Lehre schließlich ebenso unangefochten als Paradigma durchgesetzt wie zuvor der Keynesianismus.

Aber es ist eben genau diese Tendenz zur Herausbildung eindeutiger Orthodoxien, welche die Wirtschaftswissenschaften von Zeit zu Zeit zu einer so deutungsmächtigen Instanz gemacht hat und die auch die unterschiedlichen Erfolgsbedingungen zwischen dem »Intellektuellen« und dem »Experten« in besonderer Weise verdeutlicht. Denn während der Intellektuelle den Streit mit anderen Intellektuellen braucht, um öffentliche Aufmerksamkeit zu erlangen, verhält es sich beim Experten ein wenig anders: Wissenschaftliche Expertise wirkt nur dann als eindeutige Autorität, wenn sie relativ einstimmig vorgebracht wird. Genau diesen Eindruck haben die Ökonomen zu verschiedenen Zeiten erwecken können, beispielsweise in den 1960er Jahren, als der Konsens innerhalb des Faches, mit den neuen Methoden keynesianischer Konjunktursteuerung sei man am »Ende aller Krisen« angelangt, seine Wirkung auf die Risikobereitschaft der Politik und auf das Anspruchsdenken der Bürger nicht verfehlte.[8] Und als sich in den 1990er Jahren fast überall in Europa sozialdemokratische Parteien sehr einseitig auf die Seite der Angebotspolitik schlugen, da war dies eben auch zum Teil der Kapitulation vor dem Trommelfeuer einer fast schon uniformen »Expertenmeinung« geschuldet, die anmahnte, anders seien die Probleme nicht mehr in den Griff zu bekommen, die »Vernunft« müsse sich endlich durchsetzen und die neoliberale Rosskur sei daher ohne jede Alternative.

Kurz gesagt: Wo die Politik selbst sich über die Maßstäbe ihres Handelns nicht mehr recht im Klaren und auf der Suche nach Orientierungspunkten ist, da scheinen die Bedingungen für den Typus des vermeintlich unpolitischen Experten, der eine technische Lösung der Dinge anbietet, besonders günstig zu sein. Das lässt vermuten, dass die Ökonomen auch in Zukunft eine wichtige Stimme bleiben werden.

8 Vgl. Torben Lütjen, Karl Schiller. Superminister Willy Brandts, Bonn 2007.

Dr. Torben Lütjen, geb. 1974, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung in Düsseldorf.

INSPEKTION

ABGESANG AUF DIE KAFFEEHAUS-KULTUR

ZUR INTELLEKTUELLEN KARTOGRAPHIE WIENS.

Ξ Robert Misik

Der Kaffeehausintellektuelle kommt in Wien nicht mehr vor, und wenn doch, dann nurmehr als Insultierung. Der Begriff selbst ist heute vollends in der Hand von Dummköpfen, für die er ein wohlfeiles Instrument ist, ihre antiintellektuellen Ressentiments aufzuhübschen. Für diese ist schnell jeder, der zwei, drei zusammenhängende Gedanken zu fassen in der Lage ist, ein Kaffeehausintellektueller, was in diesem Fall ja nicht nur einen gescheiten Menschen meint, der im Kaffeehaus sitzt, sondern einen, der sich irgendwelche realitätsfernen Gedanken macht, aber nie zu irgendeiner Praxis kommt, weil er ja so gemütlich im Kaffeehaus sitzt, wo er elegant einen Aphorismus an den anderen reiht, wo er möglicherweise auch messerscharfe Kritik an den bestehenden Verhältnissen übt, und dann wieder versäumt, die kritikwürdigen Verhältnisse zu verändern, denn – siehe da! – schon wieder ist es spät geworden, die Sperrstunde ist da und etwaige Vorsätze müssen auf morgen verschoben werden.

Dieses Ressentiment gegen den Intellektuellen als bloß schwadronierenden Kaffeehausintellektuellen ist wohl so alt wie der Begriff selbst, wie schon die berühmte Anekdote aus den späten Tagen des Ersten Weltkrieges beweist, als der K. u. K. Ministerpräsident Heinrich Graf Clam-Martinic, auf die Möglichkeiten einer Revolution in Russland angesprochen, entgegnete: »Revolution in Russland? Wer soll die denn machen? Vielleicht der Herr Bronstein aus dem Café Central?« Wie wir wissen, blieb das Café Central in der Herrengasse nicht die letzte Karrierestation des Herrn Bronstein, der sich längst den *Nom de Guerre* Trotzki zugelegt hatte.

Heute spukt das Klischee nurmehr im Kopf von Touristen herum, die sich mit ihren literarischen Reiseführern auf den Weg durch die Kaffeehäuser machen – oder im Kopf von Berlinern, Brüsselern oder New Yorkern, die es gerade bis zu diesem simpelsten aller Stereotypen bringen, wenn sie die Catch-Phrase »Wien« hören. Nachdem ich vor einigen Monaten einmal in einem Kommentar eine leise politische Kritik an der Linkspartei-Vorsitzenden Gesine Lötzsch äußerte, schrieb sie eine Antwort in der *taz*, die folgendermaßen begann: »Als ich den Artikel von Robert Misik las, stellte ich mir vor, dass er

INDES, Herbst 2011, S. 82–86, © Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen, 2011, ISSN 2191-995X

in einem netten Wiener Kaffeehaus saß und seinen Kommentar ›Verlorenes Paradies‹ über die Kommunismus-Debatte in Deutschland schrieb.«

Ich muss zugeben, dass ich Artikel, die so beginnen, gar nicht mehr weiter lese. Denn, was immer sich Vorsitzende deutscher Linksparteien auch vorstellen mögen, es ist natürlich auch in Wien so, dass Intellektuelle heutzutage daheim am Schreibtisch oder an der Universität in ihrem Büro oder in der Redaktion an ihrem Computer sitzen, im Theater in ihrem Dramaturgenstuhl, in ihren Start-Ups, die irgendetwas mit Internet machen oder im Taxi hinter dem Lenkrad. Und zweitens gehen sie natürlich gelegentlich mittags auf einen Snack oder frühabends auf einen Kaffee in Kaffeehäuser (von denen manche noch so ähnlich aussehen wie die vor hundert Jahren) oder in Cafés (die auch nicht anders aussehen als das, was man in Berlin »Kneipe« nennt), sie lesen da Zeitung oder treffen zufällig einen Bekannten, mit dem sie dann ein Gespräch beginnen. Kurzum, sie tun nichts anderes als ihre Standesgenossen anderswo auch.

Eine Inspektion der intellektuellen Szenerie Wiens und Österreichs im Allgemeinen muss zunächst also zwei Feststellungen treffen. Erstens: Nichts verstellt den Blick so sehr wie das Klischee vom Habitus des gemütlichen Schwadronierens im Kaffeehaus. Zweitens: Statt auf die Besonderheit zu starren, auf die man früher allen Ton gelegt hat – wenn man so will: die eigentümliche Kauzigkeit –, müsste in einem ersten Schritt also die Ähnlichkeit der Wiener Szenerie mit der anderer Metropolen bekräftigt werden. Erst auf Basis dieser Dekonstruktion liebgewonnener Geistesgeschichtskonstruktionen können die konkreten Besonderheiten in den Blick genommen werden.

Zunächst ist natürlich ein Wort über die besondere Situation des intellektuellen Wiens im Verhältnis zu Österreich angebracht. Wien ist, als einzige große Stadt in einem kleinen Land, das intellektuelle Zentrum Österreichs. Das heißt natürlich nicht, dass es außerhalb von Wien keine Intellektuellen gäbe, ja, es gibt sogar sehr lebendige künstlerische und intellektuelle Biotope in Graz, in Linz und auch in kleinstädtischen Konglomeraten. Aber sie sind auf ganz andere Weise auf Wien ausgerichtet, als das ein Frankfurter Intellektueller auf Berlin wäre. Eine Grazer Literaturzeitschrift ist schon deshalb besonders, weil sie *nicht* in Wien erscheint.

Die Intellektuellen aus der Provinz, wie man in Wien herablassend sagen würde, beziehen sich auf das, was sich in Wien tut. Sie sind vielleicht sogar »gegen« Wien, betonen den spezifischen Vorteil der Kleinstadt oder die Ruhe oder Normalität des flachen Landes, sie würden vielleicht gerne nach Wien ziehen oder aber wissen gute Gründe zu formulieren, warum sie es vorziehen, nur gelegentlich nach Wien zu reisen und weshalb sie stets froh sind, wieder

wegzufahren. Was auch immer, sie werden sich in einen Bezug zu Wien setzen, sie werden in der Regel Gründe vorbringen, weshalb sie nicht in Wien sind, wohingegen ein Kölner Künstler genauso gut in Köln sein kann, wie er nach Frankfurt, Hamburg oder Berlin gehen kann, weshalb er auch keinen Anlass hat, darüber viele Worte zu verlieren.

Es gibt natürlich historisch verschiedene Vorstellungen, was ein Intellektueller überhaupt ist. Ein akademisch gebildeter Mensch? Ein *Homme de Lettres*? Oder ein Mann oder eine Frau, die auf Basis ihrer humanistischen Bildung und ihres Renomees als Autor zur Allgemeinheit über allgemein bedeutende Fragen spricht – im Sinne des alten *role-model*s des »intervenierenden Intellektuellen«? Ich will diese Frage einmal beiseitelassen und bildende Künstler genauso wie Literaten, Journalisten, die einen gewissen geistigen Standard halten wollen, ebenso wie alle Formen von Geisteswissenschaftlern und viele Naturwissenschaftler, gelehrte Kirchenleute genauso wie geistig wache Internetfuzzis und originelle Vorstadtrapper einmal unter diesen Begriff subsumieren. Das scheint mir nicht nur die gleichsam technische Definitionsfrage zu ersparen, wer denn eigentlich zu den Intellektuellen gehört und wer nicht, sondern ist notwendig, um die spannende und unübersichtliche Szenerie intellektuellen Geschehens überhaupt in den Blick bekommen zu können, die avancierte Großstädte heute auszeichnet.

Nun ist, wenn man die Dinge so betrachtet, natürlich die intellektuelle Szenerie jeder Großstadt fragmentiert, dezentriert, sie besteht aus Inseln, die lose verbunden sind, aber doch nebeneinander her existieren. Die gegenwärtige intellektuelle Szene Wiens scheint mir noch einen Kick fragmentierter. Wer sich für das Theater interessiert und in der Autoren- und Dramaturgenszene unterwegs ist, der weiß oft nicht einmal, was sich an der Universität Wien tut. Er nimmt vielleicht einfach an, dass an der Universität Wien ohnehin nichts Bemerkenswertes geschieht und dass sein Desinteresse dafür wohlbegründet ist.

Kurz ein paar Spotlights auf eine Karte der intellektuellen Szene der Stadt: Was gibt es hier, was ist prägend für sie? Da ist einmal die literarische Szene mit Namen wie Robert Menasse, Franz Schuh, Doron Rabinovici und einigen anderen, die nicht nur zufällig hier schreiben, sondern auch im geistig-gesellschaftlichen Leben eine wichtige Rolle spielen. Dann eine lebendige Galeristenszene. Ein paar Kunstinstitutionen wie etwa die »Kunsthalle«. Ein paar avancierte Clubs mit einer künstlerisch wichtigen E-Musik und Sound-Frame-Szene. Ein paar Zeitungen wie der *Falter*, *Der Standard*, *Profil*. Drei, vier vielgelesene Kolumnistinnen und Kolumnisten. Die Popkultursender *FM-4*, der auch viele schräge Wortsendungen und intelligente

Comedy bringt. Einige sehr erstaunliche Filmemacherinnen und Filmemacher, wie Stefan Ruzowitzky und Barbara Albert. Einige außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, die immer wieder tolle Leute hierher bringen, wie das Internationale Forschungszentrum für Kulturwissenschaften (IFK) oder das Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM) und kleine Think Tanks wie das Bruno-Kreisky-Forum. Neuere Kunstinstitutionen wie das Brut oder das Theater Garage X, natürlich auch die etablierten Theater wie das Burgtheater und das Schauspielhaus. Die künstlerisch und theoretisch avancierte »Blase« (man entschuldige den saloppen Ausdruck, ist nicht böse gemeint!), die sich in den vergangenen Jahren in der Akademie der Bildenden Künste gebildet hat und seit einiger Zeit von Berliner Intellektuellen wie Diedrich Diederichsen und Tom Holert geprägt wird. Und einige Dutzend bemerkenswerte subkulturell-intellektuelle Projekte und Milieus. All das ist unübersichtlich, fragmentiert, man lebt freundlich nebeneinander her, begegnet einander bisweilen auch mit dem milieutypischen Distinktionshabitus, man unterscheidet sich ja schließlich nicht nur in Meinungen und Stil, sondern eben auch in personalem Habitus und den Auffassungen darüber, was »Contemporary« heißt.

Nun ist das überall so, aber in Wien gibt es wenig integrierende Institutionen. So gibt es etwa keine großen Verlage, die Autoren der verschiedenen Milieus drucken und damit repräsentieren und somit auch zusammenbringen würden. Es gibt einige Verlage, die de facto selbst Milieuverlage sind, also jeweils eine der verschiedenen Subkulturen repräsentieren. Die meisten der einigermaßen etablierten Autoren publizieren bei deutschen Verlagen, bei Suhrkamp, Fischer, Aufbau oder sonst wo. Im Übrigen leben manche von diesen Autoren auch gleich in Deutschland, wie Elfriede Jelinek, die zumindest wesentliche Teile des Jahres in München verbringt, oder Kathrin Röggla, die in Berlin lebt.

Man kann eine Kartographie des künstlerisch-intellektuellen Lebens in Wien nicht ernsthaft versuchen ohne das Wort »Globalisierung« zu gebrauchen. Künstlerische und intellektuelle Milieus sind heute viel stärker global verbunden, sie sind nomadischer als früher, und das gilt noch einmal besonders für den deutschsprachigen Großraum. Man kann in Wien die besten Theatervorführungen sehen, man kann die besten Musikgigs hören, und es werden dieselben Leute auftreten und inszenieren wie in Hamburg, Zürich oder Berlin. Das ist natürlich toll, wenn eine globale A-Liga auf Wanderschaft ist und man das Beste jeder Kulturgattung überall sehen und hören kann, aber das nimmt natürlich auch lokalen Differenzen ihre Signifikanz.

Was die intellektuelle Szene Wiens bis heute prägt, ist eine spezifische Politisierung, die daraus folgt, dass man nicht anders kann, als sich politisch zu positionieren. Österreich ist ein Land, in dem eine rechtspopulistische Partei, die man mit gutem Recht auch rechtsradikal nennen kann, heute in Umfragen bei knapp unter dreißig Prozent liegt. Sie war zu Beginn des Jahrtausends einige Jahre in der Regierung, die öffentlichen Debatten sind vergiftet vom Geist der Xenophobie und des Rassismus. Intellektuelle und künstlerische Milieus sehen sich daher in hohem Maße als Hort des Widerstands, der Dissidenz, des Nicht-Einverstandenseins mit diesem rechten Zeitgeist, aber auch mit einer etablierten Politik, die ihn durch Kleingeistigkeit und Unfähigkeit begünstigt. Die österreichischen Intellektuellen sind daher auch oft ein wenig obsessiv fixiert auf diesen Gegner – salopp gesagt: die Rechten – eine Obsession, die übrigens auf Gegenseitigkeit beruht: die unpatriotischen Gutmenschen, die Künstler, Intellektuellen und Schriftsteller rangieren in der Rhetorik der Freiheitlichen gleich nach den Ausländern und der Europäischen Union auf Platz drei der Quellen allen Übels.

Und in dieser Konstellation steckt auch ein ordentlicher Schuss österreichischer Geistestradition. Wenngleich der Kaffeehausintellektuelle ausgestorben sein mag, so kommt es doch häufig vor, dass man im Kaffeehaus sitzt und sich erregt, wie das schon Thomas Bernhard und Generationen vor ihm taten, darüber, wie schrecklich alles sei, Österreich doch ein geistesfeindlicher Sumpf ist, und die Zeitungen, die sind doch wirklich nurmehr als Klopapier zu gebrauchen, und überhaupt, dass alles bergab geht mit diesem missratenen Land. Und das Schlimmste ist: Es stimmt sogar.

Robert Misik, geb. 1966, ist *taz*-Autor, *Falter*-Journalist, Blogger (www.misik.at) und Videoblogger auf derStandard.at. Er ist Mitarbeiter des Bruno-Kreisky-Forums in Wien. Zuletzt erschien von ihm das Buch »Anleitung zur Weltverbesserung« im Aufbau-Verlag.

VERMITTELN, VERKAUFEN, VERSCHWEIGEN

EIN STREIFZUG DURCH DIE BERLINER THINK-TANK-SZENE

Ξ Michael Schlieben

Wo entsteht in Deutschland eigentlich Politik? In welchen Zirkeln werden die Ideen und Konzepte entwickelt, die später den politischen Prozess prägen? Stellt man Politikern in Berlin diese Fragen, ist die erste Antwort oft ein Achselzucken. »Ganz ehrlich?«, fragt ein Bundestagsabgeordneter zurück. Na klar! »In meinem Büro«, sagt er. Wenn er im Plenum eine Rede hält, im Fachausschuss etwas vorbringt oder für seine Partei eine Position erarbeitet, dann bittet er vorher seine Referenten und Redenschreiber, sich Gedanken zu machen. Die Mitarbeiter wiederum greifen für ihre Recherchen auf Wissenschaftler und andere Berater zurück, deren Expertise sie ad hoc anfordern oder zu denen sich ein Vertrauensverhältnis gebildet hat. Die Informationen werden zusammengetragen und situationsgerecht im Duktus des Politikers aufbereitet. Kurz: Die relevantesten Think Tanks sind nach der Überzeugung nicht weniger Parlamentarier in ihrem Vorzimmer angesiedelt.

Dieses Modell lässt sich auf größere politische Einheiten übertragen. Auch Ministerien und Parteien haben große Mitarbeiterstäbe und eingespielte Arbeitsgruppen-Apparate. Zu den Festangestellten hinzu kommen externe Beiräte, Kommissionen und Ratgeberkreise, die mal in fixer, mal in wechselnder Zusammensetzung tagen. Allein die Bundesregierung greift auf mehr als hundert verschiedene Beraterzirkel zurück. Diese Vielzahl von Ratgebern führt allerdings zu einer gewissen Inflation an Diagnosen und Ratschlägen. »Kein Mensch liest sie«, sagte einmal der frühere Wirtschaftsminister Michael Glos.

Dennoch gibt es natürlich Institutionen, deren Empfehlungen gefragt sind. Denken die Politiker eine Weile nach, fallen ihnen außer dem Büroleiter weitere, anerkannte, hauptberufliche Ideenproduzenten ein. Allerdings zeigt sich ebenfalls, dass mit dem Begriff »Think Tank« Unterschiedliches verbunden wird: Manche Politiker denken in erster Linie an die parteinahen Stiftungen und Parteizentralen mit ihren Grundsatzabteilungen und an die ebenfalls öffentlich finanzierten Wirtschaftsforschungsinstitute. Andere verweisen auf den Einfluss von privaten Stiftungen und Lobbyorganisationen.

Viele Spitzenpolitiker vertrauen überdies dem Rat von kommerziellen Beratungsagenturen. Und in der Presse war zuletzt häufiger von zwei weiteren Think-Tank-Typen die Rede: zum einen von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die an Einfluss gewinnen – und zum anderen von überparteilichen *Cross-Over*-Denkfabriken. Es gibt also genügend Anlaufstellen also für einen Streifzug durch die deutsche Think-Tank-Szene. Eine Szene, die seit dem Umzug des Bundestags nach Berlin stark gewachsen ist, die aber die verbreitete Unzufriedenheit mit der konzeptionslosen Politik in Deutschland bislang nicht besänftigen konnte.

CROSS-OVER: INSTITUT SOLIDARISCHE MODERNE

Der Name ist trügerisch. Unter einem Institut stellt man sich etwas anderes vor: ein paar schicke Räume, Bücher-Regale, Konferenztische und viele kluge Mitarbeiter. Aber das Institut Solidarische Moderne, das sich im Januar 2010 gegründet hat, hat nichts von alledem. Es existiert bislang eher virtuell. Vorstand und Mitglieder kommunizieren via Telefon und Internet. Zweimal im Jahr mietet man sich für Tagungen irgendwo ein.

Katja Kipping hat deshalb in ihr Büro im Bundestag geladen. Die stellvertretende Parteichefin der Linken zeigt auf ihren Laptop. »Hier drin« befände sich das Büro des Instituts. Die 33-Jährige ist Vorstandsmitglied, in ihrer Partei zählt sie zum moderaten Flügel. Nach der Regierungsübernahme von Schwarz-Gelb 2009 hat sie sich mit linken SPD- und Grünen-Politikern zusammengetan, um einen »Gegenentwurf zum Neoliberalismus« zu erarbeiten. Bei den Gründungsmitgliedern war der Wunsch ausgeprägt, sich einen neuen »Freiraum« zur unvoreingenommenen, überparteilichen Diskussion zu schaffen. Im Parlamentarieralltag müsse man stets »schnell und ad hoc reagieren«, sagt Kipping.

Stolz kramt sie eine Zeitschrift hervor. Das Titelbild zeigt drei junge Männer, die knutschen. Es ist der *prager frühling*, ein »Magazin für Freiheit und Sozialismus«, das sie herausgibt. In besagter Ausgabe, »Flotter Dreier«, werden Anknüpfungspunkte für eine »Linksregierung« und die Übernahme der »gesellschaftlichen Deutungshoheit« diskutiert. Neben Politikern kommen Gewerkschafter, Künstler und Wissenschaftler zu Wort. Der *cross over*-Prozess soll eben nicht nur zwischen den drei Parteien stattfinden, sondern auch die sozialen Bewegungen und andere Interessierte integrieren. Es zeige sich, sagt Kipping, dass Prominente als »Botschafter« für ein parteiübergreifendes Projekt einfacher zu gewinnen seien als für eine einzelne Partei.

Aber sie räumt es selbst ein: Die Anfangseuphorie ist inzwischen verflogen. Mit Hermann Scheer ist im Oktober 2010 eine Integrationsfigur gestorben.

Das Institut am Leben zu erhalten, ist anstrengend. Telefonkonferenzen finden alle ein bis zwei Monate statt. Oft dauern sie nicht länger als dreißig Minuten. Dazwischen passiert nicht viel. »Die Zeitressourcen« seien leider begrenzt, bei einem Job »mit siebzig Wochenstunden«, sagt Kipping. Ähnlich klingt es bei Andrea Ypsilanti. Die hessische SPD-Politikerin ist ebenfalls im Institutsvorstand. Am Telefon räumt sie ein: »Was wir leisten wollen, geht weit über das hinaus, was wir zur Zeit leisten können«.

Nicht nur den Politikern geht es so: Klaus Dörre, Soziologie-Professor in Jena, sagt, dass er »faktisch inaktiv« sei, zum »Ärger seiner Vorstandskollegen« – und somit »der denkbar schlechteste Gesprächspartner«. Warum? Dörre lacht sauer in den Hörer: Schon mal was von DFG-Projekten gehört? Er ertrinke »in Arbeit«. Außerdem sei Rot-Grün-Rot »kein Projekt mehr«, die Parteien hätten sich seit dem Herbst 2009 de facto auseinander entwickelt.

Auch die Ausgangslage hat sich geändert. Die Grünen genießen heute ihren Umfrage-Aufwind: Bürgerliche Wähler interessieren sie mehr als linke Projekte. Über das »Ypsilanti-Institut für angewandte Kuba-Wissenschaften«, spotten Realo-Grüne. Auch in der SPD wird kaum mehr über eine rot-rote Annäherung nachgedacht. Angela Marquardt, die für die SPD-Spitze den Kontakt zu ihrer Ex-Partei hält, antwortet nicht einmal auf die Anfrage zum Gespräch. Ein SPD-Insider sagt, die Papiere des Instituts ignoriere man in der SPD-Fraktion geflissentlich.

Fast wirkt es so, als schwenken nur noch Kipping und Ypsilanti das Fähnchen der Solidarischen Moderne. Öffentlich findet das Institut kaum mehr statt. »Gegenhegemonie«? Fehlanzeige. »Kampagnenmäßig« habe man Defizite, räumen sie ein. Man habe eben nicht so viel Geld wie die »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft«.

LOBBYDENKER: INITIATIVE NEUE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Egal, ob linke oder konservative Politiker: Viele bezeichnen die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) als einen der wichtigsten Think Tanks des vergangenen Jahrzehnts. Ihr sei es gelungen, die Einstellung von Politik und Öffentlichkeit zu beeinflussen. Gegründet worden ist die INSM im Oktober 2000 vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall und anderen Wirtschaftsverbänden als Reaktion auf die damals neue rot-grüne Bundesregierung. Die Initiative warb in den Medien für »marktwirtschaftliche Reformen«, für Privatisierung und Deregulierung. Sie kreierte Slogans wie »Sozial ist, was Arbeit schafft«, die mehrere Parteien aufgriffen – und prägte so das politische Klima.

Entsprechend repräsentativ gelegen ist das Hauptquartier der INSM: im obersten Stockwerk eines schnieken Bürohochhauses am Spreeufer, zwischen

Reichstag und Bahnhof Friedrichstraße. Der Geschäftsführer empfängt mit kräftigem Händedruck. Hubertus Pellengahr trägt eine randlose Brille und ein hellblaues Hemd. Bevor er zur Initiative kam, war er Sprecher des Deutschen Einzelhandels. Er ist ein gelernter Verkäufer und Lobbyist, kein Intellektueller. Seine Initiative versteht er nicht als »reinen Think Tank«, sondern als »Vermittler«. Es gibt nur acht fest angestellte Mitarbeiter. Studien werden hier nicht selbst erstellt, sondern bei Wirtschaftsinstituten in Auftrag gegeben. Aufgabe der INSM sei es, Themen zu »identifizieren«, »griffige Formulierungen« zu finden und diese zu »orchestrieren«.

Das aktuelle Großprojekt der INSM heißt »Vollbeschäftigung«. Ein Ergebnis: Besonders bei den »Alten« gäbe es noch Potentiale für den Arbeitsmarkt. Doch die Resonanz ist, wie zuletzt häufig, spärlich ausgefallen. Auch weil die INSM keinen besonders guten Ruf genießt. An manchen Journalistenschulen wird inzwischen gelehrt, ihre Studien besser zu ignorieren. Sie gelten als lehrbuchhaft tendenziös. Auch ein »Schleichwerbungsskandal« sorgte für Kritik: Die Initiative kaufte Dialoge der ARD-Seifenoper Marienhof, in denen es um »Eigeninitiative von Arbeitslosen« ging.

Pellengahr, der seit 2010 im Amt ist, betont, dass die Initiative ihre »Arbeit verändert habe« und nun »noch mehr auf Transparenz« geachtet werde. So seien die Financiers nicht nur im Internet einsehbar, auch »unter jeder Pressemitteilung« könne man sie finden. »Daran können sich viele NGOs ein Beispiel nehmen«, so Pellengahr. Zwar sei man »arbeitgeberfinanziert«, ganz sicher aber »keine Arbeitgeberlobby«.

Doch auch die Lehrmeinung der INSM gilt mittlerweile als diskreditiert. Seit der Wirtschaftskrise traut sich nicht einmal mehr die FDP, einer Entstaatlichungs- und Arbeitgeberpolitik das Wort zu reden. Die Initiative tut sich seither schwer, prägnante Formulierungen zu finden.

Die INSM mag an Reputation eingebüßt haben (ähnlich übrigens wie die öffentlich finanzierten Wirtschaftsforschungsinstitute, die sich während der Krise vor allem durch Fehlprognosen hervortaten). Als Modell indes hat sie Schule gemacht. Das Lobbywesen in Deutschland hat sich professionalisiert, wozu auch der Umzug des Parlaments nach Berlin beigetragen haben mag. Mehrere Verbände und Interessengruppen haben seither Think Tanks gegründet, die – mal offen, mal verdeckt – auf die Politik Einfluss zu nehmen versuchen.

WICHTIG UND LAUTLOS: EXTERNE DIENSTLEISTER

Ebenfalls in Berlin an Bedeutung gewonnen haben Wirtschaftsberater und Anwaltskanzleien. »Wenn wir schnell ein Politikkonzept brauchen, fragen

wir Unternehmensberater wie McKinsey oder Berger«, sagte schon 2004 der damalige Staatssekretär Alfred Tacke. Die vom Kanzler Schröder berufenen Expertenrunden setze man zur Befriedung der Öffentlichkeit ein; tragfähige Lösungen erwarte man von ihnen nicht, so Tacke in seltener Offenheit. Auch die aktuellen Bundesminister greifen für große Reformen und komplexe Gesetze auf die externen, oft international agierenden Dienstleister zurück. Diese beziehen inzwischen einen großen Teil ihrer Einnahmen durch Aufträge aus dem öffentlichen Sektor. Ihr Angebot besteht aus Problemanalysen, Lösungsvorschlägen und zielgruppengenauem Marketing.

Diese neue Kaste an kommerziellen Politik-Beratern sorgt vielerorts für Unmut. Parteigremien fühlen sich übergangen, Professoren warnen vor einem *outsourcing* der Gesetzgebung an fremde und apolitische Mächte. Und Journalisten beklagen die Verschwiegenheit der Berater: Zum Ethos der Branche gehört es, nicht über die Klienten zu sprechen. »Sealed lips« lautet das Motto der McKinsey-Consulter. Ähnlich bei Roland Berger: Die charmante Dame aus der Presseabteilung lacht zwar viel am Telefon. Ein Interview kann sie trotzdem nicht vermitteln. Die Berger-Berater seien zum »Stillschweigen verpflichtet«. Einzig der Aufsichtsratboss habe die Prokura zum Reden. Der allerdings habe viel zu tun. Frühestens in anderthalb Monaten sei mit Antwort zu rechnen. Die Fragen bitte schriftlich einreichen.

ÖFFENTLICHE IDEENSCHMIEDEN: PARTEISTIFTUNGEN, STIFTUNG NEUE VERANTWORTUNG

Zugänglicher präsentieren sich die parteinahen Stiftungen, die vermutlich produktivsten, jedenfalls sichtbarsten Think Tanks in Deutschland. Kein Wunder: Sie sind staatlich finanziert. Die politische Bildung der Gesellschaft gehört zu ihren zentralen, vom Grundgesetz gewollten Aufgaben. Von den Steuergeldern, die sie erhalten, finanzieren sie ihre Stipendienprogramme, Kongresse, Zeitschriften und Studien. Je mehr Output, desto besser sind die Argumente bei der nächsten Etatverhandlung im Bundestag. Die Stiftungen haben Dependancen im Ausland und in den Bundesländern. Es sind ebenso breitflächige wie engmaschige Netzwerke, die von mehreren hundert Mitarbeitern in repräsentativen Anwesen in Berlin koordiniert werden.

Die den Grünen nahestehende Heinrich-Böll-Stiftung hat ihren Hauptsitz in Berlin-Mitte, unweit des Deutschen Theaters. Es ist ein verglastes Hightech-Gebäude, laut Stiftung: ein programmatisches Statement für »Transparenz, Ökologie und demokratische Offenheit«. Das Foyer ist rundum verglast. Das grünliche Konferenzzentrum bietet Platz für 300 Diskutanten. Auf dem Dach thront eine Photovoltaik-Anlage.

Die Ausstattung ist beeindruckend, der Einfluss auf die konkreten politischen Prozesse sei dennoch überschaubar, sagt der Vorstand der Stiftung, Ralf Fücks. Er war früher Senator in Bremen, als Ex-Politiker weiß er Bescheid. Die Konzepte der Stiftung können »noch so klug sein«, »ein großer Teil des Politikbetriebs« würde sie dennoch erst einmal ignorieren, wenn das Thema nicht ohnehin in der Luft liege. Um Reformvorschläge in die Politik einzuschleusen, sei »intensive Überzeugungsarbeit« nötig. Die Arbeit der Stiftung müsse man als »osmotischen Prozess« begreifen: Viele Studien seien ihrer Zeit voraus und würden mit zeitlichem Verzug in die politische Arbeit einfließen. »Ein Sickereffekt«, sagt er und blickt aus dem Fenster auf das Regierungsviertel. Viele Grüne werfen Fücks Sturheit und Ignoranz vor. In der Politikberater-Szene gilt er dagegen durchaus als innovativ. Heute aber wirkt Fücks vor allem müde. Nach zwanzig Minuten beendet er das Gespräch.

Mehr Zeit nimmt sich Michael Borchard, der Leiter der Grundsatzabteilung der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS). Auch er residiert in einem noblen Anwesen. Der Reichstag und die befreundete CDU-Parteizentrale sind in der Nähe. In der Eingangshalle hängt ein modernistisches Gemälde. Es sieht aus, als ob Konrad Adenauer an bunten Lollis leckt. Bei näherer Betrachtung ahnt man aber, dass es wohl Fähnchen der EU-Länder sein sollen, die der Alt-Kanzler in der Hand hält.

Borchards Büro ist angenehm unordentlich. Papierstapel liegen herum. Bücherregale quellen über. In der Ecke steht ein Autogramm von Helmut Kohl, für den Borchard noch Reden geschrieben hat. In mehrfacher Hinsicht ist die Vita des KAS-Hauptabteilungsleiters prototypisch für viele Think Tanker in Deutschland: Oft sind es promovierte Sozialwissenschaftler, die früh Arbeitserfahrung in der Spitzenpolitik gesammelt haben. Die meisten sind überaus belesen und geschult im analytischen Denken. Gleichzeitig sind sie schnell und wortgewandt. Fast immer fühlen sie sich ihrem politischen Lager fest zugehörig und haben dezidierte Vorstellungen, was in der Partei gerade falsch läuft. Ganz Kommunikationsprofis, lassen sie sich damit aber nur ungern zitieren.

Ein Vorteil der Stiftung sei, dass sie Programm und Akteure der Partei kenne, sagt Borchard – und zwar »besser als jedes kommerzielle Beratungsinstitut«. Daher wissen die KAS-ler auch besser als die Meckis (so nennt man die McKinsey-Mitarbeiter), welche Reformvorschläge auf welche Widerstände in der CDU stoßen. Andere Politikberater bewerten diese Nähe ungleich kritischer. Sie bezeichnen die Parteistiftungen als »selbstreferentielle Tendenzbetriebe«. Stets würden dieselben befreundeten Experten eingeladen, unangenehme Forschungsergebnisse zurückgehalten, Geld regelmäßig verpulvert, Querdenker

seien unerwünscht. Vorauseilender Gehorsam, Arroganz und Bürokratie – so das oft unfreundliche Urteil der Branche über die Parteistiftungen.

Um diese etablierten Strukturen aufzubrechen, haben sich mehrere Stiftungen gegründet, die privatwirtschaftlich unterstützt werden, aber ihren »gemeinnützigen« Anspruch betonen. Eine davon ist die 2008 gegründete Stiftung Neue Verantwortung, ebenfalls edel gelegen: am Potsdamer Platz. In ihrem Präsidium sitzen prominente Politiker aus allen Parteien. Ziel ist es, junge »Praktiker aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft« zusammenzubringen. Sie sollen, frei vom Wählergruppen-Denken der Parteien, über Herausforderungen der globalisierten Wissensgesellschaft nachdenken. Das Interesse der Stiftung ist breit gestreut, es reicht von den »Kosten des Klimawandels« bis zu den »Problemen der Piratenpartei«.

Knut Bergmann ist einer der neun Fellows der Stiftung. Als Referent hat er vorher für den Ex-Bundespräsidenten Horst Köhler und die TV-Moderatorin Sabine Christiansen gearbeitet. Wie alle hier ist er noch recht jung, Mitte dreißig. Er sagt, er genieße die »Dysfunktionalität« seines neuen Jobs. Die Stiftung böte die Möglichkeit zur freien Reflektion auf hohem Niveau; kein permanenter Lieferdruck, kein Hamsterrad. Dennoch müsse die Arbeit natürlich »anschlussfähig« bleiben: Die meisten seiner Handouts sind nicht länger als vier bis acht Seiten, damit die Entscheidungsträger sie auch lesen. Wissenschaftler werfen den Stiftungen deshalb gern vor, unseriös zu arbeiten. Verknappend, freigeistig, fluffig, PR-artig, kurz: »Junk-Sciene«. Bergmann, ebenfalls promoviert, zuckt mit den Schultern: Wie »knapp das Aufmerksamkeitsfenster« von Spitzenpolitikern sei, sei doch bekannt.

VORDENKER DER ZIVILGESELLSCHAFT: TRANSPARENCY INTERNATIONAL

Der erfolgreichste Think Tank in Deutschland hat seinen Sitz in einer belebten Einkaufsstraße in Berlin-Mitte. Die Tür ist mit Graffiti bekritzelt; in der Wohnung steht ein Sofa, eine Handvoll junger Menschen wuselt auf engem Raum. Hier arbeitet die deutsche Sektion von Transparency International, von Forschern der Universität Pennsylvania kürzlich zum wichtigsten deutschen Think Tank gekürt – und zum drittwichtigsten weltweit. Die Mitarbeiter von Transparency waren überrascht über diese Auszeichnung. Sie selbst bezeichnen sich eher als NGO oder als *single-issue-organisation*: Es gibt nur ein zentrales Anliegen, nämlich die Bekämpfung von Korruption. Ausschlaggebend für die gute Platzierung, die auf Kriterien wie »politischer Einfluss« und »öffentliche Präsenz« beruht, ist wohl der jährliche »Korruptionsbericht«, der auf weltweites Interesse stößt.

Die Vorstandschefin von Transparency, Edda Müller, ist eine erfahrene Politikberaterin. Ihre Vita gleicht einer Zeitreise durch die bundesrepublikanische Think-Tank-Geschichte: Angefangen hat sie als Referentin im Kanzleramt, in den frühen siebziger Jahren. Es war die Zeit der Planungseuphorie, man begann, angeleitet von einer Armada an Sozialwissenschaftlern, Datenbanken anzulegen und Fünf-Jahres-Haushalte zu erstellen. Später wurde Müller parteilose Umweltministerin in Schleswig-Holstein. In dieser Zeit, es waren die späten Kohl-Jahre, verlor wissenschaftliche Politikberatung an Relevanz. An ihre Stelle trat das Prinzip des »Muddling Through«, wie Müller es nennt, des Durchwurstelns.

In dieser Zeit gewannen alternative Think Tanks an Relevanz und Reputation. Die Zirkel der Zivilgesellschaft etablierten und professionalisierten sich: Müller erinnert sich noch gut an die frühen Anti-AKW-, Greenpeace- oder amnesty-Aktivisten. Das waren junge, spinnerte Idealisten, die kaum jemand ernst nahm. Heute, 25 Jahre später, haben sie »eine gewisse Reife« erlangt. Sie haben sich international vernetzt, eigene Medien gegründet und ihr Know-How verdichtet und vervielfacht. Inzwischen greifen Politik und Öffentlichkeit gern auf dieses Wissen zurück, wie sich nach der Atomkatastrophe von Fukushima zeigte, als die Experten für erneuerbare Energien binnen kurzer Zeit zu gefragten Gesprächspartnern selbst konservativer Medien und Politiker wurden.

Insgesamt lässt sich resümieren, dass die zivilgesellschaftlichen Organisationen von etwas profitieren, was die etablierten Think Tanks zuletzt verloren haben: von ihrer allgemein als hoch empfundenen Glaubwürdigkeit. Sie beruht darauf, dass sie sich kontinuierlich auf spezielle Anliegen konzentriert haben, die im globalen Diskurs an Bedeutung gewonnen haben. Traditionelle Denkfabriken haben dagegen an Überzeugungskraft verloren: Die neoliberalen Vordenker der Wirtschaftselite sahen die Finanzkrise nicht kommen. Und auch die schwerfälligen Meinungs-Tanker der Parteien konnten zu den plötzlich auftauchenden Mega-Themen des Jahres, Fukushima, Euro-Krise und arabische Revolutionen, wenig beitragen. Beide, so hat es den Anschein, müssen sich der neuen Realität erst noch anpassen.

Michael Schlieben, geb. 1979, ist Reporter und Politik-Redakteur von *Zeit Online*.

»IDEEN ENTSTEHEN NICHT DURCH SCHWARMINTELLIGENZ«

INTELLEKTUELLE UND DAS INTERNET

Ξ Gespräch mit Stefan Münker

Dr. Stefan Münker, geb. 1963, ist Privatdozent für Medienwissenschaften an der Humboldt-Universität Berlin und Mitarbeiter eines großen deutschen Medienunternehmens.

Herr Münker, Sie sind, wie sie schreiben, ein großer Fan und – wie ihr Buch zeigt – intimer Kenner des Internets und seiner Kultur. Kommen wir gleich zum Punkt: Hat das Internet den Intellektuellen auf dem Gewissen?

Nein, ganz bestimmt nicht. Intellektuelle haben als große, herausragende Individuen das 20. Jahrhundert sicherlich entscheidend geprägt. Zunächst: Die Feststellung, dass dies heute nicht mehr so sei, ist offen. Aber selbst wenn die Diagnose zutrifft, so ist die Verdrängung des Intellektuellen weniger auf das Internet als auf die Veränderungen des sozio-kulturellen Umfelds, in dem Intellektuelle agieren, zurückzuführen. Das Internet ist nur ein kleines Puzzleteil.

Lyotard hat in seinem »Grabmal des Intellektuellen«, noch vor dem Siegeszug des Internet, festgestellt, dass sich der klassische Intellektuelle deshalb überlebt habe, weil es diese Rolle des einen Diskurses, den man für alle anderen führen konnte, nicht mehr gebe. Das Auseinanderbrechen der großen Erzählung und das Ende des einen Systems, gegen das man sich stellen konnte, hat dem Intellektuellen das Fundament genommen.

Wie hat sich das Verhältnis zwischen den Intellektuellen und der Öffentlichkeit verändert?

Der klassische Intellektuelle bestach dadurch, dass er in der *einen* Öffentlichkeit lautstark seine Stimme erheben konnte. Die klassische bürgerliche Öffentlichkeit des Feuilletons von *Zeit*, *FAZ* und *Süddeutsche* ist zwar immer noch ein öffentlich genutzter Raum des klassischen Intellektuellen. Doch die Vervielfältigung der gesellschaftlichen Öffentlichkeiten hat in den letzten

zwanzig, dreißig Jahren enorm zugenommen – aber eben nicht durch die neuen Medien des digitalen Netzes, sondern aufgrund von gesellschaftlichen Veränderungen, die viel tiefgreifender sind. Das ist für den Intellektuellen und dessen Wahrnehmung ungünstig, spricht aber zugleich für Meinungsvielfalt und eine zunehmende Pluralisierung von Gesellschaften.

Ein Intellektueller braucht eine gewisse Exklusivität, er bedarf eines privilegierten Zugangs zu den Medien. Bedroht das Internet, indem es diese Voraussetzung unterminiert, nicht doch die fortdauernde Existenz der Figur des Intellektuellen?

Es ist zweifellos richtig, dass zur klassischen Figur des Intellektuellen ein exklusiver Zugang zu Publikationsmöglichkeiten gehört. Diesen Zugang verdient man sich oder erwirbt ihn durch bestimmte kulturelle oder wissenschaftliche Leistungen. Hinzu kommt, dass die meisten derer, die wir als klassische Intellektuelle kennen, auch in einem informellen Netzwerk mit der kulturellen Elite verbunden waren. Insofern ist der klassische Intellektuelle immer auch Repräsentant einer kulturellen Elite, deren Exklusivität durch das Internet bedroht ist. Aber wie man das bewertet, ist eine offene Frage. Der Philosoph Hans Peter Krüger hält es für möglich, dass das Verschwinden der Person des Intellektuellen mit einer Demokratisierung des intellektuellen Verhaltens einhergeht. Das könnte in Teilen so sein; ich wäre ein großer Verfechter davon. Eine andere Diagnose ist die vom Verflachen intellektueller Debatten. Das allerdings griffe mir als These zu kurz, denn mediale Quantität und mediale Qualität hängen nicht zusammen. Ich glaube, entscheidend ist die Demokratisierung intellektueller Diskursivität, nicht des Intellektuellen an sich, sondern intellektueller Diskursivität, die sich in den sozialen Medien des Netzes verflüssigt. Dies ist aber ein noch sehr junger Prozess, über den man nicht vorschnell urteilen sollte.

Wie ist die Öffentlichkeit im Internet genau strukturiert und was bedeutet das für den Intellektuellen?

Zum einen haben wir im Internet sehr viele Diskurse, die sich mit partiellen Interessen beschäftigen. Die Vielfalt der Foren im Netz übersteigt aber kaum die Vielfalt der Zeitungen für Kaninchenzüchter und Jäger und Motorradfans am Zeitungskiosk. Zum anderen ist im Netz der Nutzer als Akteur mittendrin und am Zeitungskiosk nicht. Ein Charakteristikum der Öffentlichkeit der Moderne war es, als Vermittlungsinstanz der Gesellschaft und den Sphären der Macht aus Ökonomie, Politik, Kultur zwischengeschaltet zu sein, und zwar stellvertretend über Medien, welche die Öffentlichkeit erst konstituierten. Das ist im Netz jetzt anders geworden. Hier vermittelt die Öffentlichkeit

nicht mehr zwischen den verschiedenen Sphären, im Internet redet keiner mehr stellvertretend für andere. Sich als Stellvertreter zu inszenieren, das aber war die Rolle des klassischen Intellektuellen. Im Netz jedoch sind sie grundsätzlich nicht mehr bloße Stellvertreter, sondern Sie sind Teil.

Wenn aber eine wesentliche Funktion des Intellektuellen im Netz einfach ausgeschlossen wird oder zumindest so nicht vorfindbar ist – bedeutet das, dass es im Netz keine Intellektuellen mehr gibt?

Nein, auf keinen Fall. Das Intellektuelle ist keine Eigenschaft einer Person, sondern primär eine Haltung. Eine Haltung, die intrinsisch verbunden ist mit einer interventionistischen Praxis. Und eine intellektuelle Haltung, verbunden mit der Praxis, sich über Diskurse einzumischen, ist im Internet sehr verbreitet, allerdings auch auf viel mehr Köpfe verteilt.

Wäre demnach jeder, der sich einmischt und kritisiert, ein »Intellektueller ohne Publikum«?

Es ist ja nicht so, dass es beliebig wäre, was man tut, um als Intellektueller zu gelten. Dem intellektuellen Einwurf ist eine bestimmte Praxis des Schreibens, des Sich-Einmischens über das Formulieren von Texten zu Eigen. Medienintellektuelle schreiben ja auch zugleich Bücher. Deshalb denken wir Intellektuelle noch immer in Verbindung mit der Schriftkultur. Aber die unterliegt selbst einem Wandel. Womöglich bezeichnen wir bald Software-Programmierer als Intellektuelle. Ich würde das heute noch nicht tun.

Warum würden Sie es heute noch nicht tun?

Weil ich im Moment noch davon ausgehe, dass der Begriff des Intellektuellen mit einer Schriftpraxis verbunden ist, in der jemand selbstreflexiv über sich und seine Thesen Auskunft gibt, sich selbst beobachtet und dadurch die Gesellschaft spiegelt. Deshalb ist der Programmierer erst dann auch ein Intellektueller, wenn er gleichzeitig ein philosophisches Buch über die Grundlagen der Informatik und der Digitalkultur schreibt.

Wenn wir uns den Intellektuellen ungefähr so denken, wie wir ihn uns in den letzten zwanzig Jahren vorgestellt haben, wo finden wir diese Art von Intellektuellen im Internet? Und: Was machen die da?

Intellektuelle finden vor allem dann erfolgreich Gehör, wenn sie akute gesellschaftliche Themen aufgreifen; auch mit Hilfe der Medien, die das nach oben spülen. Eine der interessantesten Debatten, die durch die Digitalisierung entstanden ist, ist diejenige darüber, wie wir mit digitalisierten Kulturgü-

tern umgehen. Was ist da mit Eigentumsrechten, was mit Kopierschutz? Der amerikanische Jurist Lawrence Lessig hat mehrere erfolgreiche Bücher über Fragen der Digitalkultur, Urheber- und Eigentumsschutzrechte geschrieben und ist gleichzeitig über seinen Blog im Internet unglaublich gut vernetzt. Wenn Sie eine Vorzeige-Figur des Intellektuellen im Netz haben wollen, ist das meiner Meinung nach Lawrence Lessig.

Welche konkreten Vorzüge bietet das Netz dem Intellektuellen, wie nutzt er das Internet und welche Vorteile zieht er daraus?

Ein Intellektueller kann das Internet natürlich zu Recherchezwecken nutzen – wir hatten noch nie ein besseres Instrument. Das Zweite ist, dass auch der klassische Intellektuelle ein Netzwerker war. Auch hier ist das Internet überlegen. Man kann als Intellektueller Twitter und Facebook nutzen, einen eigenen Blog pflegen und dort unmittelbar reagieren. Aber an diesem Punkt beginnt diese Figur, sich zu verändern. Wenn ich als Intellektueller einen für Kommentare offenen Blog habe, ist das Spannende daran, dass sich ein Dialog entwickelt und im Laufe des Dialogs Thesen geschärft, verworfen, neu übernommen werden. Denken Sie an den Historikerstreit – es dauerte ein paar Monate, bis über Leitartikel im Feuilleton der *Zeit* ein ganzes Panorama eines diskursiven Feldes eröffnet wurde. Das waren typische Betätigungen von Intellektuellen. In einem Blog ist das innerhalb einer Woche möglich, indem Kollegen oder auch andere auf das reagieren, was ich publiziere. Darauf kann ich dann wieder antworten, woraus sich möglicherweise eine schärfere Form des Arguments oder auch eine Verschiebung der Perspektive ergibt.

Die meisten Beispiele kommen scheinbar aus den USA und Frankreich. Hinkt Deutschland hinterher – und wenn ja, woher kommt das?

Amerika besitzt diesbezüglich schon lange eine Vorreiterrolle. Gerade die deutschsprachige Intelligenz hat sich sehr lange sehr schwer getan, sich mit dem Internet auf eine intelligente Art zu beschäftigen. Da war der Widerstand sehr hoch. Das hat zweifellos damit zu tun, dass wir so eine hervorragende Presse- und Verlagslandschaft haben, die es in dieser Art in Amerika einfach nicht gibt. Und es hat vielleicht auch mit dieser berühmt-berüchtigten *German Angst* zu tun, in diesem Fall vor den neuen Medien, die dazu führt, dass wir alles immer noch einmal kritisch abwägen, statt es zu benutzen.

Aber ist es nicht die ganz genuine Pflicht des Intellektuellen, Kritik zu üben?

Kritik ist das eine. Sich aber nur ablehnend zum Internet zu verhalten, ist ungefähr so intelligent, wie in einer Debatte über Atomkraft zu sagen,

»dann nutze ich eben keinen Strom mehr«. Das Internet ist ja nicht einfach irgendein Medium, das ich benutzen kann oder nicht. Es ist vielmehr eines der wichtigsten Instrumente der gesellschaftlichen Infrastruktur. Davon kann man sich nicht einfach abkapseln. Das ist aber die Haltung, die große Teile der deutschen Intellektuellen ausgezeichnet hat und zum Teil auch immer noch auszeichnet. Ich kenne Kollegen, die sind stolz darauf, dass sie keine E-Mails schreiben und lesen. Das ist schlichtweg albern.

Haben die deutschen Intellektuellen damit an ihrem Niedergang mitgearbeitet, indem sie dieses Feld einfach nicht besetzt haben?

Die Tatsache, dass einem ad hoc neben Lawrence Lessig nicht sofort ein deutscher Kollege einfällt, der ähnlich prominent und populär geworden wäre, ist schon beredt. Auch in Deutschland beschäftigen sich viele Kollegen mit dem Internet. Aber das Thema hat sich nicht durchgesetzt, das ist das Phänomen.

Es gibt in der Debatte über den Medienintellektuellen den verbreiteten Einwand, dass der Intellektuelle, der sich an die Massenmedien, an die Eigengesetzlichkeiten des Mediums, anpasst, dadurch einen Teil seines Charakters als »kritischer Intellektueller« verliert.

Ich muss sagen, das empfinde ich als hochgradigen Blödsinn, dieses: Wer sich in die Medien begibt, kommt darin um. So reden nur diejenigen, die so naiv sind, dass sie mit den Medien nicht spielen können. Schon Adorno, der selbst am wildesten und am einflussreichsten gegen die Massenmedien gewettert hat, hat in einer heutzutage kaum noch nachvollziehbaren Art und Weise Medienpräsenz gezeigt. Es gibt einen Dünkel in Deutschland, gerade in der akademischen Zunft, gegenüber Kollegen, die bereit sind, in Talk-Shows zu gehen. Ich glaube, dass dort mehr Neid dabei ist als irgendetwas anderes. Das ist aber auch ein typisch deutsches Phänomen. Wir hegen ja auch gegen Popularisierung Argwohn, als wäre es schlimm, wenn ich als Philosoph in der Lage bin, meine Thesen so zu erläutern, dass auch Nicht-Kollegen sie verstehen.

Klar scheint, dass sich der Begriff des Intellektuellen wandelt. Was werden wir vermutlich in einigen Jahren unter einem Intellektuellen verstehen – oder wird dieser Begriff verschwinden?

Wir haben überhaupt kein Indiz dafür, dass der Begriff des Intellektuellen verschwindet. Es gibt, wenn überhaupt, nur eine Krise der klassischen Intellektuellen. Das ist auch eine Krise der Medienplattform, über die die

klassischen Intellektuellen wahrgenommen wurden, und der Öffentlichkeit, die dahinter steht. Das Internet bietet hier einen großen Spielraum für neue intellektuelle Artikulationsweisen. Wer etwa ist ein so guter Aphoristiker, dass er über Twitter intellektuelle Interventionen formulieren kann, die so weit wirken, dass sie Ideen stiften oder Perspektiven ändern? Wir können sehr gespannt sein, was sich an Witz, Esprit und kritischem Engagement über die sozialen Medien des Netzes noch artikulieren wird.

Auf einer Tagung über Intellektuelle und digitale Öffentlichkeit in Essen Anfang 2011 wurde unter anderem auch debattiert, ob Julian Assange ein Intellektueller sei und Wikileaks als intellektuelles Projekt gewertet werden müsse. Was meinen Sie dazu?

Ich halte das für völligen Quatsch. Wikileaks ist über die Herstellung von Öffentlichkeit eine ziemlich klassische Form von Journalismus. Und Julian Assange würde ich auch nicht als Intellektuellen bezeichnen. Wo ist denn der Text, wo die intellektuelle Haltung, wo die Kultur, die das als intellektuell rechtfertigt? Zur intellektuellen Leistung fehlt mir bei Wikileaks und Assange ein Text, in dem die eigene Tätigkeit eingeordnet, reflexiv überprüft, mit kritischen Thesen versehen wird. Ohne eine textuelle Rahmung ist das reiner publizistischer Aktivismus. Ich könnte ja einfach auch in einem Ministerium Papiere klauen und die an die Wand nageln – ist das eine intellektuelle Leistung?

Man denkt beim »klassischen Intellektuellen« in der Regel an Männer, alte Männer zumeist. Diejenigen, die man jetzt nennt, sind auch wieder vorzugsweise Männer. Ist »der Intellektuelle« immer noch ein männliches Phänomen?

Sie haben Recht, in der Wahrnehmung der leitenden Figuren intellektueller Diskurse überwiegen Männer deutlich. Es gibt natürlich auch – wenige – weibliche Protagonisten. Ich sehe das als generelles Indiz dafür, wie in unseren Eliten Meinungsführerschaften erkämpft werden. Das ähnelt im Bereich der Kultur, auch wenn das Selbstverständnis der Kulturschaffenden ein anderes ist, in Wirklichkeit den Prozessen in Unternehmen oder der Politik. Die leitenden Figuren sind, vielleicht in der Kultur sogar noch verstärkt, primär männlich.

Betrachten wir noch einmal das Internet und die Intellektuellen, die sich dort betätigen. Widerspruch ist einfacher geworden, es gibt mehr und schnellere Kritik. Trotzdem findet man auch dort Hierarchien. Wie kommen diese Hierarchien zustande und wer oder was sind die neuen Autoritäten?

Um intellektuelle Autorität zu erlangen, muss man sich bewähren. Das gilt, glaube ich, uneingeschränkt über die unterschiedlichen Medienumgebungen, in denen man sich publizistisch äußert, hinweg. Wenn sie beispielsweise einen Blog betreiben und dort Thesen mit intellektueller Valenz vertreten, müssen diese erst einmal gelesen werden. Und die lesende Community reagiert mit Kritik, auf die man wieder intelligent reagieren muss. Wenn Sie das nämlich nicht tun, dann liest Sie keiner mehr. Sie müssen verlinkt werden. Verlinkt werden Sie aber nur, wenn Sie gut sind. Die Überprüfung der Qualität Ihrer Praxis, Ihrer intellektuellen Praxis, ist im Internet gnadenloser, schneller und vielfältiger als im Printbereich. Mehr noch: Ob der Artikel auf Seite 15 des Feuilletons wirklich gut angekommen ist, das weiß auch niemand. Im Netz wissen Sie das sofort.

Wie wird im Internet Qualität gesichert? Was verlinkt wird, ist gut – das klingt wie ein visionäres Ideal: Die guten Texte finden auch die meisten Leser, werden verbreitet und deshalb werden auch die wirklich klugen Ideen gehört?

Umgekehrt würde ich es stehen lassen. Ich glaube, dass das, was hochgradig vernetzt wird, in den seltensten Fällen wirklich schlecht ist. Das heißt aber mitnichten, dass das, was gut ist, auch verlinkt wird. Sie werden im Netz gute Texte haben, die nicht gefunden werden, weil die Menschen, die sie schreiben, noch nicht einmal eine Anfangsvernetzung mitbringen. Sie müssen schon irgendwie hineinkommen in das Spiel der Öffentlichkeit, der Aufmerksamkeiten. Das ist im Netz schwierig, das ist überall schwierig. Da ist das Netz genauso blind wie die Verlagswelt.

Viele Internet-Publizisten zweifeln den Wert von Kommentarfunktionen und Kritikmöglichkeiten zumindest an. Es kommt einem dabei unwillkürlich dieser bestimmte, unangenehme Typus des Nörglers und Besserwissers in den Sinn, der eher zur Resignation führt als zu einer nochmaligen intellektuellen Beschäftigung mit dem Text.

Das Internet ist vieles und in vielerlei Hinsicht toll. Aber es gibt unglaublich viel Blödsinn darin. Wo es richtig gut läuft, gibt es einen Zusammenschluss der Leser und der Autoren, die sich gegenseitig disziplinieren. Sie müssen als Autor eines Blogs gnadenlos Leute wieder rausschmeißen, wenn Sie wollen, dass er qualitativ hochwertig ist. Sie müssen intelligent antworten, sonst entsteht nichts. Und als Teilnehmer an so einem diskursiven Spiel müssen Sie auch intelligent kommentieren. In den meisten Blogs passiert das nicht. Im politischen Bereich ist es ganz heikel. Da, wo sich Leute zu aktuellen

politischen Themen äußern, haben Sie sehr schnell sehr viel Blödsinn dabei, der zum Teil auch strafrechtlich relevant ist.

Mit dem Web 2.0 verbindet sich die Verheißung der »Schwarmintelligenz«. Würden Sie diese Form von kollaborativem Arbeiten als intellektuell bezeichnen?

Wikipedia ist ein ganz interessantes Beispiel. Vor allem auf den Diskussionsseiten zu umstrittenen Artikeln finden sich intellektuell hochspannende Texte. Wenn Menschen sich tatsächlich über Details von enzyklopädischen Darstellungen auf einem sehr reflexiven und argumentativ verdichteten Niveau austauschen, ist das eine neue Form von Intellektualität. Die hat es zwar auch immer gegeben, bei Wikipedia kann man diese neue Verflüssigung von Texthaftigkeit aber jederzeit mitverfolgen. Aber ich glaube nicht, dass das schlechthin den Intellektuellen ablöst, ich glaube nur, dass das etwas ist, was dazukommt.

Es geht immer viel um Wissen, etwa bei Wikipedia. Intellektuelle müssen aber doch vordenken, nicht nur reines Wissen aufspüren. Wie verhält es sich also mit Ideen? Und wie geht das Netz mit dem Typus »Genie« um?

Genies haben es immer schwer. Aber nur sie allein bringen intelligente, ein wenig bizarre, aber auf jeden Fall erfrischende Ideen zustande. Thesen können zusammen entstehen, Argumente können zusammen entstehen, aber Ideen, da wär ich jetzt völlig individualpsychologisch, da würde ich sagen, da kommt man drauf. Natürlich sind enge Diskussionszusammenhänge seit jeher ein fruchtbarer Boden für die Entstehung intellektueller Ideen, von den Salons des 18. Jahrhundert über die Diskussionskultur der »Frankfurter Schule« bis heute im Netz. Aber Ideen entstehen nicht algorithmengesteuert und auch nicht durch Schwarmintelligenz.

Eine letzte Frage: Verschwindet das Buch? Oder ist immer noch die »traditionelle« Publikation das Maß aller Dinge und das Ziel intellektuellen Schaffens?

Ja und nein. Das Buch als Medium, so wie wir es kennen, hat eine 500 Jahre alte Geschichte und es ist im Moment da und es ist lebendig und ich sehe nicht, dass es in den nächsten 15 Jahren verschwindet. Aber das Buch war auch immer schon ein Medium im Wandel. Dass wir so etwas wie den Brockhaus als Buch noch haben werden, das ergibt einfach keinen Sinn. Aber solange wir digital nichts haben, was man gut in die Badewanne oder an den Strand mitnehmen kann, werden wir irgendwie mit diesen toten Bäumen weiter operieren. Das andere ist die Frage nach der Langform. Den 1.000-Seiten-Roman, den haben wir nun auch schon eine ganze Weile, und

ich sehe überhaupt keinen Grund dafür, warum sich an diesem Kulturgut Langform irgendwas ändern sollte. In der Wissenschaft bin ich mir nicht so sicher. Ich würde nicht die Hand dafür ins Feuer legen, dass wir 1.000 Seiten dicke Philosophiebücher brauchen. Ich bin immer schon ein Freund der Kurzform gewesen; und ich glaube, in den Geisteswissenschaften kann man sehr viel Intelligentes und historisch Richtiges und Wichtiges auf relativ wenigen Seiten zusammenfassen, ganz ohne dicke Folianten mit unglaublich viel zitiertem Wissen von anderen. Ich würde vermuten, dass es durchaus möglich ist, dass wir diese Langform im geisteswissenschaftlichen Bereich genauso verlieren werden, wie wir sie in den Naturwissenschaften ja längst verloren haben. Das wäre dann das Ende des Buches in der Philosophie. Aber eben nur der dicken Wälzer.

Alexander Hensel
Katharina Rahlf

PORTRAIT

INTELLEKTUELLE EHEPAARE

DIE WEBBS, DIE MYRDALS UND DAS »SOCIAL ENGINEERING«

Ξ Stine Marg / Franz Walter

Intellektualität im Doppel. Das wurde zum Thema von einigen Frauen und Männern in den Salons während der Aufklärung, der Emanzipation, der Säkularisierung. Die zunächst romantische Liebe zwischen zwei festen Partnern – auch dies erst ein vergleichsweise junges Produkt der Moderne – sollte ergänzt und erfüllt werden durch die Gemeinsamkeit intellektueller und wissenschaftlicher Arbeit, durch die Übereinstimmung politischer Absichten und Ziele. Im Grunde lag das in den Jahrzehnten, als die europäische Linke das Frauenwahlrecht forderte und durchsetzte, als dort die Modelle der Lebens-, Ehe- und Familienreform im Schwange waren, als ganz grundsätzlich über den »neuen Menschen« nachgedacht wurde, in der Luft. Und doch finden wir historisch nur einige wenige intellektuelle Partner, die auf hohem Niveau durchhielten, was sie sich als Programm im »Doppel« vorgenommen hatten: gemeinsam zu leben, gemeinsam zu forschen, gemeinsam an der Veränderung der Gesellschaft auf politischem Wege mitzuwirken.[1]

Weit in die Breite jedenfalls strahlte das Vorbild der wenigen – wir betrachten im Folgenden die Ehepaare Beatrice und Sidney Webb sowie Alva und Gunnar Myrdal – bis knapp zum Ende des 20. Jahrhunderts noch nicht. Das intellektuell gleichgestellte Paar blieb minoritär, wurde argwöhnisch oder spöttisch betrachtet selbst im eigenen politischen, im Grundsatz hierfür aufgeschlossenen Milieu. Das waren keine einfachen Bedingungen für ein erfolgreiches Experiment. Man musste sich nach außen stets beweisen. Und man musste im Inneren ein Rollenmodell entwickeln, es im Alltag üben und immer wieder austarieren. Das Paar konnte das Neue wohl kognitiv anerkennen und anstreben, doch es hatte mit den beharrlichen Prägungen des Alten belastend zu leben. Status- und Positionskonflikte waren zwischen zwei Intellektuellen unterschiedlichen Geschlechts, die in einem intimen Liebesverhältnis begonnen und sich dann zu einer intellektuellen Produktionsgemeinschaft bewusst zusammengeführt hatten, eher häufiger anzutreffen und schwieriger auszutragen als in konventionellen Paarkonstellationen, in denen Hierarchien und Aufgaben bereits vorab als geklärt galten.[2]

1 Vgl. Ulla Fölsing, Geniale Beziehungen. Berühmte Paare in der Wissenschaft, München 1999, S. 13.

2 Vgl. Hannelore Schlaffer, Die intellektuelle Ehe. Der Plan vom Leben als Paar, München 2011, S. 21.

Was konnten die Grundlagen für eine erfolgreiche intellektuelle, partnerschaftliche und auch erotische Beziehung sein? Wie identitär oder komplementär sollten Frau und Mann einander begegnen? Aus welchen Quellen zog das intellektuelle Doppel die Kraft, um eine Lebensform durchzuhalten, für die es probate Anleitungen oder normsichernde Maßstäbe nicht gab und die vom Rest der Gesellschaft fördernde Zustimmung oder gar Unterstützung nicht zu erwarten hatte? Brauchte es dafür die vollständige Abkehr vom Ballast der Traditionen; oder lagen in manchen Überlieferungen und Sozialisationsmustern günstige Voraussetzungen für das neue Wagnis? Hob die intellektuelle Partnerschaft das Glück, die Erkenntnis, das Engagement; oder absorbierte sie zu viel Energie für die Balancen und Auseinandersetzungen im Inneren, hinterließ sie Verletzungen, gar Verlierer und Opfer? Schauen wir hin.

Beginnen wir mit Beatrice Webb, geborene Potter, und Sidney Webb. Das Ehepaar Webb – sie im Jahr 1858, er ein Jahr später geboren – galt und gilt nach wie vor als Musterbeispiel einer gelungenen, ja phänomenal produktiven intellektuellen Partnerschaft. Beide waren Autodidakten, aber zusammen gehörten sie am Ende ihres Lebens zu den bedeutendsten Sozialwissenschaftlern Europas. In gemeinsamer Autorenschaft veröffentlichten sie über 400 Aufsätze, Essays und opulente Bücher.[3] Auf das Duo ging die Gründung der berühmten London School of Economics zurück; und das Ehepaar schuf die Zeitschrift *New Statesman*.[4] Beide gehörten zum engsten Führungskern der »Fabian Society«, ein in England ungemein einflussreicher Debattenzirkel von Intellektuellen, die über einen graduellen, demokratischen und reformistischen Weg des Sozialismus nachdachten und die programmatische Plattform der jungen Labourparty später wesentlich konstituierten. Kurz: Nach über fünfzig Jahren Ehe konnte die Bilanz privater, politischer und wissenschaftlicher Partnerschaft bei den Webbs günstiger wohl nicht ausfallen.

Dabei schien es zu Beginn über etliche Monate keineswegs so, als würden die beiden harmonisch zusammenkommen. Die erste Begegnung fand im Januar 1890 statt. Sidney war sogleich von Miss Potter hingerissen und stürmisch verliebt. Diese hingegen fand den jungen Mann wohl intelligent, aber doch auch abstoßend hässlich. »Sein winziger Kaulquappenleib, die ungesunde Haut, der Mangel an Lebensart, sein Chockneydialekt und seine Armut, das alles«, formulierte Beatrice hart in ihrem Tagebuch, »spricht gegen ihn.«[5] In der Tat: Die Unterschiede zwischen den beiden hätten größer kaum sein können. Sie war die Tochter eines steinreichen Eisenbahnindustriellen, Zugehörige der bürgerlichen englischen Oberschicht, groß, schlank, dunkler Teint, nach allgemeinen Urteil: eine wunderschöne, wirkliche Dame der Gesellschaft.[6]

3 Gerhard Danzer, Die sozialistischen Lehr- und Wanderjahre der Beatrice Webb, in: Elke Pilz (Hg.), Das Ideal der Menschlichkeit. Frauen und die sozialistische Idee, Würzburg 2005, S. 31–49, hier S. 36.

4 Vgl. Lisanne Radice, Beatrice and Sidney Webb. Fabian Socialists, London 1984, S. 269.

5 Zit. nach: Danzer, Die sozialistischen Lehr- und Wanderjahre, S. 36.

6 Vgl. Dieter Schneider, Beatrice Webb 1858–1943. Das soziale Gewissen der Nation wachrütteln, in: ders. (Hg.), Sie waren die ersten Frauen in der Arbeiterbewegung, Frankfurt a. M. 1988, S. 105–116, hier S. 107.

Er indes kam aus kleinen Angestelltenverhältnissen, war unvermögend, hatte die Universität nicht besuchen können, hatte einen überproportional großen Kopf, wirkte dabei klein von Wuchs, war rundlich, schaute finster unter dicken buschigen Augenbrauen hervor und gestikulierte mit winzigen Händen bei seinen Reden, die er in der Regel mit heiserer Stimme vortrug. Ein ganzes Jahr lang gelang es Beatrice trotz zahlreicher amouröser Briefe von Sidney nicht, für den Verehrer Ähnliches zu empfinden. Bei ihr regte sich keine intime Zuneigung, erst recht keine Leidenschaft, nicht die geringste erotische Inspiration.

Doch fand Sidney den Hebel, um die sich sträubende Miss Potter zu überzeugen. Schließlich war er schon ein bedeutender Intellektueller bei den Fabiern; und sie hatte bereits sozialwissenschaftliche Forschungen ausprobiert, auch ein kleines Buch über das englische Genossenschaftswesen verfasst. Hier setzte Sidney Webb an. Er schlug ihr eine »produktive Arbeitsgemeinschaft« vor, definierte für sie die Eheschließung als eine Art »Arbeitsvertrag«, um durch gemeinsame Forschungen und politisches Engagement die Welt zu verändern. Der Terminus dafür lautete: »partnership in work«. Und die Formel, welche Sidney kreierte und die Beatrice letztlich beeindruckte, hieß: »Eins und eins gibt nicht zwei, sondern elf«. Dem konnte Beatrice folgen, wie sie ihrem Tagebuch anvertraute. »Wir sind beide Geister zweiten Ranges, aber wir ergänzen einander einzigartig.«[7] So versprach sie dem Verlobten, ihm eine »professionelle Ehefrau« zu werden. Als die Trauung im Juli 1892 vollzogen war, machten sich die Webbs nicht etwa zur Hochzeitsreise nach Venedig auf. Das frisch vermählte Paar fuhr vielmehr nach Dublin und Glasgow; anstatt entspannt zu flittern, sichtete und wertete es Dokumente der Gewerkschaftsbewegung für das erste gemeinsame Buchprojekt aus.

Zwei Jahre später war das Buch unter dem Titel »The History of Trade Unionism« den englischen Lesern zugänglich. Nach drei weiteren Jahren erschien die Schrift der Webbs zur »Industrial Democracy«. Monumentale Werke waren danach noch »English Local Government« und, Mitte der 1930er Jahre, die berüchtigte Hommage auf Sowjetrussland, das 1.257 Seiten umfassende Opus »Soviet Communism: A New Civilization«. Daneben berieten die beiden noch allerlei Kommissionen; Sidney gehörte mehrere Jahre dem britischen Parlament an, war in den 1920er Jahren Staatssekretär und Minister. Zusammen firmierten sie bei Freund und Feind als »Firma Webb«.

Die »Firma« funktionierte nach den Regeln der Komplementarität. Stärken und Schwächen waren unterschiedlich verteilt; insgesamt ergänzten sich die Webbs vorzüglich. Sie war reichlich mit Phantasie und konzeptionellen Einfällen ausgestattet, stand im Ruf, im Feld der sozialwissenschaftlichen Interviews

7 Zit. nach Margaret Cole, Tapfer und unentwegt. Die Lebensgeschichte der Beatrice Webb, Hamburg 1950, S. 56.

patent zu agieren. Ihm lag das weniger, dafür glich er ihre methodischen Unschärfen durch Akribie und Systematik aus. Er war auch geduldiger und verfügte über einen längeren Atem, während sie rasch aufbrauste und durch Launen ihr Umfeld schreckte. Beatrice, die durch die Heirat mit dem sozial niedriger rangierenden Sozialisten aus ihrem Herkunftsmilieu, das den Kontakt mit ihr brach, herausgefallen war, hatte durch einige eitle, auch herrische Züge gewiss mehr Gegner und Kritiker als ihr umgänglicherer Ehemann.

Aber ohne Beatrice hätte die »Arbeitsgemeinschaft Webb« nicht bestehen können. Schon rein materiell trug sie die »Firma« ehelicher Produktivität. Bereits als junge Frau war sie durch ihren Vater, der seine Töchter ungewöhnlich frei erzogen und liberal gefördert hatte, mit einer auskömmlichen lebenslangen Jahresrente ausgestattet worden. Einem Broterwerb brauchte daher auch der Gatte nicht mehr nachzugehen. Das väterliche Geld reichte für ein Haus in London mit immerhin zehn Zimmern. Man konnte sich zwei Hausangestellte leisten, dazu einen Sekretär, auch wissenschaftliche Hilfskräfte, die Material besorgten, statistische Berechnungen anstellten. Das Haus stand Gästen aus Wissenschaft und linker Politik offen. Über den Sommer ging es in die Ferien aufs Land. Auch die Finanzierung von aufwendigen Auslandsreisen fiel dem intellektuellen Sozialistenpaar durch die Alimentation aus der kapitalistischen Profitmasse des verstorbenen Mister Potter nicht schwer.

Natürlich wurde bei den Webbs auch im Urlaub gearbeitet, gelesen, geforscht, debattiert. Selbstverständlich war Müßiggang verpönt, ja verachtet. Der Dramatiker und spätere Literaturnobelpreisträger George Bernard Shaw, ebenfalls einer der Köpfe der Fabier, seufzte nach gemeinsamen Ferien mit den Webbs, dass die beiden über ihre »politische Wissenschaft unablässig zärtlich diskutieren«[8]. Hatte die produktive Arbeit also doch zu Intimität geführt, hatte sich die wissenschaftliche Kooperation und Übereinstimmung letztlich in Liebe transferieren können? Beatrice Webb schrieb jedenfalls oft genug auf, in ihrem Tagebuch und in ihren Briefen, wie glücklich sie durch das Zusammenleben und die Zusammenarbeit mit ihrem Sidney sei, wie befriedigend sie den Alltag aus Forschung und politischer Aktivität empfände. Doch spricht wenig dafür, dass die Symbiose in der Arbeit das Ehepaar auch in der Erotik neu und vital zusammengeführt haben könnte. Dafür wiesen die beiden gleichsam programmatisch zu sehr darauf hin, wie wichtig es sei, in sexuellen Dingen Maß zu halten, um die Kräfte für den eigentlich wichtigen sozialistischen Kampf nicht zu vergeuden.[9] Und dafür waren auch die Briefe von Beatrice an Sidney zu nüchtern verfasst, da dieser stets als »Freund«, »Ratgeber«, »Kamerad« angesprochen wurde, ganz selten einmal zärtlich als »Geliebter« vorkam.

8 Vgl. ebd., S. 86.

9 Ebd., S. 87.

Die Nüchternheit des Lebensstils im Alltag übersetzte sich in einen Rationalismus der sozialistischen Weltanschauung. Der Rationalismus war gewissermaßen eine Art Ersatzreligion insbesondere für die anfangs streng evangelikal aufgewachsene Beatrice. Man kann auch vom Puritanismus der Lebensauffassung sprechen: Für Gourmets, die köstliche Speisen und vorzügliche Weine schätzten, hatte sie nur Widerwillen übrig; Poesie sagte ihr gar nichts; rein unterhaltende Geselligkeit hielt sie für pure Zeitverschwendung. Die Stunden zwischen Frühstück und Schlaf hatten nach strengen Kriterien von Effizienz und Output angeordnet zu sein. Und auf diese Weise logisch durchorganisiert stellten sich die Webbs eben auch die Gesellschaft des Sozialismus vor.

Daher konnte das Paar 1914 anfangs sogar dem Krieg einen positiven Zug der sozialen und institutionellen Formierung abgewinnen. Schrecken und Leid blendeten sie zunächst aus, hoben stattdessen den Planungscharakter staatlicher Kriegswirtschaft hervor, welcher ihnen durchaus zusagte.[10] Und die Mischung aus Puritanismus und Rationalismus führte die Webbs in der ersten Hälfte der 1930er Jahre in die Sowjetunion, machte sie – die Theoretiker des Reformismus und Gradualismus – zu leidenschaftlichen Liebhabern des sowjetischen Systems.[11] 1935 hatte sich das Ehepaar zu einer ausgiebigen Forschungsreise in das Land Stalins aufgemacht. Und die Webbs kehrten begeistert nach England zurück. Besonders Beatrice war angetan von der »Einfachheit« der Lebensverhältnisse, die – wie sie vermutete – freiwillige, für den Sozialismus opferreich ertragene Armut. Beide fanden im Rationalisierungsanspruch der Fünfjahrespläne ihre eigenen Prinzipien wieder. Und dass die Kommunistische Partei nach deutlich vorgegebenen Kriterien den industriellen Auf- und Ausbau des Landes systematisch betrieb, imponierte ihnen ebenso. Dergleichen bedeutete für das Intellektuellenpaar den Sieg wissenschaftlicher Politik über die Irrationalität der Stimmungsdemokratien des Westens. Das zweibändige Werk, das die Webbs mit großer Euphorie über das Land, in dem sie die frühen Ideale der Fabian Society realisiert sahen, schrieben, fand binnen weniger Monate etliche zehntausend Käufer, Leser – und Epigonen. Interessant jedenfalls war schon, dass die Identifikation mit Stalins Sowjetunion nicht über den Marxismus, nicht über die proletarischen Traditionen der Arbeiterbewegung, sondern über den Gestaltungsanspruch von in der Aufklärung des Bürgertums groß gewordenen Intellektuellen lief, die als Paar im kleinen Doppel lebten, was sie sich als Zukunft einer ganzen Gesellschaft vorstellten.

Peter Wittig, kundiger Interpret der Fabian Society, ordnete die Russophilie der Webbs und auch von Georg Bernard Shaw daher in die Geisteswelt der

10 Peter Wittig, Der englische Weg zum Sozialismus. Die Fabier und ihre Bedeutung für die Labour Party und die englische Politik, Berlin 1982, S. 288 f.

11 Vgl. ebd., S. 320 ff.

»Social Engineering«-Tradition ein.[12] Die Protagonisten dieser Richtung, deren große Zeit zwischen dem späten 19. Jahrhundert und den 1940er Jahren lag, haderten mit den Atomisierungs-, Individualisierungs- und Desintegrationserscheinungen der Moderne, die sie als Krise, wenn nicht gar als Apokalypse der Menschheit wahrnahmen. Und um dieser Krise erfolgreich entgegenzuwirken, bedurfte es einer gezielten gesellschaftlichen Planung, die auf Basis vernünftiger Konzeptionen die Einzelnen mittels systematischer Erziehung zu einsichtigen Teilen eines bewusst gemeinschaftsorientierten, gesunden, produktiven, dabei solidarischen Kollektivs zusammenfügte.[13] Das hatte unten anzufangen, in Familie und Gemeinde, hatte sich dann über staatliche Steuerung auf die ganze Nation auszuweiten, bis das Ziel erreicht sein würde: der neue Mensch in einer neuen Gesellschaft der Freiheit durch Einsicht.

Diese Denkrichtung bildete sich unzweifelhaft im Lebens- und Reformmodell des Ehepaars Webb ab. Aber ungleich schärfer und weit expliziter machten sich das auch Alva und Gunnar Myrdal zum Familien-, Sozial- und Gesellschaftsprogramm. Die Myrdals waren das zweite intellektuell ungewöhnlich produktive Ehepaar des 20. Jahrhunderts im politischen Spektrum der Linken, wahrscheinlich politisch noch wirksamer, jedenfalls noch ein gutes Stück berühmter als die Webbs. Die schwedischen Myrdals kamen rund vierzig Jahre später auf die Welt als ihre englischen Pendants, hatten daher vielleicht auch nicht mehr ganz so viele Hindernisse zu überwinden wie diese. Bei den Myrdals schaffte es jetzt auch die Ehefrau, an die Spitze eines Ministeriums zu gelangen, als Botschafterin ihres Landes in mehreren Ländern zu agieren, als Chefdelegierte bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen zu fungieren. Ihr Mann war nicht nur – wie Sidney Webb – der einflussreichste Theoretiker innerhalb der nationalen Arbeiterbewegung, er erhielt dazu auch eine Professur an der Universität in Stockholm, was dem Fabier lediglich in der Einrichtung gelang, die er selbst mitgründete, der London School of Economics. Und die Myrdals wurden beide mit dem Nobelpreis ausgezeichnet, er 1974 für Wirtschaftswissenschaften, sie exakt ein Jahrzehnt später für ihre Bemühungen um den Frieden. Gemeinsam standen sie, prominenter als alle anderen ihrer Façon, für eine Gesellschaftsreform im Geiste des Social Engineering.[14] Ihre Partnerschaft, ihre intellektuelle Symbiose als »writing couple«[15], ihr Familienleben – das alles galt nicht als eine vorwiegend private Lebensvariante, das alles verstand sich ausdrücklich als konstitutiver Baustein eben der neuen, nachbürgerlichen Gesellschaft.

Die Myrdals kamen beide aus kleinen Verhältnissen. Und sie fanden schneller zusammen als die Webbs. Alva war, als 17-jährige Schülerin, un-

12 Vgl. ebd., S. 329.

13 Vgl. hierzu Thomas Etzemüller, Social Engineering, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 11.02.2010, online einsehbar unter http://docupedia.de/zg/Social_engineering.

14 Vgl. ders., Die Romantik der Rationalität. Alva & Gunnar Myrdal – Social Engineering in Schweden, Bielefeld 2010, S. 21 ff.

15 E. Stina Lyon, The use of biographical material in intellectual history. Writing about Alva and Gunnar Myrdal's contribution to sociology, in: International Journal of Social Research Methodology, Jg. 7 (2004) H. 4, S. 323–343, hier S. 329.

mittelbar hingerissen, als sie dem vier Jahre älteren Studenten Gunnar zum ersten Mal begegnete. Er war ihr Held, ihr starker Mann, der »Prinz ihrer Träume«, was Gunnar seinerseits vom ersten Tag an genoss und wohl auch an Bewunderung im Weiteren benötigte. Es ging zärtlicher zu zwischen den Myrdals als zwischen den Webbs. Die Briefe waren gefüllt mit neckischen Kosereien.[16]

Aber zentral war das auch für die Myrdals nicht. Im Zentrum ihres Lebensplans stand das politisch-gesellschaftliche Projekt, in das sie sich als Paar und dann, mit der Geburt der Kinder, auch als Familie bewusst einbanden. Das Ehepaar wollte emanzipierter miteinander umgehen; daher war man eine Produktionsgemeinschaft zur Entfaltung von Ideen, zur Abfassung von Aufsätzen und Büchern. Die Kinder sollten anders erzogen werden; unterstützt von Krippen und Vorschulen hatte bei ihnen die Förderung zur Kollektivität, Gesundheit und umfassender Bildung früh zu beginnen. Und daher war auch die Wohnsphäre architektonisch neu zu gestalten; so sollten die Alltagsfunktionen nicht zuletzt in der Küche zeitsparend rationalisiert werden, um den Produktionsgemeinschaften im Haus ein Höchstmaß an Effizienz zu ermöglichen. Mit einem befreundeten Architekten entwarf Alva Myrdal ein solches Modellhaus, in das die Familie 1936 einziehen konnte. Alva und Gunnar verfügten nun in der ersten Etage, ausreichend weit vom störenden Kinderlärm entfernt, über ein großzügig geschnittenes Arbeitszimmer mit einem gewaltigen Zwillingsschreibtisch, um im direkten Kontakt ohne Zeitverluste an den Manuskripten zu feilen.[17]

Leisten konnten sie sich das Haus, weil ihnen mit ihrem ersten gemeinsamen, 1934 erschienenen Buch zur »Krise der Bevölkerungsfrage« ein Bestseller gelungen war, der die Myrdals binnen weniger Wochen landesweit bekannt und zu Stars der öffentlichen Debatte gemacht hatte. Die Schweden befürchteten in den 1930er Jahren auszusterben, da die Geburtenziffer stark zurückging. Die Myrdals dämpften diese sinisteren Ängste nicht, sie heizten – wie in fast allen ihrer Bücher auch in den folgenden Jahrzehnten – die Sorgen vor dem großen Menetekel noch an, um so die Einfallstore für ihre Gegenrezepturen zur sonst unweigerlich drohenden Katastrophe weit aufzustoßen. Schweden drohe die »Vergreisung des Volkskörpers«, ja: eine »Flutwelle intellektueller Senilität« – mit diesem Schreckenszenario stiegen die Myrdals in ihr Thema ein, um dann ihr Rettungspaket zu präsentieren, das für Jahrzehnte die Grundlinien des schwedischen Wohlfahrtsstaates vorgab.[18] Der Staat wurde in ihrer Konzeption zum Agens und Wahrer schwedischer Zukunft, präziser: der handelnde, der planvoll intervenierende Staat. Er hatte sich auch in die sexuellen Gewohnheiten der Bürger einzumischen,

16 Vgl. Kaj Fölster, Drei Blätter: Das Schweigen der Frauen und die Nacht der Männer. Annäherung an Alva Myrdal, Frankfurt a. M. 1996, S. 167 ff.

17 Vgl. Fölsing, Geniale Beziehungen, S. 159.

18 Hans-Dietrich Raapke, Biographische Zugänge zur Erwachsenenbildung am Beispiel von Alva Myrdal, in: Ulrike Heuer u. Ruth Siebers (Hg.), Weiterbildung am Beginn des 21. Jahrhunderts, Münster 2007, S. 293–302, hier S. 295.

in Fragen der Fruchtbarkeit verbindliche Anleitungen zu geben, hatte für sozial bessere Lebensbedingungen zu sorgen, für ein gutes Wohnumfeld, für ein umfassendes Netz von Kinderkrippen, schulischen Einrichtungen und Betreuungsinstitutionen, welche die vielfach überforderten, überdies für die wirtschaftliche Produktivität an anderer Stelle vordringlicher gebrauchten Eltern entlasten sollten. Der Staat hatte die Produktion der Wirtschaftsgüter zu planen und damit auch die Güterkonsumtion zu regeln; Luxusgüter wurden aus der Perspektive der Myrdals – hier wiederum den Webbs sehr ähnlich – nicht benötigt, durften daher auch nicht hergestellt werden.[19]

Die gesellschaftlich notwendige Qualität des Materials stand überhaupt im Zentrum aller Überlegungen der Myrdals. Das bezog sich auch und ganz besonders auf die Qualität des »Menschenmaterials«. Die Myrdals, der schwedische Wohlfahrtssozialismus, das Projekt Social Engineering trugen einen gusseisernen eugenischen Kern in sich. Für die Myrdals gab es jedenfalls kein freies Bürgerrecht auf Kinder. Der »soziale Abfall«, diejenigen mithin, die entweder erbbiologisch oder sozial keinen wünschenswerten Nachwuchs versprachen, sollten zur Sterilisierung bewegt werden. Fügten sie sich dieser Empfehlung nicht, dann war ihnen das Kindergeld zu streichen, um den Druck zu erhöhen.[20] Ab 1946 plädierte Alva Myrdal – noch stärker als im gemeinsamen Buch – für die Sterilisierung auch gegen den Willen der Betroffenen, um eine »minderwertige Bevölkerungsqualität« auszuschließen. Geburtenschwäche durch vermehrte Einwanderung auszugleichen, lehnten die Myrdals ab, da es sich bei den Migrationsgruppen »im Vergleich zu schwedischen Arbeitern um minderwertiges Volksmaterial«[21] handle.

Die Myrdals ihrerseits strengten sich an, dem Land und Gesellschaftskollektiv wertvolles Material zur Verfügung zu stellen. Alva hatte zu Beginn der Beziehung mit Gunnar von zwölf Kindern geträumt, die sie ihrem Mann schenken wollte. Am Ende hatte das Paar zwei Töchter und einen Sohn; eine ganze Reihe von Fehlgeburten zerschlug die Hoffnung Alvas auf zusätzlichen Nachwuchs. Das zweite Kind kam im Übrigen wenige Wochen nach Erscheinen von »Die Krise der Bevölkerungsfrage« zur Welt und wurde so ein Teil der Öffentlichkeitsstrategie der Myrdals. Mit den Medien wussten die beiden auch hernach virtuos umzugehen. Mit ihrer Methode, den Nieder- oder Untergang zu beschwören, um sich auf diese Weise mehr Gehör für ihre eigenen Alternativpläne zu verschaffen, fanden die Myrdals im Medienbereich stets multiplikationsfreudige Bündnispartner. In den 1960er/70er Jahren avancierten sie zu Ikonen der verschiedenen Bewegungen für Frieden und soziale Weltgerechtigkeit. Generell nahm man das Ehepaar als Musterbeispiel für die Koinzidenz

19 Vgl. besonders Thomas Etzemüller, Die Romantik des Reißbretts, in: Geschichte und Gesellschaft, Jg. 32 (2006) H. 4, S. 445–466.

20 Ders., »Unsere schlechte Welt«. Die moralische Kraft der Rationalität bei Alva und Gunnar Myrdal, in: Habbo Knoch (Hg.), Bürgersinn mit Weltgefühl. Politische Moral und solidarischer Protest in den sechziger und siebziger Jahren, Göttingen 2007, S. 74–92, hier S. 79 f.

21 Zitiert wie auch die Beispiele zuvor bei Ann-Judith Rabenschlag, Für eine bessere »Bevölkerungsqualität«. Ein Vergleich bevölkerungspolitischer Konzepte in Schweden 1920 bis 1940, in: NORDEUROPAforum Jg. 18 (2008) H. 1, S. 47–67, hier S. 59.

von eindringlicher Sozialbotschaft im Großen und glaubwürdig übersetzter Biografie im Kleineren wahr. Die Nobelpreise prämierten diese Lebensleistung.

Doch plötzlich warfen sich von mehreren Seiten dunkle Schatten auf diese Lebensgeschichte. Die Helden der »prophylaktischen Sozialpolitik« gerieten in die Kritik. Jahrzehnte nach der Publikation ihres Buches zur Bevölkerungsproblematik wurden Fragen und Einwände zum sozialeugenischen Programm der Myrdals und der schwedischen Politik laut. Von 60.000 Sterilisationen in der schwedischen Wohlfahrtsgesellschaft war nun die Rede, davon mindestens ein Drittel gegen den Willen der Betroffenen. Anstaltspatienten, die als geisteskrank diagnostiziert worden waren, wurden zu Hunderten die Zähne weggerissen, weil man diese zur Hebung der Volksgesundheit für die Kariesforschung verwendete.[22] Dergleichen Exzesse des Social Engineering beurteilte man nun negativ auch im direkten Bezug zu den formativen Reform- und Planungsentwürfen der Myrdals (sowie der seinerzeit regierenden Sozialdemokraten). Offenkundig konnten, wie man nun erkannte, auch Ideen unmittelbar aus der Tradition der Aufklärung und der Fortschrittsperspektive, welche sich der gesellschaftlichen Optimierung und des Werks am neuen Menschen verschrieben, zu Deformationen führen, die in der Regel dem radikalen Gegenüber im politischen Felde zugeordnet wurden.

Und dann meldeten sich noch die Kinder der Myrdals mit autobiografischen Schriften öffentlich zu Worte. Kinder und Erziehung bildeten immerhin den primären Ort für den Bau der neuen Gesellschaft, wie sie den Myrdals ein Leben lang vorgeschwebt hatte. Nahm man die biografische Bilanz der Myrdal-Kinder, dann war das Projekt des Social Engineering komplett, ja desaströs gescheitert. Die Rückblicke des Sohnes und der jüngsten Tochter auf die Familienumstände spiegelten Wut, Bitterkeit, Leid, Einsamkeit, Sehnsucht nach (väterlicherseits) vorenthaltener Liebe und Zuneigung wider.[23] Gunnar Myrdal scheint seinen Kindern als gefühlskalte, gleichgültige, empathielose, ganz und gar selbstbezogene, neurotische Persönlichkeit gegenübergetreten zu sein. Er war zwar allzeit ein dezidierter Verfechter der Emanzipation, in der Wirtschaft, in der Politik, an den Universitäten. Allein, in seiner Familie, im eigenen Heim wollte der Ehemann von der Emanzipation seiner Frau, jedenfalls von einer in die Praxis übersetzten Neudefinition der Geschlechterrollen nichts wissen. Kaj, die jüngste Tochter der Myrdals, hielt den Alltag im elterlichen Haus expressiv fest:

»Ich lernte zu Hause, dass die Frauen es sind, die die Gartenarbeit machen, die Schränke aufräumen, für Nachschub im Kühlschrank und in der Speisekammer sorgen, zusehen, dass alles funktioniert. Alva koordinierte die Familienaktivitäten, traf Verabredungen, plante Mahlzeiten und Ferien, ver-

22 Thomas Etzemüller, Totalität statt Totalitarismus? Europäische Themen, nationale Variationen, in: Themenportal europäische Geschichte (2007), online einsehbar unter http://www.europa.clio-online.de/site/lang__de/ItemID__256/mid__12208/40208772/Default.aspx.

23 Vgl. auch Jan Myrdal, Kindheit in Schweden, Marburg 1990; ders., Das dreizehnte Jahr, Marburg 1991; ders., Eine andere Welt, Marburg 1991.

waltete Bankkonten und die Haushaltskasse. Sie sprach mit den Lehrerinnen, ging zu Schulveranstaltungen, kam mit, wenn wir geimpft werden mussten, schenkte Märchenbücher, Katzen und Hunde, gab mir mein Taschengeld. […] Ich lernte zu Hause, dass Männer nicht da sind, außer als Bedrohung für die Gemeinschaft, die sie nicht teilen wollen. Aber sie fordern geballte Aufmerksamkeit.«[24]

Alva kümmerte sich um alles, sie mühte sich, die Balancen herzustellen, zwischen Wissenschaft, Politik, Partnerschaft, Kindern.[25] Gunnar hingegen ging darin auf, an seiner eigenen wissenschaftlichen Größe zu arbeiten. Zuweilen ging er fremd. Aber er klammerte, fast wie ein Kind, an Alva, seiner »emotionalen Apotheke«, die er brauchte, um über ausreichend Kraft zu verfügen für seine Elogen auf die Rationalität des Gesellschaftsplans und die führende Rolle der Sozialingenieure hierbei.

24 Vgl. Fölster, Drei Blätter, S. 146.

25 Vgl. Yvonne Hirdmann, Alva Myrdal. The passionate mind, Bloomington 2008.

Stine Marg, geb. 1983, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

Prof. Dr. Franz Walter, geb. 1956, ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Göttingen.

DER RASENDE THEORETIKER

IM TAXI MIT SLAVOJ ŽIŽEK

Ξ Oliver Nachtwey

Der Teufel ist die Stille, die Denk- und Sprechpause. Dieser Teufel scheint hinter Slavoj Žižek her zu sein, so schnell spricht er. Wir sitzen zusammen im Taxi, und er hat die Phase des gegenseitigen Kennenlernens gleich übersprungen. Er quasselt, nein philosophiert, räsoniert unmittelbar drauf los. Fortwährend schwingt sein Kopf zur Seite wie der Wagen einer manuellen Schreibmaschine. In einer endlosen Verkettung von Übersprunghandlungen fasst er sich nacheinander ins Gesicht, an den Kopf, die Ohren, wischt sich über den Mund (erst mit der einen, dann mit der anderen Hand), streicht sich über die Haare seines Ponys. Wäre Žižek ein Jugendlicher, wäre die Diagnose klar: ADHS. Aber neben mir sitzt kein verhaltensgestörter Teenager, sondern der wohl erste globale Philosophiepopstar. Er hat ein einzigartiges Theorie-Universum geschaffen aus Marx, Hegel, Cultural Studies, Filmtheorie, radikaler französischer Philosophie und der Psychoanalyse Jacques Lacans. Es gibt Fan-Artikel, eine wissenschaftliche Zeitschrift der Žižek-Studien; für seine Fans ist er der »Elvis der Kulturtheorie«, für seine Gegner »der gefährlichste lebende Philosoph des Westens«. Kürzlich berichteten einige angelsächsische Boulevardmedien, dass Žižek jetzt mit Lady Gaga ausgehe. Es war nur ein Gerücht, aber ganz unplausibel erschien es nicht. Schließlich war er bis vor kurzem noch mit dem dreißig Jahre jüngeren argentinischen Unterwäschemodel Analia Hounie verheiratet.

Während der Fahrt im Taxi durch Berlin analysiert Žižek in einem Parforceritt verschiedene Aspekte der Weltpolitik, die Lage im arabischen Raum und den Zustand der Linken, plaudert über Kino und, als wir am Brandenburger Tor vorbeikommen, Komponisten klassischer Musik: Wagner, Eisler, Schönberg. So geht es in einem fort. Er spricht ein kantig akzentuiertes Englisch – erst später sehe ich ein Youtube-Video, in dem er fließend Deutsch redet.

Man unterhält sich ein bisschen, aber ist gleichzeitig staunender Zuschauer eines rasenden Theoretikers, der assoziative Ketten und verblüffende Analogien bildet, die ohne Ende und Zusammenhang scheinen, aber zumeist einen tiefen philosophischen Kern beinhalten. Oft stellt er mir hypothetische

Fragen (die immer mit »Wussten sie eigentlich?« anfangen), um sie sogleich selbst zu beantworten.

Žižek liebt das subversive, dialektische und vor allem paradoxe Denken. Er paraphrasiert gerne die treffliche Beobachtung des US-Kulturtheoretikers Fredric Jameson, dass wir uns heute ohne Weiteres den Untergang der Welt vorstellen können, aber nicht das Ende des Kapitalismus. Vor ein paar Jahren hat er in der *Zeit* geschrieben, das Paradox des Individuums im liberalen Kapitalismus sei, dass uns suggeriert werde, man habe immer und überall die Wahl. Doch letztendlich stehe nichts Substantielles zur Entscheidung, wir könnten nur für Cola oder Pepsi votieren (die Größe Lenins bestand deshalb für ihn darin, wirkliche Alternativen zu verfolgen). Das gelte auch für die Demokratie, die ihrem Wesen nach heute eine »konstitutionelle Demokratie« sei: Der Bürger habe zwar formell die freie Wahl, aber seine Funktion bestehe nur noch darin, das zu unterzeichnen, was ihm von den politischen Eliten – als Sachzwang – unterbreitet wird. Žižek ist deshalb ein Gegner der liberalen Demokratie, nicht weil sie demokratisch ist, sondern weil Demokratie nur simuliert wird.

Denn auch hinter der Freiheit versteckt sich für ihn häufig nur eine erzwungene Wahl. Wenn früher autoritäre Eltern ihren Kindern gesagt hätten, »heute gehst du zur Oma und bist nett zu ihr«, würde man heute sagen: »Wenn du nicht willst, musst du nicht gehen, aber ich wäre enttäuscht und Oma sehr, sehr traurig«. Das sei moralisch viel heimtückischer, weil man jetzt seine Wahllosigkeit auch noch selber wollen müsse. Überhaupt sei die jüngste Periode des Kapitalismus auf perfide Weise autoritär: Der nette, kumpelhafte Chef hat zwar den autoritären Firmenpatriarchen abgelöst, aber, und dies ist zugleich der Haken: Er bleibt immer noch der Chef. Hinter der Maske des kumpelhaften Chefs liege eine strengere, unnachgiebigere Autorität, weil sie einem letztlich den Raum zum Protestieren nehme.

Žižek liebt nicht nur das Paradoxe, er, sein Körper ist es. Nach einer Stunde ununterbrochenen Redens fährt sein Körper runter wie ein überhitzter Generator. Er hat Diabetes. Wir sind im Hotel, er muss jetzt erstmal schlafen. Als wir uns später wiedersehen, kommt tatsächlich so etwas wie ein Gespräch zustande. Er will wissen, wie es um die Politik in Deutschland steht, vor allem aber: »Sagen sie, Lafontaine, hatte er wirklich eine Affäre mit Sahra Wagenknecht?«. Der voyeuristische Geist über das Leben und die Lust der Prominenten, den Normalsterbliche in *Gala*, *Bunte* und *InTouch* befriedigen, ist auch Žižek nicht fremd, nur eben anders: Ihn fasziniert, wie der italienische Komponist Luigi Nono, ein Verehrer Schönbergs, erst versucht hat, die Witwe Schönbergs zu heiraten, und dann, als diese ablehnt, dessen

Tochter ehelicht. Žižek glaubt – so kann wohl nur jemand denken, der sich viel mit Psychoanalyse beschäftigt hat –, dass Nono durch die körperliche Vereinigung auch in Schönberg eindringen wollte.

Erst 1989 hat Žižek sein erstes Buch auf Englisch geschrieben. Seitdem veröffentlicht er mindestens ein, oft sogar mehrere Bücher pro Jahr. In Jugoslawien gehörte er zum Milieu der Dissidenten und durfte wegen seiner unkonventionellen Theorien und Ansichten mehr als vier Jahre nicht an der Universität arbeiten. Bei den ersten freien slowenischen Wahlen im Jahr 1990 trat er als Präsidentschaftskandidat für die liberaldemokratische Partei an. Aber die Politik langweilte ihn schnell, weil sie zu viel Zeit kostete. Žižek gehört zu jenen Menschen, die in ihrer Kindheit viel alleine und deren Freunde die Bücher waren. Solche Gewohnheiten legt man nur schwer wieder ab; er ist ein Sonderling, aber keiner, dem die Empathie fehlt, sondern jemand, den Sozialkompetenz und menschliche Nähe überfordern. Sein Status als globaler Philosophiepopstar bringt ihn aber immer wieder in diese Situation: Er muss nicht nur ständig mit fremden Menschen im Taxi sitzen, sondern er ist permanent von Menschen umringt, die ihn bestaunen. In einem Dokumentarfilm ist zu sehen, wie ein Fan ihn wie einen großen Teddybär in den Arm nimmt. Žižek ist sichtlich verstört und ergreift die Flucht. Wenn er in Anlehnung an Freud schreibt, dass der Narziss, der gerne ein atomisiertes Individuum sein möchte, die Menge braucht, um seine Distanz zu den anderen zu regulieren, schreibt er auch über sich selbst. Aber Žižek ist eigentlich ein netter, ja sogar unprätentiöser Typ. Er versucht nicht – wie andere Berühmtheiten – »ganz normal« oder gar »bodenständig« zu erscheinen (das wäre auch unmöglich). Aber der würdevoll-elitäre Habitus, den gerade viele linke Akademiker an den Tag legen, ist ihm fremd und lästig. Es wurde schon viel darüber geschrieben, dass er Gratissocken von der Lufthansa, abgetragene Jeans und geschenkte T-Shirts trägt.

Als wir in ein weiteres Taxi einsteigen, ist hinten ein Kindersitz eingebaut. Žižek setzt sich nach kurzem Zögern einfach drauf, sitzt mit angezogenen Beinen eingekauert wie ein kleiner Junge dort. Die infantile Sitzposition scheint ihm zu gefallen. Er legt gleich wieder los, der Schlaf hat ihn ausgeruht. Diesmal mit Anekdoten über Lacan, der sich eigentlich gar nicht für seine Patienten interessierte. Wir fahren zu einer Videoaufzeichnung mit »leftvision«, einer Gruppe von linken Aktivisten, die allerlei Videos für die sozialen Bewegungen in Deutschland ins Internet stellt. Alle sind völlig aufgedreht, dass Žižek in ihrem kleinen Berliner Studio sitzt. In den Drehpausen macht er politisch inkorrekte Witze (»Können wir ihnen etwas zur Stärkung brin-

gen?« – »Ja, eine schöne Frau!«), um die Linken ein bisschen zu schockieren. Aber sie sind immer noch zu baff, dass da tatsächlich Žižek vor ihnen sitzt.

Was macht Žižek eigentlich so attraktiv – vor allem für junge Leute, deren liebste Kost in ihrem neu entdeckten Theoriehunger er ist? Zunächst ist er ganz unzeitgemäß für den Kommunismus – eine Seltenheit für einen ehemaligen Dissidenten – und seine Melange aus Marxismus, Psychoanalyse, Kulturtheorie und Popkultur ist sicherlich außergewöhnlich. Aber diese Erklärung bleibt an der Oberfläche. Denn Žižek ist zwar ein Solitär, aber nur die auffälligste Figur einer Renaissance des radikalen und neomarxistischen Denkens. Leute wie Toni Negri, Alain Badiou, David Harvey, Jaques Rancière sind zwar allesamt Vertreter einer älteren Generation, aber erst im 21. Jahrhundert haben sie ein größeres Publikum gefunden. Das ist kein Zufall. Als nach 1989 der liberaldemokratische Kapitalismus das Ende der Geschichte zu sein schien und die postmoderne Sozialtheorie ihren Siegeszug antrat, sah es zunächst so als, als sei auch die radikale Kapitalismuskritik erledigt. Aber die Bilanz des liberalen Kapitalismus ist mittlerweile tief in die roten Zahlen gerutscht. Viele Leute spüren, dass das System doch nicht so dezentriert, postideologisch und fragmentiert ist, wie Postmoderne und Positivisten behaupten, sondern dass das System auch weiterhin »das System« ist. Žižek ist derjenige, der es prononciert ausspricht. Während die Positivisten mit ihrem Anspruch, ideologiefrei zu sein, gerade dadurch ideologisch sind, haben die selbstzufriedenen Postmodernen, die an keine Wahrheit mehr glauben, den Widerstand ermattet. Demgegenüber besteht Žižek im Anschluss an den französischen Philosophen Alain Badiou auf einer Politik der Wahrheit des Ganzen. Als Hegelianer nimmt er die Totalität des Kapitalismus und seine Widersprüche wieder ins Visier. Ihm geht es um die Kraft der Negation. Nur wenn man das System als Ganzes verneint, kann es eine grundlegende Veränderung geben. Was Žižek indes von der sterilen Scholastik des klassischen Marxismus unterscheidet: Er verliert sich nicht in abstrakten Ableitungen, sondern philosophiert konkret. An den Phänomenen und Widersprüchen des Alltags erklärt er den Irrsinn des Gesamtsystems. Und das kann er anhand von Toilettenschüsseln, Architektur oder Konsumartikeln. Er gibt der Welt eine neue symbolische Ordnung, die ihre versteckten Strukturprinzipien offenlegt.

Žižek will als Intellektueller aber keine Antworten liefern, sondern vor allem Fragen stellen, unsere gewohnten Ansichten ins Wanken bringen, unsere Gewissheiten zerstören. Žižek will die Negation, um diese Welt aufzuheben. Es ist gewissermaßen nicht der Teufel, der hinter Žižek her ist, er ist selbst der Teufel, ganz faustisch: Er ist die Kraft, die stets verneint und so das Gute schafft.

Der Linken hingegen wirft er vor, keine Kritik mehr zu üben, die über das Bestehende hinausweist. Deutlich macht er das, wie so häufig, mit einem obszönen Witz: Ein Bauer und seine Frau sind auf einer Landstraße unterwegs. Ein Reiter hält die beiden auf und teilt dem Bauern mit, dass er jetzt seine Frau vergewaltigen werde. Aber da die Straße dreckig ist, soll der Bauer während der Vergewaltigung die Hoden des Reiters halten, damit sie nicht schmutzig werden. Nachdem der Reiter seine Tat vollbracht hat und davongeritten ist, beginnt der Bauer zu lachen. Seine gedemütigte Frau ist empört: »Wie kannst du lachen, wenn ich doch gerade vor deinen Augen vergewaltigt wurde?« Der Bauer antwortet: »Aber ich habe ihn erwischt! lch habe seine Hoden gar nicht gehalten und nun sind sie schmutzbedeckt.« Die Gegenwartslinke hat für Žižek die Position des Bauern inne. Sie bewirft den Kapitalismus nur mit Schmutz, obwohl es ihre eigentliche Aufgabe sei, ihn zu kastrieren. Dadurch verfehlt die Linke nicht nur ihr Ziel, sondern stabilisiert sogar die ungeheuerliche Existenz des Kapitalismus. Žižeks Witze sind immer dreckig und obszön. Aber Witz und Provokation sind für ihn auch immer das Medium, seine völlig ernst gemeinte Botschaft zu transportieren.

Ein anderer besonderer Reiz ist für ihn, die Gewissheiten der radikalen Linken durcheinander zu bringen. Er liebt die intellektuelle Kraftprobe – und er stellt gerne Fallen. Žižek ist ein Kriegsgegner, ja sogar durchaus das, was man einen Antiimperialisten nennen könnte. Aber er findet den rohen antiamerikanischen Antiimperialismus politisch falsch und – noch schlimmer – öde. Als er mit Samir Amin, einem der bedeutendsten Kritiker des Neokolonialismus diskutierte, fragte er ihn, ob man niemals mit den USA gemeinsam ins Feld ziehen dürfe. Amin antwortete erwartungsgemäß: »Natürlich nicht!« Žižek gluckst immer noch vor Vergnügen, dass er ihm entgegnen konnte: »Dann war die Intervention der Alliierten im Zweiten Weltkrieg wohl keine gute Idee?«.

Später fahren wir noch zu einer Diskussionsveranstaltung, auf der Žižek als Redner eingeladen ist. Der Saal ist voll, die Leute sitzen auf dem Boden. Wenn man Žižek länger zuhört, ist man am Ende wie auf Droge: Zugedröhnt, aber man fühlt sich gut dabei. Žižeks Denken ist abgedreht, aber es ist verblüffend, wie viel Spaß freies Denken machen kann.

Dr. Oliver Nachtwey, geb. 1975, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie an der Universität Trier. Seine Forschungsschwerpunkte sind Politische Soziologie sowie Arbeits-, Organisations- und Industriesoziologie.

DENKERFRUST, DENKERLUST

NICOLAUS SOMBARTS INTIMES TAGEBUCH[1]

Ξ Katharina Rahlf

Zugegeben: Zum Vorlesen eignet sich dieses Buch nicht. Und wer sich von den Aufzeichnungen des Kultursoziologen Nicolaus Sombart über sein Jahr im Berliner Wissenschaftskolleg 1982/83 allein ein Stück anspruchsvoller Geistesgeschichte erhofft, wird auch enttäuscht sein. Natürlich, es handelt sich hierbei um die Memoiren eines Intellektuellen, der im Westberlin der achtziger Jahre mit seinesgleichen zusammenkommt, um im intellektuellen Austausch tiefschürfende Gedankengänge zu verfeinern, geniale Ideen zu entwickeln, gemeinsame Erörterungen zu wohldurchdachten Theorien reifen zu lassen und durch die Atmosphäre intellektueller Konzentration eigenes Können zu vollenden.

Es sind aber auch die anschaulichen Schilderungen eines nicht mehr jungen Mannes, der, fernab von Familie und eingefahrenen Bahnen, erneut seine Virilität unter Beweis stellt, die Abende in Bars oder dem Bordell nebenan verbringt, ausgiebig das Nachtleben erkundet und die Morgende verschläft – und diese unzähligen amourösen Erlebnisse detailliert in seinem Tagebuch festhält. Genau diese Gemengelage verleiht dem Buch jedoch seinen Reiz. Ersteres würde man vielleicht stolz und prominent im Bücherregal platzieren, allerdings kaum eines zweiten Blickes würdigen. Und zweiteres möchte man mindestens verstecken, wenn nicht am liebsten gleich angewidert in die Ecke werfen. So aber ist man, auch wenn einem die expliziten Zeilen die Röte ins Gesicht treiben, doch fasziniert. Freilich, alles andere wäre gelogen: Zunächst ist es die voyeuristische Neugier, die zu dem Buch greifen lässt. Aus nächster Nähe nimmt man Teil an diesem einen Jahr, das Sombart selbst, typisch pathetisch, als das »vielleicht schönste […] meines Lebens, das erfüllteste, intensiv gelebteste sicherlich« beschreibt. Was man dabei über die Höhen und Tiefen des Intellektuellendaseins, vor allem aber über vermeintlich privateste Momente en detail erfährt, lässt einen ungläubig staunen, mitunter auch vor

1 Nicolaus Sombart: Journal Intime 1982/83. Rückkehr nach Berlin, Berlin 2003.

INDES, Herbst 2011, S. 120–123, © Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen, 2011, ISSN 2191-995X

Empörung den Kopf schütteln ob derart schamloser Offenherzigkeit. Doch wären diese Schilderungen weit weniger interessant ohne die »Rahmenhandlung«, ohne die Institution des Wissenschaftskollegs Berlin als reizvollen Kontrast zu den erotischen Abenteuern.

Diese aus der Zeit gefallene elitäre Einrichtung rühmt sich damals wie heute ihrer »intellektuell heterogenen Atmosphäre«[1], aus welcher ein »produktiver Irritationseffekt« erwachse, es biete »Forschen und Leben […] in konzentrierter und zugleich atmosphärisch entspannter Umgebung«. Seinen Mitgliedern, den sogenannten »Fellows«, ermögliche das Kolleg, »für ein Jahr frei von den Verpflichtungen und Ablenkungen des universitären Alltags und im Austausch mit anderen Wissenschaftlern ein Forschungsvorhaben ihrer Wahl voranzutreiben oder zu vollenden«. Gemeinsame Mittagessen – deren Teilnahme Pflicht ist! – und dienstägliche Kolloquien sollen diesen Austausch gewährleisten, großzügige finanzielle wie technische Unterstützung garantieren die Freiheit von materiellen wie praktischen Sorgen; die Fellows sollen ihren Kopf nicht mit Alltagsdingen beschweren, sondern sich in idealer Umgebung ganz dem Denken widmen können. Sich selbst versteht das Kolleg als »breeding zone for new ideas«, also gewissermaßen als »Zuchtstätte neuer Ideen« – wobei solche Ideen keineswegs immer entstünden »aus dem Gespräch mit den anderen Fellows, sondern auch durch die Muße […]«, man also Ablenkung von rein akademischer Reflexion zu schätzen weiß. Folglich eine traumhafte Umgebung für intellektuelles Schaffen.

So auch für Sombart: »Ich fühle mich wie ein Fisch im Wasser. Hier gehöre ich hin, so muß mein Leben sein! Mir wird hier ein Freiraum zur Verfügung gestellt, um endliche meinen Arbeiten nachgehen zu können. Zum Arbeiten? Zum Leben!«. Ob seine Form der Ablenkung allerdings auch die ist, die die Kolleggründer im Sinn hatten? »Ich schreibe dies wohlgemut, in fast heiterer Stimmung. Warum? Soeben war Claudia für eine Stunde hier. […] ganz entzückend«. Claudia ist eines der »Mädchen« aus der Hagenstraße 5, dem Bordell, das neben der »Paris Bar« sicher der von Sombart meistfrequentierte Ort dieses Jahres ist, weit vor den Räumen des Kollegs. Diese Besuche werden zur festen Institution, gleich dem obligatorischen Fellow-Mittagstisch. Dazu gesellen sich Wiedersehen mit einstigen Geliebten, sporadische Abendbekanntschaften und dauerhafte Liebschaften. Lakonisch heißt es dann: »Zum Tee: Miranda und Irene«, »16 Uhr: Christine«, »abends: Babsi« oder »Irene am Nachmittag, Miranda in der Nacht«. Fast kein Tag scheint ohne »Damenbesuch« zu vergehen; und Sombart notiert, notiert, notiert. Manchmal erfährt man in diesen Passagen mehr als man möchte, allzu Intimes wird dort preisgegeben. »Alter Macho!«, möchte man manchmal ausrufen, wenn das

2 Dieses und die folgenden Zitate des Absatzes sind auf den Seiten des Internetauftritts des Wissenschaftskollegs zu finden: http://www.wiko-berlin.de/index.php?id=8.

eitle Pfauengehabe unerträglich wird. Dass für ihn der Sinn des Lebens im Lieben besteht, nicht im Schreiben, nicht im Forschen, das nimmt man ihm ohne Weiteres ab. Im Grunde ist es seine Schamlosigkeit, die besticht. Man bekommt vertraulichste Einblicke nicht nur in das Liebes- sondern auch das Seelenleben Sombarts; auch innere Unruhen, Ängste werden mit derselben Offenheit preisgegeben wie die Details der letzten Nacht.

Als ein Vortrag ansteht, muss auch er »von Panik getrieben« das Material sichten, das »sich unberührt auf meinem Schreibtisch türmt«; für ihn natürlich nichts Minderes als das »Inferno der Vortragsvorbereitung«. Und auch er, der scheinbar unbekümmerte Lebemann, kennt »alle Symptome dieser Phase – Ängste, Schlaflosigkeit, der Wunsch, alles abzusagen«. Weit davon entfernt, selbstbewusst ans Podium zu treten, grämt er sich über die »Störungen der Phase davor – das „Nicht-an-den-Schreibtisch-zu-bringen-Sein«, das »Immer-erst-etwas-Anderes-Machen«, das »Rasch-noch-einmal-das-Nachlesen«, die, wie er sie nennt, »neurotischen Widerstände«. Natürlich schwingt bei alldem immer eine gewisse Koketterie mit, natürlich läuft der Vortrag super, natürlich sind alle begeistert. Diese Exaltiertheit mag man als blasiertes Gehabe abtun, doch ist eigentlich nichts Künstliches daran. Sombart *ist* exaltiert, manieriert, übertrieben. Verwöhnt auch, sicherlich; anfällig für Selbstmitleid. Amüsiert liest man sein Lob für Wapnewski, den damaligen Leiter des Kollegs; dieser habe »aus einer kleinen Begabung ein Optimum herausgewirtschaftet«, während er selbst hingegen »genau am anderen Pole stehe, der ich, mit einer verschwenderischen Vielfalt an Talenten ausgestattet, es zu nichts gebracht habe.«.

Von sich selbst hält er viel, von anderen oft wenig – und er entpuppt sich als talentierte Lästerzunge; was wiederum, ehrlicherweise, das Lesevergnügen enorm steigert. So sehr er das Kolleg und seine Annehmlichkeiten schätzt, so ungnädig fallen seine Urteile über einige Fellows aus. »Völlig uninteressant […]. Wissenschaftliches Biedermeier« – sein Eindruck eines Vortrags über »Schinkels Berlin« von Prof. Kelly. Dörner kommt nicht besser weg: »Sozialpsychologisches Experimentalgebastel […]. Ich bin rausgelaufen, weil ich es nicht aushielt. Aber höchst angeregte Diskussion, es gab lauter Leute, die das ganz ernst nahmen! Unfaßlich. Wissenschaft!« Und bei einem Kolloquium mit Orest Ranum mokiert er sich gar nur: »kann man so heißen?«. Am schönsten – und gleichzeitig beißendsten – jedoch ist sicherlich seine maliziöse Kritik eines Vortrags von Johan Galtung. Dieser sei »amüsant, aber völlig unbefriedigend« gewesen. Denn »mit Johan ist das so: er hat einen Legobaukasten mit einem Set von Mikrotheorien über alles und jedes, dazu die passende Graphik. Wenn er einen Vortrag hält, baut er aus diesem Be-

stand etwas – mal sieht es aus wie ein Auto, mal wie ein Kran, mal wie ein Häuschen. Man ist begeistert, wie geschickt er das nun wieder gemacht hat […]. Der Aha-Effekt ist gesichert. Was immer er aber baut, es kommt letztlich doch nur ein ›Galtung‹ dabei heraus, und das genügt einem nicht. Man will den ›richtigen‹ Kran. Daher die Enttäuschung.«

Sombart mag in diesem einem Jahr – trotz komfortabelster Bedingungen – keins seiner angekündigten »Projekte« auch nur annähernd vollendet haben. Seine Werke über Wilhelm II. und Carl Schmitt erschienen erst Jahre später; dafür schrieb er, ungeplant, die »Jugend in Berlin«. Dieses, wenn man so will, »Scheitern« zeigt zum einen, dass auch die idealste Umgebung kein Garant für Erfolg, Kreativität eben nicht planbar ist. Und zum anderen wäre es ein ziemlich kleingeistiger Reflex, daraus aber nun den Umkehrschluss zu ziehen, zu viel Freiheit sei gar kontraproduktiv für intellektuelles Schaffen. Denn auch wenn die treibende Kraft hinter der Lektüre zu einem Gutteil simple Neugier ist, man könnte es auch platten Voyeurismus nennen: Was immer ihn dazu bewogen hat, seine Aufzeichnungen publik zu machen – gerade heute, in Zeiten universitärer Reformen, strukturierter Studiengänge, von Wissensmanagement und Graduiertenschulen, genießt man diesen geradezu anarchischen Lebenswandel eines durch und durch hedonistischen Denkers.

Katharina Rahlf, geb. 1983, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

PERSPEKTIVEN

REFORMIERT DIE POLITIKWISSENSCHAFT!

DIE MISERE EINER RANDSTÄNDIGEN FORSCHUNGSDISZIPLIN[1]

Ξ Lawrence M. Mead

Die akademische Politikwissenschaft scheint auf den ersten Blick überaus erfolgreich zu sein; tatsächlich steht sie jedoch vor gravierenden Problemen. Einerseits ist sie ein gewaltiger Betrieb. Die American Political Science Association (APSA) hat über 15.000 Mitglieder, die meisten von ihnen lehren oder forschen Politikwissenschaft an den vielen Colleges und Universitäten der USA. Andererseits jedoch ist die Disziplin selbst tief gespalten. Vor einigen Jahren brach gar ein regelrechter Bürgerkrieg aus zwischen dem politikwissenschaftlichen Establishment, das hochmathematische Forschung bevorzugt, und einer »Perestroika«-Bewegung, die einen stärkeren Methodenpluralismus einforderte.[2]

Doch was noch wichtiger ist: Die Disziplin genießt äußerst geringe Aufmerksamkeit. Nur wenige Politologen sprechen ein Publikum jenseits der Fachwelt an oder sind überhaupt über ihr eigenes, eng definiertes Spezialgebiet hinaus bekannt. Kaum ein Politikwissenschaftler tritt bei öffentlich diskutierten Problemen als Autorität in Erscheinung, wie dies beispielsweise bei den Ökonomen der Fall ist. Für viele Amerikaner mag Politik zwar eine wichtige Rolle spielen, die wissenschaftliche Beschäftigung mit ihr wird aber schlichtweg ignoriert. Diese Randständigkeit mag auch ein Grund dafür sein, dass es um die Moral in der Politikwissenschaft schlecht bestellt ist. Eine Erhebung aus dem Jahr 1980 ergab, dass Politologen die Entwicklungen auf ihrem Forschungsgebiet weniger spannend fanden als Forscher aus 31 anderen Disziplinen.[3]

Meines Erachtens gibt es drei mögliche Erklärungen für diese Missstände: Die Politikwissenschaft ist überspezialisiert und selbstreferenziell, über die Inhalte konkreter Politik hat sie wenig zu sagen und die Rekrutierung von

1 Diese Darstellung bezieht sich auf die US-amerikanische Politikwissenschaft, die mir am vertrautesten ist, doch ich habe den Eindruck, dass die Politikwissenschaft in Europa unter ähnlichen Problemen leidet.

2 Jonathan Cohn, Irrational Exuberance: When Did Political Science Forget About Politics?, in: The New Republic, 25.10.1999, S. 25–31.

3 Lee Sigelman, The Coevolution of American Political Science and the *American Political Science Review*, in: American Political Science Review,Jg. 100 (2006) H. 4, S. 474.

 INDES, Herbst 2011, S. 126–137, © Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen, 2011, ISSN 2191-995X

Politologen ist zu stark auf den Wissenschaftsbereich beschränkt. Um Ansehen und Moral zurückzugewinnen, müssen Politikwissenschaftler breitere Themenfelder bearbeiten, sich stärker den so genannten *policy issues*[4] annehmen und mehr praktische Regierungserfahrung sammeln.

SCHOLASTIZISMUS

Auf den Punkt gebracht: Die Politikwissenschaft leidet unter Scholastizismus. Das bedeutet, dass in der Forschung derzeit eine zunehmende Differenzierung auf Kosten der inhaltlichen Substanz angestrebt wird. Wie die mittelalterlichen Philosophen, die die Feinheiten des Thomismus diskutierten, neigen Politologen dazu, den Großteil ihrer Aufmerksamkeit auf sehr spezielle Nischenthemen zu richten, die wenige andere Wissenschaftler – geschweige denn die Allgemeinheit – interessieren. Bereits in früheren Aufsätzen habe ich beschrieben, was das bedeutet und wie sich dieses Phänomen ausgeweitet hat.[5] Unter den Begriff des Scholastizismus lassen sich vier Entwicklungen zusammenfassen:

- Spezialisierung: Stärker als noch vor einigen Jahrzehnten bearbeiten Politologen heute eng umrissene Themenfelder und tauschen sich ausschließlich mit anderen Experten ihres Spezialgebietes aus.
- Methodologismus: Die Wissenschaftler von heute sind zudem in Fragen der »richtigen« Untersuchungstechnik deutlich befangener; sie konzentrieren sich daher so stark auf die Methodik, dass sie die inhaltliche Substanz vernachlässigen.
- Anti-Empirismus: Es ist teilweise auch diesem Methodologismus geschuldet, dass die heutige Forschung kaum mehr auf Empirie beruht. Manche »Forschung« ist gänzlich mathematisch, ohne jeglichen substanziellen Inhalt.
- Selbstreferenzialität: Wissenschaftler entnehmen ihre Fragestellungen und Methoden typischerweise bereits vorhandener Literatur zu ihrem Spezialgebiet, anstatt eine eigene Sicht auf die Realität zu entwickeln.

Ein Anzeichen für die zunehmende Spezialisierung ist der Anstieg der Anzahl von Fachzeitschriften. 1886 existierte nur ein einziges politikwissenschaftliches Journal, heute sind es 42, viele davon auf bestimmte Themenfelder beschränkt. Seit 1981 ist innerhalb der APSA die Formierung von »Sektionen« für verschiedene Forschungsgebiete möglich, 35 davon sind mittlerweile organisiert. Ebenso hat die jährliche APSA-Konferenz eine durch Spezialisierung bedingte Fragmentierung erfahren.

Um diese Entwicklung zu dokumentieren, habe ich Aufsätze aus fünf verschiedenen Jahrgängen zwischen 1968 und 2007 im *American Political*

4 Also der politischen Themenfelder und politischen Inhalte (im Unterschied zu »politics«, was vor allem den politischen Aushandlungs- bzw. Entscheidungsprozess meint).

5 Das Folgende basiert auf Lawrence M. Mead, Scholasticism in Political Science, in: Perspectives on Politics, Jg. 8 (2010) H. 2, S. 453–64; ders.: The Other Danger… Scholasticism in Academic Research, in: Academic Questions, Jg. 23 (2010) H. 4, S. 404–19.

Science Review, dem führenden politikwissenschaftlichen Journal, entlang der vier Charakteristika des Scholastizismus kodiert. Während dieser Zeitspanne lässt sich ein starker Anstieg der Spezialisierung (auf bis zu 85 Prozent der Artikel) und Selbstreferenzialität (sechzig Prozent der Artikel) sowie ein geringerer Anstieg beim Anti-Empirismus erkennen.

Dementsprechend konzentriert sich die politikwissenschaftliche Forschung derzeit auf untergeordnete Problemstellungen innerhalb begrenzter Spezialgebiete. Die heutige Forschung versucht, dem Anspruch wissenschaftlicher »Exaktheit« gerecht zu werden, der aus den »harten« Wissenschaften abgeleitet wird – dahinter steckt die Überzeugung, dass Schlussfolgerungen unbedingt beweisbar und reproduzierbar sein müssen. Doch um diese Exaktheit zu erreichen, unterteilen Wissenschaftler ihre Forschung in immer kleinere Themenfelder, was dazu führt, dass die Ergebnisse oft trivial sind oder aber mit der Wirklichkeit nicht mehr viel zu tun haben. Sie vernachlässigen den »Relevanzwert« ihrer Forschung, Probleme zu thematisieren, die auch die Außenwelt, nicht nur die Wissenschaft, überhaupt als solche wahrnimmt und die ein Publikum interessieren, das über die Forschergemeinde hinausgeht.

Die Tendenz zum Scholastizismus hat sich keinesfalls zufällig entwickelt.[6] Sie ist vielmehr das Ergebnis einer Reihe langfristiger Entwicklungen:

- »Überforschung«: Da unzählige Politikwissenschaftler Forschung betreiben, hat man die wichtigsten Erkenntnisse auf den meisten Gebieten bereits gewonnen. Dies veranlasst die Wissenschaftler, sich immer kleinteiligeren und abseitigeren Themen zu widmen.
- Forschung vor Lehre: Im amerikanischen Hochschulsystem sind Fachpublikationen weit wichtiger als die universitäre Lehre, was nicht nur die Zahl der Forscher erhöht, sondern auch deren Nischendasein weiter verschärft
- Das *Peer Review*-System: Die Begutachtung (*peer review*) wissenschaftlicher Texte vor ihrer Veröffentlichung in Fachzeitschriften wird dominiert von Spezialisten, wodurch sich Autoren – wollen sie die Chance auf eine Publikation wahren – ebenfalls zur Spezialisierung gezwungen sehen. Auch die Beurteilung von Nachwuchswissenschaftlern auf ihre Eignung für ein unbefristetes akademisches Arbeitsverhältnis wird heute vermehrt von deren Publikationen in spezialisierten Fachzeitschriften abhängig gemacht.
- Die Mathematisierung der Politikwissenschaft: Quantitative Methoden (Statistik und Spieltheorie) versprechen wissenschaftliches Prestige und dominieren daher die Forschung in allen sozialwissenschaftlichen Disziplinen.[7]

6 Das Folgende basiert auf Lawrence M. Mead, Scholasticism: Causes and Cures, in: Academic Questions, im Erscheinen.

7 Meine Codierung der Artikel in der APSR hat nicht ergeben, dass diese Methoden zwangsläufig zum Scholastizismus führen. Langfristig jedoch haben sie die Randständigkeit der Politikwissenschaft befördert, hauptsächlich dadurch, dass sie Wissenschaftler dazu zwangen, sich mehr auf die Untersuchungsmethoden statt auf ihre eigentlichen Fragen zu konzentrieren.

– Akademisches Prestige: Die amerikanischen Universitäten genießen ein so hohes Ansehen, dass sie die Rechenschaftspflicht gegenüber der breiten Gesellschaft abgelegt haben. Dies erlaubt dem Lehrkörper, obskure Themen zu verfolgen, die kaum jemand anderen als sie selbst interessieren.

Der Scholastizismus hat dazu geführt, dass das intellektuelle Leben aus den Universitäten verschwunden ist und sich andere Arenen gesucht hat, zum Beispiel Veröffentlichungen abseits der Fachzeitschriften, Think Tanks in Washington oder die Blogosphäre. In diesem Umfeld können Politikwissenschaftler wichtige Fragen offener diskutieren und ein breiteres Publikum erreichen als in Fachjournals.

DIE VERNACHLÄSSIGUNG POLITISCHER INHALTE

Ein längerfristiges Problem ist die Tatsache, dass die Politikwissenschaft wenig über die komplexen Inhalte von Politik zu sagen hat. Anders als Wirtschaftswissenschaftler erheben Politologen nur selten den Anspruch, konkrete Lösungs- und Verbesserungsvorschläge für die Politik oder präzise Handlungsanweisungen für die Regierung parat zu haben. Alles, worüber sie Bescheid wissen, ist das »Politikmachen«, oder anders: die Aushandlungsprozesse im politischen System (*politics*) – doch die meisten anderen Menschen meinen hierüber bereits selbst genügend zu wissen. Ökonomen hingegen haben einiges mehr über politische Inhalte (*policy*) zu sagen, dementsprechend größer ist auch die Beachtung, die ihnen von Seiten der Regierung und der Medien entgegengebracht wird.

Dies war einst anders. In der Antike galt Politikwissenschaft als Königsdisziplin aller Wissenschaften. Damals hing es von ihr ab, ob in der Gesellschaft ein »gutes Leben« möglich war. Das lag zum einen daran, dass der Politik an sich ein hoher Wert beigemessen wurde. Zum anderen hatte die Politik außerhalb ihrer eigenen Sphäre eine Vielzahl gesellschaftlicher Zwecke zu erfüllen. Eine Gesellschaft »muss« gut regiert werden, um ihren Mitgliedern ein »gutes Leben« bieten zu können, lautete die Erkenntnis.[8] Demnach ist der Lackmustest für Politik stets ihre inhaltliche Substanz, immer gemessen an der Frage, ob sie die Gesellschaft so regiert, dass der normale Bürger gut leben kann.

Der Blick auf die politischen Inhalte verschwand jedoch schon früh vom Radar der amerikanischen Politikwissenschaft. In ihren ersten Jahrzehnten, im frühen 20. Jahrhundert, konzentrierte sich die Disziplin darauf, die formalen Institutionen des amerikanischen Regierungssystems zu analysieren. Nach dem Zweiten Weltkrieg verschob sich der Fokus hin zu den informellen Prozessen innerhalb dieser Institutionen – die öffentliche Meinung, Interes-

8 Aristotle, Politics, übersetzt von Earnest Barker, New York 1962, S. 111 sowie S. 119–20.

sengruppen und Parteien standen nun im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Doch zu keinem Zeitpunkt betrachteten die Politologen ihr Fach als eine Königsdisziplin – als eine Kunst, die das Regierungshandeln zum Wohl der Gesellschaft verbessern könnte. Moderne mathematische Methoden wie Statistik oder Spieltheorie haben daran nichts geändert.

Warum aber hat man die inhaltliche Dimension von Politik ignoriert? Zum Teil, weil US-Regierungen stets zu erfolgreich waren, als dass man eine strengere Fokussierung auf *Policy* und *Governance* als zwingend notwendig hätte erachten müssen. Amerikanische Politikwissenschaftler schreckten zudem vor der Artikulation politischer Standpunkte zurück, weil sie befürchteten, dass dies den demokratischen Entscheidungsprozesses präjudizieren würde, wozu sie sich nicht berufen fühlten. Darüber hinaus argwöhnten sie, dass eine Einmischung in inhaltliche Debatten das Fach zur Parteinahme zwingen und seinen wissenschaftlichen Anspruch untergraben würde. Demzufolge sind heute nur wenige Politikwissenschaftler als *Policy*-Experten bekannt; und die wenigen Mitglieder dieser Spezies genießen keinen guten Ruf in politikwissenschaftlichen Fachkreisen.[9] In der heutigen Politikwissenschaft existiert zwar eine Subdisziplin namens »Public Policy«, doch ihre Vertreter erforschen – wie schon gesagt – mehrheitlich den politischen Entscheidungsprozess, statt sich tatsächlich über die Inhalte der Politik zu äußern.

Diese Scheu vor inhaltlicher Stellungnahme war ausschlaggebend dafür, dass sich die *Policy*-Analyse fast ausschließlich in der Ökonomik statt der Politikwissenschaft ansiedelte, als sich dieses Forschungsfeld nach dem Zweiten Weltkrieg etablierte. Wirtschaftswissenschaftler zögerten nicht, der Regierung inhaltliche Ratschläge zu erteilen, obwohl ihr Fach – ausgerichtet an den Funktionsmechanismen freier Märkte – nur über sehr begrenzte Kompetenzen in Angelegenheiten des öffentlichen Sektors verfügte.[10] Wirtschaftswissenschaftliche *Policy*-Modelle sind dort effektiv, wo man ein gewisses Marktverhalten voraussetzen kann, beispielsweise bei wirtschaftspolitischen Regulierungsmaßnahmen; sie greifen jedoch weitaus weniger in Bereichen wie der Sozialpolitik, wo das Verhalten selten ökonomischen Gesetzen folgt und staatliche Programme viel strenger verwaltet werden müssen.

Das alle bedeutet nicht, dass Politologen gänzlich abseits stünden und keinerlei normative Überlegungen anstellen würden. Viele von ihnen kritisieren die amerikanische Politik, weil es ihr nicht gelinge, jene demokratischen Ideale zu erreichen, wie sie in den Gründungsdokumenten dieser Nation festgeschrieben sind. Zahlreiche Forscher teilen zudem die Ansicht, dass die

9 Einige andere Politikwissenschaftler, die ebenfalls wie ich für Ihr Engagement in inhaltlichen Fragen bekannt sind, sind Graham Allison, John DiIulio, Paul Light, Richard Nathan, Joseph Nye, Allen Schick und James Q. Wilson. Mit Ausnahme von Nye and Wilson wurde niemandem viel Anerkennung von der American Political Science Association zuteil. Und wir alle befinden uns mittlerweile am Ende unserer Karriere.

10 Richard R. Nelson, The Moon and the Ghetto, New York 1977.

Politik in Washington so sehr von Wirtschaftsinteressen und von den Reichen dominiert sei, dass das Volk nur dem Namen nach regiere.

Andere Politikwissenschaftler sind optimistischer; ihrer Ansicht nach werde das öffentliche Interesse zwar nicht komplett ignoriert, es herrsche nurmehr Uneinigkeit darüber, wie es erreicht werden könnte. Doch wie dem auch sei: Dabei handelt es sich stets um eine Debatte über Politik und nicht darüber, wie Politik im Sinne des Allgemeinwohls eingesetzt werden sollte. Wie man die Politik inhaltlich verbessern könnte, ist aber genau die politische Frage, welche die amerikanischen Bürger am meisten beschäftigt. Indem es die Politikwissenschaftler versäumen, ihr nachzugehen, verschreiben sie sich einem Dasein in der Bedeutungslosigkeit.

Paradoxerweise geschah all dies zu dem Zeitpunkt, als das Potential der Politologie als *Policy*-Wissenschaft größer war denn je. Heute besteht in Washington das größte Hindernis für eine effektive Politikgestaltung nicht – wie von den Ökonomen weithin angenommen – im Unwissen darüber, »was« die Regierung oder die Politik im Allgemeinen tun sollte. Dass eine Regierung nur schwer zu motivieren ist, das »Richtige zu tun«, mag vor allem institutionelle Gründe haben. Eine Ursache für diese Lähmung ist die zunehmende Polarisierung zwischen den politischen Parteien. Eine andere ist das Scheitern von Haushaltsverhandlungen, was unter anderem die steigende Staatsverschuldung erklärt. Und nach einer Ära, in welcher die Deregulierung von Märkten ganz oben auf der wirtschaftspolitischen Agenda stand, lautet die heutige Aufgabe, ausreichende Kontrollen wiederherzustellen, um eine erneute Finanzkrise zu verhindern. In dieser Situation verfügt die Politikwissenschaft von allen Fächern über die besten Chancen, den Wünschen der Öffentlichkeit Rechnung zu tragen und Reformen tatsächlich in bessere Resultate münden zu lassen. Doch nur wenige Politologen unternehmen überhaupt Anstrengungen in diese Richtung.

AKADEMISCHE NACHWUCHSREKRUTIERUNG

Ein dritter und damit zusammenhängender Grund für die Probleme der Politikwissenschaft liegt darin verborgen, dass Politologen in der Regel höchst eindimensionale Karrierewege absolvieren. Ihre Ausbildung verläuft größtenteils in universitären Bahnen. Sie wechseln meist direkt von Studiengängen zu Graduiertenprogrammen, in denen sie Forschungsmethoden und Spezialgebiete innerhalb der Politikwissenschaft kennenlernen. Nur wenige verfügen über praktische Erfahrung im politischen Betrieb, abgesehen vielleicht vom freiwilligen Engagement im Wahlkampf. Für ihre Dissertationen betreiben sie zumeist sehr spezielle Forschung, was der beschriebenen Fragmentierung

des Fachs geschuldet ist. Anschließend hoffen sie auf Nachwuchspositionen in politikwissenschaftlichen Instituten, wo sie erneut hochspezifisch forschen, um eine feste Anstellung zu erhalten. Und so bleibt die Politikwissenschaft, wie sie ist – ein verschultes Handwerk, abgesondert vom eigentlichen politischen Prozess und für Außenstehende relativ uninteressant.

Diese Tendenzen werden verschärft durch den Überschuss an PhDs in den Graduiertenprogrammen. Nur eine kleine Anzahl von neuen Politikwissenschaftlern kann darauf hoffen, eine dauerhafte Anstellung in der Wissenschaft zu finden und für Lehre und Forschung bezahlt zu werden. Der Konkurrenzkampf um diese wenigen Plätze zwingt die Kandidaten dazu, möglichst viel zu publizieren, noch bevor sie ihren Abschluss erlangt haben. Dies wiederum setzt sie unter Druck, sich noch stärker zu spezialisieren als zuvor. Ihre Forschung muss, so verlangen es die Fachzeitschriften, hohen methodologischen Ansprüchen genügen. Sie können sich nicht die Zeit nehmen, breitere Themen oder politische Inhalte anzugehen, geschweige denn selbst Erfahrungen in der politischen Praxis zu sammeln. All dies führt zu der heutigen, weitgehend irrelevanten Politikwissenschaft.

Man hätte vermuten sollen, dass die Entwicklung der *Policy*-Analyse als Forschungsfeld diesem Trend entgegengewirkt hätte, doch dem war nicht so. Zwar etablierten sich in den späten 1960er und in den 1970er Jahren Graduiertenschulen für Public Policy, die weniger zögerlich als die Politologie oder die Verwaltungswissenschaften waren, Stellung zu politischen Sachfragen zu beziehen – doch waren diese dominiert von Ökonomen statt von Politikwissenschaftlern. Die meisten dort ausgebildeten Promovierten sind Ökonomen, die zwar über umfangreiche Fähigkeiten in der Datenanalyse verfügen, sich aber fernab vom realen Regierungshandeln befinden.

Policy-Forscher sind ihrerseits ebenfalls dem »scholastischen« Druck ausgesetzt. Die meisten von ihnen forschen quantitativ, stützen sich auf bereits existierende Datensätze, weil sie so auf eine präzise Methodik zurückgreifen können und ihre Studien daher eine größere Chance auf Veröffentlichungen in Fachzeitschriften haben. Sie tendieren dazu, Institutionen zu ignorieren, da diese nur mit Methoden wie der Feldforschung zu ergründen sind – das allerdings wäre kostenintensiv und zeitaufwändig, zugleich methodisch vermeintlich unprätentiöser und somit leichter angreifbar. Daher widmen sich nur wenige ambitionierte Studien der institutionellen Seite öffentlicher Programme.[11]

11 Lawrence M. Mead, Policy Research: The Field Dimension, Policy Studies Journal, Jg. 33 (2005) H. 4, S. 535–557.

REFORMEN

Wie aber könnte die Politikwissenschaft ihr Erbe als Königsdisziplin wiederbeleben?

DEM SCHOLASTIZISMUS ENTKOMMEN

Der erste Schritt besteht darin, den zu spezialisierten und überstrengen methodischen Trend der heutigen Forschung rückgängig zu machen. Um inhaltlich gehaltvollere Arbeit zu leisten und mehr Aufmerksamkeit zu erlangen, müssen Politologen breitere und wichtigere Themenfelder bearbeiten. Sie müssen eine höhere Relevanz anstreben, indem sie Probleme aufgreifen, die auch außerhalb der Wissenschaft sichtbar sind und ein breiteres Publikum ansprechen – auch wenn sie dadurch an wissenschaftlicher Präzision einbüßen sollten. Im Folgenden seien einige der großen politischen Fragen skizziert, die das Fach meines Wissens nach bislang erfolgreich ignoriert, oftmals weil sie eine breitere Argumentation erfordern, als der Scholastizismus sie erlaubt:

- Wie kann die normative politische Theorie neu ausgerichtet werden, um die realen politischen Probleme reicher Industrieländer zu erfassen? Hier geht es selten um »Gerechtigkeit« im Sinne von John Rawls, sondern häufiger um Kriminalität, Wohlfahrt, Bildung und andere Aspekte der gesellschaftlichen Ordnung.
- Wie kann die westliche politische Tradition, in der lediglich die Klassenunterschiede innerhalb der politischen Gemeinschaft betrachtet wurden, verbunden werden mit moderner Politik, in der Fragen nach Rasse und Ethnizität eine weit größere Rolle spielen?
- Wie kann die zunehmende Abkehr von Wahlen und von politischem Engagement in der westlichen Gesellschaft erklärt werden? Darauf gibt es keine einfachen Antworten, denn bislang wurden öffentliche Einstellungen und Motive nur wenig und unstrukturiert erforscht. Stattdessen gibt es unzählige, nichtssagende Analysen von bestehenden Umfragedaten.
- Wie kann die vergleichsweise wenig fortschrittliche politische Entwicklung außerhalb der westlichen Welt erklärt werden? Warum konnten halbwegs vernünftige, effiziente und demokratische Regierungsformen nur in Europa und in dessen Peripherie Fuß fassen? Entwicklungsforscher haben den kulturellen Unterschieden im globalen Kontext meist zu wenig Beachtung geschenkt.
- Wie ist mit den tiefgreifenden Konsequenzen umzugehen, welche die massive Abwanderung aus der Dritten Welt für die westliche Politik nach sich zieht?

Eine ernstzunehmende Politikwissenschaft sollte zumindest einige, wenn nicht gar alle dieser wichtigen Fragen erhellen. Ein Großteil der Politologen ist sich dieser Fragen durchaus bewusst, doch da viele an ihre »scholastischen« Hypothesen gefesselt sind, unternehmen nur wenige die nötigen Anstrengungen, sie auch zu beantworten.

Gegner der »Elfenbeintürmelei« müssen sich gegen diese Tendenzen zur Wehr setzen – wie ich das in diesem und anderen, oben bereits genannten, Aufsätzen versucht habe. Doch für eine Veränderung ist auch Druck von außen nötig. Externe Geldgeber werden am ehesten dagegen aufbegehren. Es hat bereits Versuche gegeben, die finanzielle Unterstützung der Politologie von staatlicher Seite zu kürzen, da ihre Resultate bedeutungslos seien.[12] Widerstand wird es vermutlich auch aus der Wirtschaft geben, die eine Vernachlässigung der Lehre zugunsten der Forschung selten gutheißt, weil dadurch vielen Universitätsabsolventen Fähigkeiten fehlen, die ihre zukünftigen Arbeitgeber allerdings erwarten. Wenn jedoch Absolventen nicht eingestellt werden, dauert es nicht lange, bis auch deren Eltern Veränderungen verlangen.

DIE POLICY-ANALYSE ZURÜCKEROBERN

Ein stärkerer *Policy*-Fokus trägt tendenziell dazu bei, den »Scholastizismus« einzudämmen, da dieser voraussetzt, dass reale Probleme verhandelt werden, die im Gegensatz zu rein akademischen Belangen auch außerhalb der Universität sichtbar sind. Daher muss eine zweite essentielle Veränderung auf eine engere Verbindung mit der Politik zielen. Anstatt nur politische Prozesse zu studieren, müssen Politologen die ihnen bekannten politischen und administrativen Faktoren mit möglichen oder erwünschten *Policy*-Resultaten normativ verbinden. Wir brauchen eine Wissenschaft nicht nur der Politik, sondern der Staatsführung.

Die orthodoxe (und für gewöhnlich von Ökonomen betriebene) *Policy*-Analyse sagt der Regierung, was sie tun muss, um politische Probleme inhaltlich zu lösen. Sie sagt selten etwas darüber aus, ob die Empfehlungen politisch akzeptabel sind und tatsächlich umgesetzt werden können. Idealerweise sollten *Policy*-Forscher erstens, wie heute bereits üblich, die Vorteile ihrer Empfehlungen stark machen, zudem aber, zweitens, einen Schritt weitergehen und auch die politischen und bürokratischen Hürden diskutieren, die diesen Lösungen im Weg stehen. Möglicherweise braucht es eine Veränderung des *Policy*-Prozesses, bevor Regierungen überhaupt »das Richtige tun« können. Man kann jedoch auch genau andersherum argumentieren, dass die Ziele der Regierung an das angepasst werden müssen, was die Institutionen leisten

12 Patricia Cohen, Field Study: Just How Relevant Is Political Science?, in: New York Times, 20.10.2009, C1, C7.

können. Die *Policy*-Analyse wird damit zu einer Art Systemanalyse, in der die besten Inhalte gegen die politischen Handlungsmöglichkeiten der Exekutive abgewogen werden.

Zugegeben: Diese Idee erfordert, dass man die Analyse von Policy ebenso beherrscht wie von Politics, jede mit ihren eigenen Prämissen und Methoden – nur eine reicht nicht aus. Weil praktische Erfahrung im Regierungsapparat dabei so wichtig ist, wäre auch eine Tätigkeit im politischen Betrieb wünschenswert. Dementsprechend könnten im Grunde nur erfahrenere Forscher Politikwissenschaft als *Policy*-Wissenschaft betreiben. Andererseits ist dieses Konzept sowohl für Politologen, die innerhalb des politischen Betriebes tätig sind, als auch für solche aus dem akademischen Bereich attraktiv. In ihren täglichen Bemühungen, die theoretisch beste Politik mit den tatsächlichen Möglichkeiten von Parlament und Regierungsbürokratie unter einen Hut zu bekommen, praktizieren Politikwissenschaftler, die in der Politik arbeiten, bereits jetzt die Königsdisziplin.

Diese Überlegungen umfassen zudem eine Wiederannäherung der Politologie und den Verwaltungswissenschaften. In ihren Anfängen waren diese beiden Disziplinen eng miteinander verbunden und die Erforschung öffentlicher Verwaltungsprozesse war hoch angesehen, selbst innerhalb der akademischen Politikwissenschaft. Nach dem Zweiten Weltkrieg brach die Politikwissenschaft dann mit der Verwaltungwissenschaft, da man ihr einen Mangel an wissenschaftlicher Präzision attestierte. Aber in Anbetracht der Komplexität des amerikanischen Regierungssystems benötigt die Politologie Erkenntnisse aus der modernen Verwaltungswissenschaft, wenn sie Aussagen über eine bessere Politik treffen will.[13]

AUSWEITUNG DER REKRUTIERUNG VON POLITIKWISSENSCHAFTLERN

Aktuell werden die Randständigkeit der Politikwissenschaft und deren Vernachlässigung von *Policy*-Inhalten dadurch befördert, dass junge promovierte Forscher das politikwissenschaftliche Feld betreten, wenn sie bereits stark spezialisiert sind, was wiederum dem Wettbewerb um akademische Stellen geschuldet ist. Sie wissen sehr wenig über die Praxis des Politikbetriebs. Im Idealfall sollte die Zahl neuer Promovenden auf die Zahl der verfügbaren wissenschaftlichen Nachwuchspositionen begrenzt werden. Dies würde den Graduierten erlauben, breitere Felder zu erforschen, frühe Veröffentlichungen zu umgehen und in ihren Dissertationen breitere Themenspektren zu behandeln, ohne befürchten zu müssen, nach dem Abschluss ohne Job dazustehen. Allerdings bleibt dies ein Wunschtraum, da Universitäten auf eine große

13 H. George Frederickson, The Repositioning of American Public Administration, in: Political Science and Politics, Jg. 32 (1999) H. 4, Dezember 1999, S. 701–11.

Anzahl von Graduierten und Post-Docs angewiesen sind, die bei niedriger Bezahlung Seminare geben und Forschung betreiben.[14]

Eine praktikablere Lösung wäre es, den wissenschaftlichen Nachwuchs nicht direkt aus den Graduiertenprogrammen zu rekrutieren, sondern erst einige Zeit später. Neue Ph. D. s müssten zunächst den akademischen Bereich verlassen, um einige Jahre für die Regierung oder in deren Umfeld zu arbeiten. So würde ihre wissenschaftliche Ausbildung durch Erfahrungen aus dem politischen Alltag angereichert. Auf Basis dieser Erfahrungen und einer daraus hervorgegangenen Forschungsagenda würden sie anschließend um wissenschaftliche Nachwuchspositionen konkurrieren. Ihr Anstellungsverhältnis würde später danach bewertet werden, wie erfolgreich diese Forschung war. Bereits jetzt ernennen Universitäten erfahrene Politiker und andere Würdenträger zu dotierten Professoren, wenn sie die Regierung verlassen. Nachwuchsrekrutierung sollte nach demselben Prinzip verfahren, lediglich ohne eine Anstellung auf Lebenszeit zu gewähren und mit niedrigeren Erwartungen in Bezug auf die Außenwirkung einer solchen Berufung. Think Tanks beispielsweise wählen bereits heute diejenigen Experten aus, die zuvor unter Beweis gestellt haben, dass sie die großen Fragen der Zeit für ein größeres Publikum beantworten können. Einige kommen von Universitäten, einige haben im Kongress oder in Regierungsorganen gearbeitet, andere stammen aus NGOs, die sich mit bestimmten Problemfeldern befassen. Akademische Rekrutierung sollte nach ganz ähnlichen Kriterien erfolgen und nicht auf die heute gängige, scholastische Art und Weise.[15] Die Politikwissenschaft würde dadurch enorm an Substanz und Aufmerksamkeit gewinnen.

FAZIT

Die drei dargestellten Probleme der Politikwissenschaft und auch meine Lösungsvorschläge sind alle eng miteinander verknüpft. Es ist zum Teil ihrem »Scholastizismus« geschuldet, dass sich die Politologie der Public Policy nie ernsthaft angenommen hat. Ein Fach, das vornehmlich damit beschäftigt ist, die eigene wissenschaftliche Sorgfalt und Genauigkeit zu forcieren, kann die Komplexität der realen Probleme der Öffentlichkeit nicht erfassen. Andererseits hat die Vernachlässigung konkreter politischer Sachinhalte die Politikwissenschaft einzig auf die Erforschung von Prozessen der Interessenaushandlung begrenzt, wodurch die Probleme vereinfacht wurden und sich der Anspruch auf wissenschaftliche Exaktheit verstärkte. Dass sich die Politikwissenschaft zum größten Teil auf die akademische Sphäre beschränkt, kann man auch schließlich auch an der Tatsache ablesen, dass Politologen fast ausschließlich an Universitäten zu finden sind.

14 Andrew Hacker und Claudia Dreifus, Higher Education? How Colleges Are Wasting Our Money and Failing Our Kids – And What We Can Do About It, New York 2010, Kap. 3.

15 Meine eigene Karriere nahm diesen Trend in gewisser Weise vorweg. Nach meinem Hochschulabschluss arbeite ich zunächst bei der Bundesregierung, bei einem Think Tank und für sechs Jahre beim Republican National Committee, bevor ich an die NYU ging. Meine dortige Forschung hat sich zum größten Teil auf Themen wie Armutsbekämpfung und Sozialreformen bezogen, die ich aus Washington mitgebracht hatte.

Die Politikwissenschaft muss sich von ihrem viel zu rigoros ausgelegten wissenschaftlichen Präzisionsanspruch verabschieden, um eine größere Relevanz zu gewinnen. Erst dann wird sie in der Lage sein, bedeutende Problemstellungen zu behandeln, die auch außerhalb der Wissenschaft von Interesse sind. Indem sie die konkreten, inhaltlichen Herausforderungen der Politik mehr in den Mittelpunkt rückt, würde die *Policy*-Analyse zugleich dem scholastischen Trend ihrer eigenen Disziplin entgegenwirken. Um dieser Rolle gerecht zu werden, müssen Politikwissenschaftler sich viel breiter aufstellen. Sie sollten nicht länger nur Akademiker sein, sondern müssen selbst Einsichten aus erster Hand, sogar eigene berufliche Erfahrungen im politischen Betrieb gewinnen. Diejenigen, die inner- und außerhalb der Regierung versuchen, die theoretisch beste Politik mit den institutionellen Zwängen zu verbinden, üben die Königsdisziplin aus. Sie nutzen die Politik, um die Gesellschaft zu verbessern. Und genau darum hätte es in der Politikwissenschaft schon immer gehen müssen.

Übersetzung: Roland Hiemann und Frauke Schulz

Prof. Dr. Lawrence M. Mead, geb. 1943, ist Professor für »Politics and Public Policy« an der New York University. Er ist Autor verschiedener Bücher über Armutsbekämpfung und Sozialstaatsreformen.

BLEIBT ALLES ANDERS?

STABILITÄT UND WANDEL DER DEUTSCHEN PARTEIMITGLIEDSCHAFTEN

Ξ Tim Spier

Die Entwicklung der Mitgliedschaften der deutschen Parteien wird in der öffentlichen Diskussion vor allem unter dem Gesichtspunkt sinkender Mitgliederzahlen betrachtet. Zu Beginn jeden Jahres, wenn die neuesten Zahlen von den Parteizentralen bekannt gegeben werden, beginnt in den Medien ein mittlerweile wohlbekanntes Ritual: der Schwanengesang auf die Mitgliederpartei. Den Parteien liefen die Mitglieder davon, sie überalterten und seien zunehmend nicht mehr in der Lage, ihre gesellschaftlichen und politischen Aufgaben wahrzunehmen. Ihre Hauptfunktion, für eine »ständige lebendige Verbindung zwischen dem Volk und den Staatsorganen« zu sorgen, wie es das deutsche Parteiengesetz ungewohnt pathetisch normiert, sei durch den Rückgang der Mitgliederzahlen in Gefahr.

Nun ergibt es wenig Sinn, den empirischen Befund zu leugnen, dass die politische Partizipation in den deutschen Parteien zahlenmäßig zurückgeht. Von 1990 bis 2010, also in den mehr als zwanzig Jahren nach der deutschen Wiedervereinigung, haben die sechs im Bundestag vertretenen Parteien CDU, CSU, SPD, FDP, Linke und Grüne rund ein Drittel ihrer Mitglieder verloren[1]. In diesen Parteien sind nicht mehr wie einst 1990 mehr als zwei Millionen Menschen organisiert, sondern nur noch weniger als 1,4 Millionen. Besonders hart getroffen hat es die Volksparteien, allen voran die SPD. Sie verlor seit der Wiedervereinigung fast die Hälfte der Mitglieder. Aber auch die Parteimitgliederzahlen der CDU gingen um 36 Prozent zurück.

Der rein numerische Rückgang der Mitgliederzahlen sagt aber noch nicht viel über Ursachen und Folgen dieser Entwicklung aus. Je nachdem, welchen Referenzpunkt man wählt, kann noch nicht einmal von einer dramatischen Entwicklung gesprochen werden: Mitte der 1950er Jahre hatten CDU, CSU

1 Vgl. Oskar Niedermayer, Parteimitgliedschaften im Jahre 2010, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, H. 2/2011, S. 365–383.

INDES, Herbst 2011, S. 138–143, © Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen, 2011, ISSN 2191-995X

und SPD zusammen rund 0,8 Millionen Mitglieder[2] und damit – selbst wenn man die damals existenten kleineren Parteien hinzurechnet und berücksichtigt, dass noch Mitglieder aus Ostdeutschland hinzukommen – immer noch weit weniger Mitglieder als die Parteien heute. Von einem Ende der Parteien oder sogar der Demokratie war aufgrund dieses Faktums in der Ära Adenauer nicht die Rede. Auch insofern sind die aktuellen Entwicklungen der Parteimitgliederzahlen ins rechte Licht zu rücken.

In der Tat haben wir es heute mit dem Ende einer historisch ungewöhnlich starken Phase der parteipolitischen Partizipation zu tun. In den späten 1960er und frühen 1970er Jahren stießen in kürzester Zeit fast 300.000 Mitglieder allein zur SPD. Die sozialliberale Koalition im Bund, der Kanzler Willy Brandt, die mit seiner Person verbundenen Reformhoffnungen wie die neue Ostpolitik oder die Frage gesellschaftlicher Demokratisierung und nicht zuletzt ein gesellschaftspolitisches Klima, dass individuelles politischen Engagement begünstigte, ja von jedem Bürger forderte, sind als Gründe hierfür anzuführen. Aber auch die Unionsparteien profitierten von der Phase politischer Mobilisierung enorm: Im gleichen Zeitraum verdoppelten sie nahezu ihre Mitgliederzahlen, verloren den Charakter von Honoratiorenparteien und wurden erst zu dem, was man Mitgliederpartei nennen kann.

Diese Kohorte von Neueintritten vor allem in den 1970er Jahren hat insbesondere die deutschen Volksparteien über Jahrzehnte dominiert. Nun kommen auch die Jüngsten unter ihnen ins Rentenalter und werden zunehmend inaktiver. Während die Abgänge durch Austritt oder Tod bei CDU und SPD über die letzten Jahrzehnte mit einigen signifikanten, aber erklärbaren Ausnahmen relativ konstant blieben, ging vor allem der Zustrom von neuen Mitgliedern zurück.[3] Die deutschen Parteien haben daher ein Neu- und Jungmitgliederdefizit, das sich in einer gewandelten Struktur der Parteimitgliedschaften widerspiegelt. Diese Struktur lässt sich aber nicht allein mit Hilfe der bloßen Zahlen von Parteimitgliedern erfassen. Vielmehr sollen im Folgenden die Ergebnisse zweier repräsentativer Befragungen der Mitglieder der deutschen Parteien herangezogen werden, um Kontinuität und Wandel der Mitgliederstruktur genauer qualifizieren zu können. Es handelt sich einerseits um die »Deutsche Parteimitgliederstudie 2009« unter Leitung von Ulrich von Alemann und Markus Klein[4], andererseits um die von Wilhelm Bürklin unternommene »Potsdamer Parteimitgliederstudie 1998«[5], die jeweils mit ähnlichen Instrumenten deutschlandweit repräsentative Stichproben der sechs Bundestagsparteien befragt haben.

Zunächst zu einem Befund, der – bedauerlicherweise – ein Beispiel für die Persistenz einmal etablierter Strukturen in den Parteien ist und auch nicht

2 Elmar Wiesendahl, Mitgliederparteien am Ende? Eine Kritik der Niedergangsdiskussion, Wiesbaden 2006, S. 29 f.

3 Ebd., S. 46 ff.

4 Tim Spier u. a. (Hg.), Parteimitglieder in Deutschland, Wiesbaden 2011.

5 Roberto Heinrich u. a., Parteimitglieder im Vergleich. Partizipation und Repräsentation, Abschlussbericht zum gleichnamigen DFG-Projekt, Potsdam 2002; Heiko Biehl, Parteimitglieder im Wandel. Partizipation und Repräsentation, Wiesbaden 2005.

durch den zahlenmäßigen Rückgang der Parteimitgliederzahlen nennenswert verändert wird: Frauen sind in den deutschen Parteien deutlich unterrepräsentiert. Machen sie mehr als die Hälfte der deutschen Bevölkerung aus, beträgt der Frauenanteil der Mitglieder der sechs Bundestagsparteien nur 27 Prozent.[6] Daran hat sich zwischen 1998 und 2009 auch keine größere Änderung ergeben. Überdurchschnittliche Frauenanteile findet man allein bei Bündnis 90/Die Grünen und der Linken, aber auch hier machen sie gerade einmal etwas mehr als ein Drittel der Mitglieder aus. Bei den bürgerlichen Parteien sind die Anteile hingegen unterdurchschnittlich. Pauschale Erklärungen sind hier kaum zielführend. Allerdings: Frauen weisen, das belegen auch andere Studien[7], im Mittel ein geringeres politisches Interesse und eine weniger starke Selbsteinschätzung der eigenen politischen Einflussmöglichkeiten auf. Doch gerade diese beiden Faktoren sind wichtige Determinanten des Beitritts zu Parteien. Worin die Ursachen für das geringe Ausmaß von partizipationsrelevanten Einstellungen bei Frauen liegen, ist damit noch nicht gesagt. Vermutlich liegt es aber zumindest auch an sozialisationsbedingten Rollenbildern sowie an den faktisch von Männern dominierten Strukturen in der Politik.

Wenig erstaunlich ist der Befund, dass das durchschnittliche Alter der deutschen Parteimitglieder steigt. Der Anteil der im Rentenalter ab 65 Jahren befindlichen Mitglieder stieg von 1998 bis 2009 von 25 auf vierzig Prozent. Gleichzeitig machen jüngere Menschen unter 35 Jahren aktuell nur noch acht Prozent der Mitglieder aus (1998: zehn Prozent). Gerade im Vergleich zu ihrem Anteil von 25 Prozent in der gesamten Bevölkerung sind die Jüngeren in den deutschen Parteien erheblich unterrepräsentiert. Dies ist vor allem Folge des bereits beschriebenen Phänomens einer großen Beitrittsbereitschaft in den 1970er Jahren, die dann in der Folge stark zurückging. Gleichzeitig blieben die Abgänge relativ konstant. Die Kohorte der in den 1970er Jahre Beigetretenen wird allmählich älter und lässt die Parteimitgliedschaften »ergrauen«. Mit dem abzusehenden altersbedingten Abgang dieser Kohorte ist zwar ein weiterer deutlicher Rückgang der absoluten Mitgliederzahlen zu erwarten, gleichzeitig sollte sich im Verlauf aber die Altersstruktur der Parteien wieder normalisieren und der Altersverteilung in der gesamten Bevölkerung angleichen. Was wir derzeit beobachten, ist also weniger das völlige Ausbleiben von Neu- und Jungmitgliedern, als das Altern einer Kohorte, die besonders stark zu parteipolitischer Partizipation neigte.

Auch in ihrem formalen Bildungsniveau unterscheiden sich die deutschen Parteimitglieder deutlich von der Bevölkerung. Während aktuell gerade einmal rund ein Viertel der Bevölkerung über Abitur oder Hochschulabschluss

6 Vgl. auch im Folgenden Markus Klein, Wie sind die Parteien gesellschaftlich verwurzelt?, in: Tim Spier, Parteimitglieder in Deutschland, Wiesbaden, S. 39–59.

7 Bettina Westle, Politische Partizipation und Geschlecht, in: Achim Koch u. a. (Hg.), Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 2001, S. 131–168.

verfügt, sind es in den Parteien deutlich mehr als die Hälfte. Besonders stark ausgeprägt ist die »Dominanz der Akademiker«[8] in den kleineren Parteien, während sie in den Volksparteien CDU, CSU und SPD weit schwächer, aber immer noch überdurchschnittlich ausfällt. Dabei nimmt der Anteil hoch gebildeter Bevölkerungsgruppen im zeitlichen Verlauf in allen Parteien noch zu, wobei zu bedenken ist, dass dies im Gefolge der Bildungsexpansion auch in der Bevölkerung insgesamt der Fall ist. Schließlich ist die Berufsstruktur ein weiterer wichtiger Unterschied zwischen Parteimitgliedern und Bevölkerung: Höher qualifizierte Berufsgruppen wie die Selbstständigen, die freien Akademiker und vor allem die Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst sind in den Parteien deutlich überrepräsentiert. Nur ein plakatives Beispiel: Während lediglich rund sieben Prozent der Bevölkerung im öffentlichen Dienst tätig sind, sind es in den deutschen Parteien 35 Prozent. Arbeiter und Angestellte in der Privatwirtschaft hingegen sind in den deutschen Parteien in nur sehr geringem Ausmaß zu finden.

Der Befund, dass Menschen mit höherer Bildungs- und Berufsqualifikation in den Parteien überdurchschnittlich vertreten sind, lässt sich mit den etablierten Ansätzen der Partizipationsforschung leicht erklären. Die sogenannte Ressourcen-Theorie[9] geht von der Annahme aus, dass politische Partizipation bestimmte Fähigkeiten und Ressourcen voraussetzt, die die Wahrscheinlichkeit der Beteiligung in der Politik deutlich erhöhen. Insofern begünstigen natürlich politisches Wissen und kommunikative Kompetenzen, die mit höherer formaler Qualifikation allgemein einhergehen, die Beitrittsbereitschaft zu einer Partei. Die normative Frage, die sich an diesen Punkt anschließt, ist jedoch eine andere: Führt der Mangel sozialstruktureller Repräsentation dazu, dass die deutschen Parteien die Interessen der unterrepräsentierten Gruppen nur bedingt erfüllen können? Ein wichtiges Defizit der sozialstrukturellen Repräsentationsforderung ist die implizite Annahme, dass die verschiedenen Interessen in einer Gesellschaft nur durch eine gleichsam spiegelbildliche Abbildung ihrer Sozialstruktur in Parteien und Parlamenten gewährleistet sei. Im Rahmen der Deutschen Parteimitgliederstudie 2009 konnte jedoch festgestellt werden, dass die Parteimitglieder trotz ihrer abweichenden Sozialstruktur die politischen Einstellungen und Meinungen ihrer jeweiligen Wähler sehr gut repräsentieren – und dies sogar in stärkerem Maße, als es noch 1998 der Fall war.[10] Insofern wird der Mangel an sozialstruktureller Repräsentation durch die zufriedenstellende Repräsentation von Einstellungen und Meinungen aufgehoben. Und auf diese Frage kommt es bei der normativen Bewertung der Qualität politischer Repräsentation maßgeblich an.

8 Heiko Biehl, Die Dominanz der Akademiker. Wandel der Mitgliedsstruktur und Repräsentationsverlust der Parteien, in: Vorgänge, H. 4/2007, S. 15–23.

9 Sidney Verba u. Norman Nie, Participation in America. Political Democracy and Social Inequality, New York 1972.

10 Tim Spier, Welche politischen Einstellungen haben die Mitglieder der Parteien?, in: ders., Parteimitglieder in Deutschland, Wiesbaden 2011, S. 121–137.

Nicht nur die Struktur der deutschen Parteimitgliedschaften hat sich gewandelt. Auch das Ausmaß und die Form der Aktivität der verbliebenen Mitglieder befinden sich in einem Wandlungsprozess. Zunächst: Die Vorstellung, dass die Zahl von Mitgliedern auch nur in etwa den Kreis der Aktiven in den Parteien widerspiegelt, ist falsch. Nur ein kleiner Teil der Mitglieder legt nennenswerte Aktivitäten an den Tag. Als »sehr aktiv« bezeichnen sich gerade einmal sechs Prozent der Mitglieder, wobei der Anteil insbesondere bei den kleineren Parteien leicht höher ausfällt.[11] Hingegen sagen rund ein Drittel der Mitglieder von sich selbst, dass sie »überhaupt nicht aktiv« seien. Interessanterweise ist dieser Anteil bei Bündnis 90/Die Grünen am höchsten, dicht gefolgt von den drei Volksparteien. Nur bei der FDP und der Linken sind die völlig Inaktiven weit weniger stark zu finden. Generell kann man aber davon sprechen, dass das Aktivitätsniveau der Mitglieder jedoch in fast allen Parteien steigt. Aus den Parteien treten insbesondere die Personen aus, die wegen Unzufriedenheit oder Alter ohnehin nicht mehr besonders aktiv waren, während Neueingetretene in aller Regel ein recht hohes Aktivitätsniveau an den Tag legen. Die absolute Zahl der Aktiven in den Parteien wird durch den Mitgliederrückgang daher nur in geringem Maße betroffen, was die scheinbare Dramatik dieses Prozesses weiter entschärft.

Interessanter dürfte aber vor allem der Wandel der Formen der Aktivität innerhalb der Parteien seien. Auf der Grundlage eines Katalogs von verschiedenen Arten der Aktivität haben wir im Rahmen der Deutschen Parteimitgliederstudie 2009 empirisch eine Typologie von vier Grundformen der Parteiaktivität erstellt: Die größte Gruppe in den deutschen Parteimitgliedschaften sind auch in dieser Betrachtungsweise die »Inaktiven«, die sich durch keine besondere Form der Mitarbeit auszeichnet. Sie machen 47 Prozent aller Mitglieder aus. 17 Prozent sind hingegen als »Versammlungsbesucher« zu qualifizieren. Sie gehen zumindest regelmäßig zu den Parteiversammlungen, ihre übrige Aktivität hält sich jedoch in Grenzen. Die »geselligkeitsorientierten Aktiven« nehmen neben den Versammlungen auch an Festen und geselligen Veranstaltungen der Partei teil. Schließlich tragen die »ämterorientierten Aktiven« den Kern der Parteiarbeit. Sie bekleiden Ämter und Mandate, und sind im Übrigen mit der Organisation der Parteiarbeit, der Öffentlichkeitsarbeit und dem Wahlkampf beschäftigt. Im zeitlichen Verlauf von mehr als zehn Jahren ist insbesondere der Anteil »ämterorientierter Aktiver« stark angestiegen, während die reinen »Versammlungsbesucher« und auch die »Inaktiven« in ihrer relativen Stärke zurückgegangen sind.

Diese vier Typen sprechen verschiedene Gruppen in der Partei unterschiedlich stark an. Bei den »ämterorientierten Aktiven« sind etwa Männer,

11 Vgl. auch im Folgenden Tim Spier, Wie aktiv sind die Mitglieder der Parteien?, in: ders., Parteimitglieder in Deutschland, Wiesbaden 2011, S. 97–119.

Menschen im Erwerbsalter und mit höherem formalem Bildungsniveau sowie die Beschäftigten im öffentlichen Dienst deutlich überrepräsentiert. Die »geselligkeitsorientierten Aktiven« setzen sich hingegen überproportional aus Frauen, Menschen im Rentenalter und mit einem geringeren Bildungsniveau sowie aus Angehörigen der weniger qualifizierten Berufe zusammen. Die Erkenntnis der Ressourcen-Theorie, dass Bevölkerungsgruppen mit einer starken Ressourcenausstattung auch intensiver politisch partizipieren, gilt demnach nicht nur für den Unterschied zwischen Parteimitgliedern und Bevölkerung, sondern auch für die Binnendifferenzen innerhalb der Parteien. Interessant ist an diesem Befund insbesondere, dass sich über die Geselligkeitsorientierung eine Möglichkeit für die Parteien ergibt, unterrepräsentierte Bevölkerungsgruppen zu integrieren. Würden Parteien sich nur auf den harten Kern ihrer Arbeit im Bereich der Politikformulierung und Politikumsetzung beschränken, würde dies vermutlich größere Repräsentationsdefizite schaffen. Das gesellige Leben in den Parteien macht sie hingegen zu Orten der sozialen Einbindung der unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen. Eine Erkenntnis, die den Parteien durchaus zu denken geben sollte.

Dr. Tim Spier, geb. 1975, vertritt derzeit eine Professur an der Universität Siegen. Sein Forschungsschwerpunkt liegt im Bereich der politischen Soziologie, insbesondere in der Parteien-, Wahl- und Partizipationsforschung.

PATIENT VOLKSPARTEI?

ÜBER DEN NIEDERGANG UND DEREN VERKÜNDER

Ξ Matthias Micus

Was hat das zu bedeuten, über Volksparteien zu schreiben? Warum sich mit einem Phänomen befassen, das – schon jetzt bloß noch ein Schatten seiner selbst – kurz vor dem Ableben steht? Bei misstrauischen Menschen regen sich in solchen Fällen sogleich die Gefahreninstinkte. Heißt das, selbst auf dem Abstellgleis zu stehen, auch persönlich die Zukunft bereits hinter sich zu haben und eben deshalb nur noch mit perspektivisch bedeutungslosen Themen betraut zu werden?

Dass der Patient »Volkspartei« ernsthaft krank sei, diese Meinung wird von den Experten, den Professoren und Doktoren der Politikwissenschaft, jedenfalls einhellig vertreten. Die Symptome sind rasch aufgezählt: Die Volksparteien schrumpfen, die Wähler laufen ihnen in Scharen davon. In den 1970er Jahren machten noch mehr als achtzig Prozent aller Wahlberechtigten ihr Kreuz bei den Unionsparteien und Sozialdemokraten, bei der Bundestagswahl 2009 waren es nicht einmal mehr halb so viele – und diejenigen, die ihnen noch ihre Stimme geben, sind sich ihrer Entscheidung zunehmend unsicher. Auch die Mitglieder wenden sich ab. Oder, richtiger, sie wenden sich den Volksparteien nur noch in erheblich geringerem Maße zu – der reißende Strom von 100.000 Neumitgliedern im Spitzenjahr 1972 ist zwischen 1990 bis 2008 zum kümmerlichen Rinnsal von durchschnittlich nur noch 12.000 Neumitgliedern jährlich zusammengeschmolzen.

Neben der Diagnose besteht auch über die Remedur weitgehende Einigkeit: Die Volks- und Mitgliederparteien müssen sich, so wird gefordert, zu »lernenden Organisationen« entwickeln und ihre »Responsivität«, »Permeabilität« und »Kommunikationskompetenz« verbessern, wie es der politologische Jargon auszudrücken pflegt. Nun neigen allerdings einstmals kraftvolle Organisationen dazu, die zentralen Bestandteile ihrer vergangenen Erfolge zu konservieren und die Anzeichen von Veränderungen so lange zu ignorieren,

 INDES, Herbst 2011, S. 144–151, © Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen, 2011, ISSN 2191-995X

bis sie schultertief in der Krise stecken und sich umstandslos an den gesellschaftlichen Wandel nicht mehr anknüpfen lässt. Organisatorische Stärke blockiert also Innovationen – die gleiche Grundskepsis gegenüber Reformen weisen Organisationen freilich in dem Moment fortgeschrittener Not auf. Dies behauptet ganz einleuchtend jedenfalls Gerd Mielke in seinem Beitrag im Buch »Zukunft der Mitgliederpartei«[1], demzufolge Überalterung und gesellschaftliche Entkopplung die Empfindung sozialen Wandels reduzieren und infolgedessen die innerparteiliche Lernfähigkeit blockieren.

Dieser Sammelband über die »Zukunft der Mitgliederpartei« ist nur eine von mehreren Neuerscheinungen zum Thema. Gleich eine ganze Reihe von Titeln aus den letzten zwei Jahren befasst sich mit Geschichte, Zustand und vor allem auch der Zukunft sowie den Perspektiven der mitgliederbasierten Volksparteien.[2] Kurzum: Die Volksparteien ziehen nach wie vor das Interesse auf sich, trotz oder gerade aufgrund ihres Siechtums – und obgleich es bis heute schwerfällt, Kriterien zu benennen, die sie miteinander verbinden und von anderen Parteientypen trennscharf unterscheiden.

Die herkömmlichen Definitionsangebote verschaffen nur wenig Klarheit. Als Kontrastfolie den Klientel- oder Interessenparteien gegenübergestellt, werden Volksparteien üblicherweise über die Variationsbreite in ihren Wählermilieus, Mitgliedschaften und Funktionärskörpern bestimmt. Ihre Programme richten sich nicht an eine isolierte Gruppe der Gesellschaft, Volksparteien haben stattdessen das Gemeinwohl im Blick. Bei Wahlen suchen sie absolute oder doch zumindest relative Mehrheiten zu gewinnen, weshalb sie zwangsläufig in die Mitte streben, wo sie die Angehörigen der Mittelschicht mit pragmatischem Handeln und moderaten Forderungen zu gewinnen suchen.

»Klingt schön«, moniert Christoph Seils in seiner »Parteiendämmerung«, »klingt ein bisschen allgemein, da findet sich jeder wieder.« Und in der Tat lassen sich unter einem solchen definitorischen Dach sämtliche Parteien im Deutschen Bundestag zusammenfassen. Ulrich von Alemanns Einwand in dem von Jürgen Rüttgers herausgegebenen Band »Berlin ist nicht Weimar«, dass FDP, Grüne und Linke »in ihrer Wählerstruktur und in ihrer Programmatik stärker einzelnen Segmenten in der Gesellschaft und in der Politik verpflichtet und insofern – noch – nicht auf dem Weg zu Volksparteien (seien)«, jedenfalls wirkt gezwungen und vermag nicht sonderlich zu überzeugen.

Doch finden sich in der neueren Volks- und Mitgliederparteienliteratur auch Gedanken und Impulse, welche die weitere Beschäftigung mit dem Thema anregen können. So stellen etwa Matthias Machnig und Karsten Rudolph in ihrem Beitrag in dem eben erwähnten Rüttgers-Band die Frage, »ob Parteien, die sozialstrukturell und kulturell nicht mehr die Wirklichkeit

1 Uwe Jun, Oskar Niedermayer, Elmar Wiesendahl (Hg.), Zukunft der Mitgliederpartei, Opladen 2009.

2 Volker Kronenberg u. Tilman Mayer (Hg.), Volksparteien: Erfolgsmodell für die Zukunft? Konzepte, Konkurrenzen und Konstellationen, Freiburg i. Br. 2009; Jürgen Rüttgers (Hg.), Berlin ist nicht Weimar. Zur Zukunft der Volksparteien, Essen 2009; Fabian Schalt u. a. (Hg.), Neuanfang statt Niedergang. Die Zukunft der Mitgliederparteien, Berlin 2009; Christoph Seils, Parteiendämmerung, oder: Was kommt nach den Volksparteien?, Berlin 2010.

zu Beginn des 21. Jahrhunderts in Deutschland abbilden«, überhaupt noch »als Volksparteien zu bezeichnen sind«? Und gegen den Determinismus des scheinbar unaufhaltsamen Niederganges wird von Warnfried Dettling in demselben Buch das »Paradoxon der Volksparteien« hochgehalten, demzufolge gerade in auseinanderdriftenden Gesellschaften eine Nachfrage nach integrativen Klammern und politischen Institutionen besteht, die eine »Idee vom Ganzen« besitzen.

Überhaupt ist der Modernitätsimpetus zuletzt offenkundig etwas erlahmt. Längst nicht mehr so fordernd wie zu Beginn des Jahrtausends werden den Parteien unpolitische Konsumstrategien empfohlen und ihre Führungsstäbe dazu aufgefordert, sich an der Produktwerbung zu orientieren und die Mitglieder und Wähler als Kunden zu betrachten. Diesen Ansatz hat die jüngste Vergangenheit diskreditiert, da sie den Niedergang der Parteien nicht aufgehalten, sondern eher noch beschleunigt hat. Deshalb wird heute zumindest von einigen Autoren wieder stärker auf den Nutzen von Mitglieder rekurriert und die Unverzichtbarkeit persönlicher Kontakte für die Stimmenwerbung auch in hochmodernen Wahlkampagnen herausgestellt.

Es ergibt sich insofern bei einer genaueren Durchsicht der aktuellen Veröffentlichungen zu Volksparteien ein buntes Bild, monoton präsentieren sie sich jedenfalls nicht. Dieser Eindruck wird zweifellos schon durch die formale Konzeption der neueren Volksparteienbücher gefördert, die größtenteils Sammelbände sind, in denen eine zweistellige Expertenzahl denselben Gegenstand aus unterschiedlichen Blickwinkeln analysiert und mit wechselnden Fragestellungen traktiert. Zugute kommt dem Meinungspluralismus aber auch, dass durchaus nicht nur Politikwissenschaftler zu Wort kommen, sondern die meisten Herausgeber gleichfalls Wahlforscher, Parteienvertreter und nicht zuletzt Medienmacher befragen. Mit Christoph Seils' »Parteiendämmerung, oder: Was kommt nach den Volksparteien«, liegt darüber hinaus eine Monographie zum Thema aus journalistischer Feder vor.

Diese Vielfalt ist ein Gewinn. Zwischen anderen findet man immer wieder interessante Beiträge, zum Beispiel den von Christian Junge (»Parteien ohne Eigenschaften?«) über die Bedeutung der politischen und programmatischen Unterscheidbarkeit für die Identifikation der Mitglieder mit ihrer Partei und ihr innerparteiliches Engagement.[3] Oder Heiko Biehls Beobachtungen über die verschiedenen Dimensionen der Repräsentativität. Bisweilen wird behauptet, es reiche aus, wenn Parteien inhaltlich das gesamte Meinungsspektrum abbildeten, von Linksaußen bis hin zu prononciert konservativen Positionen.

Biehl legt nun dar, dass bei den Wählern das Gefühl, von einer Partei vertreten zu werden, zudem mit der Sozialstruktur der Mitglieder zusam-

3 Vgl. Christian Junge, Parteien ohne Eigenschaften? Zur Diffusion organisationaler Identität von CDU und SPD aus der Perspektive ihrer Mitglieder, in: Jun u. a., Zukunft der Mitgliederpartei, Opladen 2009, S. 129–158.

menhängt (deskriptive Repräsentation); dass die Zusammensetzung des Mitgliedskörpers den soziologischen Zuschnitt der Beitrittswilligen beeinflusst, da Neumitglieder vor allem aus dem Umfeld der Altmitglieder gewonnen werden (formale Repräsentation); und dass die Akzeptanz und das Vertrauen, das Parteimitgliedern entgegengebracht wird, besonders von den Unterschichten, unter der Mittelschichtdominanz in den Parteien leidet (symbolische Repräsentation), weshalb jenseits aller Inhalte das Sozialprofil der Parteimitgliedschaften eine zentrale Rolle für die Repräsentativität der Parteien spielt.[4]

Andererseits: Die vorliegenden Bücher sind dadurch noch nicht rundweg mit Gewinn zu lesen. Jeder Berufszweig der professionellen Politikbetrachtung gebiert spezifische Mängel. Eine jede Erwerbsgruppe scheint durch professionelle Konventionen, ein spezifisches Methodenarsenal und bevorzugte Zugänge zum Thema mit einer begrenzten Menge verschieden geformter Bausteine zu hantieren, die auf unterschiedliche Weise zusammengesetzt werden können, sich letztlich aber doch immer zu typischen Konstruktionen fügen – und eben auch charakteristische Blindstellen aufweisen. So bevorzugen Journalisten wie Seils großflächige Gemälde, starke Kontraste, eine gerade Linienführung. Sie neigen daher – bei allen Vorzügen, die dieser Darstellungsstil auch hat – zur Schwarz-Weiß-Malerei, zu stereotypen Generalisierungen und dazu, historische Unebenheiten zu planieren.

Leichter Hand wird zur Begründung des Abstieges der Volksparteien zum Beispiel unterstellt, heute gäbe es keine Charismatiker mehr, von denen die Politik früher nur so gewimmelt habe, einschließlich Helmut Kohls; werden die Auseinandersetzungen in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik pauschal als »ideologische Konflikte« geadelt und den heutigen »egoistischen Gruppeninteressen« gegenübergestellt; wird im Übrigen die Frage nach dem Ende der Volksparteien gar nicht mehr ernsthaft gestellt, da ihr Schicksal längst entschieden und allenfalls noch zu klären sei, was nach ihnen komme. Widersprüchlichkeiten sind bei derart handkantenschlagender Urteilfreude kaum zu vermeiden.

Zudem unterliegt Seils immer wieder der Gefahr, die Vergangenheit zu verklären. Ist es wirklich so neuartig, wie Seils behauptet, oder erinnert es nicht stark an den alten Konrad Adenauer, dass Politiker der etablierten Parteien Ängste und Emotionen schüren; dass sie auf deftige Töne und einfache Antworten setzen, auf Stimmungen in der Bevölkerung und im Wahlkampf auf Personen statt nuancierte Argumente? Dass schließlich die Distanz der Politikeliten gegenüber den Parteibasen und der Bevölkerung dramatisch gewachsen sei, diese These müsste zumindest unter Berücksich-

4 Vgl. Heiko Biehl, Soziale Entwurzelung und Repräsentationsverlust der Parteien, in: Jun u. a., Zukunft der Mitgliederpartei, S. 111–128.

tigung gegenläufiger Entwicklungen kritisch hinterfragt werden – oder wie passt dazu die hohe Besuchsfrequenz beispielsweise von Angela Merkel im Konrad-Adenauer-Haus und in den regionalen Parteigliederungen – während der große CDU-Vorsitzende Adenauer die Bundesgeschäftsstelle in der gesamten Zeit seines Parteivorsitzes nur ein einziges Mal besuchte und der legendäre Zentrums-Parlamentarier Ludwig Windthorst in all seinen langen Abgeordneten-Jahren ebenfalls bloß einmal seinen Wahlkreis bereiste?

Aber auch die universitäre Parteienforschung ist nicht ohne Fehl und Tadel. Die vielleicht gravierendsten Mängel betreffen ihr Empiriedefizit, ihre Theoriefixiertheit und objektivistische Selbsttäuschung. Das Empiriedefizit zeigte sich in der jüngeren Vergangenheit an der uniform vertretenen Scheingewissheit vom Nutzen- und Funktionsverlust der Parteimitgliedschaften. Mittlerweile stellt sich immer deutlicher heraus, dass die moderne Parteien- und Wahlkampfforschung diesbezüglich systematisch Fehlschlüsse beging, die daher rührten, dass sie – in den Worten des Politologen Elmar Wiesendahl in dem von ihm mitherausgegebenen Band »Zukunft der Mitgliederpartei« – »die reale Beschaffenheit von Parteien […] nicht zum Gegenstand konkreter empirischer Untersuchung« machte. Stattdessen saß sie den abstrakten »modernisierungstheoretischen Annahmen und Interpretationen des Parteien- und Wahlkampfwandels« auf.

Die Irrtümer zahlreicher Parteienforscher über den Bedeutungsverlust der Mitgliederorganisation mögen auch mit einem verbreiteten Desinteresse für die Parteienwirklichkeit jenseits der Bundeshauptstadt zusammenhängen. Dies legt zumindest die Diagnose Lars Holtkamps nahe, der – abgedruckt ebenfalls in der »Zukunft der Mitgliederpartei« – eine »vorwiegend national ausgerichtete Parteienforschung« beklagt, die nur ungern in die »Niederungen der Kommunalpolitik« herabsteige und die reale Situation von Lokalparteien nur stark eingeschränkt zur Kenntnis nehme. Gerade vor Ort aber, in den kommunalen Parteigliederungen, im Schatten der Mediengesellschaft, bewahrte die Mitgliedschaft bis in die Gegenwart viel von ihrer traditionellen Bedeutung.

In engem Zusammenhang mit dem Empiriedefizit steht die Theoriefixiertheit eines Gutteils der Parteienforscher. Theorien, Methoden und Modelle, Rubriken, Kategorien, Kriterienkataloge können zweifellos als Hilfsmittel dienen, als Navigatoren, die in einem Forschungsfeld die Orientierung erleichtern. Wo sie aber zum Selbstzweck erhoben werden, wo der Blick von ihnen so gebannt wird, dass sie selbst in das Zentrum der Forschung rücken und nicht mehr die Analyse des zu untersuchende Gegenstand, die sie systematisieren helfen sollen aber nicht ersetzen dürfen, da wird aus einem nützlichen Werkzeug das

Irrlicht der Rationalitätsillusion. Dieses Licht irritiert das Forscherauge, indem es den Eigenwillen von handelnden Personen ignoriert, das Eigengewicht von Emotionen, Sympathien, auch Neurosen, kurzum: die prinzipielle Offenheit jeder Entscheidungssituation.

Subjektive, psychologische und emotionale Aspekte zu berücksichtigen, bedeutet nun, das Feld der exakten Wissenschaften mit ihren statistischen Messverfahren und linearen »Wenn-dann«-Zusammenhängen teilweise zu verlassen, und sich dazu zu bekennen, dass persönliche Normen, Werte und Erfahrungen die Interpretation der ermittelten objektiven Daten und Fakten beeinflussen. Doch markiert eben diese normative Färbung der Ergebnisdeutungen bei Lichte betrachtet gar keine Differenz zu der nur scheinbar rigoros exakten, neutralen und wertungsfreien Methoden-Wissenschaft, in die seit jeher ebenfalls zahlreiche persönliche Vorannahmen und Vorurteile einfließen, wenn darüber auch beredt geschwiegen wird.

Viola Neu beispielsweise sieht nach der Auswertung des Zahlenmaterials ihrer neuesten CDU-Mitgliederstudie keine dramatischen Probleme auf die deutsche Christdemokratie zukommen, da vor allem die desengagierten Mitglieder austräten, bei den Neumitgliedern die Beteiligungsmotive als Beitrittsgrund an Bedeutung gewonnen hätten, die durchschnittliche Partizipationsbereitschaft gestiegen sei und insofern die Parteiarbeit absehbar auch bei einem niedrigeren Mitgliederstand ohne größere Einschränkungen aufrecht erhalten werden könne.[5]

Dem reinen Zahlenmaterial zufolge erscheint diese Schlussfolgerung rätselhaft: Umstandslos von einem gehäuften Bekenntnis zu grundsätzlicher Partizipationsbereitschaft auf ein gestiegenes tatsächliches Partizipationsniveau zu schließen, schon das ist mindestens gewagt. Dagegen spricht nicht zuletzt, dass der Anteil der Aktiven und Passiven unter den CDU-Mitgliedern im Zeitverlauf konstant geblieben ist – bei einem gleichzeitigen Rückgang des Mitgliederbestandes seit 1990 um ein rundes Drittel, so dass die CDU heute auch ein Drittel weniger Aktivisten zählen dürfte als zur Zeit der Deutschen Einheit. Ganz abgesehen davon, dass der überdurchschnittliche Austritt passiver Mitglieder nicht besagt, dass diese früher nicht auch einmal aktiv waren, ehe sie sich frustriert abwendeten, antriebslos und apathisch wurden. Schließlich darf bei einer Bewertung der Aktivitätspotentiale in der CDU nicht gänzlich außer Acht gelassen werden, dass mittlerweile schon 23 Prozent ihrer Mitglieder über siebzig Jahre alt sind, ein Alter, in dem es zunehmend weniger hochengagierte Rentner gibt, die nicht nur viel Zeit haben, sondern auch unverändert rüstig sind.

Was lässt sich nun der Parteienforschung raten?

5 Vgl. Viola Neu, Die Mitglieder der CDU, in: Fabian Schalt u. a. (Hg.), Neuanfang statt Niedergang. Die Zukunft der Mitgliederparteien, Berlin 2009, S. 375–392.

Vielleicht dreierlei: Erstens die kritische Reflexion liebgewonnener Gewissheiten. Es gehört zum guten Ton, die Entstrukturierung der homogenen Gesellschaftsblöcke in ein individualistisches Gewimmel zu bemerken, die Auflösung der einstmals stabilen politischen Lager zu konstatieren und von neuen sozialen Konfliktdimensionen zu sprechen, die von den Volksparteien nicht aufgegriffen werden könnten, weil sie quer zu den alten sozialen und religiösen Auseinandersetzungen verliefen. Beinahe nichts davon ist richtig. Politische Lager bestehen unverändert fort, wie die Wählerströme zeigen, auch die Selbstzuschreibung zu einem bestimmten Lager gelingt den meisten problemlos. Im Ausland, zum Beispiel in Skandinavien, spricht gegenwärtig sogar vieles für eine verstärkte Akzentuierung politischer Lagerbildungen.

Wähler orientieren sich, kurzum, weiter an und in politischen Lagern – die im Übrigen nie rundweg auf eine Partei festgelegt waren, eher im Gegenteil: Das sozialistische Lager kannte seit dem frühen 20. Jahrhundert sozialdemokratische und kommunistische Parteien, das konservative Lager, das nationale und das liberale Lager waren noch viel stärker zersplittert. Und auch der Wandel der Konfliktstrukturen – und infolgedessen der Abstieg der Volksparteien – muss nicht fatalistisch hingenommen werden. Die Parteien können durch »Politik« die Umweltbedingungen verändern. Die entscheidenden Konfliktlinien sind nach wie vor die soziale Frage, die religiöse Frage und die kulturelle Frage, »aber«, wie Warnfried Dettling bemerkt, »auf eine andere Weise als früher«. Die neuen Konfliktverläufe müssen besetzt, übersetzt, mithin: politisiert werden.

Zweitens müsste die Parteienforschung intensiver den Austausch mit den anderen Zweigen professioneller Politikbetrachtung suchen. Bisher werden sich die Erkenntnisse etwa von Journalisten und Organisationspraktikern nur unzureichend zunutze gemacht. Immerhin lassen die aktuellen Sammelbände zu Volksparteien auch Redakteure, Meinungsforscher und Parteienvertreter zu Wort kommen. Spürbar nutzbar gemacht werden deren Einsichten von der Parteienforschung aber noch nicht, noch lässt sie sich nicht wirklich auf die bucklige Verwandtschaft ein, duldet sie zwar, erkennt sie aber nicht als gleichberechtigte Ideengeber auf Augenhöhe an – und übersieht dadurch deren innovative Potentiale.

»Lernende Organisationen«, diesen Ratschlag an die Volksparteien muss die Parteienforschung drittens für sich selbst übernehmen und zur »lernenden Parteienforschung« werden. Sie muss sensibler für neue Problemlagen, soziale Umschichtungen und untergründige kulturelle Verschiebungen werden. Nur so kann sie ihre permanente Verspätung aufheben und Anschluss finden an aktuelle Fragen, Konflikte, Debatten. Das heißt nicht, prognostisch die Zu-

kunft vorhersehen zu wollen, was eh keiner kann. Es bedeutet aber, Norbert Bolz Lügen zu strafen, der vor einigen Jahren behauptete, dass die normalen Wissenschaften vom Neuen nichts wissen wollen würden, da das Neue dem Paradigma widerspräche. »Normale Wissenschaft staunt nicht und wird auch nicht überrascht.«[6] Diese Haltung aber wird sich die Wissenschaft in Zukunft genau so wenig erlauben können wie die Volksparteien.

6 Norbert Bolz, Der Prothesengott, in: Merkur, H. 9–10/2008, S. 753–761.

Dr. Matthias Micus, geb. 1977, ist Akademischer Rat am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

BILDNACHWEIS

TITELBILD: Jesse, Bristol; Zdeňka Řezbová-Morávková

SEITE 4: Alter Mann, Andalusien; Anna Duda

SEITE 10: Monte Sant'Angelo; Clara Calubini

SEITE 24, 69: Zurückgelehnt (I u. II); Andreas Nader

SEITE 31: o.T.; Ilyas Odman

SEITE 56: o.T.; Sabina Stücker

SEITE 81: o.T.; Holger Schauerte

SEITE 104: londonvelh; Theo Solnik

SEITE 124: o.T.; Dennis Weinbörner

Fotografien ursprünglich veröffentlicht unter dem Ausstellungstitel »hanging around« (Leitung: Rolf Dennemann, artscenico e.V.) im Rahmen des Projektes »Ruhr.2010 – Kulturhauptstadt Europas«

Autorenfotos:

Thomas Assheuer (Foto: Nicole Sturz, www.nicolesturz.eu)

Konrad Paul Liessmann (Foto: Zsolnay Verlag / Heribert Corn, www.corn.at)

Robert Misik (Foto: Daniel Novotny)

Tim B. Müller / Jens Hacke (Foto: Hamburger Institut für Sozialforschung)